


Debattenbeiträge zu
Politik, Wirtschaft,
Gesellschaft & Kultur

ISRAEL ein Blick von innen heraus 3 – Debattenbeiträge zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft & Kultur

ISRAEL ein Blick von innen heraus 3


ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG

ISBN 978-3-948250-18-8



ISRAEL ein Blick von innen heraus 3

Debattenbeiträge zu
Politik, Wirtschaft,
Gesellschaft & Kultur

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

ISRAEL OFFICE
קרן רוזה לוקסמבורג
مؤسسة روزا لوكسمبورغ

Inhalt

Zur Einführung 5

I Hegemonie

Hin zur linken Hegemonie in Israel 9
Dani Filc

In der Mitte angekommen: Israels radikale Rechte 15
Ran Yosef Cohen

II Land

Wem gehört das Land? 31
Landbesitz und Ungleichheit in Israel
Gadi Algazi

Westbank: das System der Landnahme 39
Dror Etkes

Aufnahmekomitees als Mittel zur
Aufrechterhaltung der Segregation 49
Fadi Shbita

III Waffen

Waffenexporte: das Geschäft mit dem Krieg 57
Sahar Vardi

Schusswaffen in Israel: Realität, Politik
und feministische Kritik 65
Rela Mazali & Meisa Irshaid

IV Ökonomie

Gewerkschaften in Israel:
die Geschichte der Haifa Chemicals 73
Ziv Adaki

Die doppelte Instrumentalisierung
ausländischer Pfleger*innen in Israel 81
Idit Lebovitch-Shaked

V Perspektiven

Süd-Tel Aviv – Hinterhof einer Hightechstadt 91
Tsafrir Cohen & Einat Podjarny

„Es kann sein, dass wir verlieren, aber es lohnt
sich zu kämpfen.“ Dov Khenin im Gespräch 99
Netta Ahituv

Die Bühne als ethische Anstalt:
Interview mit Theaterregisseurin Ofira Henig 105
Tali Konas

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Israel:
eine dreifache Funktion 110

Unsere Partner vor Ort: eine Auswahl 112

Glossar 116

Impressum 120

Zur Einführung

Mit einem dritten Reader dieser Art, einer Auswahl von Texten von unserer Webseite, möchten wir einer interessierten deutschsprachigen Öffentlichkeit erneut einen Einblick in die Verfasstheit der israelischen Gesellschaft und in innerisraelische Diskurse ermöglichen: in ungerechte Verhältnisse und in erfolgreiche und weniger erfolgreiche Kämpfe um eine bessere Welt.

Natürlich sind wir als Rosa-Luxemburg-Stiftung bewusst parteiisch, doch es ist uns ein Anliegen, unterschiedliche Perspektiven aufzuzeigen. Folglich finden sich in allen unseren Veröffentlichungen linksliberale und linksradikale, zionistische, postzionistische und nicht zionistische Standpunkte sowie gewerkschaftsnahe und akademische Stimmen nebeneinander. Die zur Sprache kommenden Positionen entsprechen deshalb nicht unbedingt denen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dafür können Sie auf diesen Seiten eine wachsende Zahl israelischer Autor*innen kennenlernen, die die Pluralität des progressiven Israels widerspiegeln.

Die letzten eineinhalb Jahre waren geprägt von drei aufeinanderfolgenden Wahlgängen, über die wir auf unserer Webseite www.rosalux.org.il eingehend berichtet haben, sowie von der Corona-Krise. Diese nutzte Premierminister Benjamin Netanjahu im Frühjahr 2020, um eine neue Koalition mit seinem Rivalen Benny Gantz zu schmieden. Zwar ist diese Allianz durch die Beteiligung von Gantz' Bündnis Blau-Weiß und die Arbeiterpartei stärker in Israels Mitte verankert als die Vorgängerregierung. Doch nicht nur die vorerst auf Eis gelegten Bestrebungen, Teile des Westjordanlands völkerrechtswidrig zu annektieren, zeigen, dass sie einem rechtsnationalistischen Diskurs verhaftet bleibt.

Wie es Israels radikaler Rechter in den vergangenen Jahren erfolgreich gelang, ihre Weltsicht in der Mitte der Gesellschaft zu verankern, beschreibt der ehemalige Geschäftsführer der israelischen Ärzte für Menschenrechte, Ran Cohen. In seinem Beitrag zeichnet er den Prozess nach, durch den Israels Rechtsextreme den Mainstream erobern konnten. Er identifiziert die Akteure und fragt nach ihren Zielen und Strategien ebenso wie nach der Verstrickung staatlicher Institutionen in ihren Aufstieg. In einem weiteren Beitrag fragt der Politikwissenschaftler Dani Filc, wie die israelische Linke – dem Beispiel der israelischen Rechten folgend, die Gramscis Strategie des Kampfs um Hegemonie verinnerlicht hat – ein hegemoniales Projekt vorantreiben kann, in dessen Zentrum Demokratie, sozioökonomische und politische Gleichheit und ein Ende der Besetzung der Palästinensergebiete stehen.

Nicht nur in Israel kann von einer rechten Hegemonie gesprochen werden, sondern in unterschiedlichen Staaten weltweit. Eine Folge hiervon ist der Aufstieg Donald Trumps zum Präsidenten der USA, dessen Allianz mit Israels Premier Netanjahu den „Deal des Jahrhunderts“ gebar. Dieser hat zum Ziel, die gegenwärtigen

Mechanismen zur Entrechtung der unter Besatzung lebenden Palästinenser*innen zum international beglaubigten Dauerzustand machen. Zwar erscheint eine Umsetzung des Deals zur Zeit unwahrscheinlich, doch knüpft er an die bisherige Praxis der israelischen Regierungen an, mithilfe von Landplanung Palästinenser*innen in dicht bevölkerte Enklaven zu drängen. Der Forscher und Aktivist Dror Etkes zeichnet in seinem Beitrag den andauernden Prozess der Enteignung palästinensischen Lands zugunsten israelischer Siedler*innen nach. Solche Prozesse wirken nicht nur auf besetztem Gebiet, sondern auch in Israel selbst. Während der Historiker Gadi Algazi sich mit der historischen Genese der Verteilung der Landressourcen zugunsten der jüdischen Mehrheit beschäftigt, zeigt der Aktivist Fadi Shbita anhand der israelischen Institution der (Siedlungs-)Aufnahmekomitees, wie auch heute noch die palästinensische Minderheit im Land eine strukturelle Ungleichbehandlung erfährt.

Es gibt keinen anderen Weg, eine Besatzung durch- und umzusetzen, als mit Macht und Gewalt. Die zentrale Rolle des Militärs in Israel spiegelt sich vielleicht am besten im Erfolg des Landes beim Export von Waffen und Militärtechnologien wider. Dieser, so Aktivistin Sahar Vardi, erfolgt ohne Regulierung und Transparenz und führt zu gravierenden Folgen für Menschenrechte im Ausland, aber auch im Inland. Was Waffen im Inland tatsächlich anrichten, beschreiben die Aktivistinnen und Forscherinnen Rela Mazali und Meisa Irshaid: Die wachsende Verfügbarkeit legaler und illegaler Waffen und die fehlende Durchsetzung von Recht und Ordnung führen zu einer enormen Zunahme von organisierter Kriminalität, Schießereien und innerfamiliärer Gewalt.

Der vierte Teil dieses Readers befasst sich mit dem Wandel, den der Begriff der Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten durchlaufen hat. Darin formuliert die Publizistin Ziv Adaki eine linke Kritik an dem Versuch, die israelische Arbeiterschaft in einer Institution zu vereinen. Anhand der Geschichte des Werks von Haifa Chemicals wird so der Niedergang des legendären israelischen Gewerkschaftsdachverbands der Histadrut und der vielversprechende Aufstieg einer alternativen Gewerkschaft beschrieben.

Jene neoliberalen Globalisierungs- und Privatisierungsprozesse, die den Niedergang der Histadrut beschleunigten, zogen in Israel und weltweit tiefgreifende Veränderungen der Arbeitswelt nach sich – die durch die weltweite Corona-Pandemie weiter beschleunigt werden. Dass nicht-jüdische Migrant*innen seit den 1990er Jahren ihren Weg auf den israelischen Arbeitsmarkt finden, ist eine Folge hiervon. Im letzten Jahr standen sie im Licht der Öffentlichkeit, als Hunderte von Migrant*innen samt ihrer in Israel geborenen Kindern des Landes verwiesen werden sollten. Die Migrationsexpertin Idit Lebovitch-Shaked beschreibt, wie damit ein Prekariat entstanden ist, das sowohl rechtlich als auch bei den Arbeitsbedingungen deutlich benachteiligt ist.

Migrant*innen aus Asien oder Geflüchtete aus Subsahara-Afrika finden häufig ihren Weg nach Süd-Tel Aviv, dem wir eine Liebeserklärung widmen. Es ist ein Essay über

einen Mikrokosmos der Kämpfe, die für Israel richtungsweisend sind, über die Teilung einer Stadt und Spaltung einer Gesellschaft, über einen Ankunftsort für Geflüchtete und Migrant*innen, Abschottungspolitik, systematische Diskriminierung und das progressive Potenzial des Hinterhofs Tel Avivs.

Eine der wenigen Personen des öffentlichen Lebens in Israel, die sich mit all den angeschnittenen Themen befasst, ist der ehemalige Knesset-Angeordnete Dov Khenin. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat die Erstellung einer Dokumentation über diesen sehr besonderen Menschen unterstützt. Zwölf Jahre lang begleitete Dokumentarfilmer Barak Heymann diese linke Symbolfigur von der sozialistischen Chadasch/al-Dschabha. Das Ergebnis ist der Film „Genosse Dov“, dessen Premiere in Israel mit Khenins Abschied von der Knesset zusammenfiel.

Schließlich führten wir ein Gespräch mit der Theaterregisseurin Ofira Henig über politische Kunst, Feminismus und Machtverhältnisse. Henig ist eine selten integrierte Künstlerin, die mit jüdischen und palästinensischen Schauspieler*innen zu hoch politischen Themen zusammenarbeitet und dabei echte jüdisch-arabische Partnerschaft auf Augenhöhe vorlebt – und diese nie missbraucht, um hieraus politisches Kapital zu schlagen, sondern die Kooperation als natürliches Ergebnis des Lebens in einem Land wie Israel versteht.

Wer auf den Geschmack gekommen ist, ist herzlich eingeladen, unsere Webseite www.rosalux.org.il zu besuchen. Dort behandeln wir viele Themen, die hier zu kurz kommen, seien es soziale Kämpfe oder Israels Platz im und als Teil des Nahen Ostens. Dazu bieten wir weitere Formate wie Gesellschaftsreportagen oder feuilletonistische Beiträge. Die Webseite wird fortwährend aktualisiert und ist speziell für Leser*innen konzipiert, die keine Expert*innen sind. Dort finden Sie ebenfalls ein ausführliches Glossar, Quellenangaben und weiterführende Lektüreempfehlungen, die diese Publikation ergänzen. Wir freuen uns übrigens auf Ihr Feedback, etwa über Facebook oder per E-Mail.

Schließlich möchten wir uns bei folgenden Personen bedanken: Bei Ursula Wokoek Wollin, die nicht nur aus dem Hebräischen übersetzte, sondern die Texte mit Anmerkungen und Erklärungen für die deutschsprachigen Leser*innen ergänzt hat; bei Daniel Ziethen, der eine visuelle Sprache für unsere Webseite entwickelt hat, unsere Arbeit engagiert begleitet und zusammen mit Schroeter & Berger für die sehr besondere Gestaltung dieser Veröffentlichungsreihe verantwortlich zeichnet; bei unserem Berliner Berater Yossi Bartal; beim großartigen Fotograf*innenkollektiv Activestills und für ihre tatkräftige Unterstützung bei unseren Kolleg*innen Tamar Almog, Hana Amoury und Yifat Mehl sowie bei Natascha Holstein und Stephan Wolf-Schönburg.

Mit solidarischem Gruß,
Tsafrir Cohen, Einat Podjarny und Tali Konas vom
Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung

August 2020, Tel Aviv

I HEGEMONIE



Hin zur linken Hegemonie in Israel

Dani Filc

Israels Rechte hat Gramscis Strategie des Kampfs um Hegemonie verinnerlicht. Es ist an der Zeit, dass die israelische Linke ein hegemoniales Projekt vorantreibt – in dessen Zentrum Demokratie, sozioökonomische und politische Gleichheit und ein Ende der Besatzung stehen.

Die israelische Politik war in den letzten Jahren von einem Rollentausch geprägt. Die Organisationen der Neuen Rechten haben die Schlüsselkonzepte der kritischen Theorie verinnerlicht und versucht zu „enthüllen“, dass wissenschaftliche und kulturelle Institutionen in Israel im Geheimen politische Ziele verfolgen. Dabei beziehen sie sich auch auf die von Gramsci entworfene politische Strategie des Kampfes um Hegemonie. Im Gegensatz dazu vertreten die linken und kritischen liberalen Kräfte in Israel eine konservative Sichtweise, die eine solche Politisierung ablehnt. Infolgedessen konzentrieren sich viele gemeinnützige Organisationen auf moralische Verurteilung, die Aufdeckung von Unrecht und die Anrufung von Gerichten, um gegen die Organisationen der Neuen Rechten vorzugehen. Damit vermeiden sie eine Diskussion über Machtstrukturen. Es sind diese Handlungsmuster, die der gegenwärtigen Krise der Linken in Israel zugrunde liegen.

2019 erhielt die Dokumentation „Lea Tsemel, Anwältin“ auf dem internationalen Filmfestival Docaviv, das seit 2015 in Tel Aviv stattfindet, den Preis für den besten Film. Der Film porträtiert die jüdisch-israelische Menschenrechtsanwältin Lea Tsemel, die vor allem dadurch bekannt wurde, dass sie palästinensische politische Gefangene vertritt. Als die Bewegung Im Tirtzu und andere radikal rechte Organisationen eine Kampagne gegen die Preisverleihung starteten, entschied sich die staatliche Lotteriegesellschaft, künftig die Finanzierung der Festivalpreise einzustellen. Dies wurde zu Recht als Kapitulation gesehen und in linken und liberalen intellektuellen Kreisen erwartungsgemäß scharf kritisiert. Während jedoch Im Tirtzu den Film wegen seiner politischen Aussage angriff, bestritten Linke und Liberale, dass die Preisverleihung auch eine politische Entscheidung war. Sie beriefen sich stattdessen auf die allgemeinen liberalen Prinzipien der Meinungs- und künstlerischen Freiheit sowie auf meritokratische Vorstellungen von künstlerischer Exzellenz. So schrieben die Vereinigungen der Künstler*innen und der Kulturschaffenden sowie das Forum der Kulturinstitutionen: „Der von der staatlichen israelischen Lotterie vergebene Preis prämiiert hervorragende Leistungen im Bereich Dokumentarfilm und nicht die juristische oder politische Arbeit, die in dem Film dokumentiert wird.“

Die Leitung der Lotterie hat zwar ihre Entscheidung, Docaviv die Preisgelder zu streichen, vor Kurzem zurückgenommen, aber die Angelegenheit zeigt eine beunruhigende politische Entwicklung an: Die Organisationen der Neuen Rechten haben Schlüsselkonzepte der neo- und postmarxistischen kritischen Theorie, die das „Natürliche“ und das gesellschaftlich Selbstverständliche politisieren, insbesondere Antonio Gramscis Begriff der Hegemonie und Pierre Bourdieus Begriff des kulturellen Kapitals, aufgegriffen und nutzen sie für ihre politischen Aktivitäten. Die Liberalen und die kritische Linke in Israel dagegen ignorieren diese völlig in ihrer Analyse und bei der Ausarbeitung ihrer Positionen. Die Neue Rechte hat nicht nur diesen kritischen Diskurs übernommen. In den letzten 15 Jahren haben rechte Organisationen auch ganz praktisch ein hegemoniales Projekt im Sinne Gramscis verfolgt, während sowohl die liberale als auch die radikale Linke vor jedem Versuch, ihre politische Macht auf diese Weise aufzubauen,

zurückschreckt. Dies macht unter anderem die gegenwärtige Krise der Linken in Israel aus – es ist folglich sehr wichtig, dass diese sich hiermit auseinandersetzen.

Das Konzept der Hegemonie wurde von Antonio Gramsci entwickelt. Kulturelle und ideologische Hegemonie ist dann erreicht, wenn ein bestimmtes Modell der gesellschaftlichen Organisation als selbstverständlich erachtet wird. Die damit verbundenen Ansichten werden als „natürlich“ wahrgenommen und finden Ausdruck in allen Teilen der Gesellschaft, in den Institutionen, im Privatleben, in der Moral und der Kultur. Zum Beispiel wurde dadurch, dass der neoliberale Kapitalismus eine hegemoniale Stellung erlangte, eine Situation geschaffen, in der die Marktwirtschaft in ihrer heutigen Form den meisten Menschen als die einzig logische Organisationsweise des Wirtschaftslebens erscheint und Marktgesetze quasi als Naturgesetze behandelt werden.

Die Tatsache, dass ein Gesellschaftsmodell als „natürlich“ oder selbstverständlich erscheint, bedeutet nicht, dass Hegemonie das Ergebnis von Manipulation ist, bei der eine böse Elite die törichten Massen verführt. Hegemonie entsteht dann, wenn es zu Allianzen kommt und das gesellschaftliche Modell nicht nur den zentralen Interessen der gesellschaftlichen Gruppe oder der Gruppen entspricht, die das hegemoniale Projekt und die Allianzen anführen, sondern zumindest auch ansatzweise den Interessen anderer Gruppen, die das Modell als Teil eines sogenannten historischen Blocks stützen. In dieser Hinsicht basiert jedes hegemoniale Projekt auf einer Art Bündnis zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und damit auch auf der Bereitschaft der herrschenden Gruppe, einen Konsens zu suchen und die notwendigen Kompromisse einzugehen, um schwächere Gruppen für ihre Zwecke mobilisieren zu können.

Jedes hegemoniale Modell der gesellschaftlichen Organisation ist durch alternative Modelle bedroht. Die Gesellschaft ist eine Arena, in der das hegemoniale Gesellschaftsmodell und alternative Projekte, die andere Interessen und Ansichten vertreten, aufeinanderstoßen. Jedes Modell versucht, eine bestimmte Lebens- und Denkweise zur dominanten zu machen und als die bestmögliche für alle darzustellen. Daher ist Hegemonie nicht nur ein vollendeter Zustand, sondern ein Prozess, ein ständiges Ringen um die Durchsetzung eines bestimmten Gesellschaftsmodells zulasten anderer Modelle bzw. darum, den Status quo zu erhalten. Der Begriff Konsens verweist zum einen auf den Umstand, dass das hegemoniale Projekt zumindest teilweise mit den Interessen vieler gesellschaftlicher Gruppen verbunden ist, zum anderen auf das Vorhandensein einer Reihe von Mechanismen, welche die wesentlichen Merkmale des hegemonialen Projekts in „natürliche“ verwandeln: das Bildungssystem, die Medien, religiöse und kulturelle Institutionen, Kunstschaffende und laut Gramsci sogar die städtische Architektur. In Fällen, in denen kein Konsens erlangt werden kann, greifen gesellschaftliche Gruppen, deren Interessen in dem hegemonialen Modell überhaupt nicht berücksichtigt werden, häufig auf das Mittel Gewalt zurück.

Kulturelles Kapital, eine der drei Kapitalsorten, die der Soziologe Pierre Bourdieu beschreibt (die beiden anderen sind ökonomisches und soziales Kapital), ist zentraler Bestandteil jedes hegemonialen Projekts. Laut Bourdieu dient kulturelles Kapital den höheren gesellschaftlichen Schichten als quasi-religiöse Rechtfertigung ihrer Privilegien. Dadurch, dass bestimmte kulturelle Phänomene in „Kapital“ verwandelt werden (können), bilden sie eine soziale Kraft. Dies verwandelt die Privilegien der dominanten Gruppen im hegemonialen „historischen Block“ in „natürliche“ Gegebenheiten. Die Akkumulation von kulturellem Kapital und seine Weitergabe von Generation zu Generation werden als Meritokratie verkauft, da ihre Mystifizierung bzw. Verschleierung von entscheidender Bedeutung für ihre Wirksamkeit sind. So werden in kapitalistischen Gesellschaften bevorzugt meritokratische Argumente verwendet, um die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Macht zu rechtfertigen: Bestimmten Gruppen „steht es zu“, mehr zu verdienen oder einen größeren Teil des gesamtgesellschaftlichen Vermögens zu besitzen, weil sie angeblich fleißiger, unternehmerischer, talentierter oder kreativer sind. Die Vorteile, die sie aus asymmetrischen Machtverhältnissen und Ungleichheiten ziehen, werden durch die Behauptung gerechtfertigt, dass diejenigen, die diese genießen, außergewöhnlich qualifiziert sind, und dass die Kultur, die sie schaffen und konsumieren, „qualitativ besonders hochwertig“ ist. Aus diesem Grund „gebühren ihnen“ bestimmte Privilegien.

Der strategische Angriff von Im Tirtzu und anderen radikal rechten Gruppen auf Kulturinstitutionen, Hochschulen und zivilgesellschaftliche Organisationen zielt darauf ab, das neoliberale nationalistische Projekt in Israel zu stärken und durch Angriffe auf die Machtzentren des liberalen Modells als hegemonial zu etablieren. Gleichzeitig versuchen diese rechten Gruppierungen, den Status und die Erkenntnisse der Sozial- und Geisteswissenschaften sowie die kulturellen Hierarchien und die politischen Grundlagen, auf denen sie beruhen, infrage zu stellen, um das ihnen inhärente hegemoniale Potenzial zu schwächen und um sie zu delegitimieren. Dies geschieht zum Beispiel mithilfe von Aktionen, die sich gegen die Zuordnungen bestimmter kulturelle Werke als besonders oder weniger wertvoll wenden und die diesen zugrunde liegenden Annahmen über Qualität und Ästhetik bezweifeln. Damit wollen die Organisationen der Neuen Rechten herausstellen, dass sich aus akademischem Wissen und aus diesen Hierarchien kulturelles Kapital schlagen lässt und dieses auch für politische Zwecke eingesetzt wird.

Attacken gegen kritische kulturelle Institutionen, Universitäten und linke Organisationen nützen dem nationalistischen Projekt und fördern dessen hegemonialen Bestrebungen, ungeachtet ihrer Auswirkungen im konkreten Fall. Sie sind Medienereignisse, die den öffentlichen Diskurs verändern. Obwohl zum Beispiel die Leitung der staatlichen Lotterie ihre Entscheidung, den Docaviv-Preis nicht weiter zu finanzieren, zurückgenommen hat, waren die Rechten mit ihrer öffentlichen Skandalisierung der Preisverleihung politisch erfolgreich. Dies trifft auch auf viele

andere ihrer Angriffe auf Institutionen und Organisation in den letzten zehn Jahren zu. Im Fall der staatlichen Lotterie war die von Im Tirtzu in den Medien ausgelöste Diskussion wichtiger als die Frage der Finanzierung des Docaviv-Preises. Solche Angriffe verschieben die Grenzen dessen, was als legitime öffentliche Diskurse und allgemein akzeptierte Werte gilt, das heißt die Grenzen des politisch und gesellschaftlich Selbstverständlichen. Das ist das grundlegende Ziel eines jeden hegemonialen Projekts.

Der Angriff von Im Tirtzu auf den Dokumentarfilm „Lea Tsemel, Anwältin“ ist in der Tat nur eine von zahlreichen Aktionen, die als Teil einer umfassenden Strategie der Neuen Rechten verstanden werden können. Dahinter steht nicht nur die Im-Tirtzu-Bewegung und es betrifft nicht nur die Frage, was im Bereich der Film- und Kulturproduktion erlaubt sein soll und was nicht. Wie von dem Soziologen Shlomo Swirski beschrieben, dient das neoliberale nationalistische Projekt den Interessen zweier Eliten: denen des Kapitals und denen der Besatzer. Die Neue Rechte ist bestrebt, ihre politische Dominanz durch kulturelle und ideologische Hegemonie zu festigen, und sie geht dabei geordnet und systematisch vor. Sie hat im Gegensatz zur Linken die volle Bedeutung des Hegemoniekonzepts verstanden und es sich angeeignet. Es handelt sich dabei nicht um ein allmächtiges Monster, das die Menschen einfängt und zu seinen Marionetten macht, wie das von kritischen Autor*innen oft dargestellt wird. Bei dem Projekt der Rechten handelt es sich vielmehr um einen langwierigen Kampf, der darauf aus ist, für ein bestimmtes Gesellschaftsmodell einen Konsens herbeizuführen und es damit auf Dauer zu stellen. Zu dieser Strategie gehört, alle Alternativen zu diskreditieren und die Argumente der Kritiker*innen als „Wahnvorstellungen“ zu präsentieren.

In den letzten zehn Jahren hat sich die nationalistische Rechte intensiv mit der systematischen Entwicklung verschiedener Mechanismen und Instrumente befasst, die maßgeblich für die Erlangung von kultureller und ideologischer Hegemonie sind. Hierzu gehört die Arbeit von Thinktanks wie die des konservativen Forschungsinstituts Kohelet Policy Forum und des Institute for Zionist Strategies, die erfolgreich nationalistische Argumentationsmuster mit neoliberalen Politikansätzen verbinden sowie Kader von Intellektuellen und Redner*innen aufgebaut haben, die entsprechende Thesen und Forderungen vertreten. Hierzu zählen ideologische Verstärker wie die für eine breite Öffentlichkeit bestimmte Tageszeitung *Israel HaYom* und die Zeitschrift *Schilo'ach*; darüber hinaus Workshops und Bildungsprogramme, aus denen junge Menschen hervorgehen, die die Botschaften der Neuen Rechten beredt und selbstbewusst in die Welt hinaustragen. Viele von ihnen können nach Abschluss ihres geisteswissenschaftlichen Studiums an der Universität von Tel Aviv geschliffen über kulturelles Kapital und Gramscis Hegemoniekonzept parlieren. Ein Großteil dieser Aktivitäten wird von der in den USA ansässigen Stiftung Tikvah Fund finanziert, die die militante und kompromisslos nationalistische Agenda von „gesellschaftlich konservativen“ Kreisen in Israel unterstützt. Aber es gibt auch andere Förderer.

Neben der ideologischen Infrastruktur und den intellektuellen Kadern finden sich aktivistisch ausgerichtete rechte

Organisationen wie Im Tirtzu, die es als ihre Aufgabe betrachten, mit Kampagnen wie der gegen die staatliche Lotterie „Skandale“ zu produzieren und damit öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Diese Organisationen werden von Politiker*innen und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterstützt, die diesen Botschaften der Neuen Rechten noch eine größere Resonanz verschaffen (können).

Wie jedes hegemoniale Projekt ist auch das neue nationalistische Projekt in Israel intensiv darum bemüht, dass Neue Rechte in die Mainstream-Medien gelangen. Ihr Kampf enthält auch einen „Stellungskrieg“ (den Gramsci als wichtigen Teil des Kampfs um Hegemonie beschrieben hat), der darauf abzielt, jene Institutionen zu erobern, in denen sich die Überreste eines alternativen liberalen Projekts verschanzt haben – der Oberste Gerichtshof, einige Medien und Hochschulabteilungen.

Im Gegensatz zu der eindrucksvollen Entschlossenheit der Neuen Rechten, sich einen immer größeren gesellschaftlichen Einfluss zu sichern, ignorieren die Linksliberalen in Israel – sowohl die, die Teil des Mainstreams sind, als auch die radikaleren – in ihrer Arbeit die Machtstrukturen. Ein Teil der Linken ist in der liberalen Illusion gefangen, dass der Staat neutral ist oder neutral sein kann und dass Institutionen wie Gerichte, Hochschulen und kulturelle Einrichtungen nur von rein „professionellen“ Kriterien bestimmt werden, die sie als Ausdruck der „Wahrheit“ sehen – der juristischen Wahrheit, der künstlerischen Wahrheit und dergleichen. In der großen Entrüstung vieler Liberale über die Entscheidung der staatlichen Lotterie, sich dem Druck rechter Organisationen zu beugen, spiegelt sich im Grunde ihre Weigerung wider, die Machtverhältnisse anzuerkennen, die hinter rein „professionellen“ Entscheidungen stehen, insbesondere, wenn sie sich im Einklang mit liberalen Werten befinden. Darin zeigt sich, dass sie die Rolle von Kultur bei der Durchsetzung eines hegemonialen Projekts unterschätzen und die Tatsache ignorieren, dass kulturelle Institutionen auf kulturellem Kapital basieren und kulturelles Kapital schaffen. Die Vorstellung, dass verschiedene gesellschaftliche Bereiche zu trennen sind, dass Kunst und Politik oder Sport und Politik nicht vermischt werden sollten, ignoriert die institutionellen Rahmenbedingungen, die es Kulturschaffenden ermöglichen, aus ihrem Tun kulturelles Kapital zu schöpfen.

Es ist jedoch wichtig zu verstehen, dass die Wahrnehmung der politischen Rahmenbedingungen von Wissenschaft und Kultur nicht bedeutet, alle menschlichen Handlungsbereiche auf Politik zu reduzieren. Trotz der wichtigen Rolle, die der Kultur in hegemonialen Kämpfen und beim Erwerb von kulturellem Kapital zukommt, sind mitnichten alle Beurteilungskriterien auf die politischen Machtverhältnisse reduzierbar: So gibt es erkenntnistheoretische Kriterien, die es ermöglichen, die Richtigkeit oder Plausibilität von Behauptungen in den Sozial- und Geisteswissenschaften zu beurteilen, so wie es ästhetische Kriterien gibt, die es ermöglichen, Kunst zu bewerten. Diese Kriterien sind jedoch nicht „naturgegeben“, sondern beruhen auf einem komplexen institutionellen Gefüge im Spannungsfeld von Machtverhältnissen.

Warum tendiert das untergehende liberale Projekt dazu, seinen politischen Charakter zu leugnen? In erster Linie deshalb, weil der Liberalismus generell dazu neigt, sich als vorpolitisch zu betrachten, und als solcher tendiert er dazu, die Grundlagen und Grenzen jedes politischen Raums zu bestimmen. Deshalb neigt er dazu, den politischen Charakter seiner eigenen Grundlagen zu leugnen. Die Überzeugung, dass verschiedene gesellschaftliche Bereiche – Wirtschaft, Politik, Kultur, Wissenschaft, Sport etc. – getrennt voneinander und autonom sind und gemäß jeweils eigenen spezifischen Kriterien operieren, ist ein zentraler Punkt der liberalen Weltanschauung.

Es lässt sich mit Recht behaupten, dass jedes Gesellschaftsprojekt davon ausgeht, dass es Grundwerte gibt, deren Gültigkeit eine Voraussetzung für den politischen Kampf ist und nicht dessen Ergebnis. Aber die Frage ist, welche Werte das sind. Die Grundannahmen des Liberalismus – die Annahme, dass die Gesellschaft auf einem Vertrag zwischen Individuen beruht; die Überzeugung, dass es voneinander getrennte und unabhängige Bereiche sozialen Handelns gibt; die Vorstellung, dass sich Kunst und Politik, Sport und Politik, Wirtschaft und Politik nicht vermischen sollen; die Annahme, dass der Staat neutral ist und seine Beamten in erster Linie nach professionellen Standards handeln – befördern eine Entpolitisierung. Im Gegensatz dazu steht die demokratische, republikanische Tradition, die davon ausgeht, dass alle das Recht haben sollten, an den sozialen Arrangements und Institutionen, die das gemeinsame Leben der politischen Gemeinschaft, der wir angehören, gestalten, gleichberechtigt mitzuwirken. Diese Annahme politisiert das gesellschaftliche Leben, weil damit die zentrale Rolle der politischen Partizipation betont wird.

Die Angriffe der rechten Organisationen als Angriff auf die „Wahrheit“ oder als Angriff auf die Freiheit bzw. Unabhängigkeit der Kunst und Wissenschaft zu interpretieren ist nicht nur ein analytischer Fehler, sondern auch ein „Rezept“ für strategisches Scheitern. Die Tatsache, dass sich die rechten Organisationen der politischen Grundlagen ihres Kampfs bewusst sind, während dies bei den liberalen und linken Kräften nicht der Fall ist, ist für die rechten Organisationen von großem Vorteil. Es erleichtert ihnen, die letzten Überreste des alternativen hegemonialen Projekts hinwegzufegen und ihr neues hegemoniales Projekt umzusetzen.

Während sich die nationalistische Rechte ganz darauf konzentriert, auf der Grundlage von Gramscis Konzept Macht aufzubauen, bleiben die Liberalen und Linken in Israel einer Agenda verhaftet, die auf moralische Verurteilung, „Aufdeckung der Wahrheit“ und Klagen vor dem Obersten Gerichtshof setzt. In einer Situation, in der es kaum mehr eine politische Opposition gegen die Besatzung gibt und diese für die jüdische Gesellschaft in Israel zur Normalität geworden ist, leisten zivilgesellschaftliche Organisationen wie Breaking the Silence, Yesh Din, B'Tselem, Physicians for Human Rights Israel und das Public Committee Against Torture in Israel wichtige Arbeit, weil sie weiterhin auf die Missstände der Besatzung hinweisen. Diese

Aktivitäten können jedoch nicht als Grundlage für den Aufbau von Macht und die Formierung eines „historischen Blocks“ dienen, der ein alternatives gegenhegemoniales Projekt zu dem neoliberalen nationalistischen verfolgen könnte. Statt Macht aufzubauen und zu kämpfen, geben die Liberalen und Linken Machtpositionen auf, treten zum Beispiel aus Protest von Ämtern zurück, was moralisch lobenswert sein mag, aber Raum und Einfluss neoliberalen nationalistischen Kräften überlässt. Solche Aktionen und Aktivitäten, so wichtig sie auch sein mögen, sind kein Ersatz für eine politische Strategie, die gezielt eine Alternative zum neoliberalen nationalistischen Projekt vorantreibt.

Der einzige Weg, um die Dominanz des neoliberalen nationalistischen Projekts zu brechen, besteht darin, (Gegen-)Macht aufzubauen, neue Institutionen und Organisationen herauszubilden und auf jedem denkbaren Feld der gesellschaftlichen Auseinandersetzung einen „Stellungskrieg“ zu führen. Nur so kann systematisch ein hegemoniales Gegenprojekt zum neoliberalen nationalistischen Projekt geschaffen werden – eine demokratische und auf Gleichberechtigung ausgerichtete Alternative, die nicht auf einem engen liberalen Verständnis beruht. Bei Vorfällen wie der Streichung der Gelder für den Docaviv-Preis sollten wir darauf verzichten, empört über die Politisierung der Entscheidung zu sein und damit zu einer weiteren Verschleierung der Machtverhältnisse beizutragen. Vielmehr käme es darauf an, in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass es sich nicht um einen Konflikt zwischen „reiner Entscheidung“ und „politischer Einmischung“ handelt, sondern um einen offenen politischen Machtkampf zwischen zwei grundlegend verschiedenen Weltanschauungen.

Die Organisationen der Neuen Rechten propagieren eine antidemokratische Vision der jüdischen Vorherrschaft, eine antipluralistische Vision, die allen Andersdenkenden die Meinungsfreiheit abspricht, eine Vision der Heiligung des sozialen Egoismus, der Rücknahme sozialstaatlicher Errungenschaften und der politisch-ökonomischen Herrschaft durch eine Allianz, die sich aus Eliten des Kapitals und der Besatzung zusammensetzt. Ihre Angriffe auf kulturelle Werke oder akademische Arbeiten sind ein Werkzeug, um ihre Vision zu verwirklichen. Dieser Schreckensvision muss wegen ihres Inhalts entgegengetreten werden und nicht, weil sie „professionelle Standards“ oder die „Autonomie“ des Kulturbetriebs verletzt. Ein solcher Kampf, der sich des politischen Charakters von akademischem und kulturellem Wissen bewusst ist, sollte die spezifischen Werte eines Kunstwerks oder eines wissenschaftlichen Seminars hervorheben und verteidigen und sich nicht nur zum Fürsprecher einer abstrakten „akademischen Freiheit“ oder der Forderung nach „Nichteinmischung in professionelle Entscheidungen“ machen.

Das neoliberale nationalistische Projekt ist durch und durch ein antidemokratisches. In seiner theokratischen Ausprägung – wie sie zum Beispiel von nationalreligiösen Eiferern wie Verkehrsminister Bezalel Smotrich, Bildungsminister Rafael Peretz und dem Rechtsaußenpolitiker Mosche Feiglin vertreten wird – ist das Projekt antidemokratisch, weil die Quelle der Autorität bzw. Souveränität nicht das Volk ist, sondern die Stimme Gottes, wie sie von den Rabbinern interpretiert wird. In seiner

ethnisch-nationalistischen Fassung – wie sie von „gemäßigeren“ Kräften vertreten wird wie etwa Benjamin Netanyahu und Miri Regev (Likud), Avigdor Lieberman (Unser Zuhause Israel), Ayelet Shaked oder Verteidigungsminister Naftali Bennett (Neue Rechte) – ist es antidemokratisch, weil es auf der totalen Negierung des Gleichheitsgrundsatzes und der Schaffung von ethnonationalen und Klassenhierarchien basiert. Es gibt keine Demokratie ohne die Akzeptanz des Grundsatzes der vollen rechtlichen Gleichheit und des Rechtes aller Bürger*innen, an der Festlegung der Gesetze, die das gemeinsame Leben bestimmen, mitzuwirken. Beiden Varianten des neoliberalen nationalistischen Projekts ist nicht mit einem Diskurs über „die Wahrheit“ oder mit rein rationalen Argumenten beizukommen. Es ist stattdessen notwendig, (Gegen-)Macht aufzubauen und Instrumente und Mechanismen zu entwickeln, um ein alternatives linkes hegemoniales Projekt voranzutreiben, dem die Prinzipien Demokratie sowie wirtschaftliche, soziale und politische Gleichheit zugrunde liegen, was ein Ende der Besatzung notwendigerweise miteinschließt.

Übersetzt von **Ursula Wokoëck Wollin**

Der Artikel wurde auf Hebräisch im Dezember 2019 in der Zeitschrift *HaZman HaZeh* veröffentlicht.

Dani Filc ist Professor für Politikwissenschaften an der Ben-Gurion-Universität des Negev und forscht über Populismus in Israel und in anderen Teilen der Welt. Er gehört dem nationalen Koordinationsteam und dem Sekretariat der Bewegung „Standing Together“ an.



In der Mitte angekommen: Israels radikale Rechte

Ran Yosef Cohen

Dieser auf umfangreicher Recherche basierende Beitrag geht der Frage nach, wie Israels radikale Rechte den Mainstream erobert und erfolgreich nach Hegemonie strebt. Wer sind die Akteure? Was sind ihre Ziele und welche ihre Strategien? Und wie eng sind sie mit staatlichen Strukturen verwachsen?

Demonstration von rechten Israelis
in der Nähe von Bethlehem in
Reaktion auf die Entführung von
israelischen Jugendlichen, 2014.
Foto: Activestills

Die extreme Rechte hat es mit ihrem kruden Weltbild in den letzten 20 Jahren geschafft, ins Zentrum des politischen Diskurses in Israel vorzudringen. Die zentristischen und rechten Parteien, insbesondere der führende Likud, haben entscheidende Elemente davon aufgegriffen und übernommen. Die zunehmende Dominanz von Ideen, die in Israel früher als inakzeptabel und eher als bedauerliche Randerscheinungen galten, kann auf verschiedene externe und interne Faktoren zurückgeführt werden. Zum einen wären da auf globaler Ebene der Aufstieg des Populismus, die Wirtschaftskrise 2008 und die als Bedrohung wahrgenommenen Auswirkungen der weltweiten Migrationsbewegungen zu nennen, zum anderen auf lokaler Ebene die gewalttätige Zweite Intifada und der Abzug israelischer Truppen und Siedler*innen aus dem Gazastreifen im Jahr 2005. Dass Ideen der extremen Rechten ins politische Zentrum gelangen, hängt jedoch auch damit zusammen, dass diese sich gezielt dem Kampf um ideologische und kulturelle Hegemonie sowie dem Machtaufbau verschrieben haben: einerseits mit einer Fülle von Aktivitäten, die eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts durch den Aufbau eines Palästinenserstaats neben Israel erschweren, wenn nicht gänzlich verhindern; andererseits durch Bestrebungen, einen tief greifenden Wertewandel im Land zu forcieren – hin zu einer Gesellschaft, in der das Individuum der Nation untergeordnet ist und erst durch die Anbindung an die Nation seinen eigentlichen Lebenssinn erlangt, in der Landbesitz heilig ist und jedes Opfer dafür als gerechtfertigt erscheint und in der ihre Interpretation religiöser jüdischer Werte einen höheren Stellenwert einnimmt als jede zivilgesellschaftliche bzw. demokratische Einordnung.

Die rechtsextreme Siedlungsbewegung verfolgt ihre Ziele mit verschiedenen Mitteln: Das erste ist der weitere Ausbau des Siedlungsprojekts, mit oder ohne offizielle Billigung der israelischen Regierung. Zusätzlich agieren im öffentlichen Raum verschiedene Gruppen, die ununterbrochen demokratische Institutionen angreifen, eine scharfe politische und soziale Polarisierung fördern, Oppositionelle als fünfte Kolonne brandmarken und eine breit angelegte Kampagne zur Diskreditierung der arabisch-palästinensischen Staatsbürger*innen Israels und der Linken (in Israel werden auch Liberale häufig als Linke bezeichnet) anführen. Diese Gruppen schaffen nach und nach ein spezifisches öffentliches Bewusstsein, in dem alle, die es wagen, das Regime zu kritisieren oder abzulehnen, sei es eine Person oder eine Organisation, als Verräter abgestempelt werden.

Als weitere Strategien vonseiten der Rechten sind zu nennen: die Etablierung eines Narrativs, das das linke Lager beschuldigt, jüdische Israelis zu benachteiligen und den „palästinensischen Feind“ zu bevorzugen, offene Angriffe auf das Justizsystem, die Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen, die Brandmarkung der Linken als ausländische Agenten, unermüdliche Bemühungen, das Vertrauen der Öffentlichkeit in demokratische Institutionen und Werte zu untergraben, und eine massive, gut organisierte Hetzkampagne gegen alle Akteure, die die rechte Regierung und insbesondere das Siedlungsprojekt infrage stellen. All dies ist inzwischen Bestandteil der politischen

Arena in Israel und polarisiert die israelische Gesellschaft wie nie zuvor.

Im Folgenden werde ich versuchen, einen kurzen, nicht unbedingt vollständigen Überblick zu den dominanten rechten Kräften sowie zum Vorgehen der rechtsextremen Siedlerbewegung zu geben, mit dem sie sich ihren Weg in den israelischen Mainstream geebnet haben.

Machtaufbau

Das Eindringen der extremen Rechten ins Zentrum des Mainstreams in Israel geht einher mit dem umfangreichen Aufbau von Forschungseinrichtungen und Aktionsgruppen, die in der Regel auf eine massive Finanzierung aus den USA angewiesen sind. Es existieren inzwischen enge Beziehungen zwischen diesen Institutionen bzw. Initiativen und dem politischen Establishment. Nach Angaben des Forschungsinstituts Molad konnten sich diese Gruppen „als die stärkste Lobby in Israel in Relation zu ihrem Bevölkerungsanteil etablieren, bedenkt man, dass die Siedler*innen [in der Westbank, ohne Ost-Jerusalem – R.C.] nur 4,6 Prozent der israelischen Gesellschaft ausmachen“.

Dieser Prozess hin zu einer hegemonialen Stellung folgt einem bekannten Schema: Auf den Ausbau eines umfassenden Netzwerks von Forschungsinstituten, die Strategien vorgeben sowie Positionspapiere und Gesetzesentwürfe ausarbeiten, folgen „aktivistische“ Organisationen, von denen sich jede auf bestimmte Themen spezialisiert hat. Sie schaffen damit eine effektive Infrastruktur für die Medien- und Lobbyarbeit, mit der sie bestimmte Inhalte und Forderungen in den öffentlichen Diskurs einspeisen können. Hinzu kommt die gezielte Ansiedlung von kleinen religiösen Gruppen¹ mitten in säkular geprägten Wohnvierteln, die dort eine religiös-nationalistische Agenda lancieren. Zudem bauen die Rechten neue Medien zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung auf. All diese Elemente verfolgen ein gemeinsames Ziel und bestärken sich gegenseitig.

In den letzten 20 Jahren kam es zur Gründung von Dutzenden Institutionen und Organisationen, die die politische und zivilgesellschaftliche Landschaft in Israel grundlegend verändert haben. Diese „bildeten neue Führungskräfte aus, formulierten politische Strategien, lancierten Gesetzesinitiativen, drängten rechte Politiker*innen in die von ihnen gewollte Richtung und bestimmen die Tagesordnung in Israel“, schreibt Molad. Zu den bekanntesten gehören die folgenden: die studentische Bewegung Im Tirtzu, NGO-Monitor, Israel Academia Monitor, Ad Kan (widmet sich der Bespitzelung von Menschenrechtsaktivist*innen und Dozent*innen und skandalisiert die Geldquellen von linken Gruppierungen und Menschenrechtsorganisationen), Regavim, Women in Green, My Israel (engagiert sich vor allem online für die Annexion der besetzten Gebiete), Israel Land Fund, Fund for Nurturing the Zionist Idea, Horizon for Settlement (erwirbt Land in der Westbank und unterstützt den Ausbau von Siedlungen), Shomron Residents' Committee und Benjamin Residents' Committee (beide verstehen sich als Interessenvertretung der Siedler*innen), The Jewish Statesmanship Center, Institute for Zionist Strategies, das Jerusalem Center for Public

Affairs, das Kohelet Policy Forum (Training von Führungskräften und Ausarbeitung von Strategien), Meshilut: The Movement for Governability and Democracy, Legal Forum for the Land of Israel (führt Gerichtsverfahren und vertritt eine extreme neoliberale Agenda) und My Truth (Organisation von Reservist*innen, die sich eigens gegen die besatzungskritische Reservisten-Organisation Breaking the Silence gebildet hat).

Die umfangreiche Konsolidierung dieses Netzwerks aus rechten Organisationen wird begleitet von einer engen Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträger*innen, die Aktivist*innen dieser Organisationen bereits in politische Schlüsselpositionen und Regierungsämter gehievt haben. Auch umgekehrt funktioniert der Austausch. Erez Tadmor, der Gründer von Im Tirtzu, wurde zum Wahlkampfleiter der Regierungspartei Likud, während Sagi Kaizler, der vorher als Geschäftsführer des Shomron Residents' Committees fungierte, für den Likud eine Kampagne zur Senkung der Wahlbeteiligung der arabischen Bevölkerung durchgeführt hat. Ayelet Shaked, die von 2006 bis 2008 das Büro von Premierminister Benjamin Netanjahu leitete, und Naftali Bennett, der in diesen Jahren Netanjahus Stabsleiter war, gründeten 2010 die Organisation My Israel. Danach sind sie in die Politik gegangen und haben Ministerposten bekleidet.² Bezalel Smotrich, einer der Gründer der Organisationen Regavim, Komemiyut und Horizon for Settlement, ist heute Verkehrsminister. Nach einem Bericht der Policy Working Group war Professor Gerald Steinberg, Gründer und Präsident von NGO-Monitor, vorher Mitglied des Führungsstabs im Büro des Premierministers und Berater des Außenministeriums sowie des dem Premierminister unterstellten Nationalen Sicherheitsrats. Laut Bericht ist das erklärte Ziel von NGO-Monitor, „Transparenz und Rechenschaftspflicht in Bezug auf die Tätigkeiten von Nichtregierungsorganisationen“ zu stärken, aber jahrelange Erfahrungen zeigen, dass es das ultimative Ziel von NGO-Monitor ist, die Regierungspolitik zu verteidigen, die dazu beiträgt, die israelische Besatzung und Kontrolle über die palästinensischen Gebiete aufrechtzuerhalten.³ Ran Baratz, Gründer der rechten Webseite Mida, und Yoaz Hendel, Vorsitzender des Institute for Zionist Strategies, waren zu verschiedenen Zeiten PR-Berater von Premierminister Netanjahu. Assaf Malach, Gründer des Jewish Statesmanship Center, wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses für das Fach Staatsbürgerkunde im Bildungsministerium ernannt. Praktisch bedeutet diese Entwicklung eine graduelle Übernahme von Machtzentren im Justizsystem, in anderen staatlichen Institutionen und Regierungsämtern durch die Rechte sowie die Einbeziehung rechtsextremer Siedler*innen in zentrale politische Entscheidungsprozesse.

Im Laufe der Jahre und durch kontinuierliche Aufbauarbeit hat diese Infrastruktur es demokratiefeindlichen Gruppierungen ermöglicht, Dominanz zu erlangen, viele politische Machtzentren effektiv unter ihre Kontrolle zu bringen und in bislang beispielloser Weise die mediale und politische Tagesordnung zu beeinflussen. Neben dieser öffentlichen Infrastruktur arbeitet das extreme rechte Lager daran, ein Netzwerk von verschiedenen Schattenorganisationen aufzubauen, die hinter den Kulissen rechte Kampagnen begleiten.

Die Wiederauferstehung des Kahanismus

Bei den letzten Wahlen konnte beobachtet werden, wie die rassistische Ideologie des Kahanismus wie nie zuvor an politischer Legitimität gewinnt. Die kahanistische Bewegung hat ihren Ursprung in der vom US-amerikanischen Rabbiner Meir Kahane gegründeten und angeführten Jüdischen Verteidigungsliga und in der Kach-Partei. Die Bewegung vertritt folgende Positionen: Sie befürwortet die Zwangsumsiedlung aller Palästinenser*innen außerhalb des Heiligen Landes, sie glaubt an die jüdische Suprematie, fordert Kollektivstrafen für Palästinenser*innen und unterstützt terroristische Racheaktionen. Aufgrund dieser Positionen wurde die Bewegung zu den Knesset-Wahlen im Jahr 1988 nicht zugelassen und 1994 sogar zu einer terroristischen Vereinigung erklärt, nachdem einer ihrer Aktivisten, Baruch Goldstein, ein Massaker verübt hatte, bei dem er 29 muslimische Gläubige beim Gebet am Grab der Patriarchen in Hebron erschoss.

In der Vergangenheit achteten sowohl linke als auch rechte Politiker*innen darauf, sich von der kahanistischen Bewegung fernzuhalten und ihre Ablehnung von Rabbiner Kahanes Ideen und Reden zum Ausdruck zu bringen. Während seiner Zeit als Knesset-Abgeordneter hielt Kahane seine Reden häufig vor leerem Plenarsaal, weil Abgeordnete des gesamten politischen Spektrums aus Protest den Raum verließen, um ihre Abscheu gegenüber den von ihm vertretenen Positionen zu zeigen. Aber wie bereits erwähnt, kehrte die kahanistische Ideologie im Zuge der Wahlen 2019 in Israel auf die politische Bühne zurück, als Premierminister Netanjahu seine Haltung gegenüber den Vertreter*innen der Bewegung drastisch änderte und öffentlich für einen Zusammenschluss der kahanistischen Partei Otzma Jehudit (Jüdische Stärke) mit anderen extremen rechten Parteien wie der Nationalen Union und Ha-Bajit HaJehudi (Jüdisches Heim) eintrat.

Was hat dazu geführt, dass der Kahanismus wieder politische Legitimität in Israel erlangt hat, 25 Jahre nachdem die Bewegung zu einer terroristischen Vereinigung erklärt worden war? Nach dem Verbot der Bewegung begannen ihre Aktivist*innen, eine neue organisatorische und strukturelle Infrastruktur aufzubauen – diesmal als ein loses Netzwerk von verschiedenen Verbänden und Gruppierungen. Die neuen Arbeitsstrukturen ergaben sich erzwungenermaßen aus dem politischen Verbot, führten aber dazu, dass die Vermittlung von kahanistischen Ansichten nun unter dem Deckmantel von gemeinnützigen Organisationen, religiöser Bildung und der Bekämpfung von Assimilation (sprich Beziehungen zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Partner*innen) geschieht. Die geografische Verteilung, die Vielzahl der Organisationen und Körperschaften, die unzureichenden staatlichen Kontrollmechanismen sowie die Möglichkeiten, relativ problemlos Spenden im In- und Ausland zu sammeln – all dies hat es der Bewegung ermöglicht, nicht nur trotz des offiziellen Verbots zu gedeihen, sondern auch weitere gesellschaftliche Kreise zu erreichen und ihre Lehre zu verbreiten, mitunter sogar mit direkter oder indirekter finanzieller Unterstützung staatlicher Institutionen.

So wurde etwa im Jahr 1999 die Organisation Hemla (Barmherzigkeit) gegründet. Gemäß der bei der Registratur

für gemeinnützige Organisationen eingereichten Erklärung verfolgt Hemla Ziele wie Hilfe für Bedürftige (Verteilung von Kleidung, Unterstützung bei der Gewährung von Krediten etc.). Hinter der Gründung der Organisation standen bekannte kahanistische Aktivist*innen der verbotenen Kach-Partei. Der Deckmantel der Gemeinnützigkeit erlaubte es den Mitgliedern der Organisation, sich vom Etikett des Kahanismus zu befreien, während sie gleichzeitig Aktivitäten kahanistischen Charakters nachgehen. So unterstützte Hemla etwa im Jahr 2002 den Kach-Aktivisten Baruch Ben-Yosef finanziell, der just zu dieser Zeit einen Verein mit dem Ziel gründete, das Verbot von Kach aufzuheben. Ben-Yosef wird übrigens bis heute vom FBI als Hauptverdächtiger eines Mordanschlags gegen einen palästinensischen Friedensaktivisten in Kalifornien gesucht. Der Vorsitzende von Hemla fungierte gleichzeitig auch als Direktor der von Rabbiner Meir Kahane zur Verbreitung seiner Lehre gegründeten religiösen Hochschule (Yeshiva of the Jewish Idea). Außerdem scheint Ben-Zion (Bentzi) Gopstein, eine zentrale Figur in Hemla, eine führende Rolle in einer anderen prominenten kahanistischen Organisation zur Bekämpfung von Assimilation, nämlich Lehava, zu spielen. Lehas Aktivist*innen sind dafür bekannt, dass sie arabische Männer bedrohen, die verdächtigt werden, partnerschaftliche Beziehungen zu jüdischen Frauen zu haben. Ihre Aktionen waren so gewalttätig, rassistisch und extrem, dass der damalige Verteidigungsminister Mosche Jaalon (damals Likud) im Jahr 2015 die Rechtsabteilung seines Ministeriums prüfen ließ, ob Lehava zu einer terroristischen Vereinigung erklärt werden kann. Trotz ihrer offensichtlichen kahanistischen Grundlagen erhielt die Organisation jahrelang Hunderttausende Schekel vom Ministerium für soziale Angelegenheiten,⁴ um sich um junge Frauen in Notlagen zu kümmern – wobei es sich um Frauen handelt, die die Lehava-Aktivist*innen angeblich aus ihren Beziehungen mit arabischen Männern „gerettet“ haben.

Neben Hemla und Lehava entstand ein weit verzweigtes, kaum überschaubares Netzwerk von sowohl offiziellen als auch inoffiziellen gemeinnützigen Organisationen, die unter dem Deckmantel von Hilfs-, Wohltätigkeits- und Bildungsaktivitäten Kahanismus und rechtsextreme Positionen verbreiten und fördern. In der jüdischen Siedlung in Hebron zum Beispiel betreibt ein bekannter Kach-Aktivist mehrere gemeinnützige Vereine, die unter anderem Kontakte mit Soldaten, die in der Siedlung dienen, pflegen und sie bewirten. Diese Aktivitäten machten Schlagzeilen im Zuge der Hebron-Affäre im März 2016, in der sich herausstellte, dass der Soldat Elor Azaria, der einen schwerverwundeten am Boden liegenden palästinensischen Angreifer erschoss, von diesem Kach-Aktivisten indoktriniert worden war.

Eine andere gemeinnützige Organisation namens Fund to Save the People of Israel wurde beim Registrar eingetragen und begann, Gelder für Lehava zu sammeln; und eine nicht eingetragene Basisorganisation namens Chasdei Meir [Kahane] unterstützt mit ihrer Arbeit die „Hilltop Youth“,⁵ indem sie etwa ganze Ziegenherden für sie erwirbt und die Pflanzung von Bäumen um illegale Außenposten herum fördert, um die jüdische Inbesitznahme des Landes voranzutreiben.

So half der Ansatz der Auffächerung in offizielle gemeinnützige und andere Organisationen den ehemaligen Mitgliedern der kahanistischen Bewegung, wieder in die Öffentlichkeit zurückzukehren, ihre Stellung zu festigen, Unterstützer*innen zu rekrutieren und in einem langsamen, aber systematischen Prozess ihre Botschaften unter verschiedenen Namen an diverse Zielgruppen zu vermitteln. Wie bereits erwähnt, erfolgte die endgültige Legitimierung der Rückkehr des Kahanismus in den rechten Mainstream durch Premierminister Netanjahu bei den Wahlen im April 2019, als dieser sich erfolgreich um ein Zusammengehen der kahanistischen Partei Otzma Jehudit mit anderen rechten Parteien wie der Nationalen Union und Jüdisches Heim bemühte. Obwohl kein Mitglied der kahanistischen Partei in die Knesset gewählt wurde, war schon die Kandidatur der Partei, die vom Premierminister umworben und unterstützt wurde, ein großer Erfolg und hat ihr einen respektablen Platz in der israelischen politischen Arena verschafft. Vor den Parlamentswahlen im März 2020 scheiterten die Verhandlungen über eine gemeinsame Wahlliste mit den anderen rechtsextremen Parteien. Otzma Jehudit tritt nun separat an.

Die „Price-Tag-Strategie“

„Price Tag“ ist ein Oberbegriff für Gewalttaten und Terrorangriffe, die in der Regel von Siedler*innen als Reaktion auf palästinensische Angriffe oder auf den Abriss von Siedlerinfrastruktur durch die israelische Polizei oder Armee verübt werden. Diese Aktionen richten sich hauptsächlich gegen die palästinensische Zivilbevölkerung in der Westbank. Autos, Gebäude und Felder werden in Brand gesetzt, Menschen tödlich angegriffen. Nach mehr als einem Jahrzehnt solcher immer wiederkehrenden Aktionen lässt sich sagen, dass die bedeutendste Errungenschaft dieser Praktiken darin besteht, dass sie ein „Gleichgewicht des Terrors“ gegenüber den staatlichen Institutionen geschaffen haben. Die Botschaft dieser Aktionen ist klar: Die Siedler*innen (oder zumindest ein Teil von ihnen) werden die Entscheidungen der Regierung und der Justiz nicht akzeptieren, sondern diesen mit Gewalt, einschließlich Terroranschlägen, begegnen. Indem die „Price-Tag-Aktivist*innen“ so bedrohlich auftreten, beeinflussen sie den öffentlichen Diskurs: Jeder künftige Versuch, Siedlungen im Rahmen einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu räumen, scheint nicht realisierbar, da er unkontrollierbares Gewalt, ja einen Bürgerkrieg auslösen würde.

Während viele es vorziehen, „Price Tag“ als spontane Aktionen von Aktivist*innen zu bewerten, die als „Wildwuchs“ bezeichnet werden, zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass dahinter ein präziser strategischer Plan steckt, der indirekt mit Geldern der israelischen Steuerzahler*innen finanziert wird. Diese gewalttätigen Praktiken tauchten 2008 zum ersten Mal unter diesem Namen auf, drei Jahre nach der Umsetzung des sogenannten Entflechtungsplans. Im Rahmen dieser groß angelegten Maßnahme zog Israel seine Truppen aus dem Gazastreifen und aus einigen Orten im Norden der Westbank ab und räumte 25 Siedlungen, in denen 9.300 Siedler*innen lebten. Das Unvermögen der

Rechten, die Räumung zu verhindern, war ein traumatisches Ereignis für die Siedler*innen und veränderte ihre Weltanschauung. Eine Studie über die Auswirkungen der „Entflechtung“ auf den religiösen Zionismus zeigt, dass sie unter anderem das Vertrauen in die politische Führung unterminierte, die Einstellung gegenüber staatlichen Institutionen änderte und den Anteil derer erhöhte, die bereit sind, „gewaltsame Methoden im Kampf gegen den Staat zu verwenden“.⁶

Die Frustration nach der „Entflechtung“ sowie die steigende Bereitschaft zum gewaltsamen Kampf veranlassten einige führende Persönlichkeiten der Bewegung, einen aktiven Ansatz zu verfolgen, um künftig Räumungen von Siedlungen zu verhindern – nämlich die Androhung von Gewalt gegen die israelischen Sicherheitskräfte. 2008 unterstützte der damalige Vorsitzende des staatlichen Kommunalrats der Siedlungen von Samaria die Gründung des Shomron [Samaria] Residents' Committee mit finanziellen Zuwendungen vonseiten des Rats. 2010 wurde ein weiterer Verein, die gemeinnützige Organisation der Siedlungen von Benjamin (die in der Öffentlichkeit als Benjamin Residents' Committee bekannt ist), mit Unterstützung des Vorsitzenden des staatlichen Benjamin-Regionalrats gegründet. Der Vorsitzende des Benjamin Residents' Committee war einer der Ersten, die den Begriff „Price Tag“ verwendeten. Bereits 2008 sagte er: „Die Erfahrung zeigt, dass man Erfolg hat, wenn man gewalttätig und rücksichtslos ist und nicht versucht, [durch Worte] zu überzeugen, sondern einfach die Regierung auf die Knie zwingt, dann hat man Erfolg [...] alles hat seinen Preis, und der israelische Staat muss sich überlegen, ob er bereit ist, die Konsequenzen zu tragen.“

Die Siedlerkomitees (Residents' Committees), die hinter der Entwicklung und Förderung der „Price-Tag-Strategie“ stehen, wurden über Jahre weitgehend aus öffentlichen Mitteln finanziert. Laut in der Zeitung *Yedioth Ahronoth* veröffentlichten Rechercheergebnissen sowie einer Studie des Forschungsinstituts Molad⁷ erhielt das Shomron Residents' Committee in den Jahren 2008 bis 2013 mehr als 6,5 Millionen Schekel [ca. 1,5 Millionen Euro] vom Samaria Regional Council. Das Benjamin Residents' Committee erhielt in den Jahren 2010/11 mehr als zwei Millionen Schekel [ca. 500.000 Euro] vom Benjamin Regional Council. Die Vorsitzenden des Shomron Residents' Committee ziehen es zwar vor, dieses als „unabhängig und nicht an das Establishment gebunden“ zu präsentieren, aber das ist Augenwischerei. Ähnlich wie die Entwicklung des Netzwerks der kahanistischen Organisationen, die als gemeinnützige Hilfs- und Wohltätigkeitsorganisationen auftreten, scheint hier die Undurchsichtigkeit Image- und PR-Zwecken zu dienen, um zu verhindern, dass die gewalttätigen und illegalen Aktivitäten mit den Regional Councils in Verbindung gebracht werden – obwohl die Regional Councils die Siedlerkomitees unterstützen und mitunter deren einziger Geldgeber sind.

Im Laufe der Jahre hat die Zahl der „Price-Tag-Aktionen“ zugenommen, und was als Versuch, die Räumung von Außenposten zu verhindern, begann, ist zu einer gegen Palästinenser*innen gerichteten Praxis geworden. Ende Oktober 2019 fällte das Amtsgericht in der israelischen Stadt

Lod ein außergewöhnliches Urteil gegen einen Minderjährigen, dem eine Reihe von gegen Araber*innen verübte Straftaten vorgeworfen wurden, darunter die Beteiligung an einer Verschwörung zum Mord beim Brandanschlag in Duma – ein im Jahr 2015 verübter Terroranschlag, bei dem Molotowcocktails in ein Wohnhaus in dem palästinensischen Ort Duma geworfen wurden. Durch das entstandene Feuer starben das dort wohnende Ehepaar Dawabsheh und ihr 18 Monate alter Sohn. Das Urteil ist eines der seltenen zugänglichen Dokumente, die beschreiben, wie sich eine Gruppe rechter Aktivist*innen zusammengefunden und – in der Terminologie des Gerichts – als terroristische Vereinigung gehandelt hat. Die Aktivitäten der Gruppe basierten auf ideologischen Texten, in denen festgehalten ist, dass der Staat „Schwachstellen“ habe, die es auszunutzen gilt, etwa durch das Anzetteln von Unruhen am Tempelberg, durch Aktionen, die sich gegen die jüdisch-arabische Koexistenz richten, oder Forderungen, dass religiöse Regeln auch im öffentlichen Raum Anwendung finden sollen. Ziel sei es, „all diese Pulverfässer anzuzünden [...] durch die Untergrabung staatlicher Institutionen bis zu einem Punkt, an dem die Juden entscheiden müssen, ob sie eine Revolution oder die Revolte unterdrücken wollen“. Diese Terrororganisation hat jedoch keinen offiziellen oder öffentlich bekannten Namen, und die von ihr begangenen Gewalttaten werden von der israelischen Öffentlichkeit lediglich als Teil einer Serie von Gewalttaten im Rahmen der sogenannten Price-Tag-Aktionen gesehen.

An solchen Aktivitäten Beteiligte wurden bislang nur selten öffentlich verurteilt, vielmehr konnten einige von ihnen bedeutende Stellen im Regierungsapparat besetzen. 2019 wurde besagter Vorsitzender des Benjamin Regional Council zum Berater des Verteidigungsministers in Siedlungsangelegenheiten ernannt. Der Mann, unter dessen Adresse das Shomron Residents' Committee registriert ist, ist jetzt Vorsitzender des Samaria Regional Council, und der ehemalige Geschäftsführer des Shomron Residents' Committee leitete 2019 die Wahlkämpfe des Likud und ließ unter anderem in Wahllokalen in arabischen Ortschaften versteckte Kameras installieren.

Der Kampf für eine Änderung des Status quo am Tempelberg/al-Haram al-Scharif

Die heiligen Stätten auf dem Tempelberg und die Frage der israelischen Souveränität dort gehören zu den komplexesten und sensibelsten Themen im Staat Israel. Sie führen zu ständigen Spannungen mit der palästinensischen Bevölkerung sowie mit der arabischen und muslimischen Welt. Aktionen, um es Jüdinnen und Juden zu ermöglichen, auf den Tempelberg bzw. in den Haram al-Scharif zu kommen, und um den Bau des dritten jüdischen Tempels zu fördern, begannen in sehr kleinem Ausmaß bereits in den 1980er Jahren. Sie wurden aber lange Zeit als Randproblem, als das Anliegen einer Handvoll Verrückter angesehen. Im letzten Jahrzehnt haben wir diesbezüglich einen dramatischen Wandel erlebt. Die Tempelberg-Bewegung hat stark an Dynamik gewonnen, und es hat sich mit der Zeit ein gefestigtes Narrativ herausgebildet,

wonach die Kontrolle über den Tempelberg ein Symbol israelischer Souveränität darstellt. Die zunehmende Fokussierung auf dieses Thema ermöglicht es der religiösen extremen Rechten, die Option auf einen auf jüdischem Recht beruhenden Staat (statt eines „jüdischen und demokratischen Staats“) im öffentlichen Diskurs offenzuhalten. Damit fließt auch das Vorhaben der extremen Rechten, Israel zu einem nach jüdischem Recht regierten Staat zu machen, sowohl auf der praktischen als auch auf der symbolischen Ebene in den öffentlichen Diskurs ein. Die Bestrebungen, dieser ursprünglich marginalen Idee in der politischen Mitte Israels Akzeptanz zu verschaffen, waren so erfolgreich, dass Premierminister Netanjahu sich mehrmals gezwungen sah, Minister*innen und Knesset-Abgeordneten den Besuch auf dem Tempelberg aufgrund der Gefahr gewalttätiger Zusammenstöße zu verbieten. In der Zeitung *Makor Rishon* veröffentlichten Daten zufolge stieg die Zahl der jüdisch-israelischen Besucher*innen auf dem Tempelberg von 5.658 im Jahr 2009 auf 35.695 im Jahr 2018, also um mehr als das Sechsfache.

Gemäß des akzeptierten Status quo ist das Gelände des Tempelbergs (al-Haram al-Scharif) ein Bereich für muslimische Gläubige, während die angrenzende Klagemauer Jüdinnen und Juden vorbehalten ist. Nun berufen sich viele der Tempelberg-Aktivist*innen auf die Religionsfreiheit, wenn sie fordern, den Status quo zu ändern und Jüdinnen und Juden den Zugang zum Tempelberg zu gewähren. Allerdings ist unverkennbar, dass hinter diesen Bemühungen, den Status quo am Tempelberg zu verändern, außer religiös-messianischen Aspirationen auch klare politische Interessen stehen. Diese zielen darauf ab, die Symbolik und Heiligkeit des Orts zu nutzen, um interreligiöse Konflikte auszulösen sowie den Status der Muslime auf dem Tempelberg zu untergraben. Manche wollen sogar die heiligen Stätten des Islams zerstören, damit dort der dritte jüdische Tempel errichtet werden kann, in der Erwartung, dass dies den Charakter Israels grundlegend verändern und dieser zu einem auf jüdischem religiösen Recht beruhenden Staat werden würde.

Auf ähnliche Art und Weise, wie die rechtsextreme Siedlungsbewegung ihre Macht gezielt aufgebaut hat und wie ehemalige Kach-Mitglieder daran arbeiten, den Kahanismus zu popularisieren, schaffte es die extreme Rechte auch bei der Tempelberg-Frage, diese mithilfe des kumulativen Effekts der Aktionen Dutzender von Organisationen, Bewegungen und Vereinen, die sich hierfür einsetzen, zu einem Thema des politischen Mainstreams zu machen. Jede dieser Organisationen arbeitet daran, einen bestimmten Teilaspekt herauszustellen und bestimmte Forderungen zu propagieren. Zusammengenommen haben ihre Aktionen den Effekt, dass sie damit zunehmend den Diskurs des Mainstreams bestimmen.

Ein Bericht der Organisation *Ir Amim* zur Tempelberg-Bewegung gibt eine Übersicht zu den wichtigsten in diesem Feld aktiven Organisationen, geordnet nach ihren zentralen Forderungen: Errichtung des dritten Tempels (The Temple Institute, The Movement for Temple Renewal, The Temple Treasury Trust, Women for the Temple), Förderung des Tempels oder des Tempelbergs als Kulturzentrum Israels (Mount Faithful, El Har Hamor), die Realisierung eines

Rechts auf Religionsausübung für Juden auf dem Tempelberg (Human Rights on Temple Mount), Bestrebungen, „den Tempelberg aus Feindeshand zu erobern“ und „zu judaisieren“ (Temple Mount is Ours: The Headquarters for the Rescue of the Nation and the Temple), Studium der religiösen Gesetze des Tempels und der Opferdienste (The Temple Studies at Mitzpeh Yericho, Yeshivat Torat Habayit, the Temple Mount Yeshiva), Herstellung der heiligen Gefäße für die Tempelriten (The Temple Institute – Home for the Hebrew Artisan, Machon Maasei Habayit) sowie Schulungen und Verbreitung von Informationen über den Tempel (Mikdasha Education Center).⁸ Während viele der hier erwähnten Tempel-Organisationen nach einer gemeinsamen Direktive arbeiten und ihre Kräfte vereinen, um das Endziel, nämlich den Bau des dritten Tempels, zu erreichen, was die Zerstörung der heiligen Stätten des Islams voraussetzt, ist die Politik der staatlichen Stellen ihnen gegenüber von inneren Widersprüchen gekennzeichnet. Einerseits erlauben und unterstützen die Behörden mitunter sogar die Aktivitäten der Tempelberg-Bewegung. Andererseits versuchen sie, vor allem aus Sicherheitsgründen ihre Aktivitäten einzudämmen und zu lenken.

Staatliche Institutionen tragen zum Beispiel zur Intensivierung der Aktivitäten der Tempelberg-Bewegung dadurch bei, dass sie mit einzelnen Organisationen zusammenarbeiten und es ihnen ermöglichen, sich als gemeinnützig registrieren zu lassen und Spenden zu sammeln. Nach dem Bericht von *Ir Amim* sind 19 solcher gemeinnützigen Organisationen eingetragen, außerdem gibt es noch Dutzende, die nicht offiziell gemeldet sind. Dass der Staat es Organisationen, die öffentlich erklären, sich für die Errichtung des dritten Tempels einzusetzen, erlaubt, sich als gemeinnützige Organisationen zu registrieren, ist nicht selbstverständlich. Im Jahr 1971 hatte der Generalstaatsanwalt es der damaligen Regierung noch untersagt, die Gründung einer „Association for the Construction of the Temple in Jerusalem“ (Verein zur Errichtung des Tempels in Jerusalem) zu erlauben. Er begründete seine Entscheidung unter anderem damit, es bestehe die Gefahr, dass „die Naivität von Menschen in Israel und im Ausland ausgenutzt wird, um Geld für etwas zu sammeln, zu dem Menschen weder berechtigt sind, noch in der Lage, es zu tun“.

Zudem finanzieren staatliche Institutionen die Tempelberg-Bewegung direkt. So erhielt etwa das Temple Institute⁹ zwischen 2008 und 2017 vom Kulturministerium insgesamt mehr als 1,6 Millionen Schekel [ca. 400.000 Euro] und das Mikdash Education Center vom Bildungsministerium zwischen 2008 und 2018 insgesamt um die 2,8 Millionen Schekel [ca. 700.000 Euro].¹⁰ 2010 veranstaltete die Abteilung für Tora-Kultur der Jerusalemer Stadtverwaltung eine riesige Konferenz in Jerusalem, deren Programm eine Präsentation enthielt, in der an der Stelle des Felsendoms der dritte Tempel auftauchte.

Auch das Ministerium für Bildung arbeitet mit der Tempelberg-Bewegung zusammen. Es ermöglicht diesen Organisationen, ein breiteres Publikum zu erreichen und ihre extremistisch-messianische Agenda in die Lehrpläne der Schulen einzubringen. Das Mikdash Education Center, das der Union der Seminare für jüdische Studien im Ministerium für Bildung untersteht, führt Bildungsprogramme in

Schulen durch. Zusätzlich zum jährlichen Budget finanziert das Ministerium ihm acht Planstellen für Frauen, die Zivildienst leisten. Das Temple Institute, das das Mikdash Education Center gegründet und die Unterrichtseinheit entwickelt hat, veröffentlicht regelmäßig Bildmaterial, in dem die heiligen Stätten des Islam auf dem Tempelberg wegretuschiert wurden. Der Leiter des Instituts ist Rabbiner Yisrael Ariel, ein bekannter Kahanist, der in der Vergangenheit bei Knesset-Wahlen auf Listenplatz zwei der Kach-Partei kandidierte. In einem Interview mit der Zeitung *Makor Rishon* machte Rabbiner Ariel seine Ansichten über die heiligen Stätten des Islam deutlich, als er sagte: „Sobald wir eine Milliarde Schekel [ca. 250 Millionen Euro] zusammenhaben, werden wir einen glorreichen Tempel bauen und den Felsendom verschwinden lassen. Es gibt sogar einige Rabbiner, die sagen, dass man diese Gebäude stehen lassen und als Teile des Tempels verwenden kann. Ich persönlich bin nicht dieser Ansicht [...] innerhalb eines Monats ist das Gebäude zerlegt.“

Aktivitäten in Bezug auf den Tempel gibt es ebenfalls in der religiösen Jugendbewegung Ariel. Auch diese Bewegung, deren Ziel es unter anderem ist, „das Bewusstsein in Bezug auf den Tempel sowie geistige und praktische Aktivitäten, die den Bau des Tempels näherbringen, zu stärken“,¹¹ erhält staatliche finanzielle Unterstützung. Im Zeitraum von 2015 bis 2018 waren das insgesamt fast 14 Millionen Schekel [ca. 3,5 Millionen Euro].¹² Eine weitere rechtsextreme Organisation namens Students for the Temple Mount erhielt eine Genehmigung vom Ministerium für Bildung, in Schulen im Rahmen eines Programms „zur Förderung des Bewusstseins bezüglich des Tempelbergs“ zu unterrichten. Viele der in dieser Organisation aktiven Student*innen identifizieren sich mit einer anderen rechten Bewegung, nämlich Im Tirtzu. Dessen Sprecherin tritt als Unterstützerin von Rabbiner Meir Kahane in den sozialen Medien auf und ein Teil der Aktivist*innen bezeichnet die heiligen Stätten des Islam auf dem Tempelberg als „temporäre Gebäude“. Ein Aktivist der Organisation verteilte sogar retuschierte Fotos von einem Schwein auf dem Platz rund um den Felsendom und die al-Aqsa-Moschee, die offenbar Anstoß erregen sollten.

Der letzte Schritt, um das Thema im Mainstream zu verankern, bestand aus der Zusammenarbeit mit Politiker*innen, die den eigenen Ansichten und Forderungen Legitimität verleihen. Hierfür gibt es viele Beispiele: So besuchte Landwirtschaftsminister Uri Arie den Tempelberg, die Kulturministerin bezeichnete diejenigen, die sich für den Tempel engagieren, als Pioniere, als „die Vorhut des [rechten] Lagers“ und rief die jüdische Bevölkerung dazu auf, in Massen auf den Tempelberg zu gehen. Viele Knesset-Abgeordnete, vor allem von Likud und Jüdisches Heim, waren in den letzten Jahren auf dem Tempelberg. Im Jahr 2017 nahm die Tempelberg-Lobby offiziell ihre Arbeit in der Knesset auf und der stellvertretende Verteidigungsminister Eli Ben-Dahan spendete dem Temple Institute 50.000 Schekel [ca. 12.500 Euro].

Wie in den anderen Fällen begegnen wir auch hier der Strategie vom „Wolf im Schafspelz“. Dutzende Organisationen und Einrichtungen organisieren Aktivitäten zu einem bestimmten Themenbereich, wobei jede von ihnen

einen anderen Teilaspekt zu bearbeiten scheint, viele von ihnen unter einem unverdächtigen Label wie Bildung, Aufklärung oder Religionsfreiheit. Dieser Deckmantel ist von großem Nutzen, um das Thema im Mainstream zu platzieren und mit staatlichen Institutionen zusammenzuarbeiten. Im Ergebnis stärkt dies das politische und öffentliche Engagement für das Thema und die Aufmerksamkeit, die rechtsextreme Positionen im gesellschaftlichen Mainstream erhalten.

Die Demokratie schwächen und den demokratischen Raum einengen

Eine weitere bedeutende Kampagne, die von rechtsextremen Siedler*innen initiiert und dann von Regierungsstellen übernommen worden ist, verfolgt die Schwächung rechtsstaatlicher Strukturen. Dies ist ein gewaltiger Kampf, der von Dutzenden verschiedenen rechtsextremen Akteuren und Organisationen geführt wird. Das Ziel ist es, Israels Charakter und seine demokratisch-liberalen Werte zu verändern. Dafür erscheint es ihnen notwendig, Institutionen, die dem Regierungshandeln und den Rechtsextremen Schranken setzen können, zu schwächen. Insbesondere geht es um den Obersten Gerichtshof, den viele Rechte als Haupthindernis für die Verwirklichung ihrer Ziele sehen. Daneben lassen sie keine Gelegenheit aus, um linke oder liberale Kritik an der Regierungspolitik zum Schweigen zu bringen und unliebsame Journalist*innen, Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen und Minderheiten als Staatsfeinde zu brandmarken.

Die Liste antidemokratischer Gesetzesvorlagen und Initiativen, die in den vergangenen zehn Jahren die Politik und das Parlament in Israel beschäftigt haben, ist lang: ein Gesetzesentwurf, der es der Knesset ermöglichen würde, Urteile des Obersten Gerichtshofs „außer Kraft zu setzen“, wenn diese etwa verabschiedete Gesetze als unvereinbar mit Grundrechten erklären; die Verabschiedung des Nationalstaatsgesetzes, das Israel als Staat des jüdischen Volks definiert und damit die Ungleichheit und Diskriminierung von nicht-jüdischen Staatsbürger*innen verfassungsrechtlich festschreibt, das die Wichtigkeit des Ausbaus der jüdischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten betont und den Status der arabischen Sprache in Israel herabsetzt; die Initiative, den Ausschuss, der Richter*innen ernannt, zu politisieren; ein Gesetzesentwurf zur Beschränkung der Befugnisse des staatlichen Rechnungshofes; die Verabschiedung eines Gesetzes, das gemeinnützige Organisationen dazu verpflichtet, Spenden von staatlich finanzierten Körperschaften aus dem Ausland in jeder Publikation offenzulegen (was hauptsächlich gegenüber linken Organisationen zur Anwendung kommt); eine Verringerung der Zivildienststellen in Menschenrechtsorganisationen; der Vorschlag, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, um gegen Menschenrechtsorganisationen zu ermitteln; die Verabschiedung eines Gesetzes, das denjenigen, die zum Boykott aufrufen, die Einreise nach Israel verwehrt; eine Gesetzesvorlage zur Begrenzung der öffentlich-staatlichen Förderung des Kulturbereichs (richtet sich gegen Projekte, die

nicht der eigenen politischen Agenda folgen); Auflagen für die Betätigung von (linken und linksliberalen) Organisationen in Schulen; ein Gesetzentwurf zur Streichung von Mitteln für die Hochschulen, an denen kritische Dozent*innen unterrichten, und vieles mehr.

Auch in diesem Kampf ist die führende Rolle von extremistischen Gruppen deutlich erkennbar. Ein prominentes Beispiel ist die gemeinnützige Organisation Meshilut: Movement for Governability and Democracy. Laut einer Studie, die in der Zeitung *Yedioth Ahronoth* veröffentlicht wurde, gehörten die Gründer*innen dieser Organisation zuvor einer anderen gemeinnützigen Organisation, nämlich Komemiyut – Spirit and Heroism for a Jewish Israel, an, die ungefähr ein Jahr nach der „Entflechtung“ im Gazastreifen gegründet worden war. Einer der Gründer*innen ist Bezalel Smotrich, der 2019 zum Verkehrsminister und zum Mitglied des Sicherheitskabinetts¹³ ernannt worden ist. In seiner Vergangenheit gibt es eine dunkle Affäre. Während des Kampfs der Rechten gegen die „Entflechtung“ im Gazastreifen wurde er mit 700 Litern Treibstoff gefasst. Der damalige stellvertretende Leiter des Inlandsgeheimdienstes Schin Bet, Itzhak Ilan, nahm zu dieser Affäre Stellung und sagte, dass Smotrich „zwar jüdisch ist, aber dennoch ein Terrorist“. Laut Ilan „wollte er zur Zeit der Entflechtung auf dem Ayalon Highway fahrende Fahrzeuge in die Luft sprengen“.

Die Organisation Komemiyut setzt sich unter anderem dafür ein, die Halacha (religiöses jüdisches Recht) über das staatliche Recht zu stellen. Einer ihrer führenden Denker, Dov Lior, dessen ideologische Nähe zum Rabbiner Meir Kahane bekannt ist und der sogar den Massenmörder Baruch Goldstein als „heiliger als die Holocaust-Märtyrer“ preist, erklärte öffentlich, dass „alle weltlichen Ururteile aufgehoben werden müssen und das ganze weltliche Justizsystem abzuschaffen ist“. Laut der in *Yedioth Ahronoth* veröffentlichten Studie war Komemiyut auch „eine der wenigen Organisationen, die öffentlich die „Price-Tag-Aktivist*innen“ unterstützt haben. Rabbiner Yair Kartman, der ein Mitglied des Exekutivkomitees von Komemiyut und einer der Gründer von Meshilut ist, sagte in der Vergangenheit, dass „der Vertrauensverlust [in Bezug auf das staatliche Justizsystem] eine große Chance für ein auf der Tora basierendes Rechtssystem ist“. Von daher verwundert es nicht, dass die organisierten Rechts-extremen eine sehr aggressive Kampagne gegen das Justizsystem in Israel führen und alles daransetzen, um die Macht des Obersten Gerichtshofs zu brechen. Sie waren auch die treibende Kraft hinter der Verabschiedung eines Gesetzes, das vorsieht, dass die Rechtsberater*innen von Ministerien nicht länger über neutrale Ausschreibungen bestimmt werden, sondern nach politischen Präferenzen ausgesucht werden können.

Neben Meshilut beteiligt sich auch die Studentenorganisation Im Tirtzu an der Kampagne für die Verabschiedung der „Außerkraftsetzungsklausel“. Dem Geschäftsführer von Im Tirtzu zufolge richtet sich diese „nicht mehr nur gegen den Obersten Gerichtshof, sondern auch gegen jene [linken] Organisationen, denen der Oberste Gerichtshof Tür und Tor geöffnet hat. Sie beherrschen den Staat und rufen die Gerichte an, um das Militär zu beherrschen.“

Weitere rechte Organisationen wie Regavim, The Legal Forum for the Land of Israel und das Kohelet Policy Forum leisten auch einen bedeutenden Beitrag, wenn es um den Kampf gegen den Rechtsstaat und die „Gatekeeper“ der Demokratie geht. Wie vom Forschungsinstitut Molad beschrieben, gelang es zum Beispiel dem Kohelet Policy Forum (ein rechtes Forschungsinstitut, das ein Programm des ökonomischen Libertarismus vertritt), „eine Reihe von in seinem Büro konzipierten Gesetzesinitiativen voranzutreiben: die Vorlage zu einem Gesetz, das es Ministern erlaubt, ihnen politisch Nahestehende in Führungspositionen in ihren Ministerien zu bringen, die ‚Außerkraftsetzungsklausel‘ sowie andere Gesetzesentwürfe, die auf eine grundlegende Veränderung des politischen Systems abzielen: mehr Macht für die Exekutive und weniger Kontrollmöglichkeiten für die Judikative“.

Der Erfolg der Bestrebungen, das Justizsystem zu schwächen und zu untergraben, lässt sich nicht zuletzt an seinem anhaltenden Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit ablesen. In einer im November 2019 veröffentlichten Umfrage gaben 31 Prozent der Befragten an, dass sie nur geringes Vertrauen in das System haben, und weitere 32 Prozent sprachen von mäßigem Vertrauen. Das gestörte Verhältnis zum Rechtssystem wird von abschätzigen Äußerungen rechter Politiker weiter forciert. So äußerte sich der ehemalige Knesset-Abgeordnete Moti Yogev (Jüdisches Heim) über den Obersten Gerichtshof, es sei notwendig, ihn mit einem Bulldozer abzureißen. Minister Yariv Levin ließ auf seiner offiziellen Facebook-Seite anlässlich der Ernennung von Esther Hayut zur Präsidentin des Obersten Gerichtshofs verlauten: „Heute wird wieder eine Präsidentin für den Obersten Gerichtshof in einem fiktiven Auswahlverfahren bestimmt, das allen Regeln für die Ernennung zum öffentlichen Dienst zuwiderläuft.“ Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen Netanjahu wegen des Verdachts auf Bestechung und Korruption erreichte diese gegen die Justiz gerichtete Verleumdungskampagne ihren vorläufigen Höhepunkt. Der Premierminister begann, öffentlich ein Narrativ zu fördern, das die Justiz- und Strafverfolgungsbehörden eines Staatsstreichs beschuldigt. Derartige Entwicklungen sind sehr hilfreich für die extremen Rechten in Israel und stützen ihre Überzeugung, man solle konsequent alle rechtliche Hindernisse aus dem Weg räumen, die der Annexion der besetzten palästinensischen Gebiete und dem Aufbau eines auf religiösem jüdischen Recht beruhenden Systems im Wege stehen.

Diffamierung der Linken und der palästinensischen Staatsbürger*innen Israels

Seit jeher gehören ausgeprägte ideologische Rivalitäten auf die eine oder andere Weise zur politischen Auseinandersetzung in Israel dazu. Aber seit den frühen 2000er Jahren und insbesondere seit 2010 hat ein erheblicher Radikalisierungsprozess stattgefunden. Treibender Faktor ist zweifelsohne eine gezielte Kampagne der Rechten zur Diffamierung der palästinensischen Staatsbürger*innen Israels sowie von Friedens- und Menschenrechtsorganisationen,

Intellektuellen, Künstler*innen, Akademiker*innen und überhaupt von allen, die die israelische Regierungspolitik von links kritisieren.

Die seit Jahren laufenden Delegitimierungsversuche durchzieht ein bestimmtes Muster: Die palästinensischen Staatsbürger*innen werden allesamt als Staatsfeinde und besatzungskritische Organisationen und Aktivist*innen als ausländische Agenten verleumdet. Es wird zu allen denkbaren legislativen und bürokratischen Maßnahmen gegriffen, um ihre Arbeit zu erschweren und ihnen öffentliche Unterstützung und Ressourcen zu entziehen. Frei nach dem Motto Teile und Herrsche wird zwischen „guten“ und „bösen“ Organisationen unterschieden. Als gut gelten solche, die sich mit Wohltätigkeit und humanitären Aktivitäten befassen und die die staatlichen Institutionen nicht herausfordern, als böse alle, die grundlegende Veränderungen in Israel anstreben, insbesondere solche, die gegen die Besatzung kämpfen und sich für Gleichheit und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Auch hier hat sich das, was als Randerscheinung begann und von rechtsextremen Organisationen und der Siedler-Lobby vertreten wurde, mithilfe der Vermittlung von Politiker*innen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu einer Mainstream-Haltung im Land entwickelt.

Die ersten Anzeichen einer Verschärfung des gegenwärtigen Trends gab es bereits 2002, als provokative Banner mit der Aufschrift „Demokratische Regenbogenkoalition für das Recht auf Rückkehr [der Palästinenser*innen]“ in sehr großer Zahl an den Hauptverkehrsadern zu sehen waren. Zu dieser Zeit war die Zweite Intifada in vollem Gang und die damit einhergehende Gewalt forderte Tausende von israelischen und palästinensischen Opfern. Politische Unterstützung für das Rückkehrrecht der Palästinenser*innen wurde zu der Zeit als tatsächliche Kollaboration mit dem Feind wahrgenommen. Der Text auf dem Banner, der falsche Informationen verbreitete und sich gegen die Demokratische Regenbogenkoalition richtete, die zu dieser Zeit eine Klage vor Gericht wegen sozialer Diskriminierung eingereicht hatte, ließ keine Zweifel aufkommen: Die Demokratische Regenbogenkoalition, eine zivilgesellschaftliche Organisation, die von Nachfahren von jüdischen Einwander*innen aus arabischen Ländern gegründet worden war, wurde damit als „innerer Feind“ gebrandmarkt.

Bereits 2003 war ein „vorläufiger Bericht“ über den New Israel Fund (eine US-amerikanische Stiftung, die israelische Organisationen unterstützt, die für fortschrittliche Werte wie Menschenrechte, Frieden, Pluralismus und dergleichen eintreten) erschienen. Dies kann im Nachhinein als Vorbereitung und Auftakt eines breit angelegten, intensiven und mitunter sehr aggressiven Angriffs auf den New Israel Fund und die von ihm unterstützten Gruppierungen gedeutet werden, der einige Jahre später erfolgte. Die Autoren des Berichts, von denen einer später als Berater für Öffentlichkeitsarbeit für Premierminister Netanjahu arbeitete, beschrieben den New Israel Fund als eine Krake, die im Verborgenen agiert und „fast alle Schritte, die die Linke in Israel unternimmt, bestimmt“. Sie behaupteten zudem, dass die Ziele des Fonds „völlig im Widerspruch zu allen Zielen stehen, für die die zionistische Bewegung und der Staat Israel gegründet wurden“.¹⁴

Auf Grundlage der Aussagen dieses Berichts startete die rechte Im-Tirtzu-Bewegung 2010 eine umfangreiche Diffamierungskampagne gegen den New Israel Fund. Seitdem sind solche Argumentationsmuster im gesamten rechten politischen Spektrum gang und gäbe und werden häufig verwendet, um von der Linken vorgebrachte Forderungen zurückzuweisen. Beispielsweise haben im Februar 2015 einige prominente Knesset-Abgeordnete von Likud, Jüdisches Heim und Schas ihre Teilnahme an einer von der Tageszeitung *Haaretz* veranstalteten Konferenz über Demokratie in Israel abgesagt, weil diese vom New Israel Fund gesponsert wurde. Im April 2018, nachdem sich Ruanda von einem geplanten Abkommen zurückgezogen hatte, das es Israel ermöglicht hätte, in Israel befindliche Asylsuchende nach Ruanda abzuschicken, machte Premierminister Netanjahu den New Israel Fund für das Scheitern der Verhandlungen mit Ruanda verantwortlich. Er sagte, „das ultimative Ziel des [New Israel] Fund besteht darin, den jüdischen Charakter Israels zu beseitigen und es zu einem Staat aller seiner Bürger zu machen“. Netanjahu forderte den Koalitionsvorsitzenden auf, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen, um die Aktivitäten des New Israel Fund zu untersuchen.

2015 startete Im Tirtzu eine Kampagne, um breite Unterstützung für die von dem Knesset-Abgeordneten Yoav Kish (Likud) eingebrachte Vorlage für ein Foreign-Agent-Gesetz zu organisieren. Das Gesetz soll es staatlichen Behörden und der Armee verbieten, mit gemeinnützigen Organisationen zusammenzuarbeiten, die „antiisraelische Propaganda“ betreiben. Zudem sieht es vor, dass Organisationen, die direkte finanzielle Unterstützung von ausländischen politischen Körperschaften erhalten, als „verlängerter Arm“ dieser Körperschaften gekennzeichnet werden und gerichtlich aufgelöst werden können. Im Rahmen der Kampagne wurden Aktivist*innen von Organisationen als Erfüllungsgehilfen fremder Staaten bezeichnet und beschuldigt, Terroristen zu unterstützen und zu verteidigen. Außerdem veröffentlichte Im Tirtzu eine lange Liste mit Hunderten von Kulturschaffenden, von denen sie behaupteten, sie agierten als „verlängerter Arm“ fremder Interessen, weil sie in der einen oder anderen Form linke Organisationen unterstützen.

Einige Wochen nach dieser Kampagne tauchte in der israelischen Öffentlichkeit eine bis dahin unbekannte rechte Organisation namens Ad Kan („Bis hierher und nicht weiter“) auf, die, wie sich dann herausstellte, tatsächlich mit Täuschungsmanövern gegen den politischen Gegner vorgeht. Sie schleuste Mitglieder ihrer Gruppe, ausgestattet mit versteckten Kameras und Aufnahmegegeräten, in Organisationen ein, die sich für ein Ende der Besatzung einsetzen. Auf der Grundlage des von Ad Kan veröffentlichten Materials begann eine breit angelegte Dämonisierungskampagne gegen Breaking the Silence, eine Organisation, die Zeugenaussagen von Soldat*innen, die in den besetzten palästinensischen Gebieten gedient haben, sammelt und veröffentlicht. Der Verteidigungsminister bezeichnete die Arbeit von Breaking the Silence als „Landesverrat“. Es wurde ein Gesetzesentwurf eingebracht, auf dessen Grundlage das Bildungsministerium verhindern könnte, dass Breaking the Silence weiterhin zu Vorträgen in Schulen eingeladen

wird. Außerdem verlangte die Justizministerin, dass der Generalstaatsanwalt Ermittlungen gegen Breaking the Silence einleitet.

2014, während des Kriegs im Gazastreifen, erreichte die Diffamierung des linken politischen Lagers einen neuen Höhepunkt. Der Künstlerin Orna Banai etwa wurde von einer Werbefirma gekündigt, nachdem sie Kritik am israelischen Vorgehen in Gaza geäußert hatte. Bilder von Menschenrechtsaktivist*innen wurden veröffentlicht, die den Eindruck erweckten, als ob diese mit Hamas zusammenarbeiteten. Diese Verleumdung schlug sich auch auf der Straße nieder. So griffen rechte Aktivist*innen mehrmals gewaltsam Demonstrationen von linken Kriegsgegner*innen an. In einem Bericht des staatsnahen Thinktank Institute for National Security Studies heißt es, „dass die von rechtsextremen Organisationen gegen linke Demonstrationen verübte Gewalt gar nicht oder sehr unzureichend strafrechtlich verfolgt wurde. Auch im öffentlichen Dienst Beschäftigte mussten für Facebook-Kommentare, wie ‚Ich bin dafür, dass sie alle Araber und auch die Linken umbringen‘, keinerlei Sanktionen befürchten.“¹⁵ Daneben häuften sich Forderungen, Filmvorführungen und künstlerische Veranstaltungen mit linken politischen Inhalten (insbesondere solche, die sich gegen die Besatzung wenden) abzusagen bzw. zu verbieten. Zudem gibt es immer mehr Fälle von israelischen und ausländischen Menschenrechtsaktivist*innen, die an Grenzübergängen aufgehalten werden und sich dort Befragungen eindeutig politischen Charakters unterziehen müssen.

Eine weitere Strategie der Diskreditierung richtet sich gegen die aus Sicht der Rechtsextremen zu liberalen Universitäten und Hochschullehrer*innen, die einer Art Monitoring unterzogen werden. Im Jahr 2017 hat Im Tirtzu eine Hotline eingerichtet, über die sich Student*innen anonym über linke Äußerungen ihrer Dozent*innen beschweren können. Eine weitere Organisation namens Israel Academia Monitor, die der US-amerikanischen Organisation Campus Watch von Professor Daniel Pipes ähnelt und sich Anfang 2010 als gemeinnützig in Israel eintragen ließ, beobachtet Dozent*innen, die nach ihrer Definition „antizionistisch“ sind. Sie veröffentlicht deren Namen auf ihrer Webseite in einer nach Hochschulen geordneten Blacklist, des Weiteren sucht sie nach Dozent*innen, die „antiisraelische“ Petitionen unterschrieben haben und prangert diese an. Dies hat schon zur entsprechenden Zurückhaltung und sogar Selbstzensur unter Hochschullehrer*innen geführt. Ein Beispiel für die handfesten Auswirkungen dieser Praktiken ist die Entscheidung von Wissenschaftsminister Ofir Akunis (Likud) im Jahr 2018, die Ernennung von Professor Yael Amitai zum Board of Governors der German-Israeli Foundation for Scientific Research and Development abzulehnen. Akunis begründete seine Entscheidung damit, dass die Gehirnforscherin im Jahr 2005 eine Petition unterschrieben hat, die Soldat*innen unterstützt, die sich weigern, ihren Armeedienst in den besetzten palästinensischen Gebieten zu leisten.

Darüber hinaus ist es wichtig, die Vielzahl der Gesetze zu erwähnen, die in den letzten Jahren in der Knesset verabschiedet worden sind oder eingebracht wurden, um Friedens- und Menschenrechtsorganisationen zu schaden. Die

Association for Civil Rights in Israel hat folgende Liste erstellt: Beschränkung ihrer Finanzierungsmöglichkeiten, höhere Besteuerung ihrer Einnahmen, eingeschränktes Recht, Klage vor dem Obersten Gerichtshof zu erheben, Ausweitung der Möglichkeiten des Staates, missliebige Organisationen für illegal zu erklären, spezielle Regeln für Menschenrechtsorganisationen in Bezug auf „Transparenz“, Streichung von Steuer- oder Gebührenvergünstigungen oder -befreiungen oder von staatlich subventioniertem Personal für missliebige Organisationen sowie Wegfall der Möglichkeit für Zivildienstleistende, in Organisation zu dienen, die sich mit Menschenrechten in den besetzten palästinensischen Gebieten beschäftigen. Auch wenn mitunter von Anfang an feststand, dass manche dieser Gesetzesvorlagen keine wirkliche Chance hatten, im Parlament angenommen zu werden, hat doch die hitzige öffentliche Debatte darüber Organisationen und Aktivist*innen erheblich geschadet.

Manifestationen von Rassismus und Hetze gegen palästinensische Staatsbürger*innen und führende Persönlichkeiten der arabischen Gemeinschaft haben ebenfalls stark zugenommen. Ein bemerkenswertes Beispiel ist Premierminister Netanjahus Aufruf aus dem Jahr 2015 an israelisch-jüdische Staatsbürger*innen, wählen zu gehen, weil die rechte Regierung in Gefahr sei. Er warnte: „Die Araber strömen zu den Wahlurnen [...], linke gemeinnützige Organisationen bringen sie in Bussen dorthin.“ Ein weiteres Beispiel ist die Erklärung des Ministers für Innere Sicherheit, Gilad Erdan, in der er „die Araber“ der „terroristischen Brandstiftung“ während einer Welle von Bränden im Jahr 2016 beschuldigte, ohne irgendwelche Beweise dafür zu haben. Im Jahr 2017 verließ Kulturministerin Miri Regev die Preisverleihungszeremonie der israelischen Musikakademie, nachdem beschlossen worden war, der arabischen Sängerin Mira Awad zu gestatten, bei der Feier ein vertontes Gedicht des palästinensischen Dichters Mahmud Darwisch vorzutragen. Nach der Verabschiedung des Nationalstaatsgesetzes und dem Aufruf der arabischen Knesset-Abgeordneten an die Vereinten Nationen, Israel dafür zu verurteilen, sagte der damalige Tourismusminister Yariv Levin, dass es sich bei dem Aufruf um „Verrat“ handle. Er äußerte die Hoffnung, dass die arabischen Knesset-Abgeordneten dafür strafrechtlich zur Verantwortung gezogen würden. Bei einer anderen Gelegenheit rief Avigdor Lieberman dazu auf, die Knesset-Abgeordneten der Gemeinsame Liste zu Kriminellen zu erklären, weil sie eine Protestdemonstration gegen die Erschießung von palästinensischen Demonstrant*innen im Gazastreifen unterstützt hatten.

Schlussbemerkung

Im Oktober 2019 bewarf eine 30-köpfige Gruppe in der Siedlung Jitzhar israelische Soldat*innen mit Steinen, schlitze Reifen von Militärfahrzeugen auf und verwundete sogar einen der Soldaten leicht. Die israelische Öffentlichkeit ist es gewohnt, solche Nachrichten über Palästinenser*innen zu hören, aber dieses Mal waren die Angreifer jüdische Siedler*innen. Premierminister Netanjahu beeilte sich, die Tat zu verurteilen. Er sagte: „Es wird keine Toleranz für Gesetzesbrecher geben, die unsere Soldaten angreifen.“ Man

hätte von seiner Äußerung beeindruckt sein können, wenn sie nicht ganz im Gegensatz zur Realität stünde. Dass die Siedler*innen sich getraut haben, Soldat*innen mit Steinen zu bewerfen (und das nicht zum ersten Mal), steht in einem direkten Zusammenhang damit, dass und wie sich Netanjahu um die Führungselite der rechtsextremen Siedler*innen bemüht, wie er die Kahanist*innen legitimiert, wie er eine nachsichtige Politik gegenüber von Jüdinnen und Juden in den besetzten palästinensischen Gebieten begangene Straftaten verfolgt und ein doppeltes Spiel in Bezug auf alles spielt, was den Umgang der Behörden mit Aufwieglung, Rassismus und Gewalt betrifft.

So sieht also in Kürze die Erfolgsgeschichte der extremen Rechten in Israel aus, der es gelungen ist, in das Zentrum des politischen Mainstreams vorzudringen. Die Aggressivität, mit der das Netzwerk der extremen Rechten ihre Macht und ihren Einfluss geltend macht, hätte für diesen Erfolg allein nicht ausgereicht. Sie wären nicht so weit gekommen, wenn nicht viele gewählte Amtsinhaber – von Hinterbänkler*innen in der Knesset bis hin zum Premierminister – ihre Methoden, Inhalte und Sprache übernommen und es rechtsextremen Ideen erlaubt hätten, schrittweise ins Zentrum des Mainstreams zu gelangen.

Ein türkisches Sprichwort besagt, dass, als die Axt in den Wald kam, ihr die Bäume mit den Worten vergaben: „Ihr Stiel ist einer von uns.“ In der Tat, wie in diesem Artikel beschrieben, verwenden Organisationen und Institutionen, die vorgeben, zum Wohl der israelischen Gesellschaft zu handeln, verschiedene Tarnungen. Sie sprechen im Namen einer imaginierten Mehrheit, arbeiten indes jedoch ohne Unterlass daran, „den Wald zu fällen“, auf den die israelische Gesellschaft angewiesen ist und der sie ernährt. Die absichtliche Täuschung, die Verwischung der Differenz zwischen ihren offiziell erklärten Zielen und ihren tatsächlichen Absichten, dient den extremen Rechten dazu, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass sie in ihrem Sinne und zu ihrem Vorteil handeln, während sie sich in Wirklichkeit um die Verwirklichung einer separatistischen nationalistisch-messianischen Zukunftsvision bemühen.

Nach zwei Jahrzehnten großer Geländegewinne aufseiten der Rechten tobt in Israel heute ein brutaler Entscheidungskampf um den Charakter und die Zukunft der israelischen Gesellschaft und des israelischen Staats. Um diesen Kampf zu führen und zu gewinnen, bedarf es eines klaren politischen Projekts und der Bereitschaft, dieses mit aller Energie zu verfechten. Es bedarf aber auch eines gut koordinierten Kampfs, um die in diesem Artikel beschriebenen rechtsextremen Netzwerke – deren politischer Einfluss in keinem angemessenen Verhältnis zu dem Bevölkerungsanteil steht, den sie repräsentieren – in ihre Schranken zu weisen und die Politiker*innen, die sie tatkräftig unterstützen, dafür zur Verantwortung zu ziehen. Nur wenn es dem linken politischen Lager gelingt, seinen Gegner richtig einzuschätzen, kann es von der Verteidigung zum Angriff übergehen. Dafür muss es sich auf breiter Basis neu aufstellen und organisieren, neue Kräfte sammeln und eine Zukunftsvision entwerfen, die nicht polarisierend ist und alle Menschen, die zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan leben, einschließt. Nur dann wird die Linke in Israel eine Chance haben, eine führende Rolle zu spielen.

Übersetzt von **Ursula Wokoock Wollin**

Ran Yosef Cohen arbeitet als Medien- und Strategieberater und war zuvor Geschäftsführer der NGO Ärzte für Menschenrechte – Israel. Zudem gründete er mit anderen den israelischen Democratic Bloc, der als Plattform für strategische Partnerschaften zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie als alternatives Forschungszentrum dient.

Anmerkungen

- 1 Diese werden Tora-Nukleus genannt. Dabei handelt es sich um eine Gruppe von Familien oder Personen, meist zur religiösen zionistischen Bewegung gehörend, die sich zusammenschließen, um in einer Gegend zu leben, in der es wenig jüdische oder wenig religiöse jüdische Bevölkerung gibt. Ihr erklärtes Ziel ist es, die Verbindung zwischen dem Judentum und diesem Ort zu stärken.
- 2 Naftali Bennett war 2015 bis 2019 Bildungsminister, danach ein halbes Jahr lang Verteidigungsminister. Ayelet Shaked war Justizministerin in den Jahren 2015 bis 2019
- 3 Policy Working Group: NGO MONITOR: SHRINKING SPACE. Diffamierung von Menschenrechtsorganisationen, die die israelische Besatzung kritisieren. Ein Bericht der Policy Working Group, September 2018, unter: http://policyworkinggroup.org.il/report_de.pdf.
- 4 Gemäß den Unterlagen von Hemla erhielt der Verein im Jahr 2016 1.119.682 NIS (ca. 275.000 Euro) und im Jahr 2015 769.524 NIS (ca. 169.000 Euro) vom Ministerium für soziale Angelegenheiten.
- 5 Dies ist die weitverbreitete Bezeichnung für junge Siedler*innen, die in israelischen Außenposten oder isolierten Gebäuden in der Westbank leben und durch ihre Opposition zum israelischen Establishment geprägt sind.
- 6 Sheleg, Yair: The Loss of Naïveté: The Impact of the Withdrawal from Gaza on Religious Zionism, Israel Democracy Institute, 12.6.2015, unter: <https://en.idi.org.il/articles/5173>.
- 7 Schlesinger, Liat: At Any Price: Israeli Taxpayers Funding „Price Tag“ Settler Violence. Molad, Juli 2015, unter: www.molad.org/en/articles/originsofpricetag.
- 8 Be'er, Yizhar: Dangerous Liaison. The Dynamics of the Rise of the Temple Movements and Their Implications, März 2013, S. 33, unter: www.ir-amim.org.il/en/report/dangerous-liaison.
- 9 Das Institut ist unter dem Namen „Institut für das Studium, die Forschung und den Bau des Tempels“ eingetragen.

- 10 Gemäß den vom Institut beim Registrar eingereichten Angaben und Unterlagen.
- 11 Gemäß der Zielsetzung der Jugendbewegung, wie sie auf der Webseite des Israel Council of Youth Movements nachzulesen ist. Vgl. www.tni.org.il/eng/page.asp?id=7371&cat.
- 12 Nach Angaben der Webseite über gemeinnützige Organisationen in Israel, Guidestar. Vgl. www.guidestar.org.il/organization/580004562.
- 13 Ein kleineres Forum von Kabinettsmitgliedern, das über Verteidigung und Außenpolitik entscheidet.
- 14 Baratz, Ran/Ifergan, Moshe: Vorläufiger Bericht: New Israel Fund, 2003 (auf Hebräisch), unter: <https://library.osu.edu/projects/hebrew-lexicon/hbe/hbe00270001.php>.
- 15 Sher, Gilead/Sternberg, Naomi/Ben-Kalifa, Mor: Delegitimization of Peace Advocates in Israeli Society, Strategic Assessment, Nr. 2, Juli 2019, unter: www.bakerinstitute.org/research/delegitimization-peace-advocates-israeli-society/.



Israelische Soldaten schauen zu, wie bewaffnete Siedler internationale Aktivist*innen und Palästinenser*innen bedrohen und angreifen, Siedlung Ma'on, Westbank, 2012. Foto: Activestills

Radikale Siedler zelebrieren die „Übernahme“ eines Hauses in Sheikh Jarrah, Ost-Jerusalem, 2010. Foto: Activestills



Aktivist in Jerusalem mit Fahne der
faschistischen Kach-Partei, 2015.
Foto: Activestills

Zerstörtes Haus der Dawabsha-Familie.
Bei dem Brandanschlag auf ihr Haus
starb ein 18 Monate altes Baby, mehrere
Menschen wurden verletzt. Duma,
Westbank, 2015.
Foto: Activestills

II LAND



Wem gehört das Land? Landbesitz und Ungleichheit in Israel

Gadi Algazi

Wie kam es dazu, dass der israelische Staat heute über etwa 93 Prozent des Grundbesitzes verfügt, während im Jahr 1948 nur circa sieben Prozent des Landes in jüdischem Besitz waren? Welche Rolle spielt dabei der Jüdische Nationalfonds? Wie werden die aus der Landnahme gewonnenen Ressourcen verteilt?

Israelische Soldaten pflanzen Bäume in al-Araqib, bei einem Einsatz für den Jüdischen Nationalfonds (JNF), Negev, Israel, 2010.
Foto: Activestills

Vor der Staatsgründung im Jahr 1948 waren circa sieben Prozent des Territoriums, das zum israelischen Staatsgebiet wurde, in jüdischem Besitz, während mehr als 80 Prozent davon Palästinenser*innen gehörte. Heute besitzen die palästinensischen Staatsbürger*innen innerhalb der international anerkannten Grenzen Israels weniger als vier Prozent des Landes, während der israelische Staat über 93 Prozent des Landes verfügt. Das meiste davon ist Staatseigentum, während der Rest dem Jüdischen Nationalfonds gehört. Diese 93 Prozent werden von der israelischen Landbehörde verwaltet. Ohne diese grundlegenden Fakten zu kennen, ist es unmöglich, die strukturelle Ungleichheit in der Gesellschaft Israels, vor allem zwischen jüdischen und palästinensischen Staatsbürger*innen, zu verstehen. Dies hat weitreichende Auswirkungen auf die Verteilung von Ressourcen und Wohlstand, auf den Zugang zu Wohnraum und Entwicklungschancen und auch auf jede zukünftige Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

Ausgangspunkt sind notwendigerweise der Krieg von 1948 und seine Folgen und vor allem die Tatsache, dass ein Großteil der Palästinenser*innen zu Flüchtlingen wurde. Allerdings kann die unverzichtbare Debatte über den Verlauf des Krieges, über die begangenen Kriegsverbrechen sowie die Vertreibung und die Verhinderung der Rückkehr der Vertriebenen und Geflüchteten dazu führen, dass eine andere grundlegende Tatsache übersehen wird: Der Krieg selbst verursachte keine Umverteilung des Grundbesitzes. Weder die geflüchteten Palästinenser*innen noch die, die im israelischen Staatsgebiet nach 1948 blieben und zu Staatsbürger*innen wurden, haben infolge des Krieges ihr Grundeigentum verloren. Wenn der Krieg an sich die Landressourcen nicht umverteilt hat, wie ist es dazu gekommen?

Die prägenden Jahre: 1947 bis 1953

Die wichtigsten Schritte, die die Situation noch heute bestimmen, wurden in den ersten fünf Jahren von israelischer Seite vollzogen. Schon während des Krieges kam es zu einer Übernahme von Land, das Palästinenser*innen gehörte, durch jüdische landwirtschaftliche Siedlungen, zumeist Kibbuzim. Mitunter erhoben Kibbuzim nur wenige Wochen nach der Flucht oder Vertreibung ihrer arabischen Nachbar*innen bereits Anspruch auf deren Grund und Boden. Einige wandten sich direkt an die Behörden oder an ihnen nahestehende Politiker*innen, um das „frei gewordene“ Land zu bekommen, andere haben einfach angefangen, es zu bearbeiten, ohne auf eine offizielle Erlaubnis zu warten. Die Folgen waren gravierend: Die Übernahme des Lands schuf Fakten. Auf lokaler Ebene hatten nun diverse Akteure ein unmittelbares materielles Interesse daran, die Rückkehr ihrer arabischen Nachbar*innen zu verhindern.

Diese nicht zentral organisierte Aneignung ging zunächst mit Ad-hoc-Regelungen, danach mit systematischen staatlichen Verordnungen einher, die hier nicht im Detail erläutert werden können. Wichtig ist, dass diese zur Verabschiedung von zwei zentralen Gesetzen führten, deren Auswirkungen bis heute die Realität prägen: zum einen das „Gesetz über das Eigentum von Abwesenden“ (1950), das es dem Staat

ermöglichte, sich des Landes von palästinensischen Geflüchteten zu ermächtigen; zum andern das „Gesetz über den Erwerb von Land“ (1953), das die Übernahme von einem wesentlichen Teil des Landbesitzes der im israelischen Staatsgebiet verbliebenen Palästinenser*innen legalisierte.

Das „Gesetz über das Eigentum von Abwesenden“ (1950)

Das Wort arabisch wird in dem „Gesetz über das Eigentum von Abwesenden“ nicht erwähnt, aber es besteht kein Zweifel, was gemeint ist. Mit dem Gesetz brachte der Staat sowohl das Land der „Abwesenden“ – das heißt, von palästinensischen Flüchtlingen, die sich außerhalb Israels befanden und nicht zurückkehren durften – an sich als auch die Ländereien und die Häuser von Palästinenser*innen, die während des Krieges aus ihren Ortschaften geflüchtet oder vertrieben worden waren, aber innerhalb dessen, was israelisches Staatsgebiet wurde, geblieben sind und allmählich auch die Staatsbürgerschaft erhalten haben. Sie wurden als „anwesende Abwesende“ betrachtet. Im Jahr 1950 gehörte fast ein Drittel der in Israel lebenden Palästinenser*innen zu dieser Kategorie.

Laut Gesetz ging das so konfiszierte Land in die Verwaltung der staatlichen Treuhand über, aber die wichtigsten Teile dieses Landes blieben nicht lange bei der Treuhand. Denn der Staat befürchtete, dass, solange sich dieses Land unmittelbar in seinen Händen befand, er legitimen internationalen Forderungen ausgesetzt sein könnte, die Rechte der palästinensischen Eigentümer*innen zu wahren, sei es der im Ausland befindlichen Geflüchteten oder der Binnenvertriebenen. Und so verkaufte der Staat im Januar 1949 und im Oktober 1950 in zwei zwischen David Ben-Gurion und den Vorsitzenden des Jüdischen Nationalfonds ausgehandelten Transaktionen jeweils 1.000 Quadratkilometer palästinensischen Landes, das dem Staat bzw. der Treuhand gar nicht gehörte, an den Jüdischen Nationalfonds. Insgesamt waren das fast zehn Prozent des gesamten israelischen Staatsgebietes, was ungefähr der Gesamtfläche der Bundesländer Berlin, Hamburg und Bremen entspricht. Es stellte sich allerdings heraus, dass die zweite Transaktion die Kapazitäten des Jüdischen Nationalfonds überstieg, und so musste er 1962 einen Teil dieses Landes an den Staat zurückgeben. Dennoch war sein Zugewinn beachtlich: Während der Fonds 1948 fast 1.000 Quadratkilometer besaß, waren es im Jahr 1964 bereits 2.600 Quadratkilometer oft hochwertigen Lands oder anders ausgedrückt: 12,5 Prozent des israelischen Staatsgebietes (eine Fläche, die etwas größer als das Gebiet des Saarlands ist).

Die beiden großen Transaktionen von 1949 und 1950 brachten zwei wesentliche Vorteile mit sich: Zum einen erlaubten sie dem Staat, sich der unmittelbaren Verantwortung als Eigentümer zu entledigen. Zum andern durfte der Jüdische Nationalfonds, der gegründet worden war, um die Ansiedlung von Juden zu unterstützen, gemäß seiner Satzung Land an nicht-jüdische Menschen weder verkaufen noch verpachten. Die Arbeitsteilung mit dem Jüdischen Nationalfonds ermöglichte es, Diskriminierung langfristig zu institutionalisieren, ohne den Staat direkt darin zu verwickeln.

Später wurde das „Gesetz über das Eigentum von Abwesenden“ noch ergänzt: Auch der Landbesitz des islamischen Waqfs – Stiftungen, die sowohl religiösen als auch allgemeinen sozialen Zwecken dienten – ging in die staatliche Treuhand über. Nach dem Krieg von 1967 wurde das Gesetz sogar auf die neu besetzten Gebiete ausgeweitet. So konnte der Staat etwa palästinensische Einwohner*innen Ost-Jeruselems, die während des Krieges geflüchtet und am Tag der Annektierung Ost-Jeruselems nicht in der Stadt waren, ebenfalls zu „Abwesenden“ im Sinne des Gesetzes erklären und somit ihren Besitz konfiszieren.

Das „Gesetz über den Erwerb von Land“ (1953)

Zurück zu den prägenden Jahren: Nach dem Krieg von 1948 verlangten palästinensische Staatsbürger*innen vom Staat immer wieder die Rückgabe ihres Landes, das in der Zwischenzeit anderen, meist Kibbuzim und Moschawim, zugeteilt worden war. Der Staat ergriff eine Reihe von Maßnahmen, um palästinensischen Bäuerinnen und Bauern den Zugang zu ihrem Land zu verwehren: Er schränkte ihre persönliche Bewegungsfreiheit durch eine Militärregierung ein; er benutzte die Notstandsverordnungen, die er vom britischen Empire übernommen hatte, um landwirtschaftliche Flächen zu „militärischen Sperrgebieten“ zu erklären; darüber hinaus errichtete er eine „Sicherheitszone“ entlang der Staatsgrenzen, die arabische Staatsbürger*innen Israels nicht betreten durften. Doch die faktische Verhinderung des Zugangs arabischer Bäuerinnen und Bauern zu ihrem eigenen Land reichte nicht aus: Angesichts ihrer Proteste und Gesuche musste der Prozess der Enteignung geregelt und ihr Land unter staatliche Kontrolle gebracht werden.

Das „Gesetz über den Erwerb von Land“ (1953) löste dieses Problem, indem es die Übernahme arabischen Lands durch jüdische Ansiedlungen rückwirkend legalisierte und zugleich dem Staat erlaubte, den Prozess der Enteignung zumindest vorübergehend abzuschließen. Das Gesetz ermächtigte das Finanzministerium, Land, das am 1. April 1952 nicht im Besitz seiner Eigentümer*innen war, für „Entwicklungs-, Siedlungs- oder Sicherheitszwecke“ zu enteignen. Die Definition der legitimen Enteignungszwecke war derart weit gefasst, dass es kaum möglich war, die Expropriationen vor Gericht anzufechten. Dem Gesetz zufolge mussten die Eigentümer*innen über die Konfiszierung ihres Lands noch nicht einmal informiert werden. So wurde eine faktisch bestehende illegale Situation retroaktiv legalisiert: Dass arabischen Menschen der Zugang zu ihrem Land – sei es durch Notstandsverordnungen, organisierte Vertreibung oder lokale Gewalttätigkeiten – verwehrt wurde, ermöglichte es, sie nun rechtskräftig zu enteignen. Zudem wurde auf diese Weise Landbesitz nicht nur rückwirkend, sondern auch zwecks künftiger Ansiedlung „erworben“. Dieses extreme Gesetz galt nur für ein Jahr. Von daher beilieten sich die israelischen Behörden, kurz vor seinem Ablauf Hunderte Quadratkilometer Land zu enteignen, manchmal innerhalb weniger Tage. In der Regel wurde arabische Eigentümer*innen etwas Geld als Kompensation angeboten, aber kein Land. Manchen wurde das enteignete Land

palästinensischer Flüchtlinge als Teilkompensation angeboten, aber sie weigerten sich meist hartnäckig, dieses anzunehmen, um der Enteignung keine Legitimität zu verleihen.

Das Dorf Dschalama und der Kibbuz Lehawot Hawiwa

Der ganze Prozess lässt sich am Beispiel der Geschichte des kleinen arabischen Dorfs Dschalama gut veranschaulichen. Eine aktive Teilnahme der Dorfbewohner*innen an dem Krieg von 1948 ist nicht dokumentiert. Nach Kriegsende wurden sie israelische Staatsbürger*innen, gemäß dem zwischen Israel und Jordanien unterzeichneten Waffenstillstandsabkommen, in dessen Folge das Gebiet in der Mitte des Landes, in dem sie wohnten, an Israel übergegangen war. Obwohl Israel sich verpflichtet hatte, die Rechte der arabischen Bevölkerung in dem annektierten Gebiet zu wahren, beeilte es sich, viele von ihnen zu „Abwesenden“ zu erklären, obwohl sie zum Zeitpunkt der Staatsgründung gar nicht innerhalb des Staatsgebiets sein konnten. Als (anwesende) „Abwesende“ verloren sie ihr Eigentum, insbesondere ihr Land; das Oberste Gericht in Israel bestätigte die Rechtmäßigkeit der Enteignung. Zudem ließen die israelischen Behörden Dutzende kleiner palästinensischer Ortschaften in dem neu hinzugekommenen Gebiet abreißen und deren Bewohner*innen vertreiben. Im März 1950 wurden auch die Bewohner*innen des Dorfes von Dschalama von der israelischen Armee vertrieben. Der Kibbuz Lehawot Hawiwa, der zur linken zionistischen Bewegung HaSchomer HaTsa'ir gehört, erhielt ihr Land und ihre Häuser.

Die Bewohner*innen von Dschalama reichten dagegen Klage beim Obersten Gerichtshof ein. Es war einer der seltenen Fälle, in denen das Gericht der Forderung arabischer Staatsbürger*innen nach Rückgabe ihres Landes stattgab. Aber der Kibbuz und die staatlichen Behörden bedienten sich verschiedener Taktiken, um den Vollzug des Gerichtsurteils zu verzögern. Während die Dorfbewohner*innen auf die Rückgabe warteten, nutzte der Finanzminister das „Gesetz über den Erwerb von Land“, um ihr Land offiziell zu enteignen. Die Mitglieder des Kibbuz unternahmen ihrerseits Schritte, um sicherzustellen, dass die palästinensischen Bewohner*innen das ihnen zugesprochene Recht nicht einlösen konnten: Am 11. August 1953 sprengten sie deren Häuser und fällten deren Obstbäume.

Der aus Dschalama vertriebene Haj Mahmud al-Nadaf schrieb damals an den Vorsitzenden der Knesset: „Leben wir in einem Staat oder unter der Herrschaft einer Verbrecherbande? Unter eurer ungerechten Herrschaft sind wir des Lebens müde geworden! Ich bin 80 Jahre alt und habe noch nie eine solche Ungerechtigkeit gesehen. Zahlt mir, was mir gebührt, und ich werde das Land verlassen, oder tötet mich und ich werde meine Ruhe finden.“

Die Dorfbewohner*innen reichten erneut Klage beim Obersten Gericht ein. Sie verwiesen darauf, dass die staatlichen Behörden das „Gesetz über den Erwerb von Land“ missbraucht hatten, um die gerichtlich angeordnete Rückgabe ihres Lands zu vereiteln. Das Oberste Gericht räumte ein, dass die Bestimmungen dieses Gesetzes zwar „harsch“ seien, hob aber die Enteignung nicht auf.

In den Jahren danach setzten die staatlichen Behörden die Menschen unter Druck, den auf dem „Gesetz über den Erwerb von Land“ beruhenden Enteignungen ihres Landes rückwirkend zuzustimmen und niedrige Entschädigungszahlungen zu akzeptieren. Denjenigen, die dazu nicht bereit waren, wie zum Beispiel Abdallah Mahmud al-Nadaf aus Dschalama, erfuhren diverse Schikanen, die die Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, einschränkten. So drohte der Militärgouverneur ihm noch im Jahr 1958 damit, dass ihm im Nachbardorf Dschat, wo er inzwischen wohnte, keinerlei Land verpachtet würde.

Ungleichheit bei der Verteilung der Landressourcen

Seitdem ist es wiederholt zu massiven Enteignungen von Grund und Boden gekommen: Zu Beginn der 1960er Jahre und Mitte der 1970er Jahre versuchte die israelische Regierung, das ganze Land im Negev an sich zu reißen. Aktuell gibt es erneut solche Bestrebungen. Die Grundzüge des Systems, nach dem Land und Wasserressourcen in Israel aufgeteilt werden, haben sich seit den ersten Jahren nach der Staatsgründung kaum verändert. Selbstverständlich wurde die Beute nicht gleichmäßig unter der jüdischen Bevölkerung verteilt. Wie in anderen Kolonialsystemen auch bedeutete die Anhäufung solcher riesiger Ressourcen die Konzentration enormer Macht in den Händen derjenigen, die sie verteilen können. Landnutzungsrechte wurden primär als Gegenleistung für politische Loyalität und entsprechend der Nähe zu den Machtzentren gewährt. Die Klassenstrukturen und die Verteilung des Reichtums in der israelischen Gesellschaft sind nicht allein das Ergebnis des Marktes. Die staatliche Politik spielte dabei eine außerordentlich wichtige Rolle.

Wer verfügt heute über diesen Reichtum? Im Wesentlichen sind es vier privilegierte Organisationen bzw. Bevölkerungsgruppen.

a) Die wertvollsten Grundstücke, die sich zum Teil in den dicht besiedelten städtischen Gebieten Israels befinden, sind immer noch in den Händen des Jüdischen Nationalfonds. Die Institution schöpft daraus jährlich eine Grundrente, die ihre Spendeneinnahmen deutlich in den Schatten stellt. Im Jahr 2014 betrug diese steuerfreien Pachteinahmen 2,4 Milliarden NIS (mehr als eine halbe Milliarde Euro), 2017 erreichten die Einnahmen aus Verpachtung und Verkauf von Land sogar 3,8 Milliarden NIS (etwas weniger als 900 Millionen Euro). Jeder Versuch, in Israel und Palästina Verteilungsgerechtigkeit herzustellen oder etwa das Wohnungsproblem zu lösen, muss sich mit der enormen Konzentration von Landressourcen in den Händen einer einzigen Institution auseinandersetzen. Hinzu kommt, dass der Fonds Land ausschließlich an jüdische Menschen verpachtet und über große Teile des Besitzes palästinensischer Flüchtlinge verfügt. In den Führungsgremien des Jüdischen Nationalfonds sind alle zionistischen Parteien vertreten. Die Gelder, die er verteilt, verleihen ihm darüber hinaus großen politischen Einfluss.

b) Das meiste Agrarland ging an Kooperativen der zionistischen Bewegung. Nach Schätzung des Forschers Meron Benvenisti haben Kibbuzim und Moschawim 45 Prozent des von der palästinensischen Bevölkerung konfiszierten Landes erhalten. Die Privatisierung in den letzten Jahrzehnten ermöglichte es ihnen, ihre langfristigen Pachtverträge in Kapital zu verwandeln. Seit den 1980er Jahren ist es ihnen vom Staat erlaubt, Agrar- in Bauland umzuwandeln. So wurden auf dem Gelände vieler Kibbuzim ganz neue Viertel erbaut und die dort entstandenen Einfamilienhäuser zum Verkauf angeboten. Die Kibbuz-Mitglieder können inzwischen ihre Rechte am Land vererben und es seit einigen Jahren auch zu einem reduzierten Preis kaufen und so zu privaten Grundeigentümern werden. Ein großer Teil der Kibbuzim, die ausschließlich jüdischen Menschen vorbehalten sind, hat sich auf diese Weise in *gated communities* verwandelt. Auch der Kibbuz Lehawot Hawiwa ist seit 2002 keine Kooperative mehr. Von diesem neuen Reichtum – der Verwandlung der Früchte staatlich organisierter Enteignung in privaten Wohlstand – bleiben allerdings bestimmte Gruppen ausgeschlossen: hauptsächlich Mizrachim, die in Israel unter anhaltender Diskriminierung leiden. Viele von ihnen leben seit den 1950er Jahren in der Nähe von Kibbuzim und arbeiteten früher in deren regionalen Industriezentren.

c) Die genossenschaftlich verfassten Gemeinschaften, Kibbuzim und Moschawim, hatten in den 1950er Jahren das der palästinensische Bevölkerung weggenommene Land vor allem aus zwei Gründen zugeteilt bekommen: aufgrund ihrer starken ideologischen Bindung an den Zionismus und aufgrund ihrer exklusiven sozialen Zusammensetzung. In den 1970er Jahren entstand allerdings eine neue Besiedlungsform – die private „Gemeindesiedlung“ –, vor allem für Menschen aus der Mittelschicht, die eine bessere Lebensqualität außerhalb der Ballungszentren und soziale Segregation suchen. Die „Gemeindesiedlung“ ermöglicht soziale und ethnische Exklusivität, ohne den Preis einer Verpflichtung zum Kollektivismus. „Aufnahmekomitees“ dienen als Filter und entscheiden darüber, wer dort hinziehen darf. Palästinensische Staatsbürger*innen Israels sind formal ausgeschlossen, aber ausgesondert werden oft auch Arme, alleinstehende Mütter, sozial Schwache und generell Menschen, die nicht zum Selbstbild der (nicht unbedingt ideologisch motivierten) wohlhabenden Siedler*innen passen. Die „Gemeindesiedlung“ ist seit den 1970er Jahren die typische Organisationsform sowohl der Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten als auch der „Lebensqualitätsansiedlungen“ in Galiläa und im Negev. Diese neuen Siedler*innen wohnen auf beiden Seiten der Grünen Linie.

d) Anfang der 1950er Jahre riss der israelische Staat auch den Großteil des städtischen Besitzes von Palästinenser*innen an sich. Zunächst verpachteten die Behörden die enteigneten Häuser und Wohnungen an jüdische Migrant*innen. Sehr oft mussten in Jaffa, Ramle, Lyd (Lod) oder Akko (Akka) Palästinenser*innen

– die häufig selbst Binnenvertriebene waren und nicht in ihre Dörfer zurückkehren durften – in solchen Häusern zu Miete wohnen, die nach den generellen Enteignungsmaßnahmen nun offiziell als Staatsbesitz galten. Der Staat ließ die arabischen Häuser und Viertel lange Zeit verkommen, denn bis in die 1980er Jahre bestand die offizielle Politik darin, die „Überreste“ verfallen zu lassen und durch „moderne“ Wohn- und Geschäftsviertel zu ersetzen. Mit der Neuentdeckung des Charmes alter Wohnviertel und „orientalischer“ Häuser durch Yuppies und Investoren in den letzten 25 Jahren kommt es auch hier verstärkt zu einer privaten Aneignung ehemals palästinensischen Eigentums. Hier gesellen sich neoliberale Marktkräfte zur nationalistischen Politik und zu den Spätfolgen des zionistischen Enteignungsprojekts. In Akko etwa erleben wir derzeit eine durch die bewusste Politik der „Judaisierung“ arabischer Stadtteile beschleunigte Gentrifizierung, eine weitere Schwächung der politischen und privatrechtlichen Position arabischer Stadtbewohner*innen und nicht zuletzt die prekäre Lage armer jüdischer Menschen, denen in den 1950er Jahren arabische Häuser zugeteilt wurden – allerdings nur so lange, wie sie als Schutz gegen die Rückkehr der rechtmäßigen Besitzer*innen, der palästinensischen Flüchtlinge, gebraucht wurden.

Die Situation heute: Umm al-Hiran und Schowal, Chura und Metar

Alle Elemente dieser Geschichte kommen in einem Konfliktfall zusammen, der in den letzten Jahren für viel Aufregung gesorgt hat. Eine ganze arabische Ortschaft, das kleine Dorf Umm al-Hiran im nördlichen Negev, soll vom Erdboden verschwinden, um Platz für die Errichtung einer exklusiv jüdischen Ortschaft namens Hiran zu machen. Die arabischen Bewohner*innen wurden in den 1950er Jahren von der Militärregierung dorthin umgesiedelt, begleitet von Gewalttaten und Drohungen. Das meiste ihres ursprünglichen Landes befindet sich bis heute im Besitz des Kibbuz Schowal.

Eigentum an Ressourcen und Planungsbefugnisse sind eng miteinander verbunden. Für viele Jahrzehnte taten die israelischen Behörden einfach so, als gäbe es das Dorf Umm al-Hiran gar nicht. Es war weder an das Wasser- noch an das Stromnetz angeschlossen, ohne Gesundheitsversorgung und ohne Schule. 2010 sollte es zu einer anerkannten Ortschaft werden, doch das Büro des Premierministers Benjamin Netanjahu intervenierte. Umm al-Hiran wurde nicht anerkannt, an seiner Stelle soll die jüdische Ortschaft Hiran entstehen, die von der zionistischen Siedlerbewegung Or (Licht) errichtet werden soll. Gemäß den Statuten kann dort nur wohnen, wer jüdisch ist, sich an die religiösen Gebote hält, in der israelischen Armee gedient hat und „zu dem gesellschaftlichen Leben der Gemeinde mit ihrem besonderen Charakter passt“.

Die Bewohner*innen von Umm al-Hiran führten einen langen Rechtsstreit vor Gericht. Sie klagten gegen Diskriminierung aufgrund nationaler Zugehörigkeit: Ihr ursprüngliches Land wurde ihnen weggenommen, sie dürfen in ihr

ursprüngliches Dorf nicht zurückkehren, und nun werden sie auch noch aus dem Ort, an dem der Staat selbst sie angesiedelt hat, vertrieben. Das Oberste Gericht erklärte die bevorstehende Zwangsräumung trotzdem für rechtmäßig.

Im Januar 2017 schoss die Polizei auf den Dorfbewohner Yacoub Abu al-Qiyan, der in einem Auto saß und wegfahren wollte, um der bevorstehenden Räumung zu entgehen. Er verlor daraufhin die Kontrolle über sein Auto und überfuhr einen Polizisten. Nach dem Vorfall, bei dem beide Männer starben, schien es für kurze Zeit, als ob der Druck auf die arabischen Dorfbewohner*innen nachlassen würde. Jedoch blieb die staatliche „Behörde zur Entwicklung und Ansiedlung der Beduinen“ hart. Die meisten Dorfbewohner*innen haben inzwischen „freiwillig“ unterschrieben, dass sie bereit sind, ihr Dorf zu räumen und nach Hura umzusiedeln, wo ihnen Land zugesprochen wurde. Die Stadt wurde 1989 auf Initiative der israelischen Regierung errichtet und ist eine der ärmsten Ortschaften in ganz Israel. Bis Ende August 2018 sollten die Araber*innen Umm al-Hiran räumen. Viele begannen, in Hura provisorische Behausungen zu errichten, die jedoch erneut von Abriss bedroht sind.

Gleich unmittelbar neben Hura befindet sich die jüdische Ortschaft Metar, 1980 errichtet und eine der reichsten Ortschaften im Land. Das Gemeindegebiet von Metar, wo 6.600 Menschen leben, umfasst 1.667 Hektar, während den 17.000 Einwohner*innen von Hura nur 664 Hektar zur Verfügung stehen (Angaben von 2013). Wie auf der folgenden Karte zu sehen ist, reicht das Gemeindegebiet von Hura gerade einmal bis zu den letzten Häusern des Ortes, während der jüdischen Ortschaft Metar mit seiner wohlhabenden Bevölkerung ein riesiges Gebiet für zukünftige Erweiterungen zugeteilt wurde.

Zum Schluss sollte noch angemerkt werden, dass dieser kurze Überblick nur Fragen der Landverteilung und des Landeigentums behandelt. Es ist klar, dass die tatsächliche Nutzung des Landes – sowie sein potenzieller Wert – weitgehend durch Planungsvorgaben bestimmt wird. Deshalb ist es auch notwendig, die zentrale staatliche Steuerung lokaler Planungsprozesse sowie die Dominanz jüdischer Ortschaften in den „Regionalräten“, die circa 80 Prozent des staatlichen Landbesitzes unter ihrer Kontrolle haben, mit in Betracht zu ziehen. Erst dann wird das ganze Ausmaß der Diskriminierung richtig erfasst.

Redaktion: **Ursula Wokoeck Wollin**

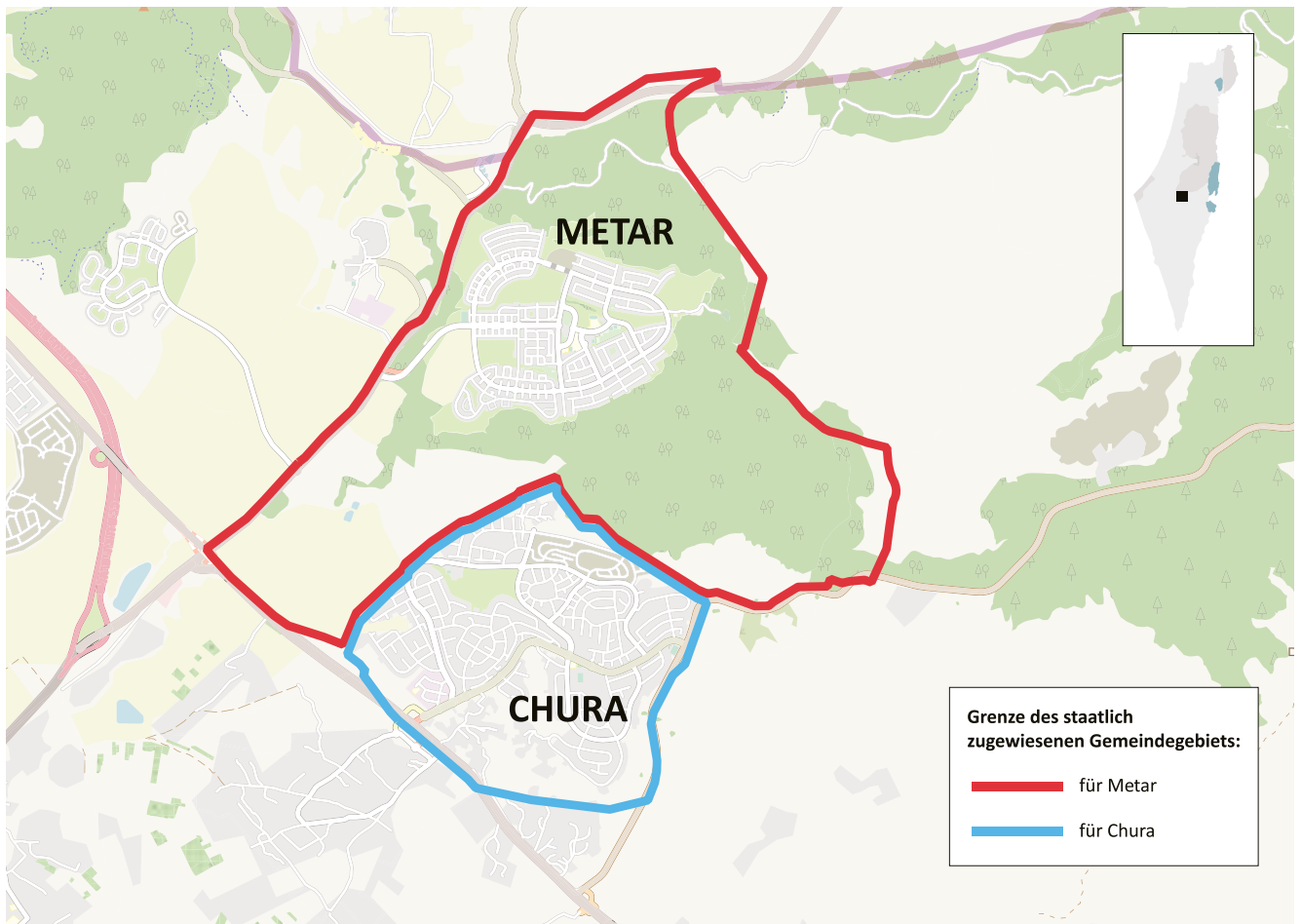
Gadi Algazi, 1961 in Tel Aviv geboren, in Göttingen promoviert, ist Professor am Institut für Geschichte der Universität Tel Aviv. Algazi ist zudem eine zentrale Figur der israelischen Linken: 1979 gehörte er zu der ersten Gruppe von Gymnasiasten, die sich weigerten, in den besetzten Palästinensergebieten den Militärdienst abzuleisten. Als Aktivist ist er heute vor allem als Gründungsmitglied von Tarabut engagiert, einer jüdisch-arabischen Bewegung, die verschiedene Kämpfe zu verbinden sucht – etwa gegen die Besatzung und für ein Ende der neoliberalen Privatisierungspolitik, gegen fortwährende Marginalisierung von Mizrachim und die staatlich verordnete Verdrängung der Beduinen im Negev.



Luftaufnahme von Metar, 2012.
Foto: Wikipedia

Blick auf das Beduinendorf Chura, 2014.
Foto: Activestills

Protest gegen staatliche Pläne (Prawer-Plan) zur Vertreibung von Beduin*innen im Negev, Chura, 2013.
Foto: Activestills



Karte des Gebiets von Metar und Chura. Markiert ist das staatlich zugewiesene Gemeindegebiet für beide Ortschaften. Metar, die kleine Ortschaft, hat viel Land für zukünftige Entwicklung, während für Chura fast keine Möglichkeit zur Expansion besteht.

Quelle: Israelisches Zentralbüro für Statistik, 2014.



Westbank: das System der Landnahme

Dror Etkes

Seit Ende des Krieges von 1967 verfolgt die israelische Regierung das Ziel, sich Land in der besetzten Westbank anzueignen. Die wichtigste Methode hierfür ist der Siedlungsbau. Mit dieser Landnahme wird versucht, die demografische Unterlegenheit der Juden in der Westbank durch eine geografische Dominanz „wettzumachen“. Deshalb eignet sich Israel immer mehr Land in der Westbank an, um es exklusiv israelischen Siedler*innen zur Verfügung zu stellen. Das endlos wuchernde Geflecht aus Militärverordnungen und Bürokratie dient allein dem Zweck, der palästinensischen Bevölkerung ihr Land wegzunehmen.

Siedlung von Beitar Illit, errichtet auf enteignetem Land des palästinensischen Dorfs Wadi Fukin in der Nähe von Bethlehem, Westbank, 2014.
Foto: Activestills

Historischer Hintergrund

Der Krieg von 1948 endete mit der Unterzeichnung der Waffenstillstandsabkommen von 1949 zwischen dem neu entstandenen Staat Israel und seinen vier arabischen Nachbarstaaten (Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien). Während der Verhandlungen wurden die Waffenstillstandslinien mit einem grünen Stift in der Karte eingetragen. Das ist der Grund für die Bezeichnung Grüne Linie.

Die meisten Staaten erkennen die Grüne Linie als die Staatsgrenzen Israels an. Aber es darf nicht vergessen werden, dass diese Linie das Ergebnis einer kriegerischen Auseinandersetzung ist, die die massive Entwurzelung von Hunderttausenden Zivilist*innen (die allermeisten Palästinenser*innen, aber nicht nur) zur Folge hatte. Es handelt sich dabei also um alles andere als eine natürliche Grenze, die irgendeiner geografischen oder historischen „Logik“ folgt, sondern um eine Linie, die das Kräfteverhältnis zwischen den Armeen widerspiegelt, deren Befehlshaber damals die Waffenstillstandsabkommen unterzeichneten.

Die Waffenstillstandsabkommen von 1949 teilten das Territorium, das seit Ende 1917 bis Mai 1948 einem britischen Militärregime unterstand und zumeist Palästina genannt wurde, zwischen drei Staaten auf: Etwa 78 Prozent gerieten unter Kontrolle des neu gegründeten Staates Israel, etwas mehr als 21 Prozent gingen an Jordanien (das Gebiet, das heute Westbank genannt wird, einschließlich Ost-Jerusalem) und ein relativ kleines Gebiet entlang des Mittelmeers im Süden, das von Ägypten erobert worden war – der sogenannte Gazastreifen – blieb unter ägyptischer Kontrolle.

Die Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten hielten 18 Jahre lang (trotz wiederholter gewaltsamer Vorfälle). Am 5. Juni 1967 brach ein Krieg zwischen Israel auf der einen und Ägypten, Jordanien und Syrien auf der anderen Seite aus. Als Israel nach nur sechs Tagen aus diesem als Sieger hervorging, waren damit drastische territoriale Zugewinne verbunden: Im Norden hatte Israel von Syrien den westlichen Teil der Golanhöhen erobert, im Süden die gesamte Sinai-Halbinsel und den Gazastreifen und im östlichen Zentrum die bislang von Jordanien beherrschte Westbank. In allen im Juni 1967 eroberten Gebieten errichtete Israel Siedlungen für jüdische Staatsbürger*innen, wobei der Schwerpunkt des Siedlungsbaus eindeutig auf der Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) lag.¹

Der vorliegende Artikel beschäftigt sich mit dieser Landnahme Israels, insbesondere mit dem Siedlungsbau in der Westbank. Der größte Teil der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank (zu der auch die im Zuge des Kriegs von 1948 hierher Geflüchteten gehören) wurde während der sechstägigen Kriegshandlungen nicht von dort vertrieben. Nach Schätzungen flüchteten während des Krieges oder in den ersten Wochen danach circa 250.000 Palästinenser*innen nach Jordanien, von denen ein Teil nach dem Krieg zurückkehrte. Nach den Ergebnissen der ersten Volkszählung, die Israel in der Westbank wenige Monate nach der Eroberung durchführen ließ, lebten damals dort ungefähr 600.000 Menschen. Heute leben 2,9 Millionen Palästinenser*innen in der Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) sowie mehr als 600.000 israelische

Siedler*innen (das heißt sieben Prozent der derzeitigen israelischen Bevölkerung).

Israel hat das Territorium der Westbank nicht offiziell annektiert, mit Ausnahme von 70 Quadratkilometern in Jerusalem und Umgebung, die man wenige Wochen nach Kriegsende dem Stadtgebiet zuschlug und mithin auch dem Staatsterritorium. In allen anderen Teilen der Westbank übt Israel seine Kontrolle im Rahmen einer „militärischen Besatzung“ (*belligerent occupation*) aus. Dies ist auch die Grundlage für das berechtigte Argument, das gesamte Siedlungsprojekt verstoße gegen internationales Recht, demzufolge es einer Besatzungsmacht verboten ist, ihre eigene Bevölkerung in eroberten Gebieten anzusiedeln.

„Militärische Sperrgebiete“ in der Westbank

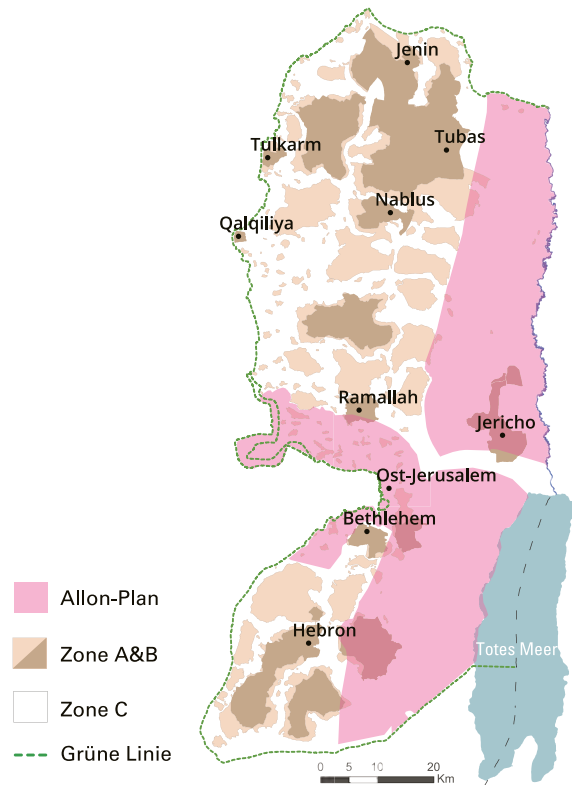
Wenige Wochen nach der Eroberung der Westbank im Juni 1967 begann Israel, dort große Flächen zu „militärischen Sperrzonen“ zu erklären. Dabei handelt es sich um Gebiete entlang des Flusses Jordan an der Grenze zwischen Westbank und Jordanien: erstens um das Gebiet um Latrun, westlich von Ramallah, das an die Grüne Linie angrenzt, und zweitens um einen sich durch die ganze Länge der Westbank ziehenden Streifen zwischen der Jordan-Senke und auf Hügeln gelegenen palästinensischen Dörfern (siehe Karte 1). Fast 1.765 Quadratkilometer, das heißt fast ein Drittel des gesamten Territoriums der Westbank, und mehr als die Hälfte des Gebiets, das als Zone C definiert ist, sind heute „militärische Sperrgebiete“, die offiziell verschiedenen Zwecken (militärische Übungsplätze, Grenzsicherung etc.) dienen. Im Laufe der Jahre hat Israel fast ein Fünftel des Territoriums der Westbank (18 Prozent) zum Truppenübungsgebiet erklärt. Nach Angaben des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) lebten im Jahr 2014 mehr als 6.000 Palästinenser*innen in solchen Gebieten, mehr als 12.000 in ihrer unmittelbaren Nähe. Palästinenser*innen, deren Land in einem solchen Gebiet liegt, dürfen es offiziell nicht ohne Genehmigung der israelischen Armee betreten. Weil ein Großteil dieser Gebiete (circa 80 Prozent) praktisch aber gar nicht militärisch genutzt wird, haben Palästinenser*innen relativ ungehinderten Zugang zu ihrem Land. Eine langfristige Nutzung, eine Bebauung oder Investitionen in dessen Entwicklung sind dagegen nicht möglich, weil sie immer damit rechnen müssen, dass die israelischen Behörden neue Gebäude oder andere Infrastruktur abreißen lassen. Entgegen der offiziellen Behauptung, kein einziges palästinensisches Wohngebiet sei in eine Sperrzone umgewidmet worden und kein einziger Palästinenser müsse unter Truppenübungsgebieten leiden, beweisen historische Luftaufnahmen, dass früher einmal in diesen Militärzonen zahlreiche Palästinenser*innen von Viehzucht und Ackerbau lebten. Mit der Abriegelung dieser Gebiete wurde die Lebensgrundlage dieser Menschen bewusst zerstört.

Interessant ist, dass die Karte, auf der die Ende 1972 zu Truppenübungsplätzen erklärten Territorien verzeichnet sind, mit der Karte des „Allon-Plans“ (siehe Karte 2) nahezu identisch ist. Jigal Allon war ein Offizier und Politiker

Karte 1: „Geschlossene Militärzonen“



Karte 2: Allon-Plan



der Arbeitspartei, der 1967 einen Ministerposten in der israelischen Regierung innehatte. Der Allon-Plan sah vor, dass Israel aus Sicherheitsgründen die Kontrolle über das gesamte Gebiet zwischen dem Gebirge und dem Jordan-Fluss behalten sollte. Der palästinensischen Bevölkerung, die in den westlich davon gelegenen Teilen der Westbank lebte, gestand er eine beschränkte Autonomie zu. Darüber hinaus schlug der Allon-Plan vor, in dem meist wüstenartigen östlichen Teil der Westbank Siedlungen zu bauen, um die palästinensische Bevölkerung in der Westbank von der arabischen Bevölkerung jenseits des Jordan, die meist palästinensischen Ursprungs ist, zu trennen. Natürlich ist die Übereinstimmung der Karten kein Zufall. Die Entscheidung, in jenen Jahren militärische Sperrzonen in der Westbank einzurichten, deckte sich mit dem Vorhaben des Siedlungsbaus und den Sicherheitsüberlegungen der damaligen israelischen Regierung. Die Umwidmung großer Teile der Westbank in militärisches Sperrgebiet war ein praktisches Instrument, mit dem der israelische Staat das Territorium neugestalten und der palästinensischen Bevölkerung vorschreiben konnte, wo diese zu leben hat.

„Vorübergehende Beschlagnahmung für Sicherheitszwecke“ – der Anfang der Siedlerbewegung und die Institutionalisierung eines Mechanismus für die Landnahme in der Westbank

In den ersten zehn Jahren nach Ende des Krieges von 1967 wurden mehr als 30 Siedlungen in der Westbank errichtet.

Die erste Siedlung heißt Kfar Etsion. Sie entstand im September 1967 im Gebiet von Gusch Etsion, nur wenige Kilometer südwestlich von Bethlehem. Dort gab es seit den 1920er Jahren – mit Unterbrechungen – eine zionistische Ortschaft, die im Laufe der Kämpfe mit der jordanischen Armee im Mai 1948 erobert und zerstört worden war. Der Bau von Kfar Etsion galt als Symbol des „Rechts auf Rückkehr“ der Israelis, der großen Sieger des Krieges, der nur wenige Monate zuvor geendet hatte.

Das Land, auf dem die allermeisten Siedlungen in den ersten zehn Jahren nach Kriegsende entstanden, war nicht ehemaligen jüdischen Besitzer*innen abgekauft worden. Vielmehr hatte es die israelische Armee für „militärische Zwecke“ vorübergehend einfach beschlagnahmt. Die offizielle Begründung, mit der die israelischen Behörden diese Landnahme rechtfertigten, lautete: Zivile Ortschaften seien ein wesentlicher Bestandteil der militärischen Infrastruktur, die Israel benötige, um für Sicherheit und Ordnung in der Westbank zu sorgen. Im Laufe der Zeit wurde dieser Standpunkt auch vom Obersten Gerichtshof in Israel akzeptiert. So wies er Klagen von palästinensischen Grundbesitzer*innen ab, die sich nicht mit der Beschlagnahmung ihres Landes abfinden wollten. In der Urteilsbegründung des Obersten Gerichts vom 15. März 1979 anlässlich einer Klage von Palästinenser*innen aus der Stadt al-Bireh (sie waren 1977 enteignet worden, um die Siedlung Bet El zu errichten) schrieb die Richterin Miriam Ben-Porat:

„Israel als ein kleines Land ist [...] bedauerlicherweise von Staaten umgeben, die ihre Feindschaft ihm gegenüber nicht verbergen. Diese Situation, auf die ich nicht weiter eingehen werde,

ist wahrscheinlich einzigartig in der Geschichte der Menschheit. [...] Mithin ist es verständlich, dass in dieser besonderen Situation höchste Wachsamkeit geboten ist, um allem drohenden Unheil vorzubeugen. Wo und wann immer sich ein solches abzeichnet, ist es auch notwendig, außergewöhnliche Maßnahmen zu ergreifen. Vor diesem Hintergrund entspricht das Argument, wonach der Zeitfaktor bei der Verhinderung von Terroranschlägen von äußerster Wichtigkeit ist, dem gesunden Menschenverstand. Eine dieser Maßnahmen – und diese ist Gegenstand dieser Verhandlung gewesen – ist die Gewährleistung der Präsenz von jüdischer Zivilbevölkerung an Orten, die als besonders gefährdet gelten. [...] Da wir, wie gesagt, aus der Vergangenheit wissen, dass Kampfhandlungen völlig unerwartet ausbrechen können, lässt sich nachvollziehen, warum die Präsenz jüdischer Bevölkerung an solchen Orten als so entscheidend eingeschätzt wird.“

Wenige Monate später sah sich dasselbe Gericht veranlasst, eine fast vollständige Kehrtwende bei der Beurteilung von Beschlagnahmungen privaten Grundbesitzes als Voraussetzung für die Errichtung von neuen jüdischen Siedlungen zu vollziehen: Im Juni 1979 hatte die israelische Armee aus „Sicherheitsgründen“ die Beschlagnahmung von Land angeordnet, das Palästinenser*innen gehörte, die im Dorf al-Rudscheib, östlich von Nablus, lebten. Die Beschlagnahmung sollte der Errichtung einer neuen Siedlung namens Elon Moreh dienen. Um es den Grundbesitzer*innen schwerer zu machen, sich zu organisieren und sich dagegen zu wehren, begannen die Arbeiten zum Bau der Siedlung noch an demselben Tag, an dem der Armeekommandant der Region die Anordnung für die Beschlagnahmung unterschrieben hatte. Zwei Wochen später reichten einige der betroffenen Grundbesitzer*innen Klage beim Obersten Gericht in Israel ein und stützten sich dabei auf das gleiche Argument, das wenige Monate zuvor von den zuständigen Richter*innen nicht anerkannt worden war: Das Motiv für die Enteignung seien nicht Sicherheitsgründe, sondern sie folge illegitimen politischen Zwecken. An der Gerichtsverhandlung über die Klage der palästinensischen Grundbesitzer*innen, die im Oktober 1979 stattfand, nahmen auch Siedler*innen aus Elon Moreh teil. Im Gegensatz zur Stellungnahme der staatlichen Stellen, die die Beschlagnahmung mit Sicherheitserwägungen rechtfertigten, sagten die Siedler*innen aus, das Ziel sei keine „vorübergehende Beschlagnahmung“ aus Sicherheitsgründen gewesen, sondern die Errichtung einer permanenten Siedlung, mit der „das göttliche Versprechen an das Volk Israel, ihm das Land Israel zu übereignen“, eingelöst worden wäre. Da die Siedler*innen die Behauptung der „vorübergehenden Beschlagnahmung für Sicherheitszwecke“ als Lüge enttarnt hatten, blieb dem Obersten Gericht keine andere Wahl, als die Räumung der Siedlung und die Rückgabe des Lands an seine palästinensischen Eigentümer*innen anzuordnen.

Das Urteil im Fall Elon Moreh stellte das Ende der ersten Phase in der Evolution des Systems der Landnahme dar, das Israel in der Westbank errichtete und bis heute aufrechterhält. Es sollte jedoch hervorgehoben werden, dass mit diesem Urteil nicht etwa die Anordnung erging, Land, das zuvor unter dem gleichen Vorwand und auf die gleiche Art und Weise beschlagnahmt worden war, an seine palästinensischen Eigentümer*innen zurückzugeben. Deshalb gibt es bis heute Dutzende israelischer „temporärer“ Siedlungen auf palästinensischem Land, das angeblich dringend „für militärische Zwecke benötigt wird“.

Und die Siedlung Elon Moreh? Manch Leser*in mag sich fragen, was aus ihr geworden ist. Es besteht kein Grund zur Sorge. Die jüdische Siedlung wurde einige Kilometer nach Norden verlegt, an eine Stelle, wo das Land als staatliches Eigentum registriert war (eine Eintragung, die bereits unter jordanischer Herrschaft erfolgt war und die Israel „als Erbe“ übernommen hat). Dort besteht die Siedlung bis heute.

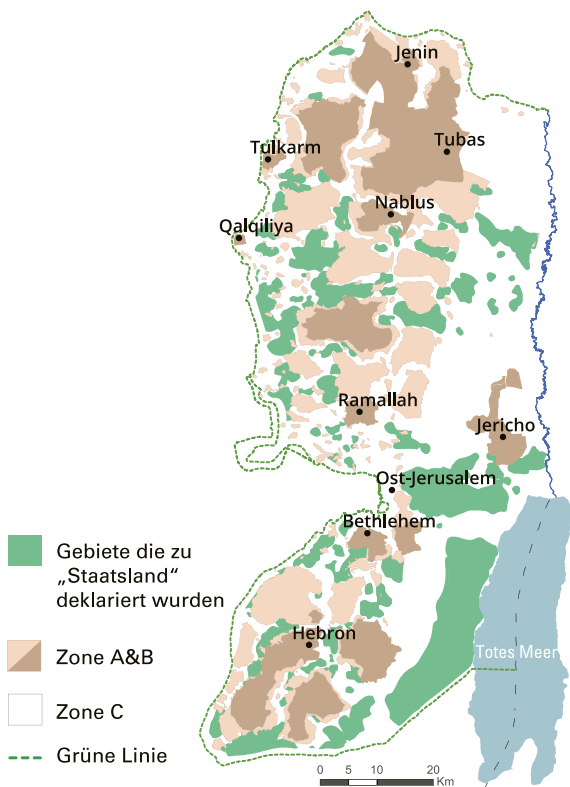
Die Erklärung zu „Staatsland“

Die Parlamentswahlen, die in Israel im Mai 1977 stattfanden, beendete die 29-jährige Herrschaft von Parteien, die zur sozialistischen Strömung gehört hatten. Zum ersten Mal seit der Staatsgründung gewann eine rechte Partei, nämlich der von Menachem Begin geführte Likud, die Wahlen. Die Geschichte der israelischen Landnahme in der Westbank sollte nun eine bedeutende Richtungsänderung erfahren, da der Likud sich eine aggressivere und invasivere Siedlungspolitik auf seine Fahne geschrieben hatte.

Das Urteil des Obersten Gerichts bezüglich der Klage gegen die Errichtung der Siedlung Elon Moreh vom Oktober 1979 schränkte die Möglichkeiten israelischer Regierungen ein, weiterhin Sicherheitsvorwände zu nutzen, um sich noch mehr Land anzueignen und es Siedler*innen zu übergeben. Mit dem Wegfall der Möglichkeit, mit Sicherheitsbelangen zu argumentieren, war es mithin notwendig geworden, einen alternativen Weg zu finden – oder zu „erfinden“, der eine weitere Landnahme in der Westbank erlaubte. In den frühen 1980er Jahren kamen israelische Jurist*innen auf folgende Lösung: Sie interpretierten einfach das Osmanische Landgesetz (von 1858) neu.² Sie fanden einen juristischen Trick, der es ermöglichte, Flächen, die nicht oder „nicht genügend bearbeitet“ wurden,³ zu „Staatseigentum“ zu erklären. Auf diese Art und Weise eignete sich der israelische Staat die Kontrolle über Hunderte von Quadratkilometern Land an, das mehrheitlich jüdischen Siedler*innen zugewiesen wurde.

Dies hatte die Errichtung Dutzender von Siedlungen zur Folge. Gab es im Jahr 1977 noch 31 Siedlungen in der Westbank, sind es heute schätzungsweise 125. Dazu kommen noch etwa 100 Outposts (siehe dazu weiter unten). Von Anfang baute man die Siedlungen hauptsächlich in solchen Gebieten der Westbank, in denen die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung lebte und heute noch lebt. Dies geschah mit dem erklärten Ziel, jede Aussicht auf einen unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staat in der Westbank zu zerstören.⁴

Karte 3: Als Staatsland deklariertes Gebiet



Outposts – informelle Landnahme in der Westbank

Neben formalen Mechanismen der Landnahme, die oben beschrieben wurden, gab es während der gesamten Zeit des Siedlungsbaus auch informelle „piratenhafte“ Aktionen mit dem Ziel, das Gebiet, auf dem jüdische Siedler*innen leben, auf Kosten der Palästinenser*innen auszuweiten. Dazu gehört der Einsatz von Drohungen und Gewalt gegen palästinensische Grundbesitzer*innen und deren Eigentum. Damit sollen diese vom Betreten und von der weiteren Bewirtschaftung ihres Landes abgehalten werden, bis dieses ökonomisch irgendwann nicht mehr rentabel ist und „freiwillig“ aufgegeben wird.

Die Verwendung des Begriffs „piratenhaft“ in diesem Zusammenhang ist vielleicht etwas irreführend und bedarf einer Erklärung: Es waren in der Regel nicht individuelle Siedler*innen, die aus eigenen Mitteln Land in den besetzten Gebieten erwarben. Vielmehr stellten verschiedene öffentliche Körperschaften und staatliche Stellen ihnen Gelder und Unterstützung für ihre illegalen Vorhaben zur Verfügung. Dazu gehörten der Anschluss an die Trinkwasser-, Strom- und Telefonnetze, der Bau von Straßen und die Umzäunung großer Flächen. Dies erfolgte unter der Schirmherrschaft der israelischen Armee, die es in der Regel nicht nur unterlässt, geltendes Recht durchzusetzen, sondern in den allermeisten Fällen solche illegalen Aktivitäten sogar absichert und systematisch unterstützt. Und das, obwohl es ihre explizite Pflicht wäre, das Eigentum der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank zu schützen.

Die informellen piratenhaften Aktionen sind gewissermaßen komplementäre Maßnahmen, zu denen gegriffen wird, wenn keine „legale“ Lösung zur Verfügung steht, um sich bestimmter Gebiete zu bemächtigen. Es handelt sich dabei nicht um eine Miss- oder Fehlinterpretation von Gesetzen durch die israelischen Behörden, sondern um eine systematische Suspendierung der Rechtstaatlichkeit zugunsten der „Judaisierung“ immer größerer Teile der Westbank. Nach fast 50 Jahren Siedlungsbau kann mit Bestimmtheit gesagt werden, dass es nur ganz wenige Siedlungen in der Westbank gibt, bei denen keine illegalen Methoden zum Einsatz gekommen sind. Siedler*innen, die zu radikalen religiösen oder fundamentalistischen politischen Strömungen gehören, gehen in der Regel besonders gewalttätig vor.

Die Geschichte von Ofra und Amona – Katalysatoren für das Regulierungsgesetz

Die Geschichte der Siedlung Ofra und des Outposts Amona, der daraus hervorgegangen ist, veranschaulicht das piratenhafte Vorgehen vieler Siedler*innen, wobei sich zwischen formalen und informellen Methoden nicht immer eine klare Trennlinie ziehen lässt. Im Jahr 1975 erlaubte Israel einer kleinen Gruppe von Siedler*innen, die zur fundamentalistisch-religiösen Strömung Gusch Emunim gehörten, „ein temporäres Arbeitslager“ in einem verlassenen ehemaligen jordanischen Militärlager einzurichten. Dieses lag an der Verbindungsstraße zwischen Ramallah und Jericho. Die Siedler*innen bezogen das „Lager“, das sie Ofra nannten (laut einer biblischen Ortschaft, die anscheinend in dieser Gegend lag), und beschlossen, dort zu bleiben. Und nicht nur das. Luftaufnahmen zeigen, dass die Siedler*innen bereits in den frühen 1980er Jahren damit begannen, sich das Land ihrer palästinensischen Nachbar*innen – Bewohner*innen der nahegelegenen Dörfer Silwad und Ain Jabrud – anzueignen. Dieses geschah nicht heimlich. Es war praktisch der israelische Staat, der die Häuser und die Straßen in der Siedlung baute. Die Häuser wurden von israelischen staatlichen Körperschaften an die Wasser-, Strom- und Telefonnetze angeschlossen, und nach und nach ließen sich Hunderte von Familien in der Siedlung Ofra nieder.

An dieser Stelle werden sich manche Leser*innen wohl fragen, was denn mit den palästinensischen Eigentümer*innen des in Beschlag genommenen Landes geworden ist, was sie gegen die Enteignung unternommen haben. Dazu später mehr. Es sollte dabei nicht vergessen werden, dass die Westbank einem Militärregime untersteht, in dem Protest nicht gern gesehen ist. Im Laufe der Jahre hat Israel Palästinenser*innen, die sich dem Siedlungsbau widersetzen, eingesperrt und abgeschoben, manche gar verletzt und getötet, selbst wenn sie nur gewaltfreien Widerstand geleistet hatten.

In den Jahren nach der Unterzeichnung der Oslo-Abkommen hat Israel den Siedlungsbau stark beschleunigt und dafür Dutzende neuer Outposts errichtet. Outposts oder Außenposten sind eine Art Minisiedlungen oder Vorläufer

von Siedlungen, die die israelische Regierung in Zusammenarbeit mit den Siedler*innen ab Mitte der 1990er Jahre nutzt, um sich weitere Gebiete in der C-Zone anzueignen. Die Überlegung dahinter war, schnell Fakten zu schaffen, um die offiziellen Vorschriften und Antragspflichten für die Errichtung neuer Siedlungen zu umgehen. Diese setzen nicht nur einen Regierungsbeschluss voraus, sondern auch diverse Planungs- und Verwaltungsprozesse, die relativ viel Zeit in Anspruch nehmen. Outposts hatten dagegen den Vorteil, dass sich die israelische Regierung einer Kritik aus dem In- und Ausland mit der Behauptung entziehen konnte, hierbei handele es sich um eigenmächtige „Initiativen vor Ort“, für die sie keine Verantwortung trage. Heute gibt es circa 100 Outposts in der Westbank. Davon wurde ungefähr die Hälfte zwischen 1995 und 1999 errichtet und die andere Hälfte in den ersten Jahren nach Ausbruch der Zweiten Intifada (gegen Ende 2000). Angesichts einer Reihe von Klagen beim Obersten Gericht ist die israelische Regierung sehr bemüht, die Errichtung eines Großteils dieser Außenposten nun rückwirkend zu genehmigen.

Amona war einer der Outposts, die Mitte der 1990er Jahren entstanden. Der Außenposten liegt auf einem Hügel etwa einen Kilometer östlich von der Siedlung Ofra entfernt und wird von Siedler*innen der zweiten Generation, das heißt Menschen, die in Ofra aufgewachsen sind, bewohnt. Die Stelle für den Outpost ist nicht zufällig gewählt. Sie ist einerseits weit genug von der „Muttersiedlung“ weg, um deutlich zu machen, dass es sich um eine neue Ansiedlung und nicht nur um einen „Ortsteil“ von Ofra handelt, andererseits weit genug entfernt, um die Grenzen des Kommunalgebiets von Ofra erheblich „auszudehnen“. Sämtliches Land auf dem Hügel, auf dem der Außenposten Amona errichtet wurde (sowie auch das meiste Land, auf dem die Siedlung Ofra gebaut wurde), ist im Grundbuch als Eigentum von in umliegenden Dörfern lebenden Palästinenser*innen eingetragen. Weder die Siedler*innen, die vor Ort die Initiative zur Landnahme ergriffen, noch die israelischen Behörden sahen dies als ein Hindernis.

Das Schicksal des Outposts Amona, der im Laufe der Zeit zu einem Symbol der jüdischen Siedlerbewegung geworden ist, hätte sich wohl kaum von Dutzenden ähnlich entstandener und bis heute existierender Vorposten unterschieden, hätten sich die palästinensischen Eigentümer*innen des Landes, auf dem Amona errichtet wurde, nicht doch irgendwann einmal zusammengetan. Im Jahr 2008 reichten sie beim israelischen Obersten Gericht eine Klage gegen den Staat Israel ein und forderten entsprechend geltenden Rechts die Räumung des Outposts und den Abzug von dessen Bewohner*innen von ihrem Land. Was in einem Rechtsstaat eine Sache von vielleicht nur wenigen Tagen gewesen wäre, entwickelte sich zu einem sich mehr als acht Jahre hinziehenden Rechtsstreit, der eine Reihe von politischen Krisen auslöste und fast zum Zusammenbruch der vierten Netanjahu-Regierung geführt hätte. Die Siedler*innen forderten von ihren Repräsentant*innen in der Knesset (ohne die Netanjahu-Regierungskoalition keine Mehrheit hat), „kreative Wege“ zu finden, um „das Problem“ zu lösen und Amona zu retten. Die „kreative Lösung“, die die Regierung daraufhin präsentierte und die sich als sehr folgenreich erweisen sollte,

kam für den Außenposten Amona allerdings zu spät. Anfang Februar 2017 fand auf Anweisung des Obersten Gerichts dessen Räumung statt.

Das Regulierungsgesetz – die offizielle Anerkennung „piratenhaften“ Landraubs

Sechs Tage nach der Räumung von Amona verabschiedete die Knesset das sogenannte Regulierungsgesetz, das offiziell das Ziel verfolgt, „die Besiedlung von Judäa und Samaria [d. h. in der Westbank] zu regulieren und die weitere Gründung und Entwicklung [von Siedlungen] zu ermöglichen“. Die Vagheit dieser Formulierung löste ein verfassungsrechtliches Drama aus, das noch lange andauern wird. Wie beschrieben, hat Israel Tausende von Siedlungshäusern auf Land errichtet, das palästinensisches Privateigentum ist, oder hat deren Bau ermöglicht. Dies war nicht nur ein Verstoß gegen das in der Westbank geltende israelische Militärrecht, sondern auch gegen internationales Recht, das von Staaten verlangt, in von ihnen besetzten Gebieten besonders sorgfältig mit dem Eigentum der unter Besatzung lebenden Bevölkerung umzugehen und deren Rechte zu schützen.

Die (nicht unbegründete) Sorge der Vertreter*innen der rechten Siedler-Lobby in der Knesset, die sich besonders für die Verabschiedung dieses Gesetzes eingesetzt hatten, war, dass palästinensische Grundbesitzer*innen weiter mit Klagen beim israelischen Obersten Gericht versuchen würden, ihr Land zurückzuerhalten. Andere fürchteten, dass weitere Räumungen von jüdischen Siedlungen noch heftigere politische Krisen auslösen könnten. Was auf den ersten Blick nur wie eine der vielen Gesetzesinitiativen der radikalen rechten Parteien in Israel erscheinen mag, stellt einen gewaltigen Bruch mit allen bis dahin in Israel geltenden rechtlichen Regeln dar (zumindest was die offiziellen Äußerungen und die Außendarstellung gegenüber der Weltgemeinschaft betrifft) – und zwar in zweierlei Hinsicht:

- Es handelt sich hierbei um ein vom israelischen Parlament verabschiedetes Gesetz, das in einem Gebiet gelten soll, das gar nicht zum israelischen Staatsgebiet gehört. Dies steht im Widerspruch zu dem in der Westbank geltenden Rechtssystem, das auf Militärverordnungen beruht. Man stelle sich vor, der US-amerikanische Kongress würde Gesetze verabschieden, um diese nach der militärischen Eroberung von Afghanistan oder Irak dort zur Anwendung zu bringen. Dies würde zu internationalen Protesten führen und wäre – genauso wie im Fall des israelischen Regulierungsgesetzes – ein klarer Verstoß gegen Souveränitätsprinzipien des Internationalen Völkerrechts.
- Das Regulierungsgesetz soll rückwirkend Handlungen und Maßnahmen legalisieren, mit denen sich die Besatzungsmacht Privateigentum der unter Besatzung lebenden

und eigentlich zu schützenden Bevölkerung unrechtmäßig (das heißt, ohne dass zwingende Sicherheitsgründe vorlagen) angeeignet und dieses zum Teil erheblich beschädigt hat. Ein solches Vorgehen kann als Kriegsverbrechen angesehen werden, für das der Internationale Gerichtshof in Den Haag Israels Regierung zur Verantwortung ziehen könnte.

Es ist also kein Wunder, dass der Rechtsberater der israelischen Regierung die Initiator*innen des Gesetzes und die Regierung davor gewarnt hat, dass das Regulierungsgesetz nicht verfassungsmäßig ist und es einer Prüfung des Obersten Gerichts nicht standhalten wird. Die Verantwortlichen haben dennoch darauf bestanden, es zu verabschieden. Derzeit sind mehrere Klagen, die seine Aufhebung fordern, anhängig. Die Regierung hat inzwischen einen privaten Rechtsanwalt engagiert, um das Regulierungsgesetz in der anstehenden Verhandlung des Obersten Gerichts zu verteidigen.

Vorläufiges Fazit

Das Regulierungsgesetz in Israel markiert einen weiteren großen Schritt in Richtung völlige Rechtlosigkeit der unter Besatzung lebenden palästinensischen Bevölkerung. Es legt das Augenmerk auf die massiven inneren Widersprüche der 50-jährigen israelischen Besatzung der Westbank und macht deutlich, dass die israelische Führung bereit ist, die letzten Überreste von Rechtstaatlichkeit den Interessen der extremen Rechten in der Siedlungsbewegung zu opfern. Heute steht das Siedlungsprojekt nicht nur für Gewalt und Fanatismus in Theorie und Praxis, sondern droht die gesamte israelische Verfassungsordnung ins Wanken zu bringen.

Der Begriff Besatzung greift zu kurz, um das Leben unter einem immer gewalttätiger werdenden Regime der Abriegelung, Spaltung und Ungleichbehandlung angemessen zu beschreiben, das für fast drei Millionen Palästinenser*innen und mehr als 600.000 Israelis in der Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) seit nunmehr 50 Jahren Wirklichkeit ist. Es handelt sich dabei vielmehr um einen dauerhaften Zustand von zwei völlig getrennten Welten, in politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher und physischer Hinsicht. In der einen Welt leben die Siedler*innen, die israelische Staatsbürger*innen sind, in der anderen die Palästinenser*innen, die sich nur sehr begrenzt gegen die Willkür und Gewalt des ihnen aufgezwungenen Militärrégimes zur Wehr setzen können.

Eine solche Situation kann nicht endlos fort dauern. Früher oder später werden die Konflikte eskalieren und wird die Lage explodieren. Die Frage ist nur, wie hoch der dafür zu zahlende humanitäre Preis sein wird.

Übersetzt von **Ursula Wokoeczek Wollin**

Dror Etkes beschäftigt sich seit 2002 kritisch mit der israelischen Land- und Siedlungspolitik in der Westbank. Im Laufe der Jahre arbeitete er bei verschiedenen israelischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und gründete 2014 die Organisation Kerem Navot, eine Forschungs- und Monitoring-Einrichtung, die unter anderem Internetplattformen zur Aufklärung über Israels Bodenpolitik betreibt.

Anmerkungen

- 1 Im Rahmen der Umsetzung der Friedensverträge mit Ägypten räumte Israel 1982 die auf der Sinai-Halbinsel errichteten israelischen Siedlungen. Und im Rahmen der sogenannten Entflechtung räumte Israel 2005 seine Siedlungen im Gazastreifen. In beiden Fällen waren nur einige Tausend israelische Staatsbürger*innen von der Räumung betroffen.
- 2 Von 1517 bis 1917 war Palästina Teil des Osmanischen Reichs. Die osmanischen Gesetze wurden weder von der britischen Mandatsregierung noch von Jordanien aufgehoben, unter dessen Kontrolle die Westbank bis zur Eroberung durch Israel stand. So erbte Israel diese osmanischen Gesetze, zumal es nach internationalem Recht einer Besatzungsmacht verboten ist, Gesetze in besetzten Gebieten zu ändern.
- 3 Im Osmanischen Reich unterlag das meiste Ackerland einer Agrarsteuer, die mit einem Teil der Ernte zu bezahlen war. Wenn das Land brachlag, gab es keine Ernte und mithin wurde auch die Steuer nicht bezahlt. Gesah dies drei Jahre hintereinander, konnte der osmanische Staat den Bauern (nach osmanischem Recht meist Männer) ihr Land wegnehmen und es anderen zur Bewirtschaftung zur Verfügung stellen, um an seine Agrarsteuer zu kommen. Auch wenn diese Steuer seit Langem abgeschafft ist, stellt das Brachliegen von Feldern weiterhin offiziell einen Enteignungsgrund dar. Das nutzen die israelischen Behörden und Siedler*innen aus. Wenn die israelische Armee beispielsweise Palästinenser*innen „aus Sicherheitsgründen“ verbietet, ihr Land zu betreten und zu bewirtschaften, dann liegt das Land irgendwann brach und kann nach einigen Jahren zu staatlichem Eigentum erklärt werden (Anm. d. Übers.).
- 4 In diesem Sinne sprach Menachem Begin, Likud-Chef und israelischer Premierminister von 1977 bis 1983, bei der Eröffnung der 13. Konferenz der Cherut-Bewegung im Januar 1977 (wenige Monate vor seinem Wahlsieg im Mai 1977). Er sagte: „Judäa und Samaria [= Westbank] sind untrennbarer Bestandteil des israelischen Hoheitsgebiets. Bekanntlich legt jeder, der bereit ist, Judäa und Samaria einer fremden [= nicht israelischen] Regierung zu unterstellen, unweigerlich den Grundstein für einen palästinensischen Staat.“ Begin, Menachem: Was wird die Likud-Regierung machen, in: Ma'ariv, 7.1.1977.



Blick auf die Siedlung Beitar Illit, die auf einem Hügel liegt; im Vordergrund das palästinensische Dorf Wadi Fukin, Westbank, 2019.

Foto: Activestills

Werbefafel für Immobilienkauf in Siedlungen in der Nähe der palästinensischen Stadt Salfit, Westbank, 2019.

Foto: Activestills



Straßen-Checkpoint der israelischen Armee auf dem Weg zu den israelischen Siedlungen in Gush Etzion, Westbank, 2015.
Foto: Activestills

Ein Outpost von israelischen Siedler*innen in der Nähe von Tulkarem, Westbank, 2019.
Foto: Activestills



מעין-ברוך
ברוכים הבאים
הגן נכנס לשטח פרטי
המצולם 24 ש' במסמך

אזהרה
א.י. מערכות
התחזוקה והאבטחה

הגן נכנס לשטח פרטי
המצולם 24 ש' במסמך

Aufnahmekomitees als Mittel zur Aufrechterhaltung der Segregation

Fadi Shbita

Strukturelle Benachteiligung: Aufnahmekomitees verhindern den Zuzug palästinensischer Staatsbürger*innen Israels in die meisten ländlichen Gemeinden des Landes.

Die Mehrzahl der jüdischen Gemeinden ist umzäunt, und das gelbe elektronische Tor wird nachts geschlossen. Kibbuz Maayan Baruch im Norden Israels (Galiläa). Foto: Wikipedia

Der Kauf einer Wohnung oder eines Hauses bzw. die Wahl des Wohnorts wird in der Regel als eine Frage persönlicher Präferenzen und der finanziellen Möglichkeiten angesehen. Für palästinensische Staatsbürger*innen Israels gilt das jedoch eher nicht. Wieso? Nach den Forschungsergebnissen von Professor Yosef Jabareen von der Technischen Universität Haifa gibt es unter den insgesamt 1.215 Ortschaften in Israel 940 kleinere, eher landwirtschaftliche geprägte, in denen Aufnahmekomitees eine sehr zentrale Rolle spielen. Diese Komitees setzen sich aus Einwohner*innen des Orts zusammen und sind rechtlich befugt, alle Personen, die in den Ort ziehen möchten, zu prüfen und darüber zu entscheiden, ob sie sich dort tatsächlich niederlassen dürfen. Das Recht, ein Haus zu kaufen und den eigenen Wohnort auszusuchen, wird daher unter Umständen von diesen Aufnahmekomitees eingeschränkt. Eine Folge hiervon: In solchen ländlichen Gemeinden wohnen so gut wie keine palästinensischen Staatsbürger*innen Israels.

Historischer Hintergrund

Die Staatsgründung Israels im Jahr 1948 ging mit einer massiven Flucht und Vertreibung eines Großteils der im Land lebenden palästinensischen Bevölkerung während des Krieges und danach einher. Dies sollte erklärmaßen eine klare jüdische Mehrheit im neuen Staat gewährleisten. Jene Palästinenser*innen, die innerhalb des Staatsgebiets bleiben konnten, erhielten die israelische Staatsbürgerschaft. Sie machen heute circa 20 Prozent aller Staatsbürger*innen Israels aus. Trotz des mit der Staatsbürgerschaft verbundenen Versprechens der Gleichheit gibt es in Israel eine Politik und Gesetzgebung, die manchmal direkt und manchmal verschleiert Staatsbürger*innen aufgrund ihrer ethnisch-nationalen Identität diskriminieren.

Die Definition Israels als ein jüdischer und demokratischer Staat erweckt in diesem Zusammenhang einen irreführenden Eindruck. Der Begriff jüdisch wird oft als rein symbolisch begriffen oder als Ausdruck für einen Nationalstaat, in dem de facto die meisten Menschen jüdisch sind. In der Praxis hatte diese Definition jedoch eine Reihe von politischen Mechanismen und Maßnahmen zur Folge, die darauf ausgerichtet sind, die Vorherrschaft der jüdischen Staatsbürger*innen zu bewahren. Wichtige Instrumente zur Herrschaftssicherung sind die Regulierung von Grundbesitz, das Bevölkerungsregister und die Zuteilung von staatlichen Ressourcen für die wirtschaftliche Entwicklung. Auch die Arbeit der sogenannten Aufnahmekomitees gehört dazu. Und wie bei anderen Mechanismen gibt es keinen schriftlichen oder anderen öffentlich zugänglichen Nachweis, der ihren Zweck verrät: Hinter scheinbar neutralen Formulierungen wie, die Bewohner*innen eines Ortes hätten das Recht auf Gemeinschaftsleben auf der Grundlage gemeinsamer Kultur und Tradition, verbirgt sich die Absicht, gezielt Palästinenser*innen und andere unliebsame Bevölkerungsgruppen fernzuhalten.

Die überwiegende Mehrheit der palästinensischen Staatsbürger*innen Israels lebt in Ortschaften und Gemeinden, die lediglich etwa 3,6 Prozent des Staatsgebiets einnehmen. Wohnungsmangel ist daher für sie zu einem

existenziellen Problem geworden. Diesem Mangel liegen zwei Ursachen zugrunde: zum einen Enteignungen nach der Staatsgründung, zum anderen dass die Verwaltung Israels sich in vielerlei Hinsicht diskriminierender Maßnahmen bedient. Beide Faktoren bestimmen bis heute die Lebensrealität der Palästinenser*innen in Israel.

Land, Eigentum und Benachteiligung

In Israel sind 93 Prozent des Territoriums als „Staatsland“ (Land in staatlichem Eigentum) definiert. Etwa 5.000 Quadratkilometer hiervon und damit ein Viertel des Lands waren ursprünglich Privateigentum von Palästinenser*innen, die zur Zeit der Staatsgründung zu Flüchtlingen wurden und deren Eigentum sich Israel angeeignet hat. Circa 12.000 Quadratkilometer und damit mehr als die Hälfte des Lands bestehen aus nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen, die vor 1948 zum Territorium palästinensischer Kommunen gehörten. Ein relativ kleiner Teil (ca. 1.000 Quadratkilometer) ist Land, das die zionistische Bewegung vor 1948 von seinen Eigentümer*innen kaufte. Es wird vom Jüdischen Nationalfonds verwaltet.

Nach der Staatsgründung wurden Gesetze zur Regelung der Landnahme verabschiedet, wie zum Beispiel das Absentees' Property Law. Dieses Gesetz erlaubte es dem israelischen Staat, sich das Land der mehr als 700.000 Palästinenser*innen, die aus dem Land geflüchtet waren bzw. vertrieben wurden, anzueignen. Darüber hinaus wurde das Land von Zehntausenden palästinensischer Binnenflüchtlinge mithilfe eines Gesetzes konfisziert, das sie als „anwesende Abwesende“ definiert. Für die Verwaltung des neu gewonnenen Staatslands wurde die Israel Land Administration gegründet. Teil dieser Körperschaft ist der Jüdische Nationalfonds, der sechs der vierzehn Mitglieder des Exekutivrats der Land Administration stellt. Explizites Ziel des Jüdischen Nationalfonds ist es, die jüdische Besiedlung von Israel zu fördern. Seit der Staatsgründung war der Jüdische Nationalfonds neben der Jewish Agency und anderen Organisationen für die exklusive Ansiedlung von Jüdinnen und Juden auf sogenanntem Staatsland zuständig.

Seit der Staatsgründung wurden mehr als 700 neue Ortschaften in Israel errichtet. Alle von ihnen sind jüdisch, mit Ausnahme von sechs Kleinstädten im Negev.¹ Das lässt tief blicken und verdeutlicht, dass die staatliche Kontrolle der Landressourcen nicht allen Staatsbürger*innen gleichermaßen zugutekommt, sondern dazu dient, die Vorherrschaft der jüdischen Staatsbürger*innen zu sichern. Eines der zentralen Ziele der zionistischen Bewegung auch nach der Gründung des Staats Israel war die „Besiedlung des Landes“. Hinter diesem Ausdruck verbirgt sich die Überlegung, dass Land, das vor Kurzem noch von einer indigenen Bevölkerung bewohnt wurde, von der jüdischen Bevölkerung übernommen und besiedelt werden muss. Über Jahrzehnte hinweg haben der israelische Staat und repräsentative Institutionen wie die World Zionist Organization die Formulierung „Judaisierung von Galiläa und des Negev“ verwendet, wenn sie über die „Besiedlung des Landes“ sprachen.

Den arabischen Ortschaften wird die Luft zum Atmen genommen

Wie bereits erwähnt, gibt es in Israel eine ungewöhnliche Situation: 93 Prozent des Lands gehören dem Staat. Zugleich findet sich in Israel eine fast vollständige geografische Trennung zwischen Jüdinnen und Juden einerseits und Araber*innen andererseits. Die überwiegende Mehrheit der jüdischen Bevölkerung lebt in Ortschaften, in denen keine Araber*innen wohnen, und umgekehrt.

In jedem Staat regulieren und lenken Planungsvorschriften und -institutionen die Entwicklung von Städten und Kommunen, die wirtschaftliche Entwicklung, den Erhalt von Freiräumen und Grünflächen und vieles mehr. Diese Institutionen sind von zentraler Bedeutung für eine langfristige Planung, die im Sinne des Gemeinwohls ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Entwicklungs- und Wirtschaftsinteressen aufrechterhält.

Eine Untersuchung der geografischen Aufteilung der Zuständigkeitsbereiche der Planungsinstitutionen in Israel zeigt, dass arabische Ortschaften im Vergleich zu jüdischen von Anfang an bei der Festlegung ihres Kommunalgebiets extrem benachteiligt wurden: Das gesamte Territorium der arabischen Ortschaften macht zusammen genommen nur 3,6 Prozent der Gesamtfläche Israels aus (siehe die grünmarkierten Flächen Karte 4). Ein Großteil dieses Territoriums ist Privateigentum von palästinensischen Staatsbürger*innen Israels. Mit anderen Worten: Der Staat sprach der arabischen Minderheit nur jene Gebiete zu, die sich in privatem Besitz befanden. Das übrige Land wurde durch Enteignung und Eingliederung in die Zuständigkeit von jüdischen Ortschaften und Regionalverbänden überführt,² die gegründet worden waren, um „das Land der [jüdischen] Nation“ zu erhalten.³

Seit 1948 hat sich die arabische Bevölkerung mehr als verzehnfacht, aber der Umfang des Grunds und Bodens der Ortschaften, in denen sie leben, ist nicht größer geworden. Infolgedessen sind sie völlig überbevölkert und jeder Entwicklungsplan erweist sich als unzureichend. Manche ihrer Bewohner*innen versuchen folglich, in jüdische Städte zu ziehen, doch diese wehren sich dagegen. Es wird vermieden, ihnen Wohnungen zu vermieten oder zu verkaufen, und es kommt zu Protesten der dortigen jüdischen Einwohner*innen, die mitunter sogar von der Stadtverwaltung angespornt und angeführt werden. Dennoch ist es einem gewissen Prozentsatz gelungen, in jüdische Städte zu ziehen. In manchen Kleinstädten im Norden des Landes machen arabische Einwohner*innen bereits 20 Prozent und mehr der Bevölkerung aus.

Dennoch sind die betreffenden Stadtverwaltungen nicht bereit, den arabischen Einwohner*innen eine Grundversorgung zur Verfügung zu stellen, wie zum Beispiel arabischsprachige Schulen (in Israel gibt es zwei offizielle Schulsysteme, ein hebräisch- und ein arabischsprachiges), soziale Dienste und Kulturveranstaltungen in arabischer Sprache sowie alles, was mit Religion verbunden ist, sei es muslimisch oder christlich.

Wie arbeiten die Aufnahmekomitees in der Praxis?

Sogenannte Gemeinschaftssiedlungen und andere ländliche Ortschaften können sich viel effizienter gegen einen Zuzug von Araber*innen schützen – nämlich mithilfe von Aufnahmekomitees. Eine von Professor Yosef Jabareen von der Abteilung für Architektur und Städtebau des Technion durchgeführte Studie zeigt, dass es heute bereits 940 Gemeinschaftssiedlungen gibt, die unter Verweis auf ihre „soziokulturelle Einzigartigkeit“ den Zuzug von Araber*innen ablehnen können. Zu diesen Ortschaften gehören alle Kibbuzim, die allermeisten genossenschaftlich geführten, ländlichen Moschawim und viele der ländlichen Ortschaften in Israel. Dem „Aufnahmekomitee-Gesetz“ nach setzen sich diese Gremien aus Vertreter*innen der Kommune und der Bewegung bzw. des Verbands, der die Ortschaft angehört,⁴ der Jewish Agency und des zuständigen Regionalverbands zusammen. Das Gesetz erlaubt kleinen Gemeinschaftssiedlungen, in denen nicht mehr als 400 Familien wohnen, die Aufnahme von Zuzugswilligen zu verweigern, die das „soziale und kulturelle Gefüge der Ortschaft“ beeinträchtigen könnten. Die Verordnung schreibt gleichzeitig vor, dass Kandidat*innen nicht aufgrund ihrer Rasse und Religion, ihres Geschlechts, ihrer Nationalität, einer Behinderung, ihres Personenstands oder Alters, aufgrund ihrer Elternschaft, ihrer sexuellen Orientierung, ihres Herkunftsland oder ihrer parteipolitischen Einstellung abgelehnt werden dürfen. Trotz dieses eindeutigen Diskriminierungsverbots finden die Aufnahmekomitees, denen nur jüdische Mitglieder angehören, stets einen Weg, um arabischen Bewerber*innen den Zuzug zu verwehren, wobei sie sich solcher Argumente bedienen wie „fehlende kulturelle Übereinstimmung“.

Von den Hunderten von Gemeinschaftssiedlungen, die auf israelischem Staatsland errichtet wurden, sind viele zweckbestimmt. So gibt es Gemeinschaftssiedlungen für religiöse, säkulare oder auch vegetarische und anthroposophische Gruppen. Trotz der großen Vielfalt gibt es jedoch keine einzige für palästinensische Staatsbürger*innen. Im Laufe der letzten Jahrzehnte kam es vor, dass palästinensische Staatsbürger*innen die Aufnahme in Gemeinschaftssiedlungen beantragten. Sie wollten zum Beispiel in eine weitläufige Ortschaft mit guter Infrastruktur ziehen und damit ihre Lebensqualität verbessern. Ein Beispiel ist der Fall des Ehepaars Zubeidat, Architekt*innen von Beruf, die im Sommer 2006 heirateten und sich in einer kleinen Gemeinschaftssiedlung namens Rakefet niederlassen wollten. Als das Ehepaar dort ein Grundstück kaufen wollte, wurde es gebeten, sich einem Aufnahmeverfahren zu unterziehen. Im Rahmen dieses Verfahrens wurde das Aufnahmekriterium „soziale Übereinstimmung“ überprüft, das heißt, ob das Ehepaar in sozialer Hinsicht in die Gemeinschaft passt. Während eines Treffens mit den Mitgliedern des regionalen Aufnahmekomitees wurde ihnen mitgeteilt, dass ihr Antrag wegen fehlender Übereinstimmung abgelehnt worden war. Das Ehepaar entschloss sich, gegen diese Entscheidung zu klagen. Ihr Weg durch die Instanzen führte sie bis zum Obersten Gerichtshof, der entschied, dass die Gemeinschaftssiedlung sie aufnehmen muss.

Ein anderes Beispiel ist das Urteil des Obersten Gerichtshofs zugunsten der Familie Ka'adan – einer Familie, die ein Haus in der Gemeinschaftssiedlung Katzir kaufen wollte, aber vom deren Aufnahmekomitee im Jahr 1995 abgelehnt wurde. Mit Hilfe der Association for Civil Rights–Israel (ACRI) klagte sie sich erfolgreich durch alle Instanzen. Die Siedlung Katzir war von der Jewish Agency errichtet worden, nachdem diese das Land vom Staat für die Besiedlung zugewiesen bekommen hatte. Der Antrag der Familie Ka'adan, ein Haus in Katzir zu kaufen, war mit der Begründung abgelehnt worden, dass die Ortschaft nur für jüdische Menschen bestimmt sei. Selbst nach dem langen Weg durch alle Instanzen, an dessen Ende der Oberste Gerichtshof schließlich entschied, das Aufnahmekomitee dürfe die Tatsache, dass es sich bei den Bewerbern um eine arabische Familie handelt, weder direkt noch indirekt als Kriterium verwenden, musste die Familie wiederum um Rechtsbeistand ersuchen, um das Urteil zu vollstrecken. Das Aufnahmekomitee der Ortschaft Katzir weigerte sich weiterhin, sie aufzunehmen, diesmal mit der Begründung fehlender sozialer Übereinstimmung. ACRI reichte wieder Klage beim Obersten Gerichtshof ein, und im Jahr 2004 teilte die Land Administration mit, dass die Anzahl der Haushalte in dem Ort so sehr zugenommen habe, dass Katzir keine Gemeinschaftssiedlung mehr sei und mithin kein Aufnahmekomitee mehr habe. Deswegen könne der Familie Ka'adan ein Baugrundstück zugewiesen werden. Im August 2007, mehr als zehn Jahre nach Beginn ihres Kampfs, erhielt das Ehepaar Ka'adan eine Baugenehmigung für ihr Haus in Katzir.

Die beiden beschriebenen Fälle gingen im Sinne der Familien gut aus, aber es handelt sich hierbei um individuelle Siege, die das System insgesamt nicht zu verändern vermochten. Aus der Sicht der Gerichte betrafen die Verfahren Einzelfälle von Diskriminierung. Weder hoben sie den strukturellen Aspekt des auf Diskriminierung abzielenden Systems hervor, noch forderten sie eine diesbezügliche Veränderung. Das Gericht prüfte die Fälle unter dem Gesichtspunkt individueller und nicht kollektiver Rechte bzw. einer Diskriminierung der palästinensischen Staatsbürger*innen Israels als Gruppe. Die Urteile gingen in keiner Weise auf den Kontext und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ein, unter denen die Kläger*innen Aufnahme in bestimmte Ortschaften beantragen müssen. Das Gericht nahm keinen Anstoß daran, dass die Jewish Agency „grundsätzlich darauf abzielt, Juden im ganzen Land anzusiedeln, insbesondere im Grenzland und in Gebieten mit geringer jüdischer Präsenz“. Der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs, Aharon Barak, machte sich sogar die Mühe, ausdrücklich zu erklären, dass es sich bei den Urteilen um Einzelfallentscheidungen handelte, die die generelle Politik der jüdischen Besiedlung des Lands nicht infrage stellen.

Die genannten Beispiele zeigen, wie Bürokratie zur Aufrechterhaltung einer Vormachtstellung eingesetzt wird und zugleich, wie sich Diskriminierung hinter der Maske des Liberalismus und den Euphemismen der Gleichheitsgarantien versteckt. Eine faszinierende Illustration des Versuchs, den Anschein von Gleichheit zu bewahren, findet sich in einem Bericht des Forschungszentrums des Jüdischen

Nationalfonds, einer Körperschaft, die einen offiziellen Status in der Israel Land Administration hat. Der Bericht erschien nach dem oben erwähnten Urteil des Obersten Gerichtshofs in Sachen Ka'adan und wurde von Shimon Shetreet, Jura-Professor an der Hebräischen Universität in Jerusalem und ehemaliger Minister, verfasst. Shetreet beginnt den Bericht mit der Erklärung: „Das Urteil des Obersten Gerichtshofs in Sachen Ka'adan versus die Israel Land Administration hinsichtlich des Rechts einer arabischen Familie, in der Gemeinschaftssiedlung Katzir zu wohnen [...] ignorierte völlig die legitimen Interessen, die eine räumliche Segregation rechtfertigen können: erstens, Angst vor Spannungen und Gewalt; zweitens, die Befürchtung, dass Lebensqualität und der Wert der Immobilien beeinträchtigt werden; drittens, der begründete Wunsch, in einer Wohngegend mit Menschen derselben nationalen, kulturellen und sprachlichen Zugehörigkeit zu leben, der nichts mit Rassismus zu tun hat.“

Fazit

Seit seiner Gründung hat der Staat Israel große Anstrengungen unternommen, um zu vertuschen, dass er zu zahlreichen Maßnahmen greift, die die Vormachtstellung der jüdischen Bevölkerung sicherstellen sollen. Ein offener Umgang damit, so die Annahme, hätte seinem Image als „einziger Demokratie im Nahen Osten“, einer Demokratie, die die Gleichheit aller seiner Staatsbürger*innen fördert und garantiert, geschadet. 2018 jedoch wurde das Nationalstaatsgesetz in Israel verabschiedet. Dieses Gesetz schreibt zum ersten Mal fest, dass der israelische Staat daran interessiert, ja, sogar dazu verpflichtet ist, die Vormachtstellung seiner jüdischen gegenüber seinen palästinensischen Staatsbürger*innen zu wahren. Das gilt besonders für die künftige Raumplanung: „Der Staat misst der Entwicklung der jüdischen Besiedlung nationalen Wert bei und unternimmt alles, um diese zu unterstützen und zu fördern.“ Obwohl das Gesetz sowohl in Israel als auch auf internationaler Ebene viel Aufmerksamkeit erhielt, kommen in ihm nur die grundlegenden Auffassungen und Konzepte zum Ausdruck, die allen oben beschriebenen Praktiken und Mechanismen bereits seit der Staatsgründung zugrunde liegen.

Israels Staatsapparat setzt also bis heute auf verschiedene Mechanismen und Instrumente, um seine palästinensischen Staatsbürger*innen geografisch sowie auch politisch und sozial auszugrenzen und zu segregieren. Dieser anhaltende Prozess begann bereits mit dem Krieg von 1948 und setzte sich fort mit der juristischen Enteignung des Eigentums von Geflüchteten, Vertriebenen und sogar von Binnenvertriebenen, die israelische Staatsbürger*innen sind. Die weitreichenden Auswirkungen der Landnahme veranschaulichen, warum die Frage des Lands und des Eigentums ein zentrales Element einer jeden politischen Alternative sein muss, die sowohl gleiche Rechte für alle Staatsbürger*innen des Landes garantiert als auch die Gruppenrechte der palästinensischen und der jüdischen Staatsbürger*innen des Landes anerkennt.

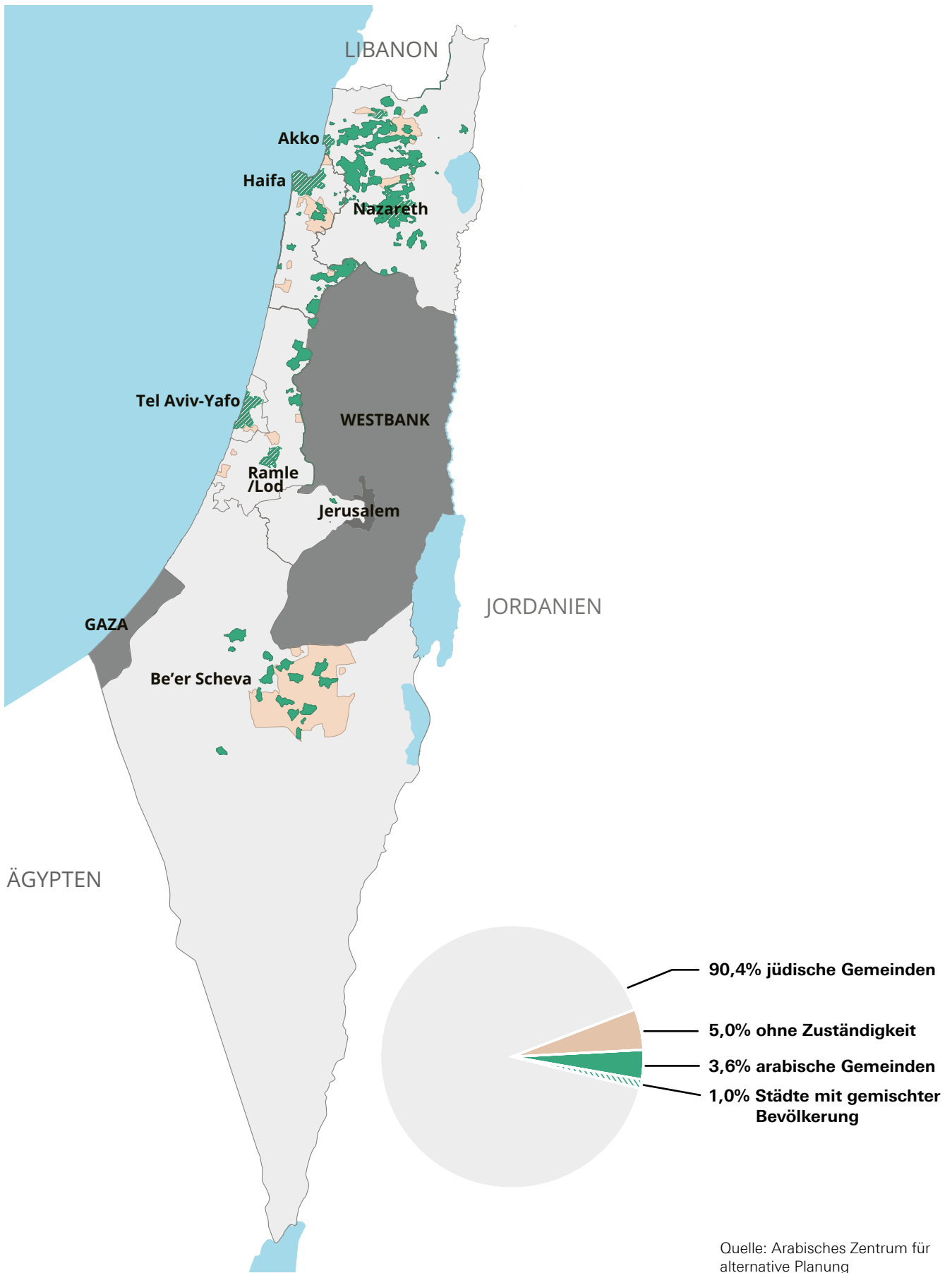
Übersetzt von **Ursula Wokoecck Wollin**

Fadi Shbita ist palästinensischer Staatsbürger Israels und politischer Aktivist. Er war Direktor von Sadaka-Reut, einer jüdisch-palästinensischen Organisation, die sich um die Förderung einer egalitären, binationalen und multikulturellen Gesellschaft bemüht, und Ko-Direktor der Abteilung für Gleichstellungspolitik in Sikkuy, einer Organisation von jüdischen und arabischen Bürger*innen, die sich für eine Gleichberechtigung von arabisch-palästinensischen und jüdischen Staatsbürger*innen Israels auf allen Ebenen einsetzt.

Anmerkungen

- 1 Diese Kleinstädte sind Rahat, Lakiya, Hura, Shaqib al-Salam und Tel Scheva. Diese wurden allerdings explizit mit dem Ziel errichtet, die arabisch-beduinische Bevölkerung dort auf einen bestimmten Raum zu konzentrieren und es somit dem Staat zu ermöglichen, das Land, auf dem sich die Beduinen-Dörfer befanden, in Besitz zu nehmen. Mehr hierzu im Dossier zu Beduinen der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter: www.rosalux.org.il/schwerpunkt-beduininnen/.
- 2 Regionalverbände sind neben den Gemeindeverwaltungen (die Verwaltungseinheit für kleinere urbane Siedlungen und größere landwirtschaftlich geprägte Ortschaften) und den Stadtverwaltungen die dritte Form der Kommunalverwaltung in Israel. Jeder Regionalverband ist für bis zu etwa 50 ländliche Gemeinden zuständig, die für gewöhnlich über eine relativ große Fläche verteilt sind, aber in geografischer Nähe zueinander liegen. In der Regel hat ein Ort im Regionalverband nicht mehr als 2.000 Einwohner*innen.
- 3 Siehe etwa Yiftachel, Oren: From Sharon to Sharon: Spatial planning and separation regime in Israel/Palestine, in: HAGAR Studies in Culture, Polity and Identities, 10(1) 2010, S. 73–106.
- 4 In Israel gehört jede Ortschaft, die als Kooperative organisiert ist, einer Dachorganisation an, etwa der Kibbuz-Bewegung oder der Bewegung der Moschawim (ländliche Genossenschaften).

Karte 4: Israels Kommunalverwaltungen nach Bevölkerungsgruppen



III WAFFEN



TAR
MILITARY & POLICE EQUIPMENT
— PART OF THE AVONDA —

POLICE EQUIPMENT

ESC B...

POLICE

TAR
THE REAL...
ONE S...

Waffenexporte: das Geschäft mit dem Krieg

Sahar Vardi

Ohne Regulierung und Transparenz werden aus Israel Waffen und Militärtechnologien in die ganze Welt exportiert, mit gravierenden Folgen für Menschenrechte im Ausland wie im Inland. Immer mehr Israelis nehmen dies nicht mehr hin und fordern restriktivere Auflagen für Waffenlieferungen.

Israelische Militär- und Polizeiausrüstung wird auf internationalen Waffenmessen mit Formulierungen wie „kampferprobt“ und „benutzt von der IDF“ angepriesen.
Foto: Activestills

Anfang Oktober 2019 überquerten türkische Truppen die syrische Grenze und marschierten – gegen das Völkerrecht verstoßend – in Rojava ein. Bei dieser gegen die Kurd*innen und andere Bewohner*innen der Region gerichteten Invasion kamen hauptsächlich zwei Arten von Panzern zum Einsatz: der deutsche Leopard und der von Israel weiterentwickelte Sabra-Panzer. Die deutsche Regierung reagierte darauf umgehend. Bundeskanzlerin Angela Merkel kündigte an, Deutschland werde „unter diesen Umständen“ keine weiteren Waffen an die Türkei liefern. Der deutsche Wirtschaftsminister relativierte dies allerdings wieder, als er sagte, man werde keine neuen Genehmigungen für den Export von Waffen gewähren, „die von der Türkei in Syrien eingesetzt werden können“.

Ganz unabhängig davon, inwieweit Merkels Ankündigung eingelöst wurde oder nicht: Der Verkaufsstopp ist ineffektiv und kommt viel zu spät. Er kann nicht verhindern, dass Leopard-Panzer Nordsyrien plattwalzen. Aber immerhin kam es in Deutschland überhaupt zu einer offiziellen Reaktion im Gegensatz zu Israel, wo sich die israelische Regierung noch nicht einmal genötigt sah, sich zum Einsatz israelischer Panzer gegen die kurdisch geführten Demokratischen Kräfte Syriens zu äußern. Um dieses Schweigen zu verstehen, müssen wir die kontinuierlich wachsende Rüstungsindustrie in Israel, die dahinterstehenden Interessen, den Mangel an Regulierung und die Rolle, die diese Industrie auf dem internationalen Rüstungsmarkt spielt, verstehen.

Israel ist heute, was die absoluten Zahlen angeht, der achtgrößte Waffenexporteur der Welt und belegt den ersten Platz, wenn die Rüstungsexporte auf die Bevölkerungsgröße und das Bruttoinlandsprodukt bezogen werden. Die israelische Rüstungsindustrie wächst extrem schnell, von 2007 bis 2017 wuchs sie um 55 Prozent. Das ist prozentual das größte Wachstum weltweit. Um zu verstehen, warum Israel so viele Waffen in so viele Länder exportieren kann und welche Interessen es damit verfolgt, müssen wir einige Aspekte untersuchen: den rechtlichen Rahmen für Rüstungsexporte in Israel, Israels Vermarktungsstrategien sowie die Folgen dieser Verkäufe für das Leben der Menschen.

Der fehlende rechtliche Rahmen

„Meine Richtlinien für die Verantwortlichen der Armee besagen, dass es in Bezug auf militärische Ausrüstung und Waffen nur ein Land gibt, von dem man kaufen kann, nämlich Israel. Die Vereinigten Staaten sind eine gute Adresse, aber wenn wir von ihnen kaufen, gibt es Auflagen; und das gilt auch für China und Deutschland.“ – Präsident der Philippinen Rodrigo Duterte, 2018

Zwar benötigen israelische Unternehmen eine Genehmigung des Verteidigungsministeriums, um Waffen und kriegsgerisch nutzbare Cybertechnologie zu exportieren sowie Personal für die Ausbildung an Waffen in andere Länder zu entsenden, aber es gibt keinerlei Bestimmungen in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten. Bis auf die

Länder, gegen die der UN-Sicherheitsrat ein Waffenembargo verhängt hat, existieren keinerlei Einschränkungen. So können nach israelischem Recht Waffen und Rüstungsgüter auch in solche Staaten und Regionen exportiert werden, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden, einschließlich Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Israel lieferte beispielsweise unter dem Apartheidregime Waffen nach Südafrika, in der Anfangsphase des Völkermords nach Ruanda sowie nach Südsudan und Myanmar, während die meisten anderen Rüstungsexportstaaten nicht bereit waren, dorthin Waffen zu verkaufen.

Ein weiteres Problem neben fehlender Regulierung ist, dass die Verfahren zur Erteilung von Exportgenehmigungen vollkommen intransparent sind. So weigert sich Israel etwa, dem Register für konventionelle Waffen der Vereinten Nationen Berichte über seine Waffenexporte und -importe vorzulegen. Hinzu kommt, dass jedes Mal, wenn Aktivist*innen versuchen, israelische Rüstungsexporte mithilfe gerichtlicher Anordnungen aufzudecken, ihre sich auf Informationsfreiheit berufenden Anträge und Klagen abgewiesen werden – selbst dann, wenn es sich um abgeschlossene Transaktionen handelt und die Lieferungen in Gebiete gingen, in denen Beweise für massenhaft begangene Gräueltaten vorlagen. Selbst Klagen, die lediglich verlangen, eine Liste derjenigen Länder zu veröffentlichen, in die der Staat oder israelische Rüstungsfirmen Waffen exportieren, lehnt der Oberste Gerichtshof größtenteils ab. Schließlich willigten die zuständigen Behörden ein, etwa vier Prozent aller erteilten Exportgenehmigungen bekanntzugeben sowie sechs Länder zu nennen, in die Israel Waffen exportiert.

Der Jahresbericht 2016 des staatlichen Rechnungshofes¹ hatte kritisiert, dass die für die Genehmigung von Exportlizenzen für die Rüstungsindustrie zuständige Defense Export Control Agency nicht genügend Personal hat, um die geschätzten 6.800 Exportfirmen, die etwa 1.000 im Verteidigungsexportregister eingetragenen Unternehmen sowie die etwa 400.000 Marketing- und Exportlizenzen zu kontrollieren und die Einhaltung aller rechtlichen Vorschriften zu überwachen. Das Fehlen eines festen rechtlichen Rahmens, die Intransparenz und die Unfähigkeit, selbst die wenigen Auflagen durchzusetzen, hatten zum Ergebnis, dass die israelische Rüstungsindustrie in den letzten Jahrzehnten Geschäfte mit rund 130 Ländern betrieben hat, darunter solche, in denen massive Menschenrechtsverletzungen begangen wurden.

„Kampferprobt“

„Was kampferprobt ist, lässt sich besser verkaufen. Unmittelbar nach militärischen Operationen [den Angriffen auf den Gazastreifen im Jahr 2014] und manchmal sogar noch währenddessen landen verschiedene Delegationen in Israel, die aus Ländern kommen, die Israels technologische Fähigkeiten schätzen und daran interessiert sind, die neuen Produkte kennenzulernen.“ – Barbara Opall-Rome, Journalistin der Zeitschrift Defense News, 2014

Als das nordamerikanische Freihandelsabkommen am 1. Januar 1994 in Kraft trat, erklärte die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung der mexikanischen Regierung den Krieg und rief die mexikanische Bevölkerung dazu auf, sich ihr anzuschließen: „Wir erklären hiermit, dass wir so lange kämpfen werden, bis die grundlegenden Forderungen unseres Volkes durch die Bildung einer freien und demokratischen Regierung in unserem Land erfüllt sind.“ Zwölf Tage danach wurde eine Waffenruhe erklärt, die etwas mehr als ein Jahr hielt, bis die mexikanische Armee sie im Februar 1995 brach.

Dennoch hat die mexikanische Armee das Jahr der Waffenruhe nicht ungenutzt verstreichen lassen. Während dieser Zeit beteiligte sich die israelische Armee zusammen mit US-amerikanischen, spanischen, britischen und anderen Streitkräften an der Ausbildung mexikanischer Soldaten, die sie auf den Kampf gegen die Zapatistas vorbereiteten. Diese Unterstützung erfolgte nur ein paar Jahre nach der Ersten Intifada, dem palästinensischen Volksaufstand, den die israelische Armee unter anderem dafür genutzt hat, neue Mechanismen und Techniken zur Unterdrückung von Demonstrationen, zur Bekämpfung von Guerillastrategien, zum Kampf in urbanem Gelände und zur allgemeinen Bevölkerungskontrolle auszutesten und zu optimieren. Außerdem führte Israel zu der Zeit gerade in der Westbank und im Gazastreifen das Checkpoint-System ein, ein zentrales Instrument zur Überwachung der dort lebenden palästinensischen Bevölkerung. Es sollte daher wenig überraschen, dass sich solche Ansätze und Maßnahmen nach Ende der polizeilichen Ausbildungsprogramme in Chiapas wie ein Lauffeuer ausbreiteten.

Der israelische Staat entwickelt also im Rahmen seiner Herrschaft über die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten neue Waffen und militärische Taktiken, die dann in anderen Situationen und Ländern zum Einsatz kommen. Nachdem man sie an den Palästinenser*innen ausgetestet hat, werden diese Waffen und Taktiken in andere Konfliktregionen auf der ganzen Welt exportiert. Dies ist zu einer zentralen Vorgehensweise der israelischen Rüstungsindustrie geworden. Die terroristischen Anschläge am 11. September 2001 machten solche polizeilichen und militärischen Terrorismusbekämpfungstaktiken zum Kern des globalen Sicherheitssektors und definierten die moderne Kriegsführung neu. Als die USA im Zuge von 9/11 das Ministerium für Innere Sicherheit gründeten (2003), den USA PATRIOT Act verabschiedeten und dem islamistischen Extremismus im In- und Ausland den Krieg erklärten, wandte man sich verstärkt an Israel mit seiner langjährigen Erfahrung im Umgang mit Guerillakrieg und militantem Widerstand. Der israelische Staat und die israelische Sicherheits- und Rüstungsindustrie begannen, ihre Expertise bei der Terrorismusbekämpfung und die damals stattfindende Zweite Intifada gezielt als Geschäftschance zu nutzen.

Bis heute ist innere Sicherheit eines der wichtigsten „Handels- und Exportgüter“ Israels. Mit Konferenzen, Veranstaltungen und Ausstellungen setzte sich Israel an die Spitze des globalen Handels in diesem Bereich. In einem Interview mit dem Nachrichtenportal *Walla! News* berichtete Arie Egozy, Manager von Israel – Homeland Security

(iHLS), einer Firma, die Start-ups im Bereich innere Sicherheit unterstützt, dass nach den Terrorangriffen in Frankreich im Jahr 2016 ihre Webseite aufgrund der zahlreichen Anfragen aus der ganzen Welt nach Informationen und Kontakten zu israelischen Unternehmen fast abgestürzt sei.

„Nach jeder militärischen Operation wie der gegenwärtigen im Gazastreifen erleben wir einen Anstieg der Zahl unserer internationalen Kunden.“ – Eli Gold, CEO von Meprolight, 2014

Lediglich einen Monat nach der israelischen Militäroperation im Gazastreifen im Jahr 2014, bei der 1.462 palästinensische Zivilist*innen getötet und 17.200 Wohnhäuser zerstört oder sehr stark beschädigt wurden, fand in der Nähe von Tel Aviv die damals größte internationale Messe für unbemannte Luftfahrzeuge und damit zusammenhängende Technologien statt, mit allgemein zugänglichen Live-Vorführungen von Drohnen und von zum Einsatz in Tunneln geeigneten Robotern. Auf der Messe gab es Vorträge und Stimmen direkt vom „Schlachtfeld“, das heißt, dass dort israelische Militärs über ihre Erfahrungen und „relevante und heiße Themen direkt nach Beendigung der Kampfhandlungen“ sprachen – wie es die Zeitschrift *Israel Defense* ausdrückte.

Der deutschen Regierung haben es vor allem die im Gazastreifen „kämpferproben“ Heron-1-Drohnen angetan. Sie leiht sich diese vom israelischen Hersteller für Militäreinsätze der Bundeswehr in Afghanistan und Mali aus. Im vergangenen Jahr hat Deutschland beschlossen, den Einsatz israelischer Drohnen um die Heron-TP-Drohne zu erweitern, die auch bewaffnet und nicht nur für Aufklärung und Überwachung eingesetzt werden kann. Deutsche Pilot*innen erhielten bereits eine entsprechende Einweisung von der israelischen Luftwaffe. Die Drohnen werden von einem israelischen Luftwaffenstützpunkt aus betrieben – derselbe Stützpunkt, von dem aus viele israelische Flugzeuge und Drohnen in den Gazastreifen abfliegen. Schon jetzt gehört zur Ausbildung zur Bedienung der Heron-1-Drohne das Überfliegen der besetzten palästinensischen Gebiete. Das mag zwar der offiziellen deutschen Außenpolitik widersprechen, steht aber im Einklang mit dem, was der deutsche Oberst der Luftwaffe, Kristof Conrath, über die Entscheidung, israelische Drohnen zu verwenden, zu sagen hatte: „Unsere israelischen Partner verfügen über weitreichende Fachkenntnisse in diesem Bereich und über den dafür erforderlichen Luftraum.“ Gemeint sind damit im Gazastreifen gewonnene Fachkenntnisse und ein strategisch günstig im Nahen Osten gelegener Luftraum mit Übungsgelände in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Die Quintessenz: Die Rüstungsindustrie wird ein immer größerer und wichtiger Teil der israelischen Wirtschaft, die gegenseitigen Abhängigkeiten nehmen zu. Während der Staat nicht zuletzt von den Steuereinnahmen profitiert, ist die Rüstungsindustrie darauf angewiesen, ihre Produkte weiterhin in der Praxis testen, weiterentwickeln und als „kämpferprobt“ vermarkten zu können, das heißt, sie ist davon abhängig, dass der israelisch-palästinensische Konflikt fortbesteht.

Eine Ideologie der „Versicherheitlichung“

„Israel ist die Harvard [Universität] der Terrorismusbekämpfung.“ – Terrance W. Gainer, Chef des US-amerikanischen Capitol Police Department,² 2005

Israel ist nicht das einzige Land mit einer beträchtlichen Rüstungsindustrie und nicht das einzige, das keine rechtlichen Beschränkungen von Waffenlieferungen zum Schutz von Menschenrechten und des Völkerrechts kennt. Aber es ist einzigartig in der Rolle, die der Staat und verschiedene israelische Unternehmen bei der sogenannten Terrorismusbekämpfung, der inneren Sicherheit und der Aufstandsbekämpfung in dicht besiedelten Orten einnehmen – alles zentrale Bereiche und Wachstumsbranchen der Sicherheitsindustrie. Im Juli 2017, kurz nach dem terroristischen Anschlag am Borough Market in London, kamen Londoner Polizist*innen nach Israel, um mit israelischen Sicherheitskräften zu trainieren. Der israelische Polizeisprecher Micky Rosenfeld sagte der Presse: „Acht Minuten wären zu lang, wir können uns keine acht Minuten leisten.“ Er bezog sich auf die Zeit, die die Londoner Beamten gebraucht hatten, um den damaligen Attentäter zu „neutralisieren“, und unterstrich die Funktion des Trainings: sicherzustellen, dass es beim nächsten Mal keine acht Minuten dauert. Aber was heißt das in der Praxis? Die israelische Reaktion auf solche Angriffe zu jener Zeit war klar: eine höhere Präsenz von Waffen auf den Straßen, sei es durch bewaffnete Sicherheitskräfte oder durch die Bewaffnung von Zivilist*innen, wofür sich der Bürgermeister von Jerusalem und später auch der Minister für öffentliche Sicherheit aussprach. Der Minister rief die Menschen dazu auf, Waffenscheine zu beantragen, und vereinfachte das Genehmigungsverfahren.

Ausbildungsunterstützung vonseiten israelischer Sicherheitskräfte und die Übernahme von israelischen Sicherheitsparadigmen können schwerwiegende Konsequenzen für das Vereinigte Königreich haben. Bislang trugen die meisten Polizeikräfte dort keine Schusswaffen, es gab relativ wenige durch Schusswaffengebrauch verursachte Gewalt- und Tötungsdelikte. Ein Jahr nach dem Terroranschlag und dem Training in Israel war die Präsenz von bewaffneten Polizeikräften in der britischen Öffentlichkeit bereits um 19 Prozent angestiegen. Eine ähnliche Ausbildung durch israelische Polizei-, Geheimdienst- und Streitkräfte hatte auch Tim Fitch, der Polizeichef von St. Louis in den USA, absolviert, bevor er für die polizeiliche Unterdrückung der Protestbewegung in Ferguson im Jahr 2014 verantwortlich war. Es lassen sich noch viele andere ähnliche Beispiele anführen.

Wie erwähnt, hat sich Israel insbesondere durch das Angebot von speziellen Trainingsprogrammen im Bereich „Terrorismusbekämpfung“ international einen Namen gemacht. In der israelischen Armee schließt sie Praktiken und Maßnahmen ein, die aus menschenrechtlicher Perspektive überaus problematisch sind. In den Worten eines israelischen Soldaten: „Der Kurs zur Terrorismusbekämpfung ist der mit dem allermeisten ‚Tod sicherstellen‘ [wiederholtes Schießen auf jemanden, um sicherzustellen, dass er/sie tot

ist – S.V.]. Erschieß jeden Terroristen, den du triffst, und dann renn hin und schieß ihm in den Kopf; und dort ballern sie immer weiter beim ‚Tod sicherstellen‘. [...] Wir hatten nie ein Briefing, wie wir mit Zivilisten umgehen sollen, oder was es bedeutet, in einem Gebiet, in dem sich Zivilisten befinden, zu kämpfen. Man denkt immer noch in denselben Strukturen, dass hier eine Armee gegen eine andere Armee kämpft, wir gegen die.“ Zu den anderen bekanntgewordenen Taktiken gehören das Sammeln von *human intelligence*: Unschuldige Zivilist*innen werden erpresst, damit sie als Informant*innen arbeiten, sowie „Präsenz zeigen“, sprich nächtliche Durchsuchungen von palästinensischen Wohnungen, permanente Militär- und Polizeipatrouillen, „fliegende“ Checkpoints und andere willkürliche Schikanen gegen die Zivilbevölkerung. Wie wird sich das auswirken, wenn immer mehr Militär- und Polizeikräfte auf der ganzen Welt dieses Trainings durchlaufen und die damit einhergehenden Mittel und Ansichten übernehmen?

Die guten Nachrichten

In Mexiko, Portugal und den USA beginnen Menschen, die von diesem fragwürdigen Waffen- und Wissensexport direkt betroffen sind, die Auswirkungen auf ihre eigenen Communities zu thematisieren, und fordern, diese Form der Zusammenarbeit einzustellen.³ Recherchen über die Verwendung von israelischer Spyware – etwa das Pegasus-Programm, das in Mobiltelefone eindringt, deren Programme verwendet und Daten ausliest – haben einige der bislang geheim gehaltenen Aktivitäten der israelischen Rüstungsindustrie aufgedeckt. Nachdem bekannt geworden war, dass dieses Programm gegen Menschenrechtsanwält*innen, Journalist*innen und gegen die Inter-Amerikanische Menschenrechtskommission in Mexiko eingesetzt wurde und sogar mit dem Mord an dem saudischen Journalisten Jamal Khashoggi in Verbindung gebracht wurde, hat die NSO-Group, die Betreiberfirma, versprochen, in Zukunft auf eine völkerrechtskonforme Nutzung zu achten.

Im Juni 2016 führte eine überraschende Zusammenarbeit zwischen den Knesset-Abgeordneten Tamar Zandberg von der linksliberalen Meretz und Yehuda Glick, einem stramm rechten Mitglied des Likud, zu einem Gesetzentwurf, der es dem Staat verbieten würde, Waffen in Länder zu exportieren, die Menschenrechte verletzen. Nach einer vom American Friends Service Committee 2018 durchgeführten Umfrage lehnen die meisten Israelis den Verkauf von Waffen an Länder ab, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Die meisten Israelis sind der Meinung, dass Israel keine Waffen an Länder, in denen ein innerer Konflikt oder Bürgerkrieg herrscht, exportieren sollte (43 Prozent waren gegen solche Exporte, während 32 Prozent sie befürworteten) und ebenfalls nicht an Länder, die Menschenrechte und Völkerrecht verletzen (53 Prozent waren gegen solche Exporte und 32 Prozent befürworteten sie). 50 Prozent der Befragten waren gegen Rüstungsexporte an Staaten, für die die Vereinten Nationen ein Waffenembargo verhängt haben (30 Prozent dafür). Außerdem sagten 62 Prozent der Befragten, dass sie die

Gesetzesinitiative der Knesset-Abgeordneten unterstützen, während sich nur 19 Prozent dagegen aussprachen.

Die israelische Zivilgesellschaft hat begonnen, sich mit dem Problem der Rüstungsexporte zu befassen, und trotzdem reicht die kritische Auseinandersetzung immer noch nicht aus. Heute, da in Israel produzierte Panzer im Norden Syriens unterwegs sind, ist es für uns Israelis an der Zeit, uns die Rüstungsindustrie in unserem Land genauer anzusehen, eine sofortige Reform des Genehmigungssystems für Rüstungsexporte zu fordern und die Verbindung zwischen der Rüstungsindustrie und der fortbestehenden israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete nicht länger zu ignorieren.

Es liegt aber auch in der Verantwortung ausländischer Regierungen, die regelmäßig mit der israelischen Rüstungsindustrie zusammenarbeiten, aktiv zu werden. Es gehört zu ihrer Verantwortung, dass beim Einsatz von nach Israel exportierten Rüstungsgütern und -technologien keine Menschenrechtsverletzungen begangen werden – weder durch Israel selbst noch durch Länder, an die Israel solche Technologien nach geringen Modifikationen weiterverkauft.

Übersetzt von **Ursula Wokoek Wollin**

Sahar Vardi ist eine israelische Antimilitarismus-Aktivistin. Sie leitet das Israel-Programm des American Friends Service Committee und ist eine der Gründer*innen des Hamushim-Projekts, das Aufklärungsarbeit zu den dubiosen Geschäften der israelischen Militärindustrie leistet.

Anmerkungen

- 1 Dessen Aufgaben sind in etwa vergleichbar mit denen des Bundesrechnungshofs in Deutschland.
- 2 Das für die gesetzgebende Institution der Vereinigten Staaten, den aus Senat und Repräsentantenhaus bestehenden Kongress und ihre Mitglieder, zuständige föderale Polizeikommissariat.
- 3 Naber, Nadine: The U.S. and Israel Make the Connections for Us: Anti-Imperialism and Black-Palestinian Solidarity, in: *Critical Ethnic Studies* 2/2017, S. 15–30.



Waffenmesse in Rischon LeZion, Israel, 2008.
Foto: Activestills



IDF-Militärshow in der Siedlung Efrat, Westbank, 2012.
Foto: Activestills



Schusswaffen in Israel: Realität, Politik und feministische Kritik

**Rela Mazali &
Meisa Irshaid**

Die wachsende Verfügbarkeit legaler und illegaler Waffen und die fehlende Durchsetzung von Recht und Ordnung in den palästinensischen Gemeinden in Israel führen zu einer enormen Zunahme von organisierter Kriminalität, Schießereien und innerfamiliärer Gewalt.

Demonstration für die Opfer von Gewalt
und gegen organisierte Kriminalität in
der palästinensischen Gesellschaft in Israel,
Nazareth, 2019.
Foto: Activestills

Es gibt eine große Anzahl von Schusswaffen in allen zivilen Bereichen in Israel und in den von ihm beherrschten Gebieten. Sie befinden sich in den Händen von verschiedenen Organisationen und vielen Privatleuten, meist jüdischen Männern. Kleinwaffen – dazu gehören private Schusswaffen, Schusswaffen der Polizei, des Militärs und anderen Organen – sind weit verbreitet. Es gibt mindestens 80.000 autorisierte Schusswaffen und Hunderttausende von nicht zugelassenen oder „illegalen“ Schusswaffen, die eine zentrale Rolle bei Verbrechen spielen. Weil es fast keine juristischen Einschränkungen gibt, was das Tragen von Schusswaffen in der Öffentlichkeit betrifft, begegnen sie Zivilist*innen überall: in Freizeiteinrichtungen, Einkaufszentren, Universitäten, Kindergärten, Restaurants, Kliniken, Zügen.

Weltweit spielen Schusswaffen eine zentrale Rolle in der alltäglichen Unterdrückung von bestimmten Gruppen und Bevölkerungsteilen sowie in der Beherrschung von Territorien; mit ihrer Hilfe werden tagtäglich Knebelung, Einschüchterung, Vertreibung, Enteignung, Tötung bis hin zu ethnischer Säuberung und Massenmord durchgesetzt. Inzwischen gibt es nach Berichten der Organisation Small Arms Survey sogar mehr Todesopfer durch Waffengewalt, die nicht im Rahmen kriegerischer Auseinandersetzungen verübt wird.

Militarisierung als ein gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, kultureller und politischer Prozess wird in Israel durch herrschende Institutionen der Mehrheitsgesellschaft vorangetrieben und ermöglicht sowohl die kontinuierliche Kontrolle der palästinensischen Bevölkerung in den seit 1967 besetzten Gebieten als auch die systematische Diskriminierung der Palästinenser*innen, die seit 1948 Staatsbürger*innen Israels sind. Dieser Prozess beinhaltet die Abwertung des „feindlichen Anderen“ ebenso wie die Herabsetzung von Frauen, einschließlich der Frauen der herrschenden – jüdischen – Mehrheitsgesellschaft. In Gesellschaften, die einen Militarisierungsprozess durchlaufen, gilt die Bewahrung der männlichen Vorherrschaft als erforderlich. Sie wird begründet mit der Rolle der Männer als Beschützer des Heims, samt den schutzbedürftigen und verwundbaren Frauen und Kindern.

In dieser Situation bemüht sich die Initiative „Die Pistole auf dem Küchentisch“¹ seit acht Jahren darum, den gesellschaftlichen Raum zu einem zivilen zu machen, die Präsenz von Schusswaffen auf ein Minimum zu reduzieren und den Besitz von Kleinwaffen einer strengen Kontrolle zu unterwerfen. Entgegen der vorherrschenden Wahrnehmung der jüdischen Öffentlichkeit in Israel, Schusswaffen seien „nur für unsere Verteidigung da“, entwickeln und fördern sie eine zivilgesellschaftliche Akzeptanz des immensen Schadens, der mit der weiten Verbreitung von Schusswaffen einhergeht. Der Kampf gegen die Normalisierung der Präsenz „zugelassener“ Schusswaffen im zivilen Raum erfordert Aktionen auf verschiedenen Ebenen: Dazu zählen das Sammeln, Aufzeichnen und Verbreiten von Informationen über Schusswaffenopfer, die Sensibilisierung für die Gefahren, die durch die weite Verbreitung von Schusswaffen verursacht werden, sowie parlamentarische Lobbyarbeit für Gesetzänderungen, die ihre Zahl reduzieren könnten.

Bedrohungen für Frauen – intersektionell betrachtet

Die weite Verbreitung von Kleinwaffen wirkt sich auf unterschiedliche Weise auf Männer, Jungen, Frauen und Mädchen aus. Frauen sind eine kleine Minderheit unter den Waffenbesitzer*innen weltweit. In Israel beispielsweise waren nur knapp 5 Prozent der Personen, die im Jahr 2012 eine Genehmigung zu privatem Schusswaffenbesitz hatten, Frauen. Weltweit machen Frauen aller Altersgruppen etwa 10 Prozent der Opfer aus, die durch Kleinwaffen ums Leben kommen.² Zudem gibt es noch ganz spezifische Auswirkungen von Schusswaffen auf Frauen, da die Hauptbedrohung für sie von Familienangehörigen und Ehepartnern ausgeht. Eine in der Familie befindliche Schusswaffe ist für Frauen äußerst bedrohlich, da sie die Wahrscheinlichkeit, dass eine Frau dadurch ermordet wird, um das Dreifache erhöht, nicht zuletzt weil „Schusswaffen die Gefahr eines tödlichen Ausgangs von Gewalttätigkeiten erhöhen“.³ Auf jede ermordete Frau kommen viele andere Frauen, die in Angst leben. Innerhalb eines Jahrzehnts wurden 4,5 Millionen Frauen in den USA von ihren Ehepartnern mit Schusswaffen bedroht, und auf fast eine Million Frauen wurde geschossen, ohne sie zu töten.

Nach einem Bericht von Small Arms Survey wurden 69 Prozent der Frauen, die sich in einer gewalttätigen Beziehung befinden, schon einmal mit Schusswaffen bedroht, was 73 Prozent von ihnen daran hinderte, auf Gewalt zu reagieren; 68 Prozent waren deshalb nicht in der Lage, die Beziehung zu beenden.⁴ Im Jahr 2015 lebten in Israel 100.000 Frauen in einer Situation häuslicher Gewalt. Aber viele der gerichtlichen Verfügungen zum Schutz vor Gewalt werden der Waffenbehörde gar nicht gemeldet.⁵ Das heißt, dass Hunderte, wenn nicht Tausende von Männern, gegen die Gerichte Annäherungs- und Aufenthaltsverbote angeordnet hatten, anscheinend weiterhin Schusswaffen besitzen konnten.

Das Risiko für Frauen, die zu Minderheiten oder jüdischen Neueinwanderergruppen gehören, ist größer, nicht weil diese sozialen Gruppen gewalttätiger wären, sondern weil diese Frauen keinen Zugang zu Aufklärungsinformationen oder den entsprechenden sozialen Diensten haben.⁶ Zwischen 2002 und 2010 waren 33 Prozent der in der Familie ermordeten Frauen palästinensische Staatsbürgerinnen Israels und 2017 waren es sogar 40 Prozent.⁷ Auch Frauen, die zu Neueinwanderergruppen gehören, sind einem größeren Risiko ausgesetzt: 25 Prozent der Frauen, die im Rahmen häuslicher Gewalt ermordet wurden, waren Einwanderinnen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und 11 Prozent der ermordeten Frauen waren äthiopischer Herkunft. Obwohl das Establishment es für notwendig erklärt hat, kulturelle und sprachliche Barrieren abzubauen, um damit den Zugang zu staatlichen Sozialdiensten zu erleichtern, wird in der Praxis in den meisten Beratungsstellen, auf Hotlines, in Frauenhäusern, in Polizeistationen und natürlich auch vor Gericht nur Hebräisch gesprochen und die Dienste dieser Einrichtungen sind auf die Mehrheitskultur zugeschnitten.

Ein zentraler Risikofaktor: die selektive Strafverfolgung

Im Diskurs der israelischen Mehrheitsgesellschaft besteht die Tendenz, die Unterdrückung von Frauen, die einer Minderheit angehören, insbesondere in der palästinensischen Gesellschaft, auf ihre angebliche Rückständigkeit oder auf religiösen Extremismus zurückzuführen. Dieser Diskurs wird von staatlichen Stellen – mitunter gezielt – gefördert, obwohl gerade sie diejenigen sind, die konservative und repressive Elemente in der palästinensischen Gesellschaft unterstützen und stärken, etwa die Struktur der patriarchalischen Großfamilie. Sie ist zu einem Eckpfeiler der israelischen Politik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung in Israel geworden, indem beispielsweise unter Umgehung der üblichen sozialen Institutionen Scheichs und Honoratioren ermutigt werden, die Rolle von Vermittlern und Mediatoren zu spielen, was ihre Autorität stärkt. Im Gegensatz dazu werden palästinensische Frauen von der Exekutive allein gelassen. So stellte sich etwa heraus, dass 80 Prozent der in Israel ermordeten palästinensischen Frauen vorher Anzeige wegen Gewalt oder Drohungen bei der Polizei erstattet hatten, die ihr Leben trotzdem nicht schützte.

Weil bestehende Gesetze jahrzehntelang nicht durchgesetzt wurden, gibt es in palästinensischen Ortschaften in Israel eine Flut von Schusswaffen. Schätzungen zufolge befinden sich derzeit rund 80 Prozent der illegalen Schusswaffen in den Händen von Angehörigen der arabischen Gesellschaft, obwohl diese nur 20 Prozent der israelischen Bevölkerung stellen. Zwischen 2002 und 2013 wurden durchschnittlich pro Jahr drei Frauen, die Angehörige von Wachleuten von Sicherheitsfirmen waren, ermordet, da das Verbot außerhalb der Arbeitszeit und ihres Arbeitsplatzes Schusswaffen mit sich zu führen, nicht durchgesetzt wird. Einwanderinnen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion und Äthiopien waren auch hier deutlich überrepräsentiert.

Mangel an demokratischer Transparenz

Zu der gegenwärtigen Politik des Umgangs mit Schusswaffen gehört neben der selektiven Durchsetzung von Waffengesetzen auch, dass Informationen und Daten über die Verbreitung von Schusswaffen und über bewaffnete Kriminalität nicht gesammelt und offengelegt werden. In dem von Small Arms Survey für 2013 erstellten Transparenz-Index rangiert Israel auf einem unrühmlichen 32. Platz (von 52).

Umfassende, systematische und frei zugängliche Informationen sind für ein sachgemäßes und demokratisches politisches Agieren unerlässlich. Verschiedene Behörden nutzen „aus Sicherheitsgründen“ Strategien der Verschleierung von Informationen, um eine kritische öffentliche Debatte über die übermäßige Präsenz von Militärwaffen im zivilen Raum zu verhindern. Über Jahre hinweg wurde unterschlagen, dass die Selbstmordrate bei Soldat*innen mit der Verfügbarkeit von Schusswaffen korreliert. Das ging sogar noch weiter, nachdem die Vorschriften in der Armee selbst aufgrund dieser Zahlen geändert worden waren.

Obwohl sie keine militärische Institution ist, erhebt und veröffentlicht die Polizei keine Informationen über die Rolle von Schusswaffen bei Straftaten, Körperverletzungen und Tötungsdelikten. Ohne diese Informationen ist kein klares Bild der Verbreitung von Schusswaffen im zivilen Raum zu gewinnen und die Vielzahl der vorhandenen Schusswaffen erscheint weiterhin harmlos.

Männer und Schusswaffen

Weltweit sind es weit überwiegend Männer, die Kleinwaffen verwenden oder missbrauchen. Um das Verlangen nach Schusswaffen zu verstehen, muss man die Prozesse begreifen, die die Konzeptionen der Männlichkeit erzeugen und reproduzieren. Auch in Israel, und insbesondere unter Soldaten, werden Waffen mit Männlichkeit identifiziert. Nach israelischem Recht gilt ein „vernünftiger Mensch“ als ein „gemäßigter, reflektierter, intelligenter und rationaler Mensch. Natürlich ist er auch derjenige, der am Ende seines Arbeitstags seine Waffe mit nach Hause nimmt.“ Dass Männer gewohnt sind, eine Schusswaffe stets bei sich zu haben, wird sowohl vor Gericht als auch in der Mehrheitsgesellschaft in Israel als selbstverständlich angesehen.

Insbesondere junge Männer bilden nicht nur die Mehrheit derjenigen, die schießen, sondern stellen auch die meisten Opfer durch Kleinwaffengebrauch. Weltweit werden jedes Jahr zwischen 70.000 und 100.000 Männer im Alter von 15 bis 29 Jahren getötet, die Opfer in Kriegsgebieten nicht mitgerechnet. Das sind viermal so viele Männer wie in anderen Altersgruppen. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums waren in Israel zwischen 2010 und 2015 mehr als 60 Prozent der in Krankenhäuser eingelieferten Menschen, die durch Gewalttaten verletzt worden waren, junge Männer und Jugendliche im Alter von 15 bis 35 Jahren. Das ist zwar bezogen auf alle Arten von Gewalt, aber die Daten für 2015 zeigen einen starken Anstieg des Anteils derjenigen, die durch Schusswaffen schwer oder lebensgefährlich verletzt wurden.

Bei Männern, die zu einer Minderheit gehören, ist das Risiko noch höher. Der Anteil der palästinensischen Staatsbürger Israels etwa, die Opfer von Schusswaffengebrauch werden, ist deutlich höher als ihr Anteil in der Gesamtbevölkerung, wobei die Mehrheit der Opfer junge Männer sind.

Die Privatisierung der öffentlichen Sicherheit

In den letzten drei Jahren, unter der rechtesten Regierung in der Geschichte Israels, hat das Ministerium für Innere Sicherheit, das für die Ausgestaltung der Waffenpolitik verantwortlich ist, eine aggressive Politik der Verbreitung von Kleinwaffen verfolgt. Nach dem Anschwellen des palästinensischen Widerstands Ende 2015, im Zuge dessen es zu gewalttätigen Angriffen auf israelische Zivilist*innen kam, behauptete Minister Gilad Erdan wiederholt, es sei notwendig, die Zahl der Zivilist*innen, die mit Schusswaffen umgehen können, zu vervielfachen, denn das sei „ein

Multiplikator im Kampf gegen den Terrorismus“. In diesem Sinne wurden mehrere Schritte unternommen, um Waffenbesitz zu erleichtern. Im Jahr 2016 wurden innerhalb von nur sechs Monaten 105.000 neue Waffenscheine ausgestellt. Im selben Jahr wurde auch die gesetzliche Regelung, die Angehörigen von Sicherheitsdiensten das Tragen von Schusswaffen außerhalb des Arbeitsbereichs verboten hat, „geändert“, genauer gesagt: aufgehoben. In der Folge sind mit solchen Waffen unseres Wissens nach mindestens zwei weitere Menschen getötet worden, möglicherweise auch drei, was noch nicht geklärt ist.

In der durch Messerangriffe einzelner Palästinenser*innen aufgeheizten Stimmung wurde es schließlich implizit (wenn auch nicht explizit) erlaubt, erkannte oder mutmaßliche Angreifer*innen zu erschießen. Mit anderen Worten: In diesen Jahren wurden extralegale Hinrichtungen legitim. Nach Medienberichten kamen von Oktober bis Dezember 2015 bei 166 Vorfällen, bei denen Schusswaffen als Gegenwehr zum Einsatz kamen, 118 (mutmaßliche) Angreifer*innen ums Leben (was einer Häufigkeitsrate von 1,4 entspricht, das heißt fast bei jedem Vorfall). Im Vergleich dazu wurden neun Tote bei 31 Vorfällen mit Schusswaffengebrauch in den letzten Monaten des Jahres 2013 gemeldet. In sehr wenigen Fällen wurden die Schützen überhaupt angeklagt; kam es zu Verurteilungen, fielen die Strafen sehr gering aus. Diese Entwicklung war eine Art anhaltende „Generalprobe“ für den massiven Einsatz von Schusswaffen gegen Palästinenser*innen, die ab März 2018 an der Grenze des Gazastreifens für ein Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge aus dem Krieg von 1948 ins heutige Israel demonstrierten. Sie half, die israelische Öffentlichkeit und auch die Weltöffentlichkeit darauf vorzubereiten bzw. daran zu gewöhnen, dass Scharfschützen von der israelischen Seite aus auf palästinensische Demonstrant*innen schießen, wodurch über 200 Menschen getötet und viele Tausend verletzt wurden.

An der Grenze zum Gazastreifen gingen die Todesschüsse und die Körperverletzungen auf das Konto der Armee. Im Unterschied dazu hat das Ministerium für Innere Sicherheit in Gebieten, in denen mehrheitlich jüdische israelische Staatsbürger*innen leben, in den letzten Jahren eine Politik verfolgt, die die Regierung von ihrer grundlegenden Verantwortung für die Sicherheit ihrer Bürger*innen befreit: Den Einzelnen (und gemeint ist hier in erster Linie ein jüdischer Mann, der Wehrdienst geleistet hat) zu ermutigen, sich zu bewaffnen und sich selbst und sein Zuhause zu verteidigen, kommt einem Eingeständnis der Regierung gleich, dass sie keine Lösungen hat und „innere Sicherheit“ nicht gewährleisten kann. Sie entledigt sich der Verantwortung für die öffentliche Sicherheit und privatisiert diese, indem sie sie die Verantwortung hierfür männlichen jüdischen Israelis überträgt.

Waffen, Recht und Gesetz in Israel

Die israelischen Gesetze, die den Besitz und Gebrauch von Waffen regeln, haben seit ihrer Verabschiedung eine Reihe bedeutender Änderungen erfahren. Die Schusswaffenpolitik variierte je nach politischer Situation und Regierung.

In Israel sind die relevanten Regelungen in verschiedenen Gesetzen festgehalten, was es schwierig macht, die Verbreitung von und den Umgang mit Schusswaffen effektiv zu regulieren und zu überwachen. Dieses Problem ist dem Parlament durchaus bewusst. In den letzten zehn Jahren wurden mehrere Gesetzesvorschläge erarbeitet, um alle Bestimmungen in Bezug auf Waffen in Israel, einschließlich der Waffen der Sicherheitskräfte, in einem Gesetz zusammenzufassen. Bislang ist keiner von ihnen verabschiedet worden.

Ende 2017 wurde ein neues Rechtsgutachten zur Diskussion gestellt, das sich auf alle Kleinwaffen bezieht – auf private Schusswaffen, Waffen von Sicherheitsfirmen und von Sicherheitskräften, Waffen, die in der Landwirtschaft und im Sport eingesetzt werden. Als Reaktion auf das Gutachten präsentierte die Initiative „Die Pistole auf dem Küchentisch“ eine detaillierte Stellungnahme. Darin wies sie sowohl auf die im Gutachten als auch in den bestehenden Gesetzen vorhandenen Probleme und Lücken hin. Dazu gehört unter anderem Kritik an einer sehr freizügigen Politik, die das Waffenarsenal anwachsen lässt und an dem Ausschluss potenzieller Opfer aus dem Genehmigungs- und Gesetzgebungsverfahren.

In der Stellungnahme wurde weiterhin hervorgehoben, dass das Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit im zivilen Bereich nicht gewährleistet werden kann, solange die Durchsetzungs- und Kontrollmechanismen für Schusswaffen unzulänglich sind. Selbst nach Angaben hochrangiger Beamter im Ministerium für Innere Sicherheit ist die Zahl der Inspektor*innen viel zu gering im Verhältnis zur Menge der Schusswaffen, die sie zu kontrollieren haben. Im Jahr 2014 waren die Inspektor*innen für jeweils rund 50.000 private Waffenscheine zuständig. Praktisch gab es insgesamt nur sechs Inspektor*innen, denen die Kontrolle sämtlicher Schusswaffen oblag.

In Israel gibt es keine Verordnungen oder Gesetze, um den tatsächlichen Gebrauch und die Aufbewahrung von Schusswaffen im privaten Bereich zu kontrollieren. Der Staat hat keine Mechanismen entwickelt, um die physische und psychische Verfassung der Privatpersonen mit Waffenschein regelmäßig zu überprüfen. Das gilt ebenso für ihre Fähigkeiten im Umgang mit Waffen und für deren Aufbewahrungsmöglichkeiten. Schlimmer noch, es gibt Anweisungen der Staatsanwaltschaft, mit Inhaber*innen von Waffenscheinen, die eine in ihrem Besitz befindliche Waffe fahrlässig verloren haben, nachsichtig zu sein und sie milder zu bestrafen, obwohl es sich bei dieser Fahrlässigkeit um eine Straftat handelt. So kann unter bestimmten Umständen ein alternatives Verfahren (die Verhängung eines Bußgelds, die Hinterlegung der Waffe oder gemeinnützige Arbeit) ohne strafrechtliche Verurteilung als ausreichend erachtet werden.

In den Gesetzesvorlagen, wie auch im bestehenden Recht, kommen die Opfer nicht vor. So ist die Öffentlichkeit, die alltäglich mit diesen Waffen in Berührung kommt, nicht geschützt. Schutz der Öffentlichkeit bedeutet in diesem Zusammenhang nicht nur die Verhinderung von Tötungsdelikten, sondern auch die Gewährleistung eines Rechts auf Leben ohne Bedrohung oder Angst vor körperlichen und seelischen Verletzungen.

Das Gesetz und illegale Waffen

Nach verschiedenen Schätzungen sind bis zu 400.000 illegale Schusswaffen im Besitz von Zivilist*innen. Ein Teil dieser Waffen dient der organisierten Kriminalität. In Ermangelung offizieller Statistiken wird die Anzahl der durch illegale Waffen jedes Jahr getöteten Menschen auf mindestens Personen geschätzt, darunter Frauen, Jugendliche, Kinder und unbeteiligte Passant*innen. 90 Prozent der illegalen Waffen stammen aus dem Arsenal der legalen Waffen, die angeblich unter Aufsicht der verantwortlichen staatlichen Behörden, insbesondere der Armee, stehen, wie aus den Bemerkungen des Ministers für Innere Sicherheit hervorgeht.

Die meisten Fälle von tödlichem Schusswaffengebrauch in der palästinensischen Gesellschaft in Israel werden nicht von der Polizei geklärt und die Mörder werden nicht vor Gericht gestellt. In den wenigen Fällen, in denen Verdächtige angeklagt werden, kommt es oft vor, dass das Gericht auf Fehler in den polizeilichen Ermittlungen und mangelndes Fachwissen bei der Erhebung von Beweismitteln stößt. Mit anderen Worten, auch wenn der Mörder vor Gericht gestellt wird, wird er nicht notwendigerweise bestraft. Manchmal wird er sogar wegen fehlerhafter Ermittlungen freigesprochen. Das ist ein Teufelskreis: Der Mörder kehrt als Sieger in die Gesellschaft zurück – eine einschüchternde Botschaft an all die Menschen in seiner Umgebung, die illegale Waffen ablehnen. Mit der Zeit verinnerlichen sie die Erfahrung, dass sie kein Gehör finden und machtlos sind, als Überlebensstrategie – aus Angst, dass sie von außer Kontrolle geratenen kriminellen Organisationen angegriffen werden und zu Schaden kommen könnten, falls sie sich widersetzen.

Infolgedessen steigt die Zahl der Morde mit illegalen Waffen in israelischen Städten, in denen Palästinenser*innen leben, wie zum Beispiel in Lod, Jaffa und Umm al-Fahm. Wie ernst die Lage ist, zeigt sich daran, dass die Morde zumeist am helllichten Tag in aller Öffentlichkeit begangen werden, vor den Augen von Hunderten von Menschen, die Zeugen des Mordes werden, und der Mörder ist in der Umgebung bekannt und trägt in der Regel keine Maske. Dennoch wird nicht ein Einziger der Anwesenden das Risiko eingehen und gegen den Mörder vor Gericht als Zeuge aussagen, da dies sein Leben, sein Geschäft und seine Familie in Gefahr bringen würde. Und es würde ihn der Verfolgung durch die kriminelle Organisation aussetzen, die den Mord unterstützt, da die Polizei – wieder einmal – in ihrem Zeugenschutz nachlässig wäre. Diese langjährige fehlende Durchsetzung von bestehenden Gesetzen in der palästinensischen Gesellschaft in Israel hat kriminelle Organisationen, die für die meisten Schießereien und Morde mit illegalen Waffen verantwortlich sind, gestärkt und sie sogar zu neuer Blüte gebracht.

In Bezug auf illegale Waffen besteht die große Herausforderung für die Zivilgesellschaft darin, die Strafverfolgungsbehörden – nicht zuletzt die Polizei – dazu zu bringen, kriminelle Organisationen zu entwaffnen, deren Schusswaffen zivile Räume beherrschen und vor allem palästinensischen Staatsbürger*innen Israels schaden. Ein solch geändertes Vorgehen wird nicht möglich sein, ohne die Anzahl der legalen Waffen im öffentlichen Raum zu reduzieren und die

Kontrolle dieser Waffen zu verstärken – was zugleich auch die Situation von Frauen und anderen benachteiligten Bevölkerungsgruppen verbessern würde. Zu unserem Bedauern geht die Politik der Regierung in den letzten Jahren in die entgegengesetzte Richtung.

Übersetzt von **Ursula Wokoock Wollin**

Meisa Irshaid ist eine auf Zivil- und Verwaltungsrecht spezialisierte Rechtsanwältin und politisch aktive Feministin. Seit 2016 berät sie die Initiative „Die Pistole auf dem Küchentisch“. Dabei vertritt sie Opfer von Schusswaffengewalt und deren Angehörige und bemüht sich um öffentliche Aufklärung zum Thema.

Rela Mazali ist Publizistin, unabhängige Wissenschaftlerin und feministische Friedensaktivistin. Sie war eine der 1.000 Frauen, die im Jahr 2005 von Friedens Frauen Weltweit für den Friedensnobelpreis nominiert wurde. Sie war Jurymitglied im „World Tribunal on Iraq“ (2005). Mazalis „Maps of Women’s Goings & Stayings“ (2001) wurde in einer Rezension als beste „Erzählung in Zeit und Raum über Frauen, von Frauen, für Frauen“ bezeichnet. Mazali ist Mitbegründerin der Initiative „Die Pistole auf dem Küchentisch“, deren Aktivitäten vornehmlich auf ihren Studienergebnissen zur Verbreitung von Schusswaffen bei privaten Sicherheitsfirmen beruhen.

Anmerkung

- 1 Diese Initiative wird durch das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt.
- 2 Bevan, J./Florquin, N.: Few Options but the Gun: Angry Young Men, Kap. 12, in: Small Arms Survey 2006, Cukier, W./Cairns, J.: Gender, attitudes and the regulation of small arms: Implications for action, in: Farr, V./Myrntinen, H./Schnabel, A. (Hrsg.): Sexed pistols: The gendered impacts of small arms and light weapons, Tokio 2009, S. 21.
- 3 Cukier/Cairns: Gender, S. 22.
- 4 Too Close to Home. Guns and Intimate Partner Violence, in: Small Arms Survey 2013, S. 39, unter: www.smallarmssurvey.org/fileadmin/docs/A-Yearbook/2013/en/Small-Arms-Survey-2013-Chapter-2-EN.pdf.
- 5 Sachs, D./Saar, P./Aharoni, Q.: Mute testimony: Women in the Israeli-Palestinian conflict, Isha l’Isha Feminist Center, 2005, S. 20.
- 6 Mazali, R.: The Gun on the Kitchen Table: The Sexist Sub-Text of Private Policing in Israel, in: Farr u.a. (Hrsg.): Sexed pistols, S. 273.
- 7 Report by Knesset Member Hanin Zoabi: Crime in Arab Society: Shortcomings in Police Treatment, submitted to the State Comptroller, 8.1.2017, S. 17.



Kundgebung gegen Femizide und sexualisierte Gewalt, Tel Aviv, 2018.
Foto: Activestills

Protest gegen den Anstieg häuslicher Gewalt in Israel am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, Ramla, 2015.
Foto: Activestills

IV ÖKONOMIE



Gewerkschaften in Israel: die Geschichte der Haifa Chemicals

Ziv Adaki

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die einst sozialistisch geprägte Wirtschaftsordnung in Israel in eine rein kapitalistische, in großen Teilen gar neoliberale verwandelt. Die Geschichte des Konzerns Haifa Chemicals verdeutlicht die Rolle der Gewerkschaften in diesem Prozess.

Die Geschichte von Haifa Chemicals ist auf das Engste mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes verflochten. Sie steht für wissenschaftliche Innovationen, die die industrielle Entwicklung vorantreiben, für den Übergang von einer sozialistischen hin zu einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, für die Privatisierung von erfolgreichen staatlichen Unternehmen, für den Kampf der Arbeiter*innen für ihre Rechte, für Abwägungen zwischen Umweltbelangen, Verteilungsgerechtigkeit und sozialstaatlichen Anliegen und für die Verflechtung von Kapital und politischer Macht. Anhand der Geschichte des Werks von Haifa Chemicals und dessen Beschäftigten werde ich die israelische Wirtschaftsgeschichte nachzeichnen und insbesondere die Entwicklung der gewerkschaftlich organisierten Arbeit in Israel: von ihren optimistischen Anfängen über die Phasen ihres Niedergangs bis hin zur heutigen Situation, in der versucht wird, die Gewerkschaftsmacht wieder zu stärken.

Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre: Wachstum

Der Abschluss des Baus der Anlagen von Haifa Chemicals in der Bucht von Haifa im Norden Israels fiel in das Jahr 1966. Es war zunächst ein staatliches Unternehmen, gegründet auf der Grundlage von am Technion – Israel Institute of Technology in Haifa entwickeltem Know-how, das später zum weltweit größten Werk seiner Art zur Herstellung von Düngemitteln für die Landwirtschaft und von Chemikalien für die Lebensmittelindustrie und andere Industriezweige werden sollte. Es verarbeitete vor allem Kalisalze aus dem Toten Meer, Phosphate aus der Rotem-Ebene im Süden Israels sowie Ammoniak, das damals noch in Israel produziert wurde. Auf dem Höhepunkt seiner Leistungsfähigkeit, im Jahr 2017, beherrschte das Werk mit einem Anteil von zwei Dritteln an der Gesamtproduktion den globalen Düngemittelmarkt.

Die meisten derjenigen, die in dem Werk arbeiteten, lebten selbst in der Bucht von Haifa. Im Jahr 1973 begann das Werk, Gewinne zu erzielen; im Jahr 1974 verdoppelte sich seine Produktionskapazität und bereits im Jahr 1978 wurden Aktien des Unternehmens an der Börse in Tel Aviv ausgegeben. Da Haifa Chemicals ein Staatsbetrieb war, waren die dort Arbeitenden alle in der Histadrut (Allgemeiner Verband der Arbeiter im Land Israel) organisiert. Die Histadrut war damals (und ist bis heute) die größte Gewerkschaft in Israel. Ihre Gründung geht auf die Initiative von jüdischen Einwander*innen der zweiten Alija,¹ Europäer*innen mit einem meist ausgeprägten Klassenbewusstsein, zurück. Von Beginn an übernahm die Histadrut verschiedene Funktionen: Sie stellte einen wichtigen Teil der wirtschaftlichen Infrastruktur, vertrat Arbeitnehmer*inneninteressen und sorgte für Beschäftigung. In den ersten Jahren nach der Staatsgründung war die Histadrut der größte Arbeitgeber in Israel. Sie war bestrebt, in Israel eine egalitäre Gesellschaft von Arbeiter*innen zu schaffen. Daneben kümmerte sie sich um die Ansiedlung jüdischer Immigrant*innen sowie die Förderung der „hebräischen Arbeit“ (was im Umkehrschluss den Ausschluss arabischer Arbeiter*innen

bedeutete) und engagierte sich in den Bereichen Bildung, Kultur und Gesundheitsversorgung. Wer davon profitierte, waren insbesondere all jene, die ein „rotes [Partei-]Buch“ hatten, das heißt, Mitglieder von Mapai waren, der Partei, die von 1948 bis 1977 die Regierung stellte und die in der Histadrut das Sagen hatte. Man könnte behaupten, dass sich die Histadrut um das wirtschaftliche Wohlergehen derer kümmerte, die aus ihrer Sicht auf der richtigen politischen Seite standen – das hieß vor allem aschkenasische Jüdinnen und Juden, die dem Sozialismus anhingen.

Es ließe sich aber auch behaupten: Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht konnte sich Mapai die Unterstützung einer breiten Wählerschaft sichern, auch die Stimmen derjenigen, die nicht unbedingt sozialistische Überzeugungen hatten. Wie dem auch sei: Wichtig ist anzuerkennen, dass sich die Histadrut nicht nur durch die besonders idealistischen sozialistischen Vorstellungen ihrer Gründer*innen auszeichnete, sondern durch eine außergewöhnliche wirtschaftliche und politische Machtposition – was eine enge Verflechtung von Kapital und Regierung beförderte. Histadrut als der größte Arbeitgeber im Land und Mapai als langjährige Regierungspartei warben massiv Spenden von wohlhabenden Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt ein, die Geld gaben, um den Staat Israel und den Aufbau der benötigten Infrastruktur zu unterstützen. Mapai und Histadrut entschieden sich angesichts der Herausforderung, eine produktive Volkswirtschaft zu entwickeln, am Ende für das bürgerliche Kapital und gegen Klassengleichheit, wie Zeev Sternhell in seinem Buch „The Founding Myths of Israel“ gezeigt hat. Rafi Kamhi, Direktor des Programms Leadership der Akademie für soziale Ökonomie (SEA), weist darauf hin, dass das „Modell des sozialen Dialogs zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften, aus dem in Europa der Sozialstaat hervorging und das auf der politischen Macht aller Arbeitenden beruhte, in Israel zwar von der Histadrut übernommen wurde, aber mitnichten für alle in der Gesellschaft gleichermaßen galt.“

Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre: Privatisierung

Ab April 1980 gingen wesentliche Teile von Haifa Chemicals nach und nach in den Privatbesitz von israelischen und US-amerikanischen Konzernen über. Der israelische Staat verkaufte nicht nur das Know-how und die Produktionsmittel ins Ausland, sondern privatisierte auch die natürlichen Ressourcen, auf denen die Produktion des Werks beruht. Selbst in einer wirtschaftlichen Situation, die durch starke Konkurrenz und neoliberale Prinzipien geprägt ist, ist der Verkauf von seltenen einheimischen Rohstoffen und anderen Ressourcen an private Firmen ein schwerer Fehler – es sei denn, er geht mit strengen Auflagen und Regulierungen einher, was im Falle der neuen Eigentümer*innen von Haifa Chemicals nicht der Fall war. Obwohl im Laufe der Jahre der Börsenwert des Unternehmens beträchtlich gewachsen war und trotz öffentlicher Kritik, wurde die Privatisierung fortgesetzt, das Werk schließlich weit unter Wert verkauft. Laut Gerüchten aus Regierungskreisen

zahlten die privaten Käufer*innen der Aktien für diese weniger als das, was das Unternehmen zu dieser Zeit an liquiden Mitteln besaß. Im Jahr 2008 wurde der Jahresumsatz des Unternehmens auf 900 Millionen US-Dollar geschätzt; seitdem gehört es der US-amerikanischen Trump Group, der Jules Trump vorsteht (der nicht mit dem gegenwärtigen US-amerikanischen Präsidenten verwandt ist).

Das Schicksal von Haifa Chemicals ähnelt dem vieler anderer israelischer Unternehmen und Fabriken, die zu einem ähnlichen Zeitpunkt gegründet wurden. Seit der Likud 1977 die Regierungsgeschäfte übernahm und die Mapai nach 30 Jahren an der Macht ablöste, war der gesamte ökonomische Sektor Deregulierungs- und Flexibilisierungsprozessen unterworfen, die darauf abzielten, ihn in eine wettbewerbsorientierte kapitalistische Wirtschaft zu verwandeln. Ähnliche Entwicklungen fanden auch anderswo auf der Welt statt, unter anderem in Großbritannien oder den USA unter der Führung von Margaret Thatcher bzw. Ronald Reagan. Im Zuge dieser Entwicklung erlebte die Histadrut ihren Bankrott – in ideologischer, organisatorischer und ökonomischer Hinsicht. Sie machte mit bei den Privatisierungswellen; viele ihrer Fabriken und Unternehmen wurden an private Firmen verkauft. Seitdem nahm die Macht des Kapitals gegenüber den Betriebsräten zu und der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Beschäftigten erreichte in Israel einen Tiefpunkt: Er sank von 80 auf 20 Prozent. Es folgten der Abbau von Stellen in staatlichen Unternehmen und Behörden sowie die Entlassung gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer*innen, die nach und nach durch Beschäftigte ersetzt wurden, für die keine Tarifverträge gelten – darunter im internationalen Vergleich ungewöhnlich viele Leiharbeiter*innen, die arbeitsrechtlich wesentlich schlechter geschützt sind.

Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre: zunehmende Verflechtung von Kapital und Regierung in der Bucht von Haifa

Laut des Jahresberichts des staatlichen Rechnungshofes von 1989 „beanspruchen einige der Unternehmen, die mit gefährlichen Stoffen in der Bucht von Haifa arbeiten, [...] Oil Refineries Ltd. (ORL), Gadot Biochemical Industries, Haifa Chemicals und die petrochemischen Werke, seit Jahren auf der Kommunalebene einen extraterritorialen Status. Ein solcher Status bedeutet, dass es praktisch unmöglich ist, planungs- und baurechtliche Auflagen und Vorschriften der Gewerbeaufsicht gegenüber diesen Unternehmen durchzusetzen.“ Und obwohl Haifa Chemicals mehr als zwei Millionen Kubikmeter an giftigen Abwässern (Phosphor, Stickstoff, organischer Kohlenstoff, Chrom, Cadmium und Kupfer) in den Fluss Kischon, an dem das Werk liegt, geleitet hat, erhielt das Unternehmen vom Ministerium für Handel und Industrie eine Auszeichnung für seine hervorragenden Exportleistungen. Haifa Chemicals hat unter Berufung auf seine Extraterritorialität und die angeblich besondere Beschaffenheit des Geländes, auf dem sich das Werk befindet (dieses mache es schwierig, Umweltschutz- und Planungsauflagen umzusetzen), über

Jahre hinweg systematisch das Ökosystem des Flusses Kischon zerstört. Bis zum Jahr 2001 wurde Haifa Chemicals zusammen mit anderen Unternehmen wie ORL darüber hinaus als Hauptverursacher der Schadstoffemissionen in die Luft in der Region von Haifa eingestuft. Zudem wurde 1989 in der Bucht von Haifa ein riesiger Tank für Ammoniak errichtet, der ausländischen Eigentümer*innen gehörte und in dem bis zu seiner Schließung das gesamte in Israel produzierte und von der hiesigen Industrie und Wirtschaft benötigte Ammoniak lagerte. Das heißt, die 12.000 Tonnen Ammoniak aus dem Tank verschärften noch weiter die katastrophale ökologische Situation in dem Gebiet von Haifa. Obwohl der Ammoniak-Tank weder eine Baunoch eine Betriebsgenehmigung hatte, ließen die Behörden über Jahrzehnte seine Nutzung zu. Das Umweltministerium hat bewusst in Kauf genommen, dass aus dem Tank in all dieser Zeit Giftstoffe austraten. Eine Funktionsstörung, eine Naturkatastrophe oder ein Anschlag auf die Anlage hätten Schätzungen zufolge zum Tod von Tausenden Menschen führen können. Diese Gefahr hat 30 Jahre lang über dem meist trüben Himmel von Haifa geschwebt.

Bereits in den 1980er Jahren erschienen erste Studien, die einen Zusammenhang zwischen der von den Industrieanlagen in der Haifa-Bucht verursachten Umweltverschmutzung und der ungewöhnlich hohen Morbiditäts- und Sterblichkeitsrate in der lokalen Bevölkerung nachwiesen, aber jahrzehntelang konnten Kritiker gegen das auf der Verflechtung von Kapital und Regierung beruhende Kartell des Schweigens nichts ausrichten. Die israelische Umweltbewegung hat das Ausmaß der ökologischen Katastrophe in der Bucht von Haifa schon länger erkannt. Die Coalition for Public Health, ein Zusammenschluss von 17 gemeinnützigen Organisationen und Vereinen, hat das Thema in den Mittelpunkt seiner Aktivitäten gestellt. Es gab Demonstrationen, vereinzelte Zeitungsberichte und Vorwürfe der Initiativen gegen die Behörden, diese würden Informationen zurückhalten und Vorfälle vertuschen, zum Beispiel durch ineffektive Überwachung, weniger strenge Richtlinien, die Ausübung von Druck auf Wissenschaftler*innen, die Verhinderung der Veröffentlichung von relevanten medizinischen Studien sowie die Beeinflussung der Berichterstattung in den Medien. In der Bucht ist die Zahl der Herz-, Leber-, Nieren-, Lungen-, Asthma- und Krebserkrankungen sowie von Fehlentwicklungen bei Föten und Kindern und damit verbundener Todesfälle höher als in anderen Teilen Israels – aber all dies wurde völlig verdrängt.

Die Verflechtung von Kapital und Staat hat sich in diesem Fall als äußerst stark und vielschichtig erwiesen. Es lassen sich enge Beziehungen zwischen den Minister*innen für Finanzen, Infrastruktur sowie Arbeit und Soziales, den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses sowie vielen anderen Staatsbediensteten und den Eigentümern der Israel Corporation aufzeigen, zu deren Holdings die großen umweltverschmutzenden Industrieanlagen, einschließlich der Oil Refineries Ltd., gehören. Alle in der Bucht von Haifa angesiedelten Werke sind in den Genuss von Protektion seitens der Behörden gekommen. Viele hochrangige Mitarbeiter*innen des Finanzministeriums, des Zolls und der Steuerverwaltung fanden über den Drehtür-Effekt am Ende ihrer Amtszeit Anstellung in den umweltverschmutzenden

Unternehmen. So wechselte die ehemalige Leiterin des Umweltministeriums, Nehama Ronen, später auf einen Direktorenposten bei Oil Refineries Ltd., Rechtsanwalt Mosche Schachal, der unter anderem die Israel Corporation, Oil Refineries Ltd. (Bazan) und die Ofer Brothers Group vertreten hat, bekleidete zuvor verschiedene Regierungsämter, darunter Minister für Kommunikation, Minister für Energie und Infrastruktur und Polizeiminister. Darüber hinaus erhielt die Israel Corporation im Jahr 2006 eine Auszeichnung, weil sie mit einer Spende an krebskranke Menschen Medikamente zur Verfügung gestellt hatte, die vom öffentlichen Gesundheitssystem nicht bezahlt werden. Die Auszeichnung hatte ihr die Israel Cancer Association verliehen, die jahrelang den Zusammenhang zwischen Luftverschmutzung und erhöhten Krebsraten bestritten hatte und deren damaliger Präsident, der Geschäftsmann Benjamin („Benny“) Gaon, CEO von Koor Industries war, einem der größten umweltbelastenden Unternehmen in der Bucht von Haifa. Eine Stellungnahme von Yona Yahav, dem Bürgermeister von Haifa, spiegelte die offizielle Sicht zu der Zeit treffend wider. Am 6. Juni 2012 versicherte er auf einer Stadtratssitzung zum Thema Luftverschmutzung in Haifa: *„Die Luft, die die Bewohner von Haifa einatmen, ist sauber.“*

Erst im April 2015 erkannte das Gesundheitsministerium den Zusammenhang zwischen Luftverschmutzung und erhöhter Morbidität in Haifa an. Das Umweltministerium, das später in Ministerium für Umweltschutz umbenannt wurde, erklärte die Bucht von Haifa zu einem „kontaminierten Gebiet“. Fünf Monate später äußerte sich auch die israelische Regierung dazu und sprach von einer außergewöhnlich hohen Luftverschmutzung in der Region und besorgniserregend hohen Erkrankungsraten. Zu Beginn des Jahres 2019 schließlich erfuhr die diesen Gesundheitsgefahren seit Jahrzehnten ausgesetzte Bevölkerung von Haifa, etwa eine halbe Million Menschen, von dem Plan der Regierung, die Industrieanlagen aus der Haifa-Bucht zu entfernen und den Boden und das Grundwasser gründlich zu reinigen. Das Vorhaben soll bis 2032 umgesetzt werden.

Die 1990er und frühen 2000er Jahre: ein historischer Streik

Im Jahr 1994 wurde das Werk Haifa Chemicals-Süd in der Rotem-Ebene in der Nähe der Stadt Arad im Süden Israels trotz Einwänden des damaligen obersten Rechnungsprüfers mit staatlicher Unterstützung errichtet. Fehlende gewerkschaftliche Organisation und der Mangel an Arbeitsplätzen im Süden des Landes erlaubten den Betreibern, den Beschäftigten miserable Bedingungen aufzuzwingen. Das wollte sich auch die Geschäftsleitung des Mutterwerks Haifa Chemicals-Nord zunutze machen. Sie drängte darauf, den dort gültigen Tarifvertrag aufzukündigen. Daraufhin bot die Belegschaft an, das Werk zu kaufen, ihr Angebot wurde jedoch abgelehnt. Als die Beschäftigten sich zu Warnstreiks entschlossen, schickte die Werksleitung die meisten von ihnen in Zwangsurlaub. Im November 1996 begannen die Arbeiter*innen einen Streik, der fast ein halbes Jahr anhielt. Es stand damals viel auf dem Spiel. Viele erwarteten, dass das Ergebnis dieses Arbeitskampfs das

Kräfteverhältnis zwischen Arbeiter*innen/Gewerkschaften und Arbeitgeber*innen nicht nur in diesem Werk, sondern in der gesamten israelischen Wirtschaft verändern würde. Dies drückte sich auch in der Entwicklung des Arbeitskampfs aus. Das Management griff zu extremen Maßnahmen gegen die Streikenden. Dazu zählte die Aufwiegelung der Öffentlichkeit gegen die Streikenden und das Anheuern von Schlägertrupps, die die Streikenden angriffen. Druck wurde auch über eine arbeitsgerichtliche Verfügung ausgeübt, die von den Streikenden die Entfernung ihres Protestzelts vom Werksgelände verlangte. Die Streikenden gaben jedoch nicht nach. Sie arbeiteten mit anderen Betriebsräten zusammen, auch im Süden des Landes. Sie blockierten den Zugang zu Haifa Chemicals-Süd, um die Produktion dort zu stoppen und somit zu verhindern, dass das Werk im Süden die Verluste des Hauptwerks im Norden ausglich. Der Industriellenverband ließ dem Unternehmen finanzielle Unterstützung zukommen, damit dieses die durch den Streik verursachten Verluste tragen konnte.

Es gibt Einschätzungen, wonach Arie Genger, der damalige Chef von Haifa Chemicals-Nord und enger Freund des damaligen Ministers für Industrie, Handel und Arbeit, Ariel Sharon, kurz davor war nachzugeben. Vermutlich wäre der Arbeitskampf auch anders ausgegangen, wenn sich die Histadrut damals dazu hätte durchringen können, den Streik auf andere Unternehmen auszuweiten, die im Industriellenverband zusammengeschlossen waren. Aber die Histadrut erwies sich als schwach und entschied sich dagegen. Weil in dem Histadrut-Gremium, das für die streikenden Arbeiter*innen von Haifa Chemicals die Verhandlungen führte, die Betriebsräte nicht vertreten waren, konnte die Histadrut eine schließlich vom Management des Werks vorgeschlagene Vereinbarung als „alternativlos“ präsentieren. Die Histadrut akzeptierte dieses Angebot im Namen der Streikenden und riet ihnen, es sofort zu unterschreiben, um Einfluss auf darin enthaltene Regelungen zu nehmen. Es hieß: jetzt oder nie. Und so zwang eine Geschäftsleitung zum ersten Mal in der Geschichte Israels Beschäftigten ein Abkommen auf, das zwischen verschiedenen Kategorien von Arbeiter*innen unterscheidet. Bei dieser Methode des Teils und Herrsche verschlechtern sich die Beschäftigungsbedingungen der alten Belegschaft (der „ersten Generation“) nicht, in der Annahme, dass sie mit der Zeit immer kleiner wird, bis sie irgendwann ganz verschwindet. Im Gegensatz dazu werden neu Eingestellte (die „zweite Generation“) zu schlechteren Bedingungen beschäftigt. Zudem wird deren Stellung durch die Ausweitung der Leiharbeit, die im Jahr 1996 eine gesetzliche Grundlage erhielt, noch weiter untergraben. Dieses Generationen-Modell wurde von vielen Betrieben übernommen und schuf in Israel eine Schicht von erwerbstätigen Armen (*working poor*).

Massive Machtkämpfe und Streiks zeichneten die gesamte israelische Wirtschaft in jenen Jahren aus. Die Oslo-Abkommen führten zur wirtschaftlichen Eroberung der Westbank und versorgten die israelische Wirtschaft mit billigen Arbeitskräften. Der Mord an Rabin schwächte die israelische Linke beträchtlich. Nach der Privatisierung ihrer Unternehmen wurde die Histadrut zu einer neuen

Organisation umgebaut, die sich auf den Schutz von Arbeitnehmerrechten konzentrieren sollte. In diesen kritischen Jahren, von 1995 bis 2006, war der aus dem peripheren Städtchen Sderot stammende Mizrachi Amir Peretz Vorsitzender der Histadrut. Die traditionell aschkenasische Führung der Histadrut bemühte sich damals, auch Menschen aus gesellschaftlichen „Randgruppen“ (Bewohner*innen dünn besiedelter Gebiete, Ultraorthodoxe, Mitglieder der palästinensischen Minderheit und Mizrachim) zu rekrutieren. Allerdings war ihre Reichweite mittlerweile gering, und sie bemühte sich auch nicht, den Kreis der gewerkschaftlich Organisierten zu vergrößern. Vielmehr konzentrierte sie sich darauf, die guten Arbeitsbedingungen der alten Mitglieder zu erhalten – wie im Fall von Haifa Chemicals-Nord.

Im Jahr 2003 wurde Benjamin Netanjahu zum Finanzminister ernannt und leitete eine umfassende Wirtschaftsreform ein, mit der eine Privatisierung der meisten staatlichen Unternehmen einherging sowie eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten (auf kommunaler und nationaler Ebene), erst eine Verstaatlichung und dann Privatisierung der Pensionsfonds der Histadrut sowie eine Kürzung sozialer Leistungen. Netanjahu erklärte die Histadrut und die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zum „Feind“. Der Vorsitzende der Histadrut, Peretz, reagierte mit Streikandrohungen. Daraufhin kam es in den israelischen Häfen tatsächlich zu einem zweimonatigen Streik, dem längsten seiner Art in der israelischen Geschichte, sowie zu einem Generalstreik. Aber nach zwei Jahren waren unter anderen die Discount Bank, die 1983 infolge der Bankenkrise verstaatlicht worden war, das für die Telekommunikation in Israel zuständige staatliche Unternehmen Bezeq, die Ö Raffinerien, die Containerschiffreederei Zim und die staatliche Fluggesellschaft El Al privatisiert. Nur eine relativ kleine Gruppe von älteren Arbeitnehmer*innen, die noch alte Verträge hatten, konnte von den Aktivitäten der Histadrut und ihrem Vorsitzenden Peretz profitieren. Das Nachsehen hatten die große Mehrheit der Lohnabhängigen und die auf Sozialleistungen Angewiesenen.

Die 2000er Jahre: ein historischer Sommer

„Als klar war, dass die Histadrut zu schwach war, um den gewerkschaftlichen Organisationsgrad in Israel zu erhöhen und um das bisher Erreichte zu verteidigen, wurde [im Jahr 2007] Koach La-Ovdim („Alle Macht den Arbeitern“) gegründet, eine Gewerkschaft, deren demokratische Struktur dem skandinavischen Gewerkschaftsmodell ähnelt (mit einigen Modifikationen, um dem israelischen Arbeitsrecht zu entsprechen)“, sagt Rafi Kamhi, der dem Betriebsrat der streikenden Arbeiter*innen von Haifa Chemicals-Nord als Koordinator der Zentrale-Nord von Koach La-Ovdim zur Seite stand. Koach La-Ovdim ist ein Gewerkschaftsbund, der die gewerkschaftliche Organisierung in Israel stärken und ausbauen will. Er hat eine kollektive Führung, die alle zwei Jahre demokratisch gewählt wird. Die Mitglieder, das heißt Beschäftigte und Betriebsräte, bestimmen Delegierte, die in der sogenannten Repräsentantenversammlung

(dem „Parlament“ der Organisation) zum Beispiel darüber entscheiden, wie mit Arbeitskonflikten umgegangen wird. Das reicht von der Erklärung eines Arbeitskonflikts über die Entscheidung, zu streiken oder einen Streik zu beenden, bis hin zur Annahme oder Ablehnung der Bedingungen eines Tarifvertrags. Heute hat Koach La-Ovdim zirka 22.000 Mitglieder und vertritt die Interessen von mehr als 30.000 Beschäftigten.

Die Gründung einer zweiten großen Gewerkschaftsorganisation veranlasste die Histadrut, neue Initiativen zu ergreifen und sich um neue Mitglieder zu bemühen, wodurch der Kreis der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen erweitert wurde. „Es ist bemerkenswert“, fügt Kamhi hinzu, „dass sich ab Mitte der 1980er Jahre, als in Israel ein neoliberales Wirtschaftsmodell eingeführt wurde, in der israelischen Arbeiterklasse ein beschleunigter Flexibilisierungsprozess vollzog. Dieser hatte einen starken Rückgang des Anteils der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten und der Beschäftigten, die von Tarifverträgen abgedeckt sind, zur Folge. Die Transformation der israelischen Arbeiterklasse von einer sehr gut organisierten und geschützten (zu Beginn der 1980er Jahre waren um die 80 Prozent aller Arbeiter*innen Gewerkschaftsmitglied) hin zu einer unter Prekarisierung leidenden erreichte im Jahr 2011 ihren Höhepunkt, als nur etwa ein Viertel aller Lohnabhängigen organisiert und nur etwa ein Drittel von ihnen von Tarifverträgen erfasst waren. Mit dem Auftauchen von Koach La-Ovdim zeichnete sich eine Trendwende ab: Ab 2008 begannen sich vor allem junge und gut ausgebildete Menschen verschiedenster Berufszweige, vornehmlich aus kleinbürgerlichen Verhältnissen, gewerkschaftlich zu organisieren, um die fortschreitende Erosion ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen einzudämmen und für Arbeitsplatzsicherheit und einen menschenwürdigen Lebensunterhalt zu kämpfen. Prekär Beschäftigte in privatisierten Sozialdiensten, Versicherungs-, Finanz-, Telekommunikations- und Hightech-Unternehmen sowie in der Industrie und der Energiewirtschaft organisierten zum ersten Mal Betriebsräte an ihrem Arbeitsplatz und lösten damit eine große Welle gewerkschaftlicher Organisierung aus. Nach Angaben des israelischen Statistikamts stieg die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer*innen in Israel um circa 200.000 Menschen an, sodass ihr Anteil im Jahr 2016 bei circa 27 Prozent lag. Koach La-Ovdim vertritt inzwischen ganz verschiedene Beschäftigtengruppen: zum Beispiel in kommunalen Verkehrsbetrieben arbeitende Busfahrer*innen, an öffentlichen Hochschulen arbeitende Akademiker*innen sowie in privatisierten Sozial- und Bildungsdiensten Beschäftigte wie etwa Lehrer*innen im HILA-Programm [ein Bildungsprogramm für Jugendliche, die aus dem regulären Schulbetrieb ausgeschlossen wurden].“

Im Jahr 2011, als der Betriebsrat von Haifa Chemicals-Nord davon erfuhr, dass die Histadrut beabsichtigte, einen Tarifvertrag zu unterzeichnen, der erneut die Beschäftigungsbedingungen verschlechtert hätte, entschloss er sich zu einem drastischen Schritt. „An einem Abend kündigten mehr als 90 Prozent der im Werk Arbeitenden ihre Mitgliedschaft in der Histadrut und traten gemeinsam Koach La-Ovdim bei. Trotz der Versuche, die Rechtmäßigkeit dieses

Wechsels infrage zu stellen, musste der damalige Vorsitzende der Histadrut, Ofer Eini, akzeptieren, dass fortan Koach La-Ovdim den Betriebsrat des Werks vertreten würde. Unmittelbar nach dem Wechsel begannen die Verhandlungen, was zu einem weiteren historischen Streik führte“, erzählt Kamhi. Wie sein Vorgänger währte der Streik ein halbes Jahr, symbolischer Weise begann er am 1. Mai. Auch in diesem Fall führte der Streik am Ende zur Unterzeichnung einer Vereinbarung, die zu einem Präzedenzfall für das System der Arbeitsbeziehungen in Israel wurde. Doch diesmal ging diese in eine komplett andere Richtung.

Als Koach La-Oved seine Arbeit aufnahm, gab es vier Kategorien von Beschäftigten im Werk: Das Management, Ingenieur*innen sowie das Personal in der Forschungs- und Entwicklungsabteilung hatten individuelle Arbeitsverträge. Etwa 250 in der Produktion Beschäftigte arbeiteten auf der Grundlage eines Tarifvertrages, den die Histadrut im Jahr 1996 unterschrieben hatte. Etwa 100 davon zählten zur sogenannten ersten Generation, etwa 150 zur zweiten Generation der Belegschaft. Außerdem gab es eine große Gruppe von rund 150 Leiharbeiter*innen, die Produkte verpackten sowie Wartungs-, Reinigungs- und andere Arbeiten ausführten.

„Es ist wichtig hervorzuheben“, betont Kamhi, „dass die relativ geringe Anzahl der in der Produktion Beschäftigten und ihre relativ hohe durchschnittliche Produktivität wesentlich zur riesigen Gewinnspanne des Werks beitragen.“ Der Betriebsrat und Koach La-Ovdim hatten sich zum Ziel gesetzt, die Beschäftigungsbedingungen der zweiten Generation an die der ersten Generation anzugleichen und die Anzahl der Leiharbeiter*innen zu verringern. Die erste Generation stand ihren Kolleg*innen bei und unterstützte sie in ihrem Kampf. Nachdem die Arbeiter*innen das Werk unter ihre Kontrolle gebracht hatten, verschanzten sie sich dort, um den Einsatz von Streikbrecher*innen zu verhindern.

Das Management des Werks, das Jules Trump (der Benjamin Netanjahu nahesteht) gehört, ging mit Einschüchterung und brutaler Gewalt gegen den Streik vor. Es übte Druck auf die erste Generation der Belegschaft aus, drohte mit Entlassungen, stellte die Glaubwürdigkeit von Koach La-Oved infrage, versuchte, die Arbeiterschaft zu spalten und sogar zum Wechsel in die Histadrut zu bewegen – aber die Streikenden blieben standhaft. Und diese Solidarität führte zum Erfolg. Am 1. November 2011 wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, die für die nächsten fünf Jahre eine Lohnerhöhung für alle Angehörigen der zweiten Generation der Belegschaft in Höhe von 25 Prozent sowie wesentliche Verbesserungen der Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen garantierte und damit eine schrittweise Gleichstellung mit ihren Kolleg*innen aus der ersten Generation.

Es sollte erwähnt werden, dass sich im Sommer jenes Jahres, im Sommer 2011, noch etwas anderes Beeindruckendes in Israel ereignete. Die größte soziale Protestbewegung in Israels Geschichte hatte sich Solidarität auf ihre Fahnen geschrieben. Eine soziale Revolution zeichnete sich ab, als sich den Tausenden, die in der teuersten Allee [Rothschild-Boulevard] der teuersten Stadt Israels, Tel Aviv, ihre Protestzelte aufgeschlagen hatten, Hunderttausende

anschlössen, die an den Wochenenden durch die Stadt zogen und soziale Gerechtigkeit forderten. „Gewerkschaften, wenn sie sehr stark sind und breite Unterstützung auf der politischen Ebene haben“, sagt Kamhi, „können nicht nur für höhere Löhne sorgen, sondern auch die sozialstaatlichen Leistungen und Dienste verbessern, zum Beispiel für ein gebührenfreies Bildungswesen, ein ausgebautenes öffentliches Nahverkehrssystem, eine gute öffentliche medizinische Versorgung und verlängerten Mutterschaftsurlaub eintreten. All dies führt zu einem besseren Lebensstandard. Wenn es Sozialwohnungen gibt, deren Miete nur 20 und nicht länger 50 Prozent und mitunter noch mehr des Einkommens ausmacht, und Bildung und öffentlicher Verkehr kostenlos sind, haben die Menschen mehr Kaufkraft, was die Wirtschaft ankurbelt. Wenn man sich die Aufrufe der damals Protestierenden betrachtet, dann sieht man, dass sie sich mit all diesen und weiteren Fragen befasst hatten. Trotzdem kam es zu keiner effektiven Zusammenarbeit zwischen dieser sozialen Bewegung und Histadrut, der größten Gewerkschaft in Israel, die damals immer noch über eine gewisse politische Macht verfügte. Dadurch und durch die Entscheidung von Histadrut, sich nicht den Sozialprotesten anzuschließen oder mit einem Generalstreik die Wirtschaft lahmzulegen, wurde eine sich selten ergebende riesige Chance vertan.“

Als sich die erste Euphorie gelegt hatte, stellte sich heraus, dass doch keine Revolution stattgefunden hatte. Es wurden zwar Regierungs- und öffentliche Ausschüsse eingesetzt, um sich mit den hohen Lebenshaltungskosten in Israel und der Wettbewerbsförderung in der Wirtschaft zu befassen. Man beschäftigte sich wieder stärker mit nicht auf Privateigentum basierenden Wirtschaftsmodellen und gründete neue Genossenschaften. Und obwohl einige Vertreter*innen der Protestbewegung in die Knesset gewählt wurden, blieb die neoliberale rechte Regierung an der Macht. Die Protestbewegung hat kaum etwas erreicht.

Zufälligerweise oder auch nicht gewann eine andere Entwicklung in diesen Jahren an Schwung. Es gelang den Umweltorganisationen in Haifa endlich, mit ihrem Kampf in das öffentliche Bewusstsein vorzudringen und so eine breitere Öffentlichkeit zu mobilisieren – fast zwei Jahrzehnte nachdem sie ihren Kampf gegen die großen Gefahren, die von dem Ammoniaktank in der Bucht von Haifa ausgehen, begonnen hatten.

Im Sommer 2006 waren die Stadt Haifa und ihre Umgebung während des zweiten Libanonkriegs Angriffen von Langstreckenraketen ausgesetzt. Das gefährdete das Leben von Hunderttausenden von Menschen und insbesondere die 12.000 Tonnen Ammoniak in der Tankanlage und auf den Schiffen, die das inzwischen aus anderen Ländern importierte Ammoniak dorthin transportierten. Im Jahr 2011 erhielt die Zalul Environmental Association in dem von ihr angeführten Kampf für die Schließung des von Haifa Chemicals betriebenen Ammoniaklagers aufgrund von Sicherheitsbedenken erneut Rückenwind. Im Jahr 2012 sprach das Umweltschutzministerium die Empfehlung aus, im Negev ein neues Ammoniumwerk zu errichten. Die zuständige Regulierungsbehörde schlug vor, zur Produktion von Ammonium im eigenen Land zurückzukehren. Im Februar 2017 schloss sich der Stadtrat von Haifa

mit Yona Yahav an der Spitze (dem Bürgermeister, der fünf Jahre zuvor noch erklärt hatte, die Luft in Haifa sei sauber) den Forderungen der Umweltorganisationen an und beantragte eine Verfügung, um den weiteren Betrieb des Tanks in der Bucht von Haifa zu unterbinden. Der Einspruch von Haifa Chemicals wurde zurückgewiesen. Das Management des Werks warnte davor, dass die Schließung der Tankanlage zur Entlassung von 1.500 Beschäftigten führen werde. Dagegen protestierten die im Werk Angestellten. Ihnen gegenüber standen die Umweltaktivist*innen. Auf beiden Seiten der Barrikaden standen also Bewohner*innen der Region.

Der Oberste Gerichtshof ordnete an, den Ammoniaktank bis zum 31. Juli 2017 zu leeren (was gegen Ende des Sommers tatsächlich geschah). Verschiedene Lösungsvorschläge, wie zum Beispiel das importierte Ammoniak in kleinen Behältern (Isotanks) zu transportieren, wurden vonseiten der Unternehmensleitung von Haifa Chemicals abgelehnt. Sie verlagerte die Produktion stattdessen von ihrem Werk im Norden nach Haifa Chemicals-Süd. Das Management beschloss, die in Haifa Chemicals-Nord Beschäftigten zu entlassen. Koach La-Ovdim blieb nichts anderes übrig, als hierfür die besten Konditionen auszuhandeln. Nach einer langwierigen Auseinandersetzung kam es im Sommer 2019 endlich zu einem Vergleich.

Überlegungen zur Unzulänglichkeit begrenzter Solidarität

Die Geschichte von Haifa Chemicals-Nord zeigt vortrefflich, wie Kapital und Regierung Hand in Hand arbeiten, um gemeinsam ihre Interessen durchzusetzen, meist gegen die Interessen der Allgemeinheit. Dagegen fällt es Lohnabhängigen, den Bewohner*innen der südlichen und nördlichen Peripherie des Landes, Umweltaktivist*innen, Eltern und anderen gesellschaftlichen Gruppen wesentlich schwerer, erfolgreich für gemeinsame Interessen und Ziele zu kämpfen.

Rückblickend stellt sich die Frage, ob und inwieweit bei Haifa Chemicals Beschäftigte Teil der Bewegung gegen die ökologischen Verbrechen in der Bucht von Haifa waren, die schreckliche Auswirkungen hatten und viele Menschenleben forderten. Es kann angenommen werden, dass die dort Arbeitenden die Situation und deren Konsequenzen kannten. Lehrer*innen wissen, wie schlecht der Unterricht in Klassen mit über 40 Kindern ist. Sozialarbeiter*innen wissen, dass 300 Fälle pro Mitarbeiter keine angemessene Betreuung erlauben. Und die bei Haifa Chemicals Arbeitenden wussten, welche Schadstoffe in dem Werk produziert wurden und wie mit diesen in der Praxis umgegangen wurde. Damit kommt den dort Beschäftigten eine große Verantwortung zu, die einige von ihnen in einem späteren Stadium des Kampfs auch bereit waren zu tragen. Es lässt sich schwerlich den Beschäftigten vorwerfen, dass sie nicht bereits früher Informationen weitergeleitet haben, denn das hätte ihren Lebensunterhalt gefährdet. Vorstellbar ist jedoch: Hätten sie von Anfang an die Umweltaktivist*innen und ihre Anliegen unterstützt, wären die Letzteren eventuell auch bereit gewesen, sich für

die Fortsetzung der Produktion im Werk in der Bucht von Haifa einzusetzen, natürlich unter entsprechenden Auflagen und strengen Kontrollen.

Wie bereits angedeutet, ist es auch vorstellbar, dass die vom Betriebsrat und Koach La-Ovdim ausgehandelten guten Beschäftigungsbedingungen in Haifa Chemicals-Nord die Unternehmensleitung dazu bewogen haben, die Produktion in das Werk im Süden Israels zu verlegen, weil dort die Belegschaft weniger Rechte hat. Wäre diese 2011 in den Arbeitskampf miteinbezogen worden, hätte es vielleicht einen Anreiz weniger für die Produktionsverlagerung gegeben. Wer weiß?

Eine weitere Überlegung aufseiten der Geschäftsführung von Haifa Chemicals könnte gewesen sein, mit der Schließung des Werks in der Bucht von Haifa der breiten Empörung über die dortige katastrophale Umweltsituation und die schweren Folgen für die öffentliche Gesundheit besser aus dem Weg gehen zu können. Nach dem Motto: aus den Augen, aus dem Sinn. Verliert also der Kampf für eine gesunde Umwelt und Naturschutz immer dann an Schwung, wenn sich umweltschädlich verhaltende Konzerne in Gebieten ansiedeln, in denen eher unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen leben, die so sehr benachteiligt sind, dass ökologische Fragen, die langfristig alle betreffen, keine große Rolle beim Risikomanagement von Industrieprojekten spielen?

„In der Tat ist das eine Frage, die wir in unseren Kämpfen aufgreifen und mitberücksichtigen sollten“, sagte Kamhi. „Es ist unser Ziel, die Solidarität in den jeweiligen Communities und Regionen zu fördern und zu stärken. Es ist an der Zeit, Reorganisationsprozesse anzuregen, zum Beispiel auf Grundlage der Erkenntnis, dass Lehrer*innen wichtige Partner*innen im Kampf für sozialen Wohnungsbau sind, weil Kinder einen festen Wohnort und bestimmte Lebensbedingungen benötigen, um lernen zu können. Genauso sollten sich die bei Zara Beschäftigten auf der ganzen Welt um die Löhne der im Fernen Osten in der Textilherstellung tätigen Arbeiter*innen kümmern, weil ihr Lebensunterhalt davon abhängt. Die verschiedenen Gemeinschaften dazu zu motivieren, sich für das Wohl aller einzusetzen, erscheint mir angesichts des Aufstiegs der politischen Rechten und der anhaltenden Hegemonie des wirtschaftlichen Neoliberalismus in Israel und weltweit der beste Weg zu sein, sich zu organisieren.“

Übersetzt von **Ursula Wokoeck Wollin**

Ziv Adaki ist freiberufliche Autorin; in der Vergangenheit arbeitete sie bei der israelischen Umweltorganisation Green Course.

Anmerkung

- 1 Zweite Alija bezieht sich auf den Zeitraum 1903 bis 1914, in dem etwa 35.000 jüdische Migrant*innen nach Palästina einwanderten; die meisten von ihnen kamen aus Russland und Polen.



ההקשה
תגרא
החבר

אין ילד
לא חוקי

נגד הגירוש
ضد الترحيل

לא חוקי

Die doppelte Instrumentalisierung ausländischer Pfleger*innen in Israel

**Idit Lebovitch-
Shaked**

Der Staat profitiert doppelt vom Einsatz mehrheitlich weiblicher migrantischer Pflegekräfte. Sie werden einerseits wirtschaftlich ausgebeutet und andererseits benutzt, um die auf ethnischer Herkunft beruhende Definition des Staates Israels zu stärken – zum Schaden der gesamten israelischen Zivilgesellschaft.

Protest gegen Abschiebung von Pfleger*innen und ihren Familien, Auf dem Banner steht: „Keine Abschiebung von israelischen Kindern“, Tel Aviv, 2019.
Foto: Activestills

Über den jüdischen und demokratischen Charakter des Staates Israel ist viel geschrieben worden. Der Soziologe Sammy Smootha definiert Israel als ethnische Demokratie. Sie ist durch einen ethnischen Nationalismus charakterisiert, was bedeutet: Eine ethnische Volksgruppe hat das ausschließliche Recht auf das Land und darauf, den Staat zu kontrollieren. Dazu gehört auch, dass in Israel Gruppen, die nicht zu dieser Ethnie gehören, als Gefahrenpotenzial betrachtet werden. Man fürchtet sich vor einem demografischen Wandel und vor Überfremdung, sieht die ethnische Homogenität der Gesellschaft bedroht oder macht diese Gruppen verantwortlich für unfairen wirtschaftlichen Wettbewerb. Daher kontrolliert der israelische Staat diese Gruppen in Form von individueller und institutioneller Diskriminierung und verhindert damit Gleichberechtigung. Nach Smootha üben alle Demokratien eine irgendwie geartete Kontrolle über Individuen oder Bewegungen aus, die als Gefahr für das System wahrgenommen werden. Doch nur eine ethnische Demokratie kontrolliert ganze Bevölkerungsgruppen einzig und allein aufgrund der Tatsache, dass sie nicht zur herrschenden ethnischen Volksgruppe gehören. Da Israel sich als jüdischer Staat definiert, versucht er nach Möglichkeit, nur Juden und ihre nächsten Angehörigen aufzunehmen. Ihnen gewährt er unbeschränktes Einwanderungsrecht und erkennt ihnen automatisch die Staatsbürgerschaft zu.

Das israelische Migrationsregime beruht auf diesen ethnischen Prinzipien, und daher gilt die Zuwanderung von Nichtjuden nicht nur als unerwünscht, sondern auch als ein Widerspruch zum Sinn und Wesen des Staates Israel. Dementsprechend folgt die israelische Migrationspolitik – die Anwerbung von Arbeitsmigrant*innen, das Einreiserecht und die aufenthalts- und arbeitsrechtliche Behandlung von Arbeitskräften, die ins Land geholt werden, einschließlich Interventionen in deren Privatleben – dem Grundsatz, eine dauerhafte Niederlassung zu verhindern. Dieser Grundsatz und eine Fülle staatlicher Regulationen verunmöglichen nicht nur die soziale Integration von Migrant*innen, sondern sie schüren auch eine nationalistische Stimmung in der Öffentlichkeit, die durch Ausgrenzung, Misstrauen, Ablehnung und Xenophobie geprägt ist. Die paradoxe Situation, dass einerseits bestimmte gesellschaftliche Aufgaben nur noch durch die staatlich geförderte Beschäftigung von Arbeitsmigrant*innen abgedeckt werden können und andererseits sich der Staat von eben jenen Arbeitskräften distanziert bzw. eine direkte Beziehung zwischen ihnen und dem Staat blockiert, verdeutlicht die Radikalität der Überzeugung, die ethnische Homogenität der Bevölkerung wahren zu müssen, und führt zu einer Verdinglichung der ins Land gebrachten Menschen.

Das Oberste Gericht Israels hat in seinen Urteilen das sozioökonomische und nationale Interesse Israels an der Wahrung des jüdischen Charakters des Staates durch eine restriktive Einwanderungs- und Aufenthaltspolitik und durch die Einführung eines Kontrollsystems, das ein illegales Verbleiben oder eine unzulässige Niederlassung unterbinden soll, als legitim anerkannt.

Damit bewertet das Oberste Gericht die Verhinderung der Niederlassung von Arbeitsmigrant*innen als ein nachvollziehbares staatliches Interesse und akzeptiert, dass

damit den Betroffenen Leid und Schaden zugefügt wird. Es fordert lediglich ein, dabei das Kriterium der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen. Das heißt, dass das restriktive und diskriminierende Vorgehen des Staates ein erforderliches oder akzeptables Maß nicht überschreiten darf.

Die Beschäftigung von Arbeitsmigrant*innen im Pflegebereich

In Israel sind gegenwärtig etwa 60.000 Arbeitsmigrant*innen aus verschiedenen Ländern, darunter 80 Prozent Frauen, in der häuslichen Pflege beschäftigt. Die Einstellung von Arbeitsmigrantinnen als Pflegerinnen geht auf einen Mangel an israelischen Arbeitskräften in diesem Bereich zurück und begann mit der gezielten staatlichen Anwerbung von ausländischen Frauen für die 24-Stunden-Pflege von Kriegsinvaliden. Um eine durchgehende Betreuung sicherzustellen, mussten täglich zwei bis drei Pflegerinnen im Schichtwechsel eingestellt werden. Die Möglichkeit, Arbeitsmigrantinnen zu beschäftigen, entsprach dem Bedürfnis dieser Invaliden, rund um die Uhr von einer in ihrem Privathaushalt lebenden Pflegekraft versorgt zu werden. Da die Pflege der Kriegsinvaliden vom Staat finanziert wurde, führte die Beschäftigung einer Arbeitsmigrantin anstelle von drei israelischen Arbeitskräften zu einer wesentlichen Verringerung der staatlichen Ausgaben. Im Laufe der Jahre wurde diese Praxis auch auf die Pflege von Behinderten und alten Menschen ausgedehnt. Für den Staat war das eine ideale Lösung: Die Pflegebedürftigen werden rund um die Uhr betreut und der Staat hat bis auf die ohnehin zu zahlenden Renten keine weiteren Ausgaben, da die Betroffenen bzw. deren Angehörigen den Lohn der Pflegerinnen aus eigener Tasche bezahlen. Während die Unterbringung in einem Pflegeheim monatlich durchschnittlich um die 10.000 Schekel (ca. 2.500 Euro) kostet, braucht der Staat nur eine Arbeitsgenehmigung für eine ausländische Pflegekraft auszustellen, die von dem zu Pflegenden oder seiner Familie privat bezahlt und im eigenen Heim untergebracht wird. Die Pflegerinnen müssen sich dazu verpflichten, im Haushalt des Arbeitgebers zu wohnen. Damit soll zum einen die durchgehende Betreuung gewährleistet werden, zum anderen sollen die Pflegerinnen erst gar nicht in den Genuss von Freizeit kommen und damit in die Versuchung, über ihre Pflgetätigkeit hinaus einer anderen Beschäftigung außerhalb des Hauses nachzugehen. Außerdem wurde den Arbeitgebern das Recht zugestanden, ihrer Angestellten einen Betrag für Unterkunft und Nebenausgaben vom Gehalt abzuziehen.

Mit der wachsenden Nachfrage nach Pflegerinnen begannen Vermittlungsagenturen wie Pilze aus dem Boden zu schießen. Sie warben Arbeitskräfte an und brachten sie nach Israel. Es stellte sich heraus, dass aus armen, schwachen Staaten stammende Migrantinnen bereit waren, besonders hohe Summen für ein Arbeitsvisum zu zahlen. Um in Israel arbeiten zu können, müssen sie sowohl den israelischen Agenturen als auch den Agenturen in ihrem Herkunftsland Vermittlungsgebühren entrichten, die sich zurzeit auf etwa 8.000 Euro pro Person belaufen. Eigentlich ist die Einforderung dieser Gebühren nach israelischem

Gesetz verboten, was auch für die meisten Herkunftsländer der Arbeitsmigrantinnen gilt. Obwohl in Israel die Forderung nach der Zahlung von Vermittlungsgebühren ein strafrechtliches, mit Gefängnisstrafe belegtes Vergehen ist, unternehmen die Behörden wenig, um dieses Phänomen einzudämmen. Jahr für Jahr werden um die 5.000 neue Pflegerinnen nach Israel geholt und alle zahlen an die israelischen Agenturen Vermittlungsgebühren. Die Agenturen verbieten den Pflegekräften, über die von ihnen bezahlten Summen zu sprechen, und sorgen mit verschiedenen Mitteln wie Einschüchterung, der Kontaktaufnahme mit Angehörigen im Herkunftsland und in Ausnahmefällen auch mit Gewalt dafür, dass sie ihr Schweigen wahren.

Eine ausländische Pflegerin muss 12 bis 24 Monate in Israel arbeiten, um die Kredite zurückzahlen zu können, mit denen sie die Vermittlungsgebühr finanziert hat. Während dieser ganzen Zeitspanne muss sie befürchten, ihren Arbeitsplatz und damit die Möglichkeit der Rückzahlung zu verlieren. Daher sind viele Frauen bereit, Ausbeutung, schlechte Arbeitsbedingungen und sogar Misshandlungen durch den Arbeitgeber hinzunehmen. Nur in seltenen und besonders drastischen Fällen sind diese Frauen bereit, ihren Arbeitsplatz aufzugeben, bevor sie ihre Schulden abgestottert haben.

Für die Vermittlungsgebühr gilt die Faustregel: Je ärmer die Arbeitswilligen sind und je abgelegener ihr Heimatort ist, desto mehr zahlen sie für die Chance, in Israel arbeiten zu können. Daher bevorzugen die Agenturen Kandidatinnen, die kein Englisch können, keine Qualifikationen oder Erfahrungen im Pflegebereich haben und aus besonders armen Ländern stammen. Da das wesentliche und manchmal einzige Auswahlkriterium die Höhe der Vermittlungsgebühr ist, rücken Qualifikationen und die Eignung für die Betreuung von Pflegebedürftigen in den Hintergrund.

Nicht nur in Israel ist die häusliche Pflege eine stark durch den Genderaspekt geprägte Branche. Das trifft im Prinzip auf alle Länder und die Gesamtheit der Pflegeberufe zu und resultiert oft in eminenter institutioneller und beschäftigungsspezifischer Ausgrenzung und Entmachtung der Beschäftigten im Vergleich zu Arbeitsbereichen, in denen Männer vorherrschen. In Israel stellen ausländische Pflegerinnen eine besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppe dar: erstens, weil sie Arbeitsmigrantinnen und als solche den Restriktionen des israelischen Migrationsregimes unterworfen sind, zweitens, weil sie im Pflegebereich tätig sind, der an sich schon zahlreiche physische und seelische Belastungen mit sich bringt, und drittens, weil sie Frauen sind.

Ich möchte in diesem Beitrag einige Mittel und Instrumente aufzeigen, mit denen die Behörden das Konzept des jüdischen Staates als ethnische Demokratie, in der Nichtjuden keine Aussicht auf Einbürgerung oder auch nur auf soziale Integration haben, umzusetzen suchen – wobei die Arbeitsmigrantinnen im Pflegebereich als Beispiel dienen. Bei der Umsetzung dieses Konzept, das in der von Israel betriebenen „Verhinderung der Niederlassung“ zum Ausdruck kommt, spielen sowohl deklatorische als auch prozedurale Maßnahmen eine Rolle. So sind Arbeitsmigrantinnen spezifischen Gesetzen, Verordnungen und Bestimmungen unterworfen. Auch in den staatlichen und

gerichtlichen Reaktionen auf Klagen gegen die Migrationspolitik und die Arbeitsbedingungen im Pflegebereich wird immer wieder die prekäre Stellung dieser Frauen bestätigt. Gleichzeitig benutzt der Staat in seiner Außenkommunikation eine Terminologie, um einen Diskurs zu bestärken, der die Arbeitsmigrant*innen als bloßes Instrument darstellt, das ausschließlich den Bedürfnissen des Staates oder des Arbeitgebers unterworfen ist.

Diese Unterwerfung und ihre gesellschaftliche Ausgrenzung finden, wie im Folgenden aufgezeigt wird, auf verschiedenen Ebenen statt, wobei sie im Wesentlichen auf zweierlei Weise erreicht werden sollen: einmal durch die den Frauen auferlegten Restriktionen und die Klarstellung, dass Verstöße dagegen nicht geduldet werden, und zum anderen durch die Beeinflussung der israelischen Öffentlichkeit, von der verlangt wird, bei der Umsetzung der Vision vom jüdischen Staat zu kooperieren.

Einreiseregulungen für Pflegekräfte

Die Möglichkeiten der Migration nach Israel werden hauptsächlich durch das Einreisegesetz geregelt. Hier sind Ein- und Ausreisebestimmungen, die Bedingungen für die Ausstellung von Visen für Migrant*innen und deren Beschäftigungsrahmen festgelegt. Per Definition hängt die Legalität der Beschäftigung von Migrant*innen vom Arbeitgeber und nicht von dem Antragsteller ab. Ein Arbeitsvisum können nur diejenigen erhalten, bei denen die Zusage vorliegt, dass sie von einem israelischen Arbeitgeber, der über eine entsprechende Genehmigung verfügt, eingestellt werden. Darüber hinaus ist in jedem Visum das Berufsfeld festgeschrieben, in dem der/die nach Israel gebrachte Migrant*in arbeiten darf.

Laut Gesetz beträgt die maximale Dauer der legalen Beschäftigung von Arbeitsmigrant*innen in Israel fünf Jahre und drei Monate. Die Regelung für häusliche Pflegekräfte unterscheidet sich in zweierlei Hinsicht. Wenn eine Pflegekraft einen Pflegebedürftigen durchgehend betreut, kann sie so lange in Israel bleiben, wie sie von dieser Person gebraucht wird. Man kann das Arbeitsvisum einer Pflegekraft auf unbegrenzte Zeit jeweils um ein Jahr verlängern. Das heißt also, dass eine junge Pflegerin, die in Israel einen jungen Behinderten auf der Grundlage einer Beschäftigungsgenehmigung betreut, möglicherweise jahrzehntelang in Israel bleiben darf. Ob die Pflegekräfte nur zwei oder über 20 Jahre in Israel tätig sind, ändert aber nichts an ihren Arbeitsbedingungen und den ihnen auferlegten Restriktionen.

Wer über lange Zeit in Israel bleibt und damit riskiert, dass die sozialen und kulturellen Bindungen zum Herkunftsland geschwächt werden oder sich sogar auflösen beginnen, hat dadurch keinerlei Vorteile gegenüber erst vor Kurzem eingereisten Arbeitsmigrantinnen. Im Gegenteil. Die strukturelle Position einer langjährigen Pflegekraft, deren Weiterbeschäftigung und damit ihr legaler Verbleib in Israel ausschließlich von ihrem Arbeitgeber abhängen, bietet kaum Verhandlungsoptionen. Dagegen kann eine neu eingestellte Pflegekraft ihre Arbeitsbedingungen verbessern, da es ihr erlaubt ist, in den ersten Jahren in Israel

ihr Beschäftigungsverhältnis zu beenden und einen anderen Arbeitgeber zu finden. Außerdem erwirbt eine langjährige Pflegerin im Vergleich zu einer neu eingestellten Arbeitskraft keine weiteren sozialen oder zivilen Rechte, auch wenn sie jahrzehntelang legal in Israel arbeitet, die Kontakte zu ihrer Heimat abgebrochen und umfassende und tiefe Beziehungen zu ihrem Arbeitgeber und dessen Familie aufgebaut hat. Wenn ihr Beschäftigungsverhältnis aus irgendeinem Grund beendet wird, ist sie den gleichen Auflagen unterworfen wie alle anderen Arbeitsmigrant*innen und muss das Land binnen 60 Tagen verlassen.

Seit 2011 ist es dank einer Gesetzesänderung für Pflegekräfte, die sich seit über fünf Jahren in Israel aufhalten, zudem möglich, ihr Visum verlängern zu lassen, selbst wenn sie nicht durchgehend im selben Haushalt tätig sind. Eine Sondergenehmigung kann dann erteilt werden, wenn bei dem alten oder neuen Arbeitgeber bzw. dem Pflegebedürftigen besondere humanitäre Gründe vorliegen. In der Begründung der Gesetzesänderung ist jedoch erneut ausdrücklich festgehalten, dass ausländischen Pflegekräfte nur für eine zeitlich begrenzte Beschäftigung nach Israel kommen und sich dort nicht niederlassen dürfen. Sie betont ferner die Wichtigkeit der strikten Einhaltung der Ausreisepflicht für Arbeitsmigrant*innen nach Beendigung ihres zeitlich begrenzten legalen Arbeitsverhältnisses. Diesen ungeachtet bietet die Gesetzesänderung in humanitären Ausnahmefällen eine punktuelle, begrenzte Lösung für Pflegebedürftige, die über die maximale Dauer einer legalen Aufenthaltsgenehmigung hinaus auf die Beschäftigung einer bestimmten Pflegerin angewiesen ist. Weil diese Härtefälle so selten sind, hat der Gesetzgeber eine Höchstzahl von bis zu 200 Arbeitsgenehmigungen für solche Pflegerinnen genehmigt.

Seit Inkrafttreten der Gesetzesänderung wird der zuständige Ausschuss mit Zehntausenden Anträgen von Arbeitgebern auf eine Sondergenehmigung überschüttet, mit der das Arbeits- und Aufenthaltsvisum von migrantischen Pflegekräften verlängert werden kann. Unter den vier Innenministern, die seit der Gesetzesnovelle im Amt waren, sind jeweils Tausende von Anträgen ohne eine geordnete Überprüfung nach Maßgabe der behördlichen Bestimmungen genehmigt worden. Damit wurde praktisch etwa 14.000 zunächst nur temporär zugelassenen Pflegerinnen ermöglicht, auf unbestimmte Dauer legal in Israel zu arbeiten (sofern sie dauerhaft in dem Haushalt bleiben, der eine Sondergenehmigung für sie erwirkt hat).

Die Gewissheit, dass dies ihre „allerletzte Chance“ ist, weiterhin legal in Israel zu arbeiten, stellt eine zusätzliche Schwächung der ohnehin unsicheren und weitgehend ungeschützten Position von ausländischen Pflegekräften dar. Sobald ein Arbeitgeber einen Antrag auf die Sondergenehmigung gestellt hat, selbst wenn dieser noch gar nicht entschieden oder auch nur geprüft worden ist, kann sich die Pflegerin um keine andere Anstellung mehr bemühen. Damit bleiben die Frauen an einzelne Arbeitgeber gebunden, ihr Schicksal hängt im Großen und Ganzen von deren gesundheitlicher Entwicklung ab. Es gibt für sie darüber hinaus keine Aussicht auf eine weitere legale Beschäftigung in Israel. Infolgedessen hat die Pflegerin nur noch höchst geringe Möglichkeiten, ihre Arbeitsbedingungen

zu verbessern, ihre Dienstleistungen von bestimmten Voraussetzungen abhängig zu machen oder die Übernahme von Aufgaben zu verweigern, die über die im Arbeitsvertrag festgelegten Pflichten hinausgehen. Auch wenn sie weitere Jahre in die Betreuung eines Menschen mit besonderen und schwer zu befriedigenden Bedürfnissen (so die Formulierung im Gesetz) investiert und eine zweifellos schwierige und komplexe Pfl egetätigkeit ausübt, die ihr in jeder Hinsicht einen hohen Preis abverlangt, muss sie nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses das Land binnen 60 Tagen verlassen.

Die Anwesenheit dieser Frauen in Israel wird also nur solange von staatlicher Seite geduldet, wie sie für die Pflege der Alten und Behinderten in Israel zur Verfügung stehen. Ihr Status ist für immer der von Zeitarbeiterinnen. Sobald ihre „garantierte Beschäftigungszeit“ ausläuft, haben die aufopferungsvolle Betreuung der Pflegebedürftigen und die Lebensjahre, die sie in die israelische Gesellschaft und deren Bürger*innen investiert haben, keine Bedeutung mehr, und sie müssen, wenn sie sich der Ausreisepflicht entziehen, als unerwünschte Eindringlinge mit Inhaftierung und Abschiebung rechnen.

Zu dem besonderen Problem der Langzeitbeschäftigung ausländischer Pflegekräfte hat sich die Richterin am Obersten Gericht, Edna Arbel, folgendermaßen geäußert: „Offenbar erfüllen die in Israel langfristig tätigen Pflegekräfte viele der Kriterien, die für eine Entscheidung über die Gewährung des ständigen Aufenthaltsrechts maßgeblich sind [...] Der lange Aufenthalt dieser Arbeitskräfte in Israel erzeugt eine starke Beziehung zwischen ihnen und dem Staat und führt gleichzeitig zu einer Loslösung von ihrem Herkunftsland [...] Vom Sachverhalt her wäre es möglich, der Mehrzahl dieser Arbeitskräfte das Recht auf einen ständigen Aufenthalt in Israel zu gewähren.“

Das Recht auf eine Familie und das Recht der Frau auf ihren Körper

In den meisten Staaten wird versucht, die Restriktionen des Migrationsregimes bezüglich der Arbeitsbedingungen von Migrant*innen, darunter die von in der häuslichen Pflege Beschäftigten, zu rechtfertigen oder zu erklären. Doch die in Israel herrschenden Restriktionen und die Einmischung des Staates in das Privatleben von ausländischen Pflegerinnen und in das Recht dieser Frauen auf ihren Körper gehen weit über das hinaus, was wir aus anderen westlichen Industriestaaten kennen.

Seit vielen Jahren gilt in Israel die Bestimmung, dass keine ausländischen Arbeitskräfte nach Israel kommen dürfen, wenn sie Angehörige ersten Grades haben, die sich bereits legal oder illegal im Land aufhalten. Die Begründung hierfür lautet, dass die Einreise von Angehörigen ersten Grades zur Niederlassung in Israel motiviere. Diese Bestimmung wurde mehrmals geändert und verbietet gegenwärtig die Einreise von Angehörigen wie Eltern, Kindern und Partnern. Die inoffizielle staatliche Politik lief seit jeher darauf hinaus, die Etablierung partnerschaftlicher Beziehungen zwischen Migrant*innen auch dann nicht zuzulassen, wenn sie während des Aufenthalts in Israel zustande kamen, und

zwar selbst in den Fällen, in denen diese nicht zu einer dauerhaften stabilen Partnerschaft führten. In jedem Fall, in dem den Behörden von einer irgendwie gearteten Partnerschaft zwischen Migrant*innen erfuhren, wurde einer der Partner aufgefordert, Israel unverzüglich zu verlassen, da der gleichzeitige Aufenthalt von Familienmitgliedern einer Niederlassung in Israel Vorschub leiste. Diese Politik wurde 2013 erstmals in Verordnungen festgeschrieben.

Noch eine gröbere Einmischung in das Privatleben von Arbeitsmigrantinnen stellt das Verbot dar, während der Beschäftigung in Israel schwanger zu werden und Kinder zu gebären. Dieses in den oben genannten Verordnungen verankerte Verbot war Gegenstand einer am Obersten Gericht anhängigen Klage wegen unverhältnismäßiger Verletzung des grundgesetzlich verbrieften Rechts auf Elternschaft. Die vor dem Obersten Gericht verhandelte Verordnung sieht vor, dass die Arbeitserlaubnis nach der Geburt eines Kindes automatisch erlischt und dass sich die Mütter zwischen zwei Optionen zu entscheiden haben: entweder Israel mit dem Neugeborenen bis zum Ende des Mutterschutzurlaubs zu verlassen oder das Kind bis dahin selbst oder mit der Hilfe von Verwandten oder Freunden aus dem Land zu schaffen und ohne es zum Arbeitsplatz in Israel zurückzukehren.

Diese Verordnung hinderte die Arbeitsmigrantinnen, von denen die meisten im Pflegebereich tätig sind, auf brutale Weise daran, ihre Persönlichkeit und ihre Weiblichkeit auszuleben. Faktisch heißt das: Den Frauen wird nahegelegt, eine Schwangerschaft in Israel zu vermeiden. Darin kommt deutlich der Standpunkt des israelischen Staates zum Ausdruck, dass ausländische Pflegekräfte, die schwanger werden oder ein Baby zu versorgen haben, eine Bürde für den Staat und die Arbeitgeber darstellen. In dem Moment, in dem ihre Arbeitsfähigkeit eingeschränkt ist, gelten sie als unnütz und überflüssig.

Ein Ergebnis der Klage war, dass diese Verordnung geändert wurde. Seitdem wird die legale Arbeitsperiode für die Gesamtheit der Arbeitsmigrant*innen als Zeitraum anerkannt, in dem die Mutter mit ihrem Kind in Israel bleiben darf. Nach Ablauf dieses Zeitraums muss sie zusammen mit dem Kind oder muss zumindest das Kind das Land verlassen. Diese Änderung hat allerdings nicht viel dazu beigetragen, den Müttern in der Praxis eine bessere Vereinbarkeit ihrer pflegerischen Tätigkeit mit einer aktiven Mutterschaft zu ermöglichen. Das hat zum einen mit den besonderen Belastungen im Pflegesektor zu tun, zum anderen mit den niedrigen Gehältern, die dort gezahlt werden, und den hohen Kosten, die mit dem Aufziehen eines Kindes in Israel verbunden sind. Hinzu kommt, dass sich viele Pflegerinnen unter anderem wegen unzureichender oder falscher Informationen, die sie und ihre Arbeitgeber von den Vermittlungsagenturen erhalten, dieser Option gar nicht bewusst sind.

Das Recht auf Gesundheitsversorgung

Das Fremdarbeitergesetz sieht vor, dass diejenigen Israelis, die eine ausländische Pflegekraft beschäftigen wollen, für diese auf eigene Kosten eine Krankenversicherung

abschließen und darüber hinaus für alle vom Gesundheitsministerium vorgeschriebenen Leistungen für Pflegekräfte aufkommen müssen. Im Gegenzug kann ein Teil des Versicherungsbeitrags vom Gehalt der Pflegekraft abgezogen werden, maximal die Hälfte der Summe, die der Arbeitgeber für die Versicherung ausgibt oder zu deren Zahlung er sich verpflichtet hat. Den Krankenversicherungsbeitrag zahlen somit der Arbeitgeber und die Arbeitnehmerin aus eigener Tasche. Mit Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses verlieren die ausländischen Pflegekräfte sofort jeglichen Anspruch auf eine Gesundheitsversorgung, und sämtliche Rechte, die sie im Rahmen des Versicherungsverhältnisses erworben haben, werden hinfällig. Noch schwerwiegender ist der Umstand, dass die Versicherungspolice faktisch dem Arbeitgeber gehört, weil sie durch ihn erworben wurde. Geht eine Frau ein neues Arbeitsverhältnis ein, muss der neue Arbeitgeber eine neue Krankenversicherung für sie abschließen. Im Fall von chronischen Krankheiten oder akuten Erkrankungen bedeutet dies, dass sie keinen Anspruch auf die Fortsetzung von früheren Behandlungen hat, sofern diese nicht von der neuen Versicherungspolice abgedeckt sind.

Das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation zur Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern, das von Israel mitunterzeichnet wurde, verpflichtet die Mitgliedstaaten zu einer Gesundheitsversorgung von Migrant*innen, die in nichts hinter den Leistungen zurückstehen darf, die Staatsbürger*innen im Rahmen einer staatlichen Krankenversicherung zuteilwerden. Allerdings sind Sonderregelungen für temporäre Arbeitsmigrant*innen zugelassen. Der Staat Israel hat nicht nur besonders eingeschränkte Leistungen für Arbeitsmigrant*innen beschlossen – er ist auch nicht bereit, sie zu finanzieren. Damit keine direkten Beziehungen zwischen den Migrant*innen und dem Staat entstehen, werden in letzter Zeit ausländische Arbeitskräfte an private Unternehmen verwiesen, die Krankenversicherungen mit reduziertem Leistungsangebot verkaufen.

Theoretisch hat jede in Israel beschäftigte Pflegekraft das Recht auf irgendeine Art von Krankenversicherung. Da diese vom Arbeitgeber und dessen Finanzierung abhängt, wird im Allgemeinen die günstigste Police bevorzugt. Außerdem obliegt es dem Arbeitgeber, die Beitragszahlungen jederzeit einzustellen und damit die Versicherung zu annullieren oder die Pflegekraft bei einer Kasse zu versichern, die weniger Beiträge verlangt, wodurch sie unter Umständen ihre bisherigen Anrechte verliert. Die Versicherungsgesellschaften profitieren davon, dass alle, die ausländische Arbeitskräfte beschäftigen, gesetzlich dazu verpflichtet sind, deren Krankenversicherung zu finanzieren, und davon, dass die versicherten Pflegerinnen im Allgemeinen relativ jung sind und in gutem Gesundheitszustand nach Israel kommen. Daraus folgt, dass die Versicherungen meistens nur für Besuche beim Haus- oder Frauenarzt und nur selten für teurere Behandlungen aufkommen müssen.

Besonders gravierend ist, dass nach der Fremdarbeiterverordnung Versicherungen gekündigt werden können, wenn die Versicherten länger als drei Monate nicht arbeitsfähig sind. Das heißt, wenn migrantische Pflegekräfte länger krank werden, haben sie keinen Anspruch auf

eine Gesundheitsversorgung mehr, es sei denn, es handelt sich um absolute Notfälle. In diesen ist eine Stabilisierung des Gesundheitszustands vorgesehen, der dann eine Weiterbehandlung außerhalb von Israel zulässt. Sobald ausländische Pflegekräfte nicht mehr erwerbstätig sein können, sind sie gezwungen, ärztliche Behandlungen abzubrechen, die sie dringend zu ihrer Genesung benötigen und die ihnen möglicherweise in ihrem Herkunftsland nicht zur Verfügung stehen. Die Versicherungen sind lediglich dazu verpflichtet, ihren Rückflug zu bezahlen. Wegen dieser widersinnigen Regelungen erhalten viele Pflegerinnen keine medizinische Versorgung, wenn sie am meisten darauf angewiesen sind: dann, wenn eine Krankheit ausbricht oder entdeckt wird, in Phasen, in denen sie ihren früheren Arbeitsplatz verlassen und noch keinen neuen gefunden haben, oder in Situationen, in denen sie wegen Erkrankungen entlassen werden.

Die Organisation Kav LaOved hat sich deswegen an das Oberste Gericht gewandt mit der Absicht, das Gesundheitsministerium sowie das Sozialministerium dazu zu verpflichten, ausländischen Arbeiter*innen die Rechte zu gewähren, die ihnen aufgrund der staatlichen Krankenversicherung und der Nationalversicherung zustehen.

In einem diesbezüglichen Urteil entschied das Oberste Gericht, dass ausländische Pflegerinnen, die über zehn Jahre in Israel beschäftigt sind und entsprechend langfristige Arbeitsgenehmigungen erhalten haben, auch die ihnen zustehenden Grundrechte in Anspruch nehmen können. Es gehe nicht an, dass der Staat von den Dienstleistungen dieser Pflegekräfte profitiert, ohne seiner Fürsorgepflicht nachzukommen. Die Richter werfen dem Staat in der Urteilsbegründung vor, die Grundbedürfnisse dieser Menschen zu ignorieren und sie ausschließlich für seine utilitaristischen Zwecke zu benutzen.

Darüber hinaus heißt es in dem Urteil, dass die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung nicht das Wohl der Pflegekräfte, sondern das Wohl der israelischen Pflegebedürftigen im Auge habe. Daher forderte das Gericht, die für migrantische Pflegekräfte geltenden Regelungen so weit wie möglich den Regelungen für israelische Staatsbürger*innen anzugleichen. Als Reaktion auf das Urteil änderte der Staat das Gesetz dahingehend, dass von nun an einer über zehn Jahre in Israel beschäftigten Pflegekraft, die arbeitsunfähig wird, eine einmalige niedrige Summe ausbezahlt ist, sobald sie Israel verlässt. Das bedeutet, dass eine Frau, die ihre besten Jahre der Pflege ihres Arbeitgebers gewidmet hat und wegen ihres Gesundheitszustandes nicht weiterarbeiten kann, ihre ärztliche Behandlung abbrechen und Israel für immer verlassen muss. Der Unterschied zu vorher ist, dass sie nun bei der Ausreise eine geringe Abfindung erhält. Diese beleidigende Interpretation des höchstrichterlichen Urteils vonseiten des Staates demonstriert wiederum dessen menschenverachtende Haltung gegenüber ausländischen Pflegekräften.

Fazit

Die angeführten Beispiele zeigen, wie der Staat die dauerhafte Niederlassung von Ausländer*innen in Israel zu verhindern sucht. Die strengen Restriktionen und die grobe Einmischung des Staates in das Privatleben von migrantischen Arbeitskräften scheinen der Devise zu folgen, dass jedes Mittel recht ist, wenn es um den Schutz des jüdischen Charakters des Staates Israel geht.

Häusliche Pflegekräfte unterliegen besonderen Arbeitsbedingungen, die sich von denen in anderen Sektoren des israelischen Arbeitsmarktes unterscheiden. Sie betreuen ihre Arbeitgeber im Rahmen einer intensiven und intimen Pflege im eigenen Heim und werden ohne ihr Zutun und manchmal gegen ihren Willen zu einem Teil der Familie. Ohne diese Frauen wäre die israelische Gesellschaft nicht funktions- und überlebensfähig, doch anstatt sie zu integrieren und ihnen Dank zu zollen, verfolgt der Staat eine entgegengesetzte Politik, die sie im öffentlichen Bewusstsein als die ewig Fremden erscheinen lässt. Der neoliberale israelische Kapitalismus hat zu einer umfassenden Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften geführt, wobei man davon ausging, dass diese die von Israelis verschmähten Arbeitsplätze bereitwillig und sogar dankbar einnehmen würden. Die Verdinglichung, Entmenschlichung und rigorose gesellschaftliche Ausgrenzung von migrantischen Pflegekräften und ausländischen Arbeiter*innen im Allgemeinen erlauben dem Staat, weiterhin eine „Migrationspolitik“ zu betreiben, die jede Möglichkeit einer dauerhaften Zuwanderung für Nichtjuden ausschließt.

Zu dieser Einstellung zum Pflegepersonal äußerte sich die Richterin Edna Arbel in ihrem Sozialrechtsurteil: „Die Bedürfnisse von Pflegebedürftigen können nicht durch Roboter oder Maschinen, sondern nur von Menschen befriedigt werden – Menschen, die ihre Heimat und ihre Familie verlassen haben und in ein fernes, fremdes Land gekommen sind, um auf menschenwürdige Weise ihren Lebensunterhalt zu verdienen [...] Diese Menschen sind kein Ding und keine Maschine und dürfen nicht ausschließlich als Werkzeug zur Verbesserung der Lebensumstände des Pflegebedürftigen benutzt werden.“

Gleichwohl wird jede öffentliche Auseinandersetzung um die Rechte von Arbeitsmigrant*innen sofort als ein Widerspruch zum jüdisch-israelischen Ethos aufgefasst, der das Wohl der israelischen Gesellschaft gefährde. In ähnlicher Weise stellt sich jeder Versuch der Pflegekräfte, ihre Rechte zu verteidigen oder ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, aus der Sicht des Staates und der israelischen Öffentlichkeit als gezielte Schädigung der pflegebedürftigen Arbeitgeber dar. In den letzten zehn Jahren hat das staatliche Vorgehen, unterstützt von einigen Urteilen des Obersten Gerichts, dafür gesorgt, dass sich zwei der sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen, die Pflegebedürftigen und die Pflegekräfte, feindlich gegenüberstehen. Daher wirkt jede von diesen Gruppen erhobene Forderung an den Staat wie Zündstoff in dem Kampf, der zwischen ihnen und dem Staat im Gange ist. Die Art und Weise, wie der Staat die scheinbare Rivalität zwischen diesen beiden Gruppen schürt, zeigt sich besonders augenfällig in einem Urteil des Obersten Gerichts über die

Zahlung von Überstunden an Pflegekräfte. Darin heißt es, dass höhere Löhne nicht nur denjenigen Pflegebedürftigen schaden, die sich diese nicht leisten können, sondern auch den Pflegerinnen. Höhere Löhne würden die Nachfrage nach neuen Arbeitskräften senken, was in der Konsequenz bedeuten würde, dass arbeitswillige Pflegekräfte in ihrem Heimatland bleiben und dort weiterhin in Armut leben müssten.

Es sind solche Urteile und die israelische Migrationspolitik insgesamt, die dafür sorgen, dass der israelische Staat ausländische Pflegekräfte, zumeist Frauen, für seine verschiedenen Zwecke ausnutzen kann. Dazu gehören die Erhaltung und Stärkung der nationalen, auf ethnischer Herkunft beruhenden Definition des Staates, was der israelischen Zivilgesellschaft einen hohen Preis abverlangt.

Übersetzt von **Esther von Schwarze**

Idit Lebovitch-Shaked leitete in den letzten zehn Jahren die Abteilung für migrantische Pfleger*innen in Kav LaOved ("Worker's Hotline"). Sie hat einen BA und MA in Politikwissenschaften, mit einem Schwerpunkt auf internationale Beziehungen. Sie ist derzeit Jurastudentin an der Universität Tel Aviv und dort wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung für Arbeitsrechte.

KINDER VON MIGRANT*INNEN IN ABSCHIEBEGEFAHR

2019 kam es vermehrt zu Verhaftungen von vor allem philippinischen Frauen, deren Kinder allesamt in Israel geboren und aufgewachsen sind. Die Mütter mussten ein Dokument unterschreiben und sich verpflichten, das Land bis zum Ende des Schuljahres zu verlassen. Jene, die nicht unterschreiben wollten, sollten gemeinsam mit ihren Kindern bis zum Tag der Abschiebung in Abschiebegefängnissen untergebracht werden. Schätzungen zufolge laufen etwa 1.500 Arbeitsmigrantinnen Gefahr, abgeschoben zu werden. Sie leben in Israel ohne gültige Visa und halten oft geheim, dass sie Kinder haben.

Als Reaktion auf die Festnahmen organisierten sich die Mütter und gründeten die Organisation United Children of Israel, um für Unterstützung in der israelischen Gesellschaft zu werben. „Wir Arbeitsmigrantinnen von den Philippinen und aus anderen Ländern kamen vor vielen Jahren legal nach Israel und haben seitdem mit viel Hingabe mit älteren und pflegebedürftigen Menschen gearbeitet. Unsere Kinder sind in Israel geboren und aufgewachsen und Israel ist alles, was sie kennen.“

In der Vergangenheit mussten Arbeitsmigrantinnen mit Visum das Land nach der Geburt eines Kindes verlassen. Der Oberste Gerichtshof annullierte Teile der Bestimmungen im Jahr 2011 nach Protesten von Menschenrechtsorganisationen. Eine Gastarbeiterin hat heute „das Recht“, ihr Kind in Israel zu bekommen, muss danach aber das Land verlassen oder das Kind binnen drei Monaten zur Familie im Herkunftsland bringen, sofern keine Einwilligung des Arbeitgebers vorliegt, die es ihr erlaubt, mit dem Baby in Israel zu bleiben und ihre Arbeit bis zum regulären Ablauf ihres Visums (beispielsweise bis zu fünf Jahren) fortzusetzen.

Vor einem Jahrzehnt traf die israelische Regierung unter öffentlichem Druck zwei humanitäre Entscheidungen, bei denen der Status der Kinder von Arbeitsmigrantinnen legalisiert wurde, wenn folgende Kriterien erfüllt waren: Sie haben für mindestens sechs aufeinanderfolgende Jahre in Israel gelebt und sind vor dem 14. Lebensjahr ins Land gekommen; ihre Eltern haben Israel auf legalen Weg betreten (mit einer Arbeitserlaubnis oder einem touristischem Visum); sie durchlaufen das israelische Bildungssystem und sprechen Hebräisch.

Das letzte Mal, dass diese Regelung angewandt wurde, war im Jahr 2010. Nun will die migrantische Community diese Errungenschaft verteidigen, da jene Kinder, die heute der Gefahr der Abschiebung ausgesetzt sind, damals zu jung waren, um einen legalen Aufenthaltsstatus zu erhalten.



Geraldine Este wird von Polizist*innen abgeholt und soll mit ihren Kindern abgeschoben werden. Sie lebt seit 19 Jahren in Israel. Aktivist*innen erreichten später, dass sie das Abschiebegefängnis bis zu einer Gerichtsentscheidung auf Kaution verlassen konnten, (Stand Mai 2020), Tel Aviv, 2019.
Foto: Activestills

Protest gegen Abschiebung von Pfleger*innen und ihren Familien, Tel Aviv, 2019.
Foto: Activestills

V PERSPEKTIVEN



Süd-Tel Aviv – Hinterhof einer Hightechstadt

**Tsafrir Cohen &
Einat Podjarny**

Ein Mikrokosmos der Kämpfe, die für Israel richtungsweisend sind. Ein Essay über die Teilung einer Stadt und Spaltung einer Gesellschaft, über einen Ankunftsort für Geflüchtete und Migranten, Abschottungspolitik, systematische Diskriminierung und das progressive Potenzial des Hinterhofs Tel Avivs.

Blick auf die Zufahrt des zentralen
Busbahnhofs in Neve Sha'anani,
Süd-Tel Aviv, 2010.
Foto: Roi Boshni, Wikipedia

Es ist eng in der Gartenbibliothek. Zwei Etagen unter der Erde sitzen wir in einem stickigen, niedrigen Raum zusammen mit Tugud Omer Adam. Bücher sind kaum zu sehen und die nackten Betonwände erinnern daran, dass dieser Zweckbau nach wie vor als Luftschutzbunker fungiert. „Es war nicht unser Entschluss, nach Süd-Tel Aviv zu kommen. Niemand verteilt in der Wüste Sinai in Ägypten Landkarten, auf denen die Levinsky Straße eingezeichnet ist. Als wir Geflüchtete die ägyptisch-israelische Grenze passierten, übergaben uns die Grenzsoldaten ein Ticket für die Busfahrt zum zentralen Tel Aviver Busbahnhof. Wir kamen dort an und wurden uns selbst überlassen. Wir kannten uns überhaupt nicht aus, kannten auch niemanden. Also sind wir eben dort, wo uns der Bus abgeladen hatte, einfach geblieben. Diejenigen, die später nach und nach eintrafen, hatten schon einen guten Grund, in der Gegend zu bleiben – die Unterstützung durch die Erstankömmlinge, die in der Umgebung schon heimisch geworden waren.“

In seiner Heimat Sudan war Tugud Omer Adam an der Universität politisch aktiv und wurde deshalb von den dortigen Behörden verfolgt. Wie viele seiner Landsleute entkam er einer Festnahme durch die Flucht ins nördliche Nachbarland Ägypten. Als es auch dort für ihn brenzlich wurde, floh er weiter und wurde von einem grenzübergreifend organisierten Menschenhändlernetz, das sich zwischen Eritrea am Horn von Afrika und der ägyptischen Mittelmeerküste erstreckt, in die berüchtigten Folterlager auf der Sinai-Halbinsel entführt. Sie erpressten seine Familie, und nachdem diese das Lösegeld gezahlt hatte, schmuggelten ihn die Entführer bis zur ägyptisch-israelischen Grenze. Die letzten Meter musste er um sein Leben rennen. Da war Glück im Spiel, betont er. Andere wurden dabei von ägyptischen Grenzsoldaten erschossen.

Mehrere Tage die Woche, vor allem an den vielen warmen, sonnigen Tagen, holen Tugud und andere Freiwillige aus der Geflüchteten-Community zusammen mit israelischen Aktivist*innen die Kinderbücher aus den Kartons in der Bunkerbibliothek. Sie sind in einem Dutzend Sprachen verfasst und stehen den Kindern des Viertels zur freien Verfügung. Für einige Stunden beherrschen Dutzende lesebegierige Kinder den Levinsky-Park. Auch zu jeder anderen Uhrzeit ist hier viel los. In dieser kleinen Parkanlage im Süden Tel Avivs treffen sich zu jeder Tages- und Nachtzeit erwachsene und halbwüchsige Geflüchtete und andere nicht-jüdische Migrant*innen. Um ihre Oase herum tobt der Verkehr und sie tänzeln um die dort liegenden und sitzenden Drogenabhängigen, während sie lautstark in ihre Handys sprechen. Die drei- bis fünfstöckigen Mietshäuser der Umgebung sind vom Verkehr verrußt, ihre Balkone notdürftig zugemauert. Überall sieht man Satellitenschüsseln, freiliegende Verkabelung und notdürftig angebrachte Klimaanlageanlagen. Man könnte den Eindruck haben, nicht mehr länger in der Hightech-Stadt Tel Aviv zu sein, um deren Start-ups uns die ganze Welt beneidet. An diese Welt erinnern lediglich die modernen Hochhäuser, deren gläserne Spitzen von hier gerade noch sichtbar sind.

Die „Infiltratoren“

Seit 2013 ist der Süden Tel Avivs kein Ankunftsort mehr für Geflüchtete. Damals erfüllte Israels Premierminister Benjamin Netanjahu sein Versprechen und baute eine 245 Kilometer lange Mauer entlang der israelisch-ägyptischen Grenze. Das Land gilt seitdem als Vorreiter bei der Abschottung vor Geflüchteten und Migrant*innen. So hob US-Präsident Trump diese Mauer als ein Vorbild für seine geplante Mauer zwischen den USA und Mexiko hervor. Und tatsächlich hat sich Israel mit dem Bau dieser Mauer hermetisch von der Außenwelt abgeriegelt, sodass heute so gut wie keine Geflüchteten mehr das Land erreichen können.

Doch damit nicht genug. Auch die sich schon im Land befindenden Geflüchteten sollen Israel verlassen. 2006 bis 2013 kamen in Israel etwa 65.000 Menschen über die Landgrenze mit Ägypten. Etwa zwei Drittel stammen aus Eritrea. Sie flohen vor einem diktatorischen Regime, vor der Einberufung zum teilweise jahrzehntelangen Militärdienst sowie vor Zwangsarbeit und Sklaverei – darunter die sexuelle Versklavung von Frauen. Ein Viertel sind Überlebende des Völkermordes und des Krieges im Sudan. Über 5.000 von ihnen wurden auf ihrer Flucht gefoltert. Die israelischen Behörden aber erkennen nur etwa ein Prozent von ihnen als schutzberechtigt an, obwohl im Rest der Welt die Anerkennungsquote für eritreische Geflüchtete bei 84 Prozent, für sudanesischen bei 64 Prozent liegt.

Um ihre Politik zu rechtfertigen, bezeichnen die Behörden die Geflüchteten offiziell als Infiltratoren. Damit rekurriert die Regierung auf ein Gesetz zur Verhinderung der Infiltration aus den 1950er Jahren. Mit diesem sollte gegen jene Palästinenser*innen vorgegangen werden, die nach ihrer Flucht oder Vertreibung in die Nachbarländer während des Krieges von 1948 und der Gründung Israels versucht hatten, wieder ins Land zu gelangen, um sich ihr dort zurückgelassenes Eigentum wieder anzueignen oder um in ihre verlassenen Häuser zurückzukehren. Und es diente dazu, gegen das Phänomen der Fedajin vorzugehen: von Ägypten bewaffnete Terroristen, die nach Israel eindringen, um Anschläge gegen den jungen Staat durchzuführen. Die heutige Verwendung dieses Begriffs brandmarkt die Geflüchteten als gewalttätig und gefährlich, sodass sie nicht mehr als Menschen wahrgenommen werden, die Hilfe und Schutz benötigen. Gleichzeitig werden lediglich Geflüchtete, die über die Landgrenze kommen, sprich Menschen schwarzer Haut aus der Subsahara, als Infiltratoren bezeichnet, was sie von der anderen Gruppe von illegal Einreisenden unterscheidet, die über den Luftweg nach Israel gelangen, vornehmlich aus Osteuropa stammen und weiß sind. Und dies, ohne die Benachteiligung aufgrund von Hautfarbe und Herkunft gesetzlich und damit für jedermann sichtbar festschreiben zu müssen.

Da der Staat Geflüchteten aus Afrika in der Regel den Zugang zu einem regulären Asylverfahren verwehrt, sie aber aufgrund der auch von Israel unterzeichneten Genfer Flüchtlingskonvention, die die Deportation in Kriegsgebiete oder Gefahrenzonen verbietet, nicht einfach in ihre Heimat abschieben kann, leben sie mit dem Status einer Duldung. Ihre Duldung müssen sie alle zwei Monate von der Behörde für Bevölkerung, Einwanderung und

Grenzübergänge des Innenministeriums verlängern lassen. Diese unterhält nur ein einziges Büro für alle Asylsuchenden in Israel. In dem Büro sind lange Warteschlangen an der Tagesordnung, es gibt keinen Warteraum, die Fragen, die die Menschen bei der Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung über sich ergehen lassen müssen, sind beleidigend und Ausdruck einer verächtlichen Einstellung ihnen gegenüber.

Die Geflüchteten verfügen über keine Arbeitserlaubnis. Gleichzeitig haben sie keinen Anspruch auf medizinische Versorgung, auf andere Sozialleistungen, eine Behausung oder rechtlichen Beistand (eine Ausnahme bildet die Einschulung der Kinder von Geflüchteten). Da sie sonst gar keine Einnahmequellen hätten, arbeiten sie dennoch, oftmals in den Hinterzimmern und Küchen der Tel Aviver Gastronomiebetriebe, auf den vielen Baustellen der Stadt oder als billige, über Zeitarbeitsfirmen eingestellte Putzkräfte. Der Staat drückt ein Auge zu und setzt die gesetzlichen Vorschriften gegenüber ihren Arbeitgeber*innen nicht durch, behält aber von ihren Gehältern, die in der Regel dem gesetzlichen Mindestlohn entsprechen oder darunter liegen, 20 Prozent ein. Die Geflüchteten sollen dieses Geld erst bei Wiederausreise aus dem Land erhalten.

Zudem müssen die Geflüchteten jederzeit mit einer Inhaftierung rechnen. 2013 baute der Staat speziell für sie das Internierungslager Cholot in der unbewohnten Wüste ganz im Süden des Landes. Zu Spitzenzeiten lebten etwa 3.600 Menschen gleichzeitig im Lager. Die Bedingungen waren die eines „offenen Gefängnisses“ mit einem nächtlichen Ein- und Ausgangsverbot. Die Internierung erfolgte auf Geheiß des Innenministeriums und konnte ohne einen Gerichtbeschluss vollzogen werden. Anfangs galt die Internierung in Cholot auf unbestimmte Zeit, später haben die Gerichte die maximale Inhaftierungsdauer zunächst auf 20 Monate, später auf 12 Monate begrenzt. Diese Politik der willkürlichen Internierung und Schikane, zusammen mit einem lancierten, aber auch alltäglichem Rassismus, hat dazu geführt, dass bereits mehr als 20.000 Geflüchtete Israel bis 2018 wieder verlassen haben.

Ende 2017 – beflügelt von dem weltweiten Aufstieg populistischer Regierungen, die Menschenrechte verachten und Geflüchtete zu Volksfeinden erklärten – verschärfte auch die israelische Regierung ihre Politik. Sie schloss zwar das Internierungslager Cholot, aber nur um zu erklären, dieses sei jetzt überflüssig, da alle im Land verbliebenen afrikanischen Geflüchteten, insgesamt etwa 38.000, sprich: weniger als ein halbes Prozent der israelischen Bevölkerung, innerhalb weniger Monate in Drittstaaten (Ruanda und Uganda) abgeschoben würden, wenn nötig, mit polizeilicher Gewalt.

Süd-Tel Aviv gegen die Geflüchteten?

Die Regierung begründete dieses Vorgehen hauptsächlich mit der schwierigen Situation der Bevölkerung vor allem im Süden von Tel Aviv, in dem ein Großteil der Asylsuchenden aus Eritrea und dem Sudan wohnt. Diese Politik und die Dämonisierung der Geflüchteten dienten jedoch hauptsächlich anderen Interessen der Regierung. Unter

anderem konnte sie damit die öffentliche Aufmerksamkeit von Themen ablenken, die der Regierung in Israel unangenehm waren.

Tel Aviv ist als „weiße Stadt“ bekannt. In seinem bahnbrechenden Buch „Weiße Stadt – schwarze Stadt“¹ schreibt der israelische Architekt und Theoretiker Sharon Rotbard, dass dies nur die Hälfte der Geschichte ist. Vor der Gründung des Staats Israel 1948 gehörte der Süden Tel Avivs eigentlich zu Jaffa, der großen und quirligen alten Metropole. Das noch junge Tel Aviv – eben die „weiße Stadt“ – entstand als europäischer Gegenentwurf zum arabisch-levantinischen Jaffa.

Den Süden der Stadt nennt Rotbard die „schwarze Stadt“. Tatsächlich wurde diese Gegend seit jeher stiefmütterlich behandelt. Während in der „weißen Stadt“ und weiter nördlich in den wohlhabenden Vororten vor allem Ärzt*innen, Beamte und Anwalt*innen, gut ausgebildete jüdische Migrant*innen aus Deutschland oder Polen mit besten Beziehungen zum Staatsapparat heimisch wurden, ließen sich im Süden eher Kleingewerbetreibende, viele Holocaust-Überlebende, Menschen aus der Levante bzw. aus arabischen Ländern nieder – etwa in Neve Scha’anan, dort, wo sich heute das Zentrum der Geflüchteten-Community befindet.

Der Bezirk wurde in den 1920er Jahren von jüdischen Migrant*innen als Gartenstadt in Form einer Menora gebaut und war stets ein Ort, an dem sich jüdische Menschen unterschiedlicher Herkunft begegneten – im Gegensatz zum sehr europäisch geprägten Zentrum und Norden der Stadt. Von Anfang an unterschied sich der Süden Tel Avivs von den nördlichen Bezirken. Hier herrschte ein sehr lebhaftes Straßenleben, hier wohnte man eher levantinisch, kleinstädtisch, proletarisch. So waren ganze Straßen einer bestimmten Warengruppe gewidmet. Die Levinsky Straße war – und ist noch heute – die Gewürzstraße, mit einer Vielzahl kleiner Gewürzgeschäfte. In einer nahegelegenen Straße fand man ein Möbelgeschäft neben dem anderen, in einer weiteren reihten sich die Lampengeschäfte aneinander. Doch schon in den 1960er Jahren führte die staatliche und städtische Vernachlässigung Süd-Tel Avivs dazu, dass diejenigen, die es sich leisten konnten, den Süden gen Norden verließen oder in die Vorstädte zogen. Kleingewerbe, Autowerkstätten und Tischlereien prägten fortan den Süden.

Zum großen Niedergang kam es jedoch mit der Schließung des alten und mit der Eröffnung des neuen Busbahnhofs 1993. Busse sind in Ermangelung einer funktionierenden Bahninfrastruktur bei Weitem das wichtigste öffentliche Verkehrsmittel in den israelischen Städten ebenso wie für die Verbindung zwischen den Städten. Das Gelände des alten Busbahnhofs wurde damals einfach stillgelegt und liegt bis heute brach. In der Folge schlossen so gut wie alle Geschäfte im Umfeld, da sie keine Laufkundschaft mehr hatten. Die gespenstisch leeren Straßen und der enorme Leerstand lockten zwielichtige Geschäfte an. Innerhalb weniger Jahre wurde die Gegend um den alten Busbahnhof zum einzigen Ort in Israel, wo Prostitution und Drogenhandel völlig offen, sprich auf der Straße, in heruntergekommenen Verschlagen oder Ladengeschäften gedeihen konnten.

Der neue Busbahnhof, ein brutaler, wuchtiger Betonbau, nur wenige Hundert Meter Luftlinie vom alten Busbahnhof entfernt, ist eine echte Missgeburt moderner Architektur und mit 230.000 Quadratmetern, 1.500 Geschäften auf sieben Etagen monströsen Umfangs. Dutzende Rolltreppen laufen kreuz und quer durch das Gebäude, sind aber in der Regel außer Betrieb. Die verwinkelten Ecken verkamen innerhalb weniger Monate zu Pissoirs. Die Mittelschicht mied den neuen Busbahnhof von Anfang an, und so machte ein Geschäft nach dem anderen dicht, bis dort nur Ramschläden übrigblieben. Manche Etagen sind seit Jahren völlig verwaist, sodass der Busbahnhof zu einem wahrlich gespenstischen Ort mutiert ist. Der gesamte Bezirk litt unter dem überdimensionierten Bau: 4.000 Busse fahren hier täglich ab und verursachen erhebliche Luftverschmutzung, die Lärmbelästigung ist enorm. Damit wurden Neve Shaanan und die angrenzenden Viertel endgültig zu Bezirken des Prekariats.

Eben in diesen Jahren öffnete sich Israel nicht-jüdischer Migration. Diese sollte Israels Abhängigkeit von palästinensischen Arbeiter*innen vermindern, etwa im Baugewerbe und in den schlecht bezahlten Berufen des Dienstleistungssektors. Ab den 1990er Jahren kamen Tausende legale und illegale nicht-jüdische Migrant*innen nach Israel. Hinzu kam eine nicht geringe Zahl von Palästinensern aus den besetzten Gebieten und dem südlichen Libanon, die mit den israelischen Sicherheitsbehörden zusammengearbeitet hatten, dann enttarnt worden waren und daraufhin ihre Heimatgemeinden hatten verlassen müssen. Auch viele von ihnen ließen sich im Süden von Tel Aviv nieder. Es entstanden Communities von Latinas/Latinos, Russ*innen, Ukrainer*innen und Philippinas/Philippinos. Läden, wie sie weltweit von Migrant*innen geführt werden, boten landestypische Nahrungsmittel, etwa Schweinefleisch oder asiatische Gewürze, Prepaid-Handys und transnationale Geldtransfers an die in der Heimat verbliebenen Familienangehörigen an. An vielen Orten entstanden kleine Hinterhofkirchen. Die Neueinwanderer*innen machten Tel Aviv und damit ganz Israel zu einem offeneren, multikulturelleren Ort. Gleichzeitig mieden die meisten Israelis die Gegend und für die alteingesessene Bevölkerung bedeuteten diese Entwicklungen eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. So haben etwa gewiefte Wohnungsbesitzer*innen eine neue Methode zur Bereicherung gefunden: Sie teilten alte Wohnungen in immer kleinere Einheiten auf und verlangten für jedes neu entstandene Apartment – oft waren es wenige Quadratmeter, notdürftig mit Gipswänden von der nächsten Einheit getrennt, das Bad wurde von mehreren Parteien geteilt – horrenden Mieten. Die Migrant*innen wurden anderswo nicht gern gesehen und waren deshalb auf solche Deals angewiesen. Als Folge verkamen die Wohnhäuser immer mehr. Stadt und Staat aber ignorierten solche Missstände, die woanders schnell geahndet worden wären, beharrlich, weil es sich ja nur um die „schwarze Stadt“ handelte.

Diese Entwicklungen hängen stark mit zwei Fragen der nationalen Politik zusammen. Im deutschsprachigen Diskurs ist Israel vor allem der Ort, an dem europäische Jüdinnen und Juden aus Europa Zuflucht gefunden haben. In der Tat wurde Israel von Europäer*innen und für Europäer*innen

aufgebaut, europäische Eliten prägten das Land und sind noch heute in allen wichtigen Machtzentren überrepräsentiert. Doch seit vielen Jahrzehnten stammt die Mehrheit der israelischen Bevölkerung nicht mehr aus Europa. Neben der palästinensischen Minderheit im Land, 20 Prozent aller israelischen Staatsbürger*innen, die schon vor der Staatsgründung hier lebten, wanderten Hunderttausende Jüdinnen und Juden aus Asien und Afrika, Mizrachim genannt, ins Land ein und machen heute etwa die Hälfte der jüdischen Bevölkerung aus. Ihre Benachteiligung durch die europäisch geprägte Arbeitspartei, die die israelische Politik in den ersten 30 Jahren nachhaltig beherrschte, wirkt bis heute fort.

Bei den Wahlen 1977 revoltierten eben diese Mizrachim und verhalfen dem rechtsgerichteten Likud an die Macht. Zwar stellt der Likud seit 1977, also seit bald 40 Jahren, fast durchgehend den Regierungschef, doch seinen Anspruch, den Mizrachim den sozialen Aufstieg zu ermöglichen, hat er nur teilweise erfüllt. Die Partei hält nämlich wenig von einem starken Sozialstaat, der Ungleichheiten intervenierend ausgleicht. Folglich wurde der Markt sich selbst überlassen, und so wurden die Wohlhabenden und Starken stärker und wohlhabender, die Armen und Schwachen schwächer und ärmer. Geografisch lässt sich das an der wachsenden Kluft zwischen dem prosperierenden, europäisch geprägten Norden und dem abgehängten orientalisches geprägten Süden Tel Avivs mustergültig beobachten.

In diesen Hinterhof der „weißen Stadt“ lenkten die Behörden eben auch die Geflüchteten, indem sie entsprechende Bustickets ausgaben. Sie halfen den Geflüchteten nicht bei ihrer Ankunft und weigerten sich, die Möglichkeit einer landesweiten Verteilung auch nur in Betracht zu ziehen. Gleichzeitig unternahmen sie keine Anstalten, für angemessene Infrastruktur und entsprechende Dienste zu sorgen. Der Zuzug Zehntausender mitunter traumatisierter, der Landessprache nicht mächtiger Neuankömmlinge überforderte die marode Infrastruktur vor Ort. Die in manchen Straßenzügen erfolgte Verdoppelung und Verdreifachung der Einwohnerzahl überforderte die Alteingesessenen.

Statt in Zusammenarbeit mit den Bewohner*innen konkrete Lösungen anzubieten, griffen Minister*innen und politische Entscheidungsträger*innen tief in das Reservoir der Ressentiments und machten die Geflüchteten für alle Missstände verantwortlich. Die Knesset-Abgeordnete Miri Regev, heute Ministerin für Kultur und Sport, bezeichnete Sudanes*innen in Israel als „ein Krebsgeschwür in unserem [Volks-]Körper“. Innenminister Eli Jischai drohte, er werde „ihnen das Leben vergällen“. Auch Premierminister Benjamin Netanjahu selbst schaltete sich ein. Mit lokalen Aktivist*innen spazierte er durch die Straßen Süd-Tel Avivs, nannte die Geflüchteten ein Sicherheits- und ein demografisches Problem, das die jüdische Mehrheit im Land gefährde. Die in Israel hegemonialen rechtspopulistischen Medien berichteten täglich über die angeblich kriminellen Geflüchteten und über das Leid, das ihre Anwesenheit der lokalen jüdischen Bevölkerung zufügt. Die vielen Menschen, die sich für die Geflüchteten engagierten, stempelten sie als überhebliche Linke und Liberale ab, denen das jüdische Volk egal sei und die sich lieber mit nicht-jüdischen Eindringlingen einließen als mit ihren armen Volksgenossen.

Das Wunder von Süd-Tel Aviv

Für eine Weile schien der Plan der Regierung, die Alteingesessenen gegen die Geflüchteten aufzuhetzen, aufzugehen. Doch dann geschah etwas, was in der aufgeheizten politischen Atmosphäre Israels der letzten Jahre an ein Wunder grenzt.

Konkreter und symbolischer Ort diese Erscheinung war ein kleines heruntergekommenes Büro in der Matalon Straße 70 in Neve Shaanan, dessen einzige Zierde Poster von orientalisches anmutenden, selbstbewusst in die Kamera schauenden Frauen ist. Dies ist der Sitz von Achoti, einer feministischen Mizrachim-Organisation, ein Ort, an dem Frauen unterschiedlicher ethnischer und nationaler Herkunft zusammenkommen. Shula Keshet, aus der nordostiranischen Metropole Maschhad stammend, ist die Seele dieser Organisation, mit ihrer tiefen Stimme, ihren Hunden und ihrem massiven Schmuck ist sie eine schillernde Figur, vor allem aber eine kluge Analystin und extrem erfahrene Aktivistin.

Keshet hat nach und nach im Süden Tel Avivs eine ungewöhnliche Koalition aufgebaut. Sie besteht aus Alteingesessenen, vor allem aus Mizrachim und Organisationen, die vor Ort mit Kindern oder Geflüchteten arbeiten, sowie aus Aktivist*innen der Geflüchteten-Communities. Ihr Motto: „Süd-Tel Aviv gegen die Vertreibung.“ Der Clou dabei ist, dass sich dies nicht allein auf die Regierungspläne zur Abschiebung von Geflüchteten bezieht, sondern auch einen Aufruf darstellt, sich gegen die Verelendung Süd-Tel Avivs, die zur Zerstörung der lokalen Sozialstrukturen führt, zu wehren.

Dahinter stand auch die Erkenntnis, dass die Stadtbereichen in Tel Aviv den Süden inzwischen wiederentdeckt haben. Das mit etwa 50 Quadratkilometern geografisch recht überschaubare Tel Aviv kann nämlich nicht mehr wachsen, da es von allen Seiten von anderen Städten umringt ist. Zudem steigt die Bedeutung der Stadt als Wirtschaftsmetropole, schließlich sind Immobilien hier mittlerweile teurer als in München am Englischen Garten. In Süd-Tel Aviv ganz in der Nähe des Stadtzentrums schlummert also enormes Potenzial für das Immobilienkapital. Die Pläne für das Gebiet werden ohne die lokale Bevölkerung gemacht, ihre Interessen scheinen kaum ins Gewicht zu fallen. Das Schicksal anderer Bezirke wie etwa Neve Tzedek – Ende des 19. Jahrhunderts von Mizrachim gegründet, heute bevorzugte Wohngegend für Diplomaten und Oligarchen – lässt erahnen, dass es zu einem weitgehenden Bevölkerungstausch kommen könnte, im Verlauf dessen die Alteingesessenen in die Vororte verdrängt werden und ihre gerade für ärmere Schichten so wichtigen sozialen Netzwerke verlieren.

Die Verbindung beider Kämpfe war ein durchschlagender Erfolg. Hunderte von Plakaten gegen Abschiebungen schmückten die Balkone im Süden Tel Avivs, Flyer wurden gedruckt, Versammlungen abgehalten. Schließlich kamen Zehntausende auf den engen Straßen Süd-Tel Avivs zusammen, um ihre Solidarität zu bekunden, Tugud Omer Adams Flucht-Odyssee zu lauschen und Shula Keshet tosenden Applaus zu spenden. Es war eine beeindruckende Schau von Solidarität. Die Kampagne verbreitete sich wie ein Lauffeuer aus. Überall in Israel schlossen sich ihr

Menschen an: Es meldeten sich betagte Holocaust-Überlebende, die von Abschiebung bedrohte Geflüchtete verstecken wollten, Schüler*innen und Schuldirektoren oder Schriftsteller*innen, die Brandbriefe verfassten. Weltweit formierten sich Demonstrant*innen vor den Botschaften Ruandas, um gegen die Komplizenschaft mit den Abschiebep länen zu protestieren. Der öffentliche Diskurs drehte sich ein wenig und Umfragen belegten, dass große Teile der alteingesessenen Bevölkerung Süd-Tel Avivs gegen die geplanten Abschiebungen waren. Die Regierung Ruandas zog ihre Zusage zurück, die aus anderen schwarzafrikanischen Ländern stammenden Geflüchteten aufzunehmen. Die israelische Regierung musste sich für ihre Politik der Angst neue Zielgruppen suchen.

Schlussbemerkungen

Der Erfolg der Koalition gegen die Abschiebungen war lediglich ein Etappensieg. Denn weder ist die Gentrifizierungsgefahr angesichts einer Parteienlandschaft, die von „Marktliberalen“ beherrscht wird, gebannt, noch die Zukunft der Geflüchteten geregelt. Ob diese sich in Israel je werden integrieren können und dürfen, hängt davon ab, ob und wie Israel die jüdische Identität der Bevölkerungsmehrheit mit einem modernen Staatsbürgerschaftsverständnis austariert.

In Frankreich etwa sind alle Staatsbürger*innen Franzosen und damit Teil des jeweiligen Staatsvolks. Israel wurde als jüdischer Staat gegründet. Es ist ein Staat, der allen Jüdinnen und Juden offensteht, die das Land als Geflüchtete oder Migrant*innen erreichen. Sie werden dann automatisch zu Staatsbürger*innen. Indem aber nicht die israelische, sondern die jüdische Nation als Israels Staatsvolk postuliert wird, wird eine Wertehierarchie zwischen den beiden Kategorien von Zugehörigkeit – Juden und Israelis – geschaffen. Die Juden – theoretisch auch diejenigen, die im Ausland leben und (noch) keine israelischen Staatsbürger*innen sind – stellen den Souverän dar, das Staatsvolk im Staat Israel. Nicht die Israelis! Deshalb ist es in Israel nicht vorgesehen, Nicht-Juden die Staatsbürgerschaft zu erteilen.² Nicht-jüdische Einwanderung ist damit so gut wie ausgeschlossen, mit der Ausnahme von einigen wenigen Gruppen wie Kindern von jüdischen Vätern (im Judentum gilt die matrilineare Abstammung) oder Ehepartnern von Juden.

Da es aber andere Formen von Migration gibt, werden nicht-jüdische Migrant*innen als „Gastarbeiter*innen“ definiert, die das Land zu verlassen haben, sobald sie ihre wirtschaftliche Funktion erfüllt haben. Sie sollen folglich davon abgehalten werden, im Land Wurzeln zu schlagen. Deshalb erhalten die etwa 100.000 nicht-jüdischen Migrant*innen in Israel stets nur begrenzte Aufenthaltsgenehmigungen, deshalb werden Arbeitsmigrant*innen des Landes verwiesen, wenn sie ernsthaft krank werden oder eine Familie gründen wollen. Gleiches gilt für die Geflüchteten aus Eritrea und dem Sudan: Da sie keine Juden sind, kann ihr Aufenthaltsstatus stets nur ein zeitweiliger sein. Ihre Fremdheit kann also sozusagen aus Gründen der Staatsräson nie aufgehoben werden.

Süd-Tel Aviv ist ein Mikrokosmos der Kämpfe, die über Israels Zukunft entscheiden werden. Der jüngste Zuzug junger Menschen in die südlichen Bezirke und die überaus große Resonanz zugunsten der Geflüchteten zeugen davon, dass es gerade in Tel Aviv eine Offenheit gibt für eine Gesellschaft, die – um Rotbard zu paraphrasieren – weder schwarz noch weiß ist. Es gibt viele, die in einer inklusiveren Gesellschaft leben möchten und hierfür auch bereit sind, sich zu engagieren. Ob das Tel Aviv, das sich erfolgreich gegen Abschiebungen wehrte, auch in der Lage sein wird, die umfassendere Frage zu beantworten, wie man israelische Identität durchdekliniert auf eine Weise, die inklusiv und durchlässig ist, bleibt abzuwarten. Demgegenüber steht nämlich eine gut geölte Maschinerie der hegemonial gewordene Rechtsnationalist*innen, die auch künftig versuchen werden, die jüdische Mehrheitsgesellschaft durch die Anrufung jüdischer Stammesidentität und die Zusicherung von Privilegien auf Kosten nicht-jüdischer Migrant*innen an sich zu binden.

Dieser Essay wurde zuerst 2019 in „All About Tel Aviv-Jaffa/Die Erfindung einer Stadt“, herausgegeben von Hanno Loewy und Hannes Sulzenbacher, Bucher Verlag, veröffentlicht. Dieses Buch erschien anlässlich der gleichnamigen Ausstellung des Jüdischen Museums Hohenems (Vorarlberg/Österreich). Die Ausstellung wurde von Hannes Sulzenbacher kuratiert – in Zusammenarbeit mit den Ko-Kurator*innen Ada Rinderer und Hanno Loewy.

Tsafir Cohen leitet das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv.

Einat Podjarny ist Projektmanagerin im Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv.

Anmerkungen

- 1 Rotbard, Sharon: White City Black City: Architecture and War in Tel Aviv and Jaffa, Cambridge MA 2015.
- 2 Es sei denn, sie konvertieren oder aber heiraten eine Jüdin oder einen Juden.



Gemeinsamer Protest von Anwohner*innen und Geflüchteten gegen die geplanten Abschiebungen. Auf den Schildern steht: „Süd-Tel Aviv gegen Abschiebung“, 2014. Foto: Activestills

yes דוקו וסרטי האחים הימן מציגים:

החבר

דוב

COMRADE DOV

الرفيق

دوقو

סרטו של ברק הימן



בימוי והפקה: ברק הימן

במאי שותף: אורי לוי

עריכה: נילי פלר

צילום: אורי לוי, ברק הימן

מוזיקה מקורית: אופיר ליבוביץ

עיצוב פס קול: אביב אלדמע

„Es kann sein, dass wir verlieren, aber es lohnt sich zu kämpfen.“ Dov Khenin im Gespräch

Netta Ahituv

Zwölf Jahre lang begleitete der Dokumentarfilmer Barak Heymann die linke Symbolfigur Dov Khenin von der sozialistischen Partei Chadasch/al-Dschabha. Das Ergebnis ist der Film „Genosse Dov“, dessen Premiere in Israel mit Khenins Abschied von der Knesset zusammenfiel.



Dov Khenin (61) ist im Zentrum von Tel Aviv als Kind rebellischer Eltern aufgewachsen. Beide Elternteile kamen aus streng religiösen Familien, haben sich aber säkularisiert. Seine Mutter hat darüber hinaus trotz des entschiedenen Widerstands ihres Vaters eine Ausbildung gemacht.

Zunächst eine überraschende Erkenntnis: Dov Khenin regt sich leicht auf und weint oft vor Aufregung. Das entspricht so gar nicht dem öffentlichen Bild von einem stets reflektierten, rationalen Menschen, der nicht zur Sentimentalität neigt. Aber in „Genosse Dov“, dem neuen Dokumentarfilm über den ausscheidenden Knesset-Abgeordneten, entdecken die Zuschauer*innen, dass dieses Bild nicht stimmt.

In diesem schönen, persönlichen, bewegenden und unterhaltsamen Film sehen wir Khenin zwei Mal weinend. Das eine Mal, nachdem es ihm nicht gelungen ist, die Zwangsräumung der [jüdischen] Bewohner*innen von Givat Amal, einem auf den Ruinen des palästinensischen Dorfs al-Dschammasin errichteten Viertels von Tel Aviv, zu verhindern. Diese Leute hatte der Staat nach dem Krieg von 1948 dort angesiedelt, um die Rückkehr der während des Kriegs vertriebenen oder geflüchteten Palästinenser*innen unmöglich zu machen. Jetzt, nachdem die Grundstückspreise in dem Gebiet in attraktive Höhen gestiegen

sind, werden die langjährigen Bewohner*innen aus ihren Häusern zwangsgeräumt. Khenin ist darüber sehr traurig. Während der Zwangsräumung rief eine Bewohnerin den Polizist*innen zu: „Sind wir etwa Araber?“ – Dieser Satz schmerzt Khenin, was aber sein Mitgefühl für diese Frau nicht mindert, die aus ihrem Haus geworfen wird. Seine Tränen sind echt und zeigen noch etwas über Khenin: Er hält sich wirklich an den moralischen Imperativ, den er sich auferlegt hat und den er im Verlauf des Films äußert: „Ein Unrecht wird nicht dadurch wiedergutmacht, dass neues Unrecht begangen wird.“

Der Film des Dokumentarfilmers Barak Heymann („Dancing Alfonso“, „Bridge Over The Wadi“, „Who’s Gonna Love Me Now“) ist in Zusammenarbeit mit dem Kameramann und Regisseur Uri Levi und der Cutterin Nili Feller („Waltz with Bashir“, „Paradise“, „The Museum“) entstanden. Die Uraufführung fand im Rahmen des offiziellen Wettbewerbs des Tel Aviver Dokumentarfilmfestivals Docaviv im Mai 2019 statt. Seitdem lief der Film erstaunlich erfolgreich landesweit in kommerziellen Kinos und bei zahlreichen Sonderveranstaltungen.

Ein zweites Mal sehen die Zuschauer*innen Khenin während eines Treffens im Januar 2019 weinen, als er sich nach zwölf Jahren als Knesset-Abgeordneter

von seinen arabischen Kolleg*innen in der Fraktion der Gemeinsamen Liste verabschiedet. Kurz bevor er sein Büro räumt, sagt er seinen Parteifreund*innen, er habe schon immer an die jüdisch-arabische Partnerschaft geglaubt. Er dankt ihnen dafür, dass sie ihm die Gelegenheit gegeben haben, eine solche Partnerschaft zu verwirklichen, zumal in solch schwierigen Zeiten des Rassismus, überschattet von der Verabschiedung des Nationalstaatsgesetzes. Er spricht mit gebrochener Stimme und Tränen treten in seine Augen. Die Knesset-Abgeordneten skandieren voller Zuneigung „Dov, Dov, Dov.“ Sie kennen seine Empfindsamkeit offensichtlich schon und danken ihm ihrerseits, dass er ihnen die Gelegenheit zur Zusammenarbeit gegeben hat.

Partnerschaft ist überhaupt der Schlüsselbegriff in Khenins Leben. Er arbeitet mit allen zusammen, die die Dinge so sehen wie er, und sei es auch nur in winzigen Teilbereichen einer Idee. Er kann auch mit seinen erbittertsten politischen Feinden herzlich, leidenschaftlich und respektvoll umgehen. Dies ist einer der Gründe, warum er im letzten zehn Jahren der aktivste „Gesetzgeber“ in der Knesset war, obwohl er zur Opposition gehörte. Er hat mehr als 100 Gesetzentwürfe eingebracht und alle wurden verabschiedet – dank seines hohen Einsatzes und seiner besonderen Kooperationsfähigkeit, die von außen betrachtet überraschen mag.

So ist es Khenin durch Zusammenarbeit mit Abgeordneten aller Parteien zum Beispiel gelungen, den Mindestlohn auf 30 Schekel (ca. 7,30 Euro) pro Stunde anzuheben. Ebenso schaffte er es, ein Gesetz zur Stärkung des Haftungs- und Verursacherprinzips (bei Umweltverschmutzungen) durchzubringen, dazu die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs, ein Gesetz für mehr Transparenz in Sportvereinen und -verbänden und viele andere Gesetze, die sozial und humanitär sind, die die Umwelt schützen und die Frauenrechte stärken. All diese Gesetze hat er zusammen mit Knesset-Abgeordneten eingebracht, die an jedem anderen Tag mit diesem

dünnen, für Israel etwas ungewöhnlichen Mann mit Brille wahrscheinlich eher in Streit geraten wären.

Denkst du mitunter daran, wie stolz deine Eltern darauf waren, dass du Knesset-Abgeordneter geworden bist?

Er schweigt und seine Augen füllen sich mit Tränen, dann antwortet er leise: „Ich denke, dass sie stolz waren. Viele Jahre lang arbeitete meine Mutter als Kindergärtnerin im HaTikwa-Viertel, einem Armenviertel im Süden von Tel Aviv. Ihre Art, auf die Menschen in dem Viertel zuzugehen, war faszinierend und für mich eine erstklassige politische Schule. Das war politisch ein ausgesprochen rechter Stadtteil, noch lange bevor der Likud im Jahr 1977 die Regierung übernahm. Und meine linke Mutter war dort eine außergewöhnlich beliebte Frau. Auch heute noch treffe ich Menschen aus dem gesamten politischen Spektrum, die sich voller Wohlwollen daran erinnern, bei ihr als Kind im Kindergarten gewesen zu sein.“

In dem Film gibt es eine erstaunliche Archivaufnahme von dir als Jugendlichen, in der du an einem vom israelischen Fernsehen veranstalteten Quiz zur Geschichte des Jischuw (der jüdischen Bevölkerung in Palästina vor der Staatsgründung Israels) teilnimmst und den Moderator durch dein Wissen verblüffst. Wie hat dich deine Umgebung als eher ungewöhnliches Kind aufgenommen?

„Ich war ein begabtes Kind, das es genoss, mit den Lehrer*innen zu streiten. Aber ich habe meinen Freund*innen, wenn sie in Schwierigkeiten waren, immer geholfen und war beliebt, weil es für die anderen gut war, jemanden wie mich in ihrem Umfeld zu haben. Ich war wild und anarchisch, aber zwei Pädagoginnen haben sich meiner angenommen und mir Disziplin beigebracht. Eine meiner Lehrerinnen in der Mittelstufe gehörte zum zionistisch-revisionistischen politischen Lager und ließ uns Teile der Bibel sowie alle Gedichte von Zeev

Jabotinsky auswendig lernen. Nachdem ich in die Knesset gewählt worden war, hatte ich zusammen mit dem Parteivorsitzenden von Chadasch, Mohammad Barakeh, ein Treffen

mit Benjamin Netanjahu und Gideon Sa'ar vom Likud, die damals in der Opposition waren, um über den zunehmenden Rassismus und die Maßnahmen, die die Opposition dagegen ergreifen kann, zu reden. Während der Zusammenkunft kam es zu einem Wettstreit, wer von uns mehr Gedichte von Jabotinsky auswendig kann. Sagen wir, der Likud hat gegen Barakeh und mich verloren.“

Dov Khenin ist mit Yael verheiratet. Die beiden haben drei Söhne im Alter von 24, 29 und 33 Jahren sowie eine acht Monate alte Enkelin. Sie leben in einer Wohnung im Zentrum von Tel Aviv und führen ein bescheidenes, umweltbewusstes Leben. Khenin fährt oft Fahrrad und benutzt öffentliche Verkehrsmittel. In einer der amüsanten Szenen im Film steigt er in einen Bus und zeigt dem Fahrer einen Ausweis. Der Fahrer fragt ihn: „Was ist das für ein Ausweis?“ Khenin antwortet: „Der eines Knesset-Abgeordneten.“ Es ist offensichtlich, dass weder die anderen Fahrgäste noch der Busfahrer ihn erkennen oder davon beeindruckt sind, dass ein Knesset-Abgeordneter mit ihnen in einem öffentlichen Verkehrsmittel fährt. Auch die Eröffnungsszene des Films zeigt Khenins bevorzugtes Transportmittel. Er fährt auf einem Fahrrad durch die Straßen von Tel Aviv, während im Hintergrund Stimmen von verschiedenen Menschen zu hören sind, die sich abfällig über ihn äußern: „Er hat Illusionen“, „er hat sich aus einem Juden in einen halben Araber verwandelt“, „Kommunist“ und vieles mehr.

Solche Äußerungen sind das eine; das andere sind die herzlichen Lobreden, die Khenin seit seinem Ausscheiden aus der Knesset bei Dutzenden von Abschiedsveranstaltungen gehört hat. Von allen erntete er für seine Arbeit Lob und Dankbarkeit. Khenin war über diese Flut von Anerkennung erstaunt. „Meine

Erfahrung in der Knesset war, dass niemand wusste, was ich dort mache. Ich habe das, was ich getan habe, mit großer Hingabe gemacht, aber ich hatte das Gefühl, dass niemand wirklich weiß, welche Gesetze ich durchbringe und bei welchen es mir gelungen ist, sie aufzuhalten. Deswegen bin ich von dem Ausmaß der Herzlichkeit, die mir in der letzten Zeit von unterschiedlichen Seiten entgegengebracht wurde, gerührt, so sehr, dass ich es kaum fassen kann. Es war, als wäre ich auf meiner eigenen Beerdigung, und das viele Male. Ich musste mir selbst sagen, dass ich noch lebe.“

Warum bist du aus der Knesset ausgeschieden?

„Viele fragen mich, ob ich aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden bin. Darauf ist die Antwort: Alles ist in Ordnung, ich bin gesund. Es ist nicht so, dass ich mich erschöpft fühle oder von der Politik resigniert die Hände hebe. Die Knesset ist eine äußerst wichtige Arena, in der gute Leute gebraucht werden, die dort hingehen, um zu kämpfen. Vielen Menschen kann mit den Mitteln, die die Knesset zur Verfügung stellt, geholfen werden. Es mag übertrieben klingen, aber ich habe Hunderte von Menschen vor Augen, die ich namentlich und persönlich kenne und von denen ich weiß, dass ihr Leben weniger gut wäre, wenn ich nicht in der Knesset gewesen wäre. Weißt du, was das für ein Gefühl ist? Das ist ein Geschenk, das nur wenigen Menschen in ihrem Leben vergönnt ist.

Die Entscheidung aus der Knesset auszuscheiden, kommt aufgrund tiefer Selbstreflexion. Ich wurde in die Knesset gewählt, um zu versuchen, die Welt zu verändern. Das Gute, das ich feststellen kann, ist, dass mich die Welt wenigstens nicht verändert hat. Das Schlechte ist, dass ich viele kleine und bedeutende Veränderungen bewirkt habe, doch die Entwicklung unserer Gesellschaft geht in die falsche Richtung. Als eine Person des öffentlichen Lebens kann ich die Verantwortung nicht auf andere abwälzen, denn wenn sich die Situation während

meiner Amtszeit zum Unguten entwickelt, dann ist dies auch meine Verantwortung. Ich habe mich gefragt, was dennoch zum Erfolg führen könnte, und die Antwort darauf ist, dass etwas tief im Inneren unseres Lagers fehlt und dass wir uns in ideologischer, pädagogischer und kultureller Hinsicht von unten erneuern müssen, um eine Bewegung der Veränderung in der israelischen Gesellschaft zu schaffen.“

Eine permanente Herausforderung

Wie üblich redet Khenin nicht nur, sondern er tut auch etwas. Kaum ist er aus der Knesset ausgeschieden, ist er bereits in der Bewegung Standing Together aktiv, die sich darum bemüht, eine „Politik der Hoffnung“ vorzuleben und „das politisch Selbstverständliche infrage zu stellen“, wie auf der Webseite der Bewegung zu lesen ist. In diesen Tagen erscheint auch ein neues Buch von ihm mit dem Titel „Was ist jetzt zu tun?“, das Khenin zusammen mit dem Politologen Dani Filc verfasst hat. Darin stellen die beiden eine Handlungsstrategie für das demokratisch-liberale, nach Frieden strebende Lager vor, nachdem sie die Ursachen für die Verzweiflung, die sich in diesem Lager in Israel und andernorts ausbreitet, erörtert haben. Sie analysieren die Gründe für den Aufstieg rechtspopulistischer Politiker*innen, die die demokratischen Fundamente untergraben wollen. Diese Kapitel liefern eine der besten Erklärungen für die gegenwärtige Situation in Israel. Im Anschluss daran klingt der von ihnen vorgeschlagene Handlungsplan vernünftig und machbar.

„Das Buch ist praktisch eine Debatte mit meinen engen Freund*innen, mit Menschen, die ich gern habe und schätze, die aber meinen, dass ‚alles verloren ist‘“, sagt Khenin. „So viele gute, intelligente Menschen sind zu diesem falschen Schluss gekommen, und das allein verleiht dem gegnerischen Lager enorme politische Kraft. Ich unterschätze die Gefahren nicht, im Gegenteil. Ich bin mir dessen bewusst, dass wir vor schweren

Herausforderungen stehen und dass es schwierig sein wird, sie zu bewältigen, aber ich weiß auch, dass Menschen die Fähigkeit haben, sich Herausforderungen zu stellen. Zu jeder Zeit in der Geschichte gab es Herausforderungen und Menschen haben sie gemeistert. Unser Leben ist eine einzige Herausforderung.“

In ihrem Buch verwenden Khenin und Filc den Begriff „konstruktiver Widerstand“: Sie rufen dazu auf, Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse zu leisten, aber auch zugleich eine Alternative aufzuzeigen. Beispiele hierfür finden sich in den zahlreichen Aktivitäten von Standing Together, etwa die „Zweisprachigkeitsplakette“, die Unternehmen verliehen wird, die ihren Kund*innen Informationen in zwei Sprachen, (Hebräisch und Arabisch) zur Verfügung stellen. Diese Aktion bringt den Widerstand gegen das Nationalstaatsgesetz zum Ausdruck und zeigt zugleich eine praktische Alternative auf, durch die die arabische Sprache nicht mehr als feindlich, sondern als etwas Alltägliches wahrgenommen wird.

Khenin ist ein charismatischer Mensch, ein talentierter Rhetoriker und derart optimistisch, dass er mitunter messianisch wirkt. Er lehnt den Begriff „messianisch“ in Bezug auf seine Person entschieden ab, aber erläutert gern, warum er optimistisch ist: „Das Lager der Menschen, die Veränderung in der israelischen Gesellschaft wollen, das heißt Frieden, Demokratie und Gleichheit, ist größer und vielfältiger, als es normalerweise beschrieben wird. Ich treffe diese Menschen an vielen Orten in Israel, nicht nur in Tel Aviv, sondern auch an allen möglichen peripheren Orten.“

Die Demografie entwickelt sich nicht in die von dir beschriebene Richtung. Die anderen gesellschaftlichen Gruppen bringen viele Kinder zur Welt, während viele Menschen deiner Gruppe Israel verlassen.

„Ich stimme der Prämisse des demografischen Arguments nicht zu, wonach Menschen in politische Ansichten hineingeboren werden und diese nicht ändern können.

Wenn das stimmen würde, wäre ich ein orthodoxer Jude wie meine vier Großeltern. Der Sinn des politischen Handelns und seine große Herausforderung besteht darin, eine Veränderung in den Ansichten der Menschen zu bewirken. Das ist keine leichte Aufgabe, aber, wie die Geschichte immer wieder gezeigt hat, eine durchaus machbare. Die große Frage ist, wie Menschen aus ihrer Passivität herausgeholt werden können. Die Demokratie ist nicht nur die ritualisierte Stimmabgabe bei Wahlen und dann vier Jahre das Verfluchen derjenigen, die gewählt wurden. Demokratie ist die Wahrnehmung der sich Tag für Tag bietenden Möglichkeit, auf das, was hier geschieht, Einfluss zu nehmen.“

Menschen verlieren das Gefühl, diese Fähigkeit zu haben, und deshalb verzweifeln sie.

„Ich gebe dir ein Beispiel aus den letzten Jahren: Der Kampf um die Anhebung des Mindestlohns auf 30 Schekel pro Stunde wurde unter der Netanjahu-Regierung geführt, die eine ultrakapitalistische Politik verfolgt. Das Gesetz für saubere Luft wurde trotz des Widerstands der Regierung verabschiedet. Die Abschiebung von Asylsuchenden wurde verhindert, obwohl Netanjahu diese Menschen loswerden wollte. Ein prominentes Beispiel ist der Status der LGBT-Community in Israel. Gab es je eine Regierung, die etwas zur Veränderung ihres Status getan hat? Nein. Und trotzdem hat sich ihr Status verbessert. Das wurde nicht durch Wahlen erreicht, sondern dadurch, dass viele Menschen auf verschiedenen Ebenen und in vielen Bereichen dafür gekämpft haben, in der Publizistik, in der Kultur, der Kunst, der Bildung und in der Zivilgesellschaft sowie durch Druck auf das politische System.“

Es ließe sich zynisch sagen, dass die LGBT-Community darum Erfolg gehabt hat, weil heute gewinnorientierte Unternehmen de facto die Herrschaft ausüben und nicht die gewählte Regierung, und weil diese Unternehmen die Kaufkraft der LGBT-Community entdeckt haben.

„Deine Bemerkung ist nicht zynisch, sondern zeigt, dass die Welt heute dialektisch ist und jedes Phänomen mehrere Seiten hat. Diejenigen, die von einer Seite aus schwach erscheinen, sind aus einer anderen Perspektive gesehen stark, und umgekehrt. Zum Beispiel sehen sich die etablierten Viertel in Israel als Opfer der armen Peripherien, die die Politik in ihren Augen bestimmen. Dadurch gibt es in den armen Peripherien in Israel einen Aspekt der Realität, der ihnen Stärke verleiht. Ich frage mich immer, wie eine Veränderung herbeigeführt werden kann, und die Antwort ist: unter anderem durch das Betrachten der Realität aus unerwarteten Blickwinkeln, wenn die Schwachen eigentlich die Starken sind.“

Es ist unmöglich, die Klimakrise nicht zu erwähnen. Du hast dich sehr in dieser Sache engagiert, aber ohne wirkliche Erfolge, weder in Israel noch anderswo. Macht dich das pessimistisch?

„Die Klimakrise ist eine viel größere Herausforderung als jeder nationale Konflikt. Und trotzdem: Die Menschen sind hoch entwickelte Geschöpfe, die im Laufe der Geschichte große soziale Veränderungen bewirkt haben. Deswegen sind wir im Grunde auch in der Lage, die Klimakrise zu bewältigen. Wir haben noch nicht verloren. Vielleicht wird es uns gelingen, vielleicht auch nicht. Aber angesichts eines möglichen Erfolges lohnt es sich sehr zu kämpfen. Es steht ungemein viel auf dem Spiel.“

Übersetzt von **Ursula Wokoek Wollin**

Der Beitrag erschien ursprünglich auf Hebräisch am 29. Mai 2019 in der Tageszeitung *Haaretz*.

Netta Ahituv arbeitet als Reporterin für das *Haaretz Magazine*. Sie wurde mit dem Pratt-Preis für Journalismus, der sich mit Umweltfragen beschäftigt, ausgezeichnet.

(S.98): Dov Khenin im Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2019.
Foto: Meged Gozani



Die Bühne als ethische Anstalt: Interview mit der Theaterregisseurin Ofira Henig

Tali Konas

Sie ist eine der herausragenden Theaterschaffenden Israels, doch ihre politische und künstlerische Unabhängigkeit führt dazu, dass sie immer seltener in Israel arbeiten kann. Ein Gespräch mit Ofira Henig über politische Kunst, Feminismus und Machtverhältnisse.



Ofira Henig gehört seit Jahren zu den herausragenden Theaterschaffenden Israels. Sie war die erste Frau in Israel, die ein Theater leitete, die einzige Regisseurin, die den israelischen Theaterpreis erhielt. Mit 35 leitete sie bereits wichtige kulturelle Institutionen wie das Israel-Festival. Seit einigen Jahren pendelt sie zwischen Israel und Deutschland, weigert sich, mit staatlichen Einrichtungen zusammenzuarbeiten, und schafft selbstständig politisch persönliche Bühnenwerke mit einem Ensemble palästinensischer und jüdischer Schauspieler*innen. In 2019 wurde ihr auf politisch-literarischen Texten basierendes Stück „Kind of“ in der Ruhrtriennale aufgeführt.

Tali Konas: Das Theaterprojekt „Kind of“ basiert auf Ihren Erinnerungen als Schülerin im israelischen Bildungssystem der späten 1960er Jahre nach dem Sechstagekrieg. Es ist der dritte Teil einer autobiografisch geprägten Trilogie. In den letzten Jahren schreiben und inszenieren Sie eigentlich nur Stücke eindeutig politischer Natur, die in Zusammenarbeit mit deutschen und anderen europäischen Stiftungen und ohne finanzielle Unterstützung von israelischen öffentlichen Einrichtungen entstanden sind. Vorher brachten Sie jahrelang klassische Stoffe zur Aufführung und leiteten

einige kulturelle Institutionen in Israel. Was hat diese Veränderung in Ihrer Theaterarbeit bewirkt?

Ofira Henig: Alles begann damit, dass ich als Intendantin des Herzliya-Theaters entlassen wurde. Schon als man mich vonseiten der Stadtverwaltung von Herzliya das erste Mal angesprochen und mir vorschlagen hatte, dort ein Theater zu eröffnen und ein Ensemble aufzubauen, hatte ich – da ich bereits kampferprobt war – deutlich gemacht: „Hören Sie, ich bin sehr künstlerisch, ich gebe nicht auf, ich gehe keine Kompromisse ein, ich mache politische Kunst, ich arbeite mit Palästinensern. Sind Sie sicher, dass es das ist, was Sie wollen?“ Und sie hatten geantwortet: „Ja, genau das wollen wir.“ Ich ließ mein bisheriges Leben hinter mir und bin nach Herzliya gezogen. Und wir haben alle meine Versprechen eingehalten – wir haben kritische, reflektierende Kunst gemacht. Jede Aufführung erhielt Einladungen aus dem Ausland, wir haben bei den wichtigsten Festivals gespielt, unsere Arbeit war multikulturell, unser Theater war nicht nur für Araber und Juden, sondern auch für andere Kulturen und Sprachen offen. Nach zwei Jahren fing die Theaterverwaltung an zu mäkeln, da unsere Arbeiten angeblich das „breite Publikum“ nicht ausreichend interessierten. Für dieses mangelnde Interesse konnten

wir nichts, aber die Theaterverwaltung kehrte immer wieder zu althergebrachten Vermarktungsstrategien und -ideen zurück.

Den Höhepunkt erreichte das Debakel tatsächlich 2010, am Ende des dritten Jahres meiner Intendanz. Damals wurde in der Siedlung Ariel in den besetzten Gebieten ein Kulturzentrum eröffnet. Die staatlich geförderten israelischen Ensembles waren aufgefordert, dort Gastspiele zu geben. Der Protest dagegen begann bei uns und breitete sich landesweit auf andere Ensembles aus. Aber das Herzliya-Theater war das einzige Theater, an dem ich als Intendantin eindeutig erklärte, dass die Stücke des Ensembles in der Westbank nicht aufgeführt werden. Alle unsere Schauspieler*innen schlossen sich dieser Erklärung an. Daraufhin brach die Hölle los: Unser Theater wurde mit Graffiti besprüht, ich wurde gemäßregelt, das Kulturministerium und die Stadtverwaltung von Herzliya drohten, unser Budget zu kürzen, und das folgende Jahr entwickelte sich bereits zum Überlebenskampf.

Seit dieser Geschichte muss jede Regisseurin/jeder Regisseur, die oder der einen Vertrag mit einem israelischen Theater unterzeichnet, eine Klausel unterschreiben, in der sie/er zustimmt, dass das Theater ihre/seine Arbeit aufführen wird, wo immer es dies für richtig hält. Nachdem ich gefeuert worden war, bekam ich Einladungen, an anderen Theatern zu arbeiten, und allen sagte ich, dass ich eine solche Klausel nicht unterzeichnen könne, dass ich meinen Namen nicht dafür hergeben kann und will.

Und was hat die endgültige Entlassung herbeigeführt?

Nach dem Protest gegen das Kulturzentrum in Ariel häuften sich die Maßregelungen. Man wollte, dass ich das gesamte Repertoire austausche, obwohl es sich gar nicht direkt mit der Besatzung oder den Palästinensern beschäftigte. Es gab etwa ein Stück von Lorca, Becketts „Warten auf Godot“. Ich wurde aufgefordert, andere Regisseur*innen zu engagieren, sie wollten nicht, dass ich mit Dramaturg*innen und

Schauspieler*innen arbeite, die für politisch gehalten wurden, sie wollten nicht, dass ich in Arabisch arbeite. Am Ende zwangen sie mich zu entscheiden: Entweder änderte ich das gesamte Repertoire oder ich sollte nach Hause gehen. Ich sagte, dass ich es nicht ändern kann, da es das ist, was ich zu tun versprochen habe, da es das ist, was ich am besten kann. Bis heute ist es mir wichtig zu sagen, dass ich auch aus künstlerischen Gründen entlassen wurde, nicht nur aus politischen. Kunst ist für mich eine Frage der Ethik und Politik, und das lehre ich auch meinen Student*innen. Politik heißt nicht, über Parteien zu reden, Politik ist eine Frage der Ethik. Du bist eine politische Künstlerin, wenn du dich mit Ethik befasst, wenn du kritisch denkst und Fragen stellst, die im Alltag keinen Platz finden, nicht wenn du ein Stück über einen Abgeordneten machst.

Kurz vor meiner endgültigen Kündigung haben wir es noch geschafft, mit einem Projekt zu arabisch-jüdischen Volksmärchen in die Schweiz zu reisen, wo ich dann den letzten „Todesstoß“ erhielt. Nach all den Gesehnissen in Herzliya wurden wir absurderweise eingeladen, das israelische Kulturfestival in der Schweiz zu eröffnen, das vom israelischen Außenministerium und dem Ministerium für Kultur gefördert wurde. Das war 2011. Ich wusste bereits, dass ich gefeuert worden war, und dieses Gastspiel war eine Abschiedsreise für das Ensemble. Als wir am Theater in Basel ankamen, protestierte dort eine Gruppe niedlicher Schweizerinnen gegen die israelische Besatzung. Unsere Ensemblemitglieder gingen zu ihnen und bekamen von ihnen entsprechende T-Shirts. Die Halle war voll mit israelischem Sicherheitspersonal, und es stellte sich heraus, dass der israelische Botschafter Ehrengast war. Ich saß schon in der Halle, da ich die Eröffnungsrede im Namen aller israelischen Künstler*innen halten sollte. Da erhob sich der Botschafter und hielt eine Rede, während gleichzeitig das israelische Sicherheitspersonal unsere palästinensischen Schauspieler*innen daran hinderte, das Theater zu

betreten, da es sie bei den Schweizer Demonstrant*innen hatte stehen sehen und weil sie T-Shirts mit der Aufschrift „Stop the Occupation“ trugen. Da saß ich also und sah, wie meinen palästinensischen Schauspieler*innen der Zutritt verwehrt wurde, und hörte, wie der Botschafter über die Koexistenz in unserem Projekt sprach, in dem „jüdische und palästinensische Schauspieler zusammenspielen“. Ich hatte eine schöne Rede vorbereitet, aber in diesem Moment verwarf ich sie, und als ich vor dem Publikum stand, wandte ich mich direkt an den israelischen Botschafter und sagte: „Mr. Ambassador, I refuse to be used“ (Herr Botschafter, ich weigere mich, benutzt zu werden). Wir seien kein Koexistenzprojekt, weil es keine Koexistenz gebe. Als ich zum Hotel kam, war meine E-Mail-Box voller Drohungen. Der Vorstandsvorsitzende des Herzliya-Theaters hatte mir geschrieben: „Du kriegst im Herzliya-Ensemble keinen Fuß mehr auf den Boden. Komm nicht zurück.“ Obwohl ich zu diesem Zeitpunkt ja schon entlassen war.

Und das war das Ende der Phase, in der Sie mit öffentlichen Institutionen in Israel kooperierten und mit staatlichen Mitteln arbeiteten.

Nach diesen Vorfällen ging ich nach Berlin, wo ich mich mit meinen Freunden, dem Direktor der Schaubühne am Lehniner Platz, Tobias Veit, und dem künstlerischen Leiter Thomas Ostermeier, traf und ihnen sagte, dass ich nun nicht mehr wisse, wo ich arbeiten könne und dass es mein Traum sei, mich mit Biografien von Künstler*innen zu befassen, die einen Konflikt mit einem Regime hatten oder Kollaborateure eines Regimes waren. Da hat Thomas gefragt: „Aber warum schreibst du nicht deine Biografie? Du hast ja eine unglaubliche Geschichte zu erzählen.“ Am nächsten Tag fing ich an zu schreiben, ununterbrochen ein halbes Jahr lang. Und darüber ergab sich die Gelegenheit, an einem fragmentarischen Projekt ohne feststehenden Text zu arbeiten. Es haben sich hierfür dann auch sehr schnell die Fördermittel gefunden.

Theaterleute und Menschen aus dem Kulturbereich, die ich von früher kannte, öffneten mir die Türen in Deutschland und in der Schweiz.

Und wie begann die Arbeit an dem Projekt „Kind of“?

„Kind of“ hatte einen gänzlich anderen Ausgangspunkt. Ich war gerade für zwei Monate in Berlin und fing an, im Bereich der Architektur zu forschen. Ich besuchte die ehemalige jüdische Mädchenschule in der Auguststraße und von da an legte ich mein Hauptaugenmerk auf die Architektur von Schulgebäuden. Aber während des Schreibens wurde mir klar, dass ich eigentlich über das Bildungssystem schrieb.

Etwa zur gleichen Zeit hörte ich von der Bühnenadaption des Romans „Jugend ohne Gott“ von Ödön von Horváth für das Deutsche Theater in Berlin. Das Theater schickte mir die Bearbeitung und ich bat einen Übersetzer, sie zu lesen und mir zu sagen, welche Stellen für meine Aufführung geeignet waren.

Das Buch „Jugend ohne Gott“, das das Bildungssystem in Deutschland in den 1930er Jahren behandelt, wurde letztlich ins Hebräische übersetzt und in Israel veröffentlicht. Der Roman beschreibt das Alltagsleben eines Schullehrers und seiner Klasse unter einem unterdrückenden und diskriminierenden Regime. Sämtliche Rezensionen in Israel kamen zu dem Schluss, dass hier auch Kritik bezüglich der israelischen Realität zu finden sei, wenn sich der Text auch ursprünglich auf die Situation im damaligen Deutschland bezog. Solche Vergleiche haben ein explosives Potenzial in Israel und führen oft zu heftigen Auseinandersetzungen. Wie sind Sie mit dem Gedanken umgegangen, dass Sie an etwas arbeiten, dessen Rezeption außer Kontrolle geraten und Sie und Ihre Arbeit in einer Weise etikettieren könnten, die Sie nicht wollen?

Der Begriff Vergleich ist für mich irrelevant. Als schöpferischer Mensch bewege ich mich eigentlich in meinem gesamten Erwachsenenleben

zwischen drei Kulturen – der deutschen, palästinensischen und israelischen. Ich bin keine Deutsche, obwohl meine Mutter es ist, ich bin keine Palästinenserin und keine Israeli, obwohl ich eine Bürgerin des Staates Israel bin, aber ich fühle mich nicht an Israel gebunden. Ich bin alle drei Identitäten und dann auch wieder keine von ihnen. In kultureller Hinsicht bin ich der jüdischen Kultur, der hebräischen Literatur – nicht unbedingt der religiösen – sehr verbunden. Es stimmt nicht, dass ich Nazi-Deutschland mit dem heutigen Israel vergleichen würde. Einen Vergleich zu den Nazis ziehe ich in keiner Weise, selbst wenn ich gegenwärtigen Geschehnissen oder Handlungsweisen ein Echo gebe und damit dem, was war, und dem, was ist, und auch dem, was den Palästinenser*innen hierzulande widerfährt, mit einem beständigen Dialog begegne.

Auch nach diesem Projekt weigere ich mich, Teil dieses Vergleichsdiskurses zu sein. Ich interessiere mich für universale Schlüsse. Wenn ich etwas erforsche, dann soll es allgemeine Schlussfolgerungen erlauben. Wenn ich mich mit dem Thema Berliner Mauer beschäftige und jedes Mal nach meiner Rückkehr aus Berlin in Israel noch ein weiteres Stück der Trennungsmauer gebaut wurde, kann ich nicht anders, als darauf Bezug zu nehmen. Das ist ein Echo, weil sich das Werk mit verschiedenen Zeitebenen beschäftigt, mit dem, was war, und mit dem, was jetzt ist.

Und wie sind die Reaktionen in Deutschland?

In Frankreich und England bin ich eigentlich häufiger als in Deutschland auf Reaktionen gestoßen, die Antisemitismus mit Kritik an Israel verwechseln. 2016 wurden wir eingeladen, beim F.I.N.D.-Festival an der Schaubühne mit einem Stück über Flucht aufzutreten. Alle beteiligten Künstler*innen außer mir waren Palästinenser*innen: die Schauspieler*innen, Ausstatter*innen, alle. Bei einem internationalen Festival ist es üblich, den Namen des Herkunftslandes der Künstler*innen im Programm zu

nennen. Aber wir wollten weder Israel/Palästina noch Israel oder Palästina schreiben und so schlugen wir vor, die Stadt zu nennen, aus der alle an der Produktion beteiligten Künstler*innen kamen und wo wir das Stück auch geprobt hatten – Haifa. Wir haben den künstlerischen Leiter Thomas Ostermeier zudem gebeten, in der Inhaltsangabe zum Stück im Festivalprogramm nicht von „Koexistenz“ zu sprechen, denn wir sehen uns nicht als Vorbild. Wir sind nur Menschen, die gerne miteinander arbeiten und zufällig auch politische Menschen sind. Direkt nach der Veröffentlichung des Programms erhielt Ostermeier eine Flut von E-Mails von der jüdischen Gemeinde, die ihn des Antisemitismus und der „Kollaboration mit Israel-Hassern“ beschuldigten. Ostermeier war über diese Anschuldigungen schockiert. Nach zwei verrückten Tagen schrieb ich eine Antwort an den Herrn, der den Protest anführte, und erklärte ihm, dass wir ein Recht darauf haben, uns eine eigene Identität zu schaffen, dass wir in keiner Weise mit Mitteln aus Israel unterstützt wurden, sondern dass es unsere Entscheidung war, unseren Beruf frei und unter schwierigen Bedingungen auszuüben, uns selbst zu definieren und unsere Kunst als eine grenzüberschreitende zu entwickeln. Er hat mir nicht geantwortet. Im Frühling dieses Jahres, als wir unser Stück beim F.I.N.D.-Festival in Berlin aufgeführt haben, hat die Schaubühne beschlossen, alle Künstler*innen anhand ihrer Herkunftsstädte und nicht ihres Herkunftslands vorzustellen, selbst wenn diese aus Ländern kommen, in denen es weniger Identitätsprobleme gibt.

In einer der Szenen in dem Stück „Kind of“ wird einer der Schauspieler von den anderen Schauspieler*innen dazu gedrängt, sich ans Klavier zu setzen und „Imagine“ von John Lennon zu spielen, die Hymne des Friedens und der Mitmenschlichkeit. Die Figur der Erzählerin in dem Stück erklärt, dass sie als Regisseurin dieses Lied immer auf der Bühne zu Gehör bringen wollte, aber all ihre

Mitarbeiter*innen seien der Ansicht gewesen, dass es sich bei „Imagine“ um ein Klischee handle. Also habe sie sich entschieden, ihre Macht als Regisseurin zu nutzen und das Lied trotzdem auf der Bühne zu spielen. Es ist eine sehr lustige, aber gleichzeitig auch erschreckende Szene. Sie spiegelt in erster Linie alle Arten von Machtverhältnissen wider, die im Stück behandelt werden, nicht nur politische Machtverhältnisse zwischen Staaten oder zwischen dem Staat und seinen Bürger*innen, sondern auch solche zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, Lehrer*innen und Schüler*innen, Männern und Frauen, Reichen und Armen, eben zwischenmenschliche Politik.

Das ist richtig. Das Thema Machtkampf zwischen Lehrer*innen und Schüler*innen spielt im Stück eine zentrale Rolle. Das Stück spielt in einer Schule und ein integraler Teil des Schullebens ist die Hierarchie. Das Kind steht ja für etwas – für Machtkämpfe in der Gesellschaft. Aber mir war es bei dieser Produktion ungeheuer wichtig, auch über Gewaltanwendung in der Kunstwelt zu sprechen. Es ist für mich, die ich viel Macht in Händen hielt, ein Thema, das mich seit Jahren beschäftigt. Wie nutze ich diese Macht? Wie gehe ich damit um, wenn ich versage? Wie leicht lassen wir jemanden aus ideologischen Gründen fallen, wie beispielsweise für die Exzellenzideologie, die ich als Qualitätsmaßstab auch am Theater befürworte. Seit Jahren überprüfe ich mich und beobachte mich bei meiner Machtausübung als Regisseurin oder Intendantin. Aber hierbei handelte es sich um einen inneren Dialog. Erst als ich anfang zu unterrichten, habe ich begonnen, darüber zu reden. Als Lehrerin, die große Macht über ihre Student*innen hat, fing ich an, die Macht des Regisseurs zu thematisieren und über Ethik, die eigene Unschlüssigkeit und Zweifel zu sprechen, und darüber, wo und wie wir Gewalt anwenden, und auch darüber, wie wichtig Disziplin im Theater ist. Gerade dort, wo ein Werk entsteht, das das Chaos der Gefühle

und Gedanken behandelt, gerade dort sind wir der Disziplin verpflichtet, weil Disziplin ein Rahmen ist, der unsere Fähigkeit bewahrt, das Chaos kommunizieren zu können.

Man kann nicht übersehen, dass Sie eine Regisseurin sind, was in Israel eine Ausnahme darstellt. Außerdem stehen Sie einer großen Tradition männlicher Regisseure gegenüber, zu deren Praxis oft der Einsatz von Gewalt gegenüber den Schauspieler*innen gehört.

Ich kann Ihnen versichern, dass auch Regisseurinnen und Intendantinnen Macht missbrauchen können. Das liegt zweifellos an der jeweiligen Persönlichkeit. Viele Frauen in wichtigen Positionen in Israel fressen Männer zum Frühstück und betreiben Missbrauch und Demütigung von Schauspieler*innen, weil sie annehmen, dass eine gute Managerin wie ein Mann funktionieren sollte. Andererseits gibt es viele Frauen, die ihre Regiestudien abschließen und keine ausgesprochenen Machtpositionen erreichen. Ich glaube nicht, dass Missbrauch eine männliche Erfindung ist, wirklich nicht. Aber leider stimmt es, dass es viel mehr Regisseure als Regisseurinnen gibt, die wichtige Positionen einnehmen.

Ihnen war wahrscheinlich auch bewusst, dass alle Texte, die Sie für „Kind of“ verwendet haben, von Männern stammen?

Nicht wirklich. Irgendwann in den Proben wurde es thematisiert, weil mich die Schauspieler*innen darauf hinwiesen. Selbst als junge Regisseurin sah ich mich nicht als Stellvertreterin, ich wollte nur Theater machen. Ich hatte nicht das Gefühl, dass ich eine Generation veretrete, dass ich Frauen veretrete. Ich war einfach so absolut, dass es mich nicht interessierte, was jemand zwischen den Beinen hat, was ich zwischen meinen Beinen habe. Ich meine, ich habe mich darüber nicht definiert. Ich wollte niemals Kinder haben, aber nicht, weil ich eine Feministin war und eine unabhängige Frau sein wollte, sondern weil ich eine Künstlerin bin. Künstler*innen

haben immer auch etwas Bisexuelles und Asexuelles, sie haben diese Dualität, auch die männlichen Künstler. Diese Ambiguität greift auch, wenn man Faschismus und Machtmechanismen auf die Bühne bringt, obwohl man keine gewalttätige Person ist. Das gilt auch für eine potenzielle Ambiguität eines Mannes oder einer Frau. Ich kann keine politisch korrekte Kunst, keine Gender-Regie machen. Wichtig ist die Verbindung zwischen Persönlichem, Politischem und Sozialem, die Verbindung all dieser Felder, nicht ausschließlich Feminismus oder Politik oder Gefühle.

Sie sagen, dass Künstler*innen keine politisch korrekte Kunst schaffen können, aber die Art, wie Sie Ihre eigene Kunst ausdrücken, ist aus der Perspektive der Linken politisch sehr korrekt. Sie haben sich zudem entschieden, jegliche Unterstützung durch staatliche Mittel abzulehnen. Gab es nie einen Zeitpunkt, an dem Sie sich gesagt haben: „Für meine Kunst bin ich jetzt auch bereit, dieses Geld zu nehmen?“ Ich bin mir sicher, dass es Institutionen gibt, die mit Ihnen unter Ihren Bedingungen gerne zusammengearbeitet hätten.

Nein. Das ist heute nicht mehr möglich. Ich komme aus diesen Institutionen und während eines langen Zeitraums, etwa 20 Jahre, war es in der Tat möglich, innerhalb des israelischen Establishments aktiv zu sein, von innen heraus Veränderungen anzuregen. Es gab Inseln bedeutender, kritischer und ausgezeichneter Kreativität. Aber wir sollten der Wahrheit ins Gesicht sehen. In Israel scharwenzelt heute niemand mehr um mich herum. Ich bin gewissermaßen ein rotes Tuch und es gibt weder künstlerisches noch politisches Interesse, mit mir zu arbeiten. Wenn ich allerdings hätte annehmen können, dass ich mit einem konkreten finanziellen Angebot und innerhalb der etablierten israelischen Gesellschaft die künstlerische Freiheit hätte entwickeln können, die auch meinen Partnern, von denen viele Palästinenser*innen sind, hätte zugutekommen können und diese

Freiheit Arbeitsprozesse erlaubt hätte, an die ich glaube, dann hätte ich eine solche finanzielle Unterstützung vielleicht angenommen. Weil dann die Kunst, so wie ich sie verstehe, eine Stimme bekommen hätte. Aber das ist chancenlos, weil Kunst und Politik miteinander verbunden sind und wenn der Faschismus ins Theater kommt und das Denken und Handeln beeinflusst, kann man keine gute Arbeit machen. Dann wird die Zensur zur Selbstzensur. Aber letzten Endes bin ich Regisseurin und ich bin tot, wenn ich keine Regie führen kann. Ein Künstler existiert nur, wenn er seiner persönlichen Kreativität frei und ungehindert folgen kann. Wirtschaftlich gesehen ist es strapaziös, da ich ständig nach Finanzierungsmöglichkeiten suchen muss. Aber es zahlt sich aus, da ich die Freiheit für wichtig halte, damit mein künstlerisches Schaffen unabhängig bleibt. Ich will meine Arbeit nicht einer vergifteten Atmosphäre aussetzen, mit der die Leute an den staatlich geförderten Theatern konfrontiert sind. Die dort anzutreffende Bitterkeit, die Wut, die Apathie und der Eskapismus dringen in die Seele ein. Daher führe ich zwar weniger Regie, bin dafür aber eine freie Person. Das ist es mir wert.

Tali Konas ist Projektmanagerin im Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv.

(S.104): Ofira Henig, 2019.
Foto: Gerard Alon



Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Israel: eine dreifache Funktion

Ausgehend vom Selbstverständnis der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Diskussionsforum für kritisches Denken und politische Alternativen sowie eine Forschungsstätte für eine progressive Gesellschaftsentwicklung im Sinne eines demokratischen Sozialismus zu sein, arbeitet das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung entlang dreier Arbeitsstränge, die unserer Aufgabe als Verbindungsbüro der Stiftung entsprechen: partnerschaftliche Kooperation mit progressiven Akteuren vor Ort, die für eine solidarische Gesellschaft und für internationale Solidarität und Frieden kämpfen; die Vernetzung lokaler Kräfte und Kämpfe mit ihren Entsprechungen in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt im Sinne eines solidarischen Internationalismus; schließlich möchten wir eine Plattform für Information, Analyse und Debatte sein, um die progressiven Stimmen aus Israel im Ausland und die anderen aus dem Ausland in Israel hörbar zu machen.

Partnerschaftliche Kooperation mit progressiven Akteuren vor Ort

Gesellschaft und Politik in Israel sind gegenwärtig durch drei Faktoren geprägt, die sich gegenseitig verstärken: die lang anhaltende Besetzung der Palästinensergebiete bei gleichzeitiger völkerrechtswidriger Ausweitung der jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, die zur systematischen Entrechtung der dort lebenden Palästinenser*innen führt; eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Erosion des Wohlfahrtsstaats und die Vertiefung sozialer Disparitäten zur Folge hat; sowie ein schleichender Prozess der Entdemokratisierung, bei dem demokratische Grundwerte infrage gestellt, Bürgerrechte abgebaut und dadurch inhärente Widersprüche, insbesondere zwischen jüdischer Bevölkerungsmehrheit und arabisch-palästinensischer Minderheit, verstärkt werden. Folglich ist ein rechtsnationalistischer Diskurs, mit der Siedlerbewegung als stärkster Lobby des Landes an der Spitze, hegemonial geworden, während sich die progressiven Kräfte in einer aussichtslos erscheinenden Defensive befinden.

Kernpunkt unserer Arbeit ist deshalb die partnerschaftliche Kooperation mit israelischen Initiativen, zivilgesellschaftlichen und Graswurzelorganisationen, gewerkschaftsnahen, akademischen und Kulturinstitutionen, die sich für die politische Inklusion aller gesellschaftlichen,

ethnischen oder nationalen Gruppen, für solidarische sozioökonomische Verhältnisse sowie für eine gerechte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und ein besseres Verständnis für die unmittelbaren Nachbarn Israels eintreten und Alternativen gegen rassistische, sexistische und militaristische Strukturen entwickeln.

Dabei schließt unsere Unterstützung das Bewusstsein um die ambivalenten Folgen unserer Intervention ein. Aus diesem Grund importieren wir keine Projekte, sondern fördern lokale Strukturen und Initiativen. Im Geiste dieses kooperativen Ansatzes lassen wir etwa unseren Partnern vor Ort auch das Initiativrecht, wenn es um die Nutzung unserer Räumlichkeiten geht: Diese stehen einer breiten linken Öffentlichkeit zur Verfügung, und Hunderte von Menschen nehmen monatlich an verschiedenen Veranstaltungen teil, deren Spektrum von öffentlichen Veranstaltungen linker Graswurzelorganisationen über interne Versammlungen progressiver Nichtregierungsorganisationen, Beratungen für sich selbst organisierende Geflüchtete aus der Sub Sahara und Workshops für russische Blogger bis hin zu Buchvorstellungen und Filmvorführungen reicht.

Vernetzung lokaler Kräfte und Kämpfe mit ihren Entsprechungen in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt im Sinne eines solidarischen Internationalismus

Als Teil eines sich internationalistisch verstehenden Netzwerks sind wir bestrebt, Räume für Dialog und Kooperation zu öffnen, die auf gegenseitigem Respekt und Vertrauen basieren. Wir verstehen den Austausch über progressive Politik und Strategien als eine Chance, voneinander zu lernen und gemeinsam eine solidarische Zukunft zu gestalten. Deshalb legt die Rosa-Luxemburg-Stiftung besonderen Wert darauf, lokale Akteure mit gleichgesinnten Akteuren aus Deutschland, Europa und der ganzen Welt zu vernetzen.

Besonderer Schwerpunkt hierbei sind die deutsch-israelischen Beziehungen, über denen der dunkle Schatten der Schoah liegt und denen folglich ein besonderer und komplexer Charakter innewohnt. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung setzt sich entschieden gegen jede Erscheinungsform des Antisemitismus ein und ist dem Erbe Rosa Luxemburgs verpflichtet, einer Jüdin, die zeitlebens Ziel antisemitischer Angriffe war. Das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt die Begegnung und den Dialog zwischen israelischen und deutschen Expert*innen, Akademiker*innen, Aktivist*innen und Politiker*innen sowie einem allgemein interessierten Publikum mit Nachdruck.

Plattform für Information, Analyse und Debatte

Krieg, Gewalt, ungerechte soziale und wirtschaftliche Verhältnisse fallen nicht vom Himmel, sondern haben ihre Ursache in Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen. Doch eine bessere Welt ist möglich. Sie bedarf allerdings einer kritischen Öffentlichkeit, die eben diese

Rahmenbedingungen zu durchdringen versucht. Daher ist eine aktive und kritische Öffentlichkeitsarbeit eine der zentralen Aufgaben der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist einerseits darum bemüht, unterschiedliche Stimmen des kritischen Israels hörbar zu machen: durch eine hierfür eigens eingerichtete Webseite und durch Veranstaltungen und Begegnungen. Damit soll eine nicht israelische Öffentlichkeit die Gelegenheit bekommen, Innansichten hiesiger Verhältnisse und Kämpfe zu erhalten und lokale Akteure kennenzulernen.

Andrerseits unterstützen wir lokale Plattformen und Akteure – Medien, Institutionen und Organisationen – dabei, hiesigen Öffentlichkeiten Stimmen aus dem Ausland zugänglich zu machen, die von einem menschenwürdigen Leben, überall gültigen Bürger- und Menschenrechten, sozialer Verantwortung und institutionalisierten Gemeingütern, die für alle da sind, im Sinne einer transnationalen Gegenöffentlichkeit sprechen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine der sechs parteinahen politischen Stiftungen in der Bundesrepublik Deutschland. Vorrangige Aufgabe der Stiftung ist die politische Bildung. Sie steht der Partei DIE LINKE nahe. Seit 1990 wirkt die Stiftung im Sinne ihrer Namensgeberin Rosa Luxemburg und vertritt dabei die gesellschaftliche Grundströmung eines demokratischen Sozialismus, der konsequent international ausgerichtet ist. Die Stiftung sieht sich einer radikalen Aufklärung und Gesellschaftskritik verpflichtet und steht in der Tradition der Arbeiter- und der Frauenbewegung sowie des Antifaschismus und Antirassismus. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung fördert mit ihrer Arbeit eine kritische Gesellschaftsanalyse sowie die Vernetzung von emanzipatorischen politischen, sozialen und kulturellen Initiativen. Sie agiert international im Feld der Entwicklungszusammenarbeit und tritt hier für einen gleichberechtigten Dialog zwischen Nord und Süd ein. In ihren Bestrebungen, das klassische Konzept der politischen Bildungsarbeit weiterzuentwickeln, liegt ein Hauptaugenmerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf der kritischen Gesellschaftsanalyse. Ausgehend davon, dass gesellschaftliche Veränderung die reflektierende Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart als Ganzes voraussetzt, ist die Stiftung bestrebt, Gegenentwürfe und Ansätze für umfassende Transformationsprozesse zu entwickeln, die eine solidarische und gerechte Gesellschaft ermöglichen. Bildung und Weiterbildung im Bereich sozialistisch-demokratischer Politik, Analyse, Information und Politikberatung sind somit die grundlegenden Aufgaben der Stiftung, die sie regional, national und international verfolgt und umsetzt.

Unsere Partner vor Ort: eine Auswahl

Amram

Amram wurde vor wenigen Jahren von Kindern und Enkeln vornehmlich jemenitischer Jüdinnen und Juden gegründet, um eine der schmerzhaftesten Skandale in der israelischen Geschichte aufzudecken. Dabei handelt es sich um das Verschwinden Tausender Kleinkinder vornehmlich jemenitischer Abstammung aus staatlichen Gesundheitsinstitutionen in den 1950er Jahren. [Vgl. hierzu Naama, Katiee: Der Skandal um die verschwundenen Kinder, unter: www.rosalux.org.il/verschwendene-kinder/]

Jahrzehntelang wurde dieser Skandal geleugnet, und diejenigen, die eine Aufklärung forderten, wurden öffentlich verunglimpft und lächerlich gemacht. Amrams Recherchen und Veröffentlichungen haben zusammen mit ihrem Online-Archiv, in dem Hunderte von Aussagen von Familien und anderen Zeug*innen präsentiert werden, den öffentlichen Diskurs grundlegend verändert. Die Darstellungen staatlicher Behörden wurden infrage gestellt, das politische Interesse des Establishments an einer Geheimhaltung der damaligen Ereignisse aufgedeckt.

Diese Affäre ist wissenschaftlich bislang so gut wie gar nicht aufgearbeitet, weil wenig schriftliches Material hierzu zugänglich war. Zudem wurden die Familien lange Zeit nicht nur beschuldigt, selbst für das Verschwinden ihrer Kinder verantwortlich zu sein, sondern auch noch als unglaubwürdige Zeug*innen abgetan. Amram nutzt hingegen den Ansatz der Oral History, um die bestehenden Wissenslücken zu füllen, das heißt, die Organisation dokumentiert die zahlreichen mündlichen Aussagen der Betroffenen und behandelt sie als glaubwürdige Beweise des Geschehenen. Außerdem ist es Amram gelungen, die Forderung nach Öffnung bislang geschlossener Archive zumindest teilweise durchzusetzen. Amrams Ziel ist es, den Staat dazu zu bringen, die Affäre restlos aufzuklären, das begangene Unrecht offiziell anzuerkennen sowie die Familien der entführten Kinder zu entschädigen.

Webseite: www.edut-amram.org/en/.

Die Garten-Bibliothek

Die Garten-Bibliothek wurde 2009 gegründet, basierend auf der Überzeugung, dass der Zugang zu Kultur und Bildung ein grundlegendes Menschenrecht ist. In Kultur und Bildung sehen die Organisator*innen eine Möglichkeit, Unterschiede zwischen Gemeinschaften und Individuen zu überwinden und anhaltenden sozialen Wandel herbeizuführen. Die Garten-Bibliothek ist in Süd-Tel Aviv tätig. Ihr Ziel ist es, insbesondere Angehörige von migrantischen



„Anerkennung, Gerechtigkeit, Heilung“ – Protest für die Aufklärung der Affäre um die verschwundenen jemenitischen Kinder, Jerusalem, 2017. Foto: Activestills



„Anerkennung, Gerechtigkeit, Heilung“ – Protest für die Aufklärung der Affäre um die verschwundenen jemenitischen Kinder, Jerusalem, 2017. Foto: Activestills



Gartenfest der „Garden Library“ im Levinsky-Park, Tel Aviv, 2012. Foto: Activestills

Communities in diesem Teil der Stadt zu ermächtigen, sich kollektiv zu organisieren und für ihre Rechte einzustehen.

Das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Israel unterstützt vor allem die folgenden zwei Projekte: erstens das Community Education Center, initiiert von Migrant*innen und Geflüchteten, das als soziales Zentrum und Treffpunkt für politische Initiativen dient und zudem selbstorganisierte Abendkurse anbietet. Zweitens das Kinderrechtsforum in Süd-Tel Aviv, in dem Pädagog*innen und Eltern zusammenarbeiten, um gegenüber der kommunalen Politik die Interessen der Kinder von eingewanderten Familien zu vertreten. Eine der wichtigsten Kampagnen des Forums richtet sich gegen die Praxis der Schulsegregation in Tel Aviv. Sie fordert, dass Kinder von Geflüchteten und nicht-jüdischen Migrant*innen nicht, wie zurzeit üblich, getrennt von gleichaltrigen Israelis zur Schule gehen sollen.

Webseite: <http://thegardenlibrary.org/>.

Kav LaOved – Workers Hotline

Kav LaOved ist eine Organisation, die sich der Verteidigung von Arbeitnehmerrechten verschrieben hat sowie der Durchsetzung des israelischen Arbeitsgesetzes, das alle Arbeitnehmer*innen im Land beschützen soll, unabhängig von ihrer Nationalität, Religion, ihrem Geschlecht und rechtlichen Status. Kav LaOved zielt auf die am meisten benachteiligten Arbeiter*innen in Israel ab, sprich auf Geringverdiener*innen und prekär Beschäftigte, in Israel arbeitende Palästinenser*innen aus den besetzten Gebieten, jüdische und nicht-jüdische Migrant*innen und Geflüchtete.

2019 unterstützte die Organisation über 50.000 Arbeitnehmer*innen dabei, ihre Rechte einzufordern, und konnte für sie insgesamt circa zehn Millionen Euro, die ihnen gesetzlich zustanden, aber vom Arbeitgeber oder den Behörden vorenthalten worden waren, erfolgreich einfordern.

Kav LaOved kämpft gegen Missbrauch und Ausbeutung von Arbeiter*innen sowie für faire Beschäftigungsbedingungen. Sie bietet persönliche Beratung an und nutzt die in dieser alltäglichen Arbeit gewonnenen Informationen über allgemein grassierende Verletzungen von Arbeitnehmer*rechten für die Öffentlichkeitsarbeit und politische Interessenvertretung.

Webseite: www.kavlaoved.org.il/en.



Protest gegen die Segregation von Kindern von Geflüchteten in Kindergärten und Schulen, Tel Aviv, 2019. Foto: Activestills



Thailändische Arbeiter auf dem Weg zur Arbeit, Sde Nitzan, Israel, 2013. Foto: Activestills



Palästinensische Arbeiter*innen auf dem Weg zur Arbeit in Israel, Bethlehem Checkpoint, Westbank, 2017. Foto: Activestills

Liga

Liga ist eine selbstorganisierte Gruppe von Aktivistinnen, deren Anliegen es ist, Diskussionen über feministische Theorie und Prinzipien wie gesellschaftliche Inklusion, Gleichstellung und sozioökonomische Gerechtigkeit insbesondere unter russischsprachigen Frauen in Israel zu stärken. Ausgehend von den jeweiligen Interessen und Arbeitsschwerpunkten der Aktivistinnen befasst sich Liga mit Themen wie Wirtschaftspolitik in Israel aus genderpolitischer Perspektive, LGBT-Rechte, Frauengesundheit, das Verhältnis Frauen, Staat und Religion, Widerstand gegen die Besatzung sowie „Geschlecht und Psychologie“. Die Liga-Mitglieder haben vielfältige Erfahrungen mit der Durchführung von Workshops und Lesungen sowie verschiedenen Formen der Öffentlichkeitsarbeit, zudem sind sie eng mit anderen feministischen und sozialen Aktivist*innen in Israel und russischsprachigen Feminist*innen auf der ganzen Welt vernetzt.

Liga will russischsprachigen Frauen in Israel eine Stimme verleihen, den Status dieser Frauen in Israel verbessern und solidarisch mit anderen marginalisierten Gruppen im Land zusammenarbeiten. Liga ist überzeugt davon, dass die Auseinandersetzung mit Konzepten wie Gleichberechtigung, Inklusion sowie sozioökonomische und Geschlechtergerechtigkeit nur dann fruchten kann, wenn diese mit dem Gespräch über die vielen Alltagsprobleme von Frauen verknüpft wird.

Webseite: <https://ligafem.org/>.

Die Pistole auf dem Küchentisch

„Die Pistole auf dem Küchentisch“ ist eine 2010 gegründete Koalition von Isha L'Isha – Feministisches Zentrum Haifa, die gegen die bedrohliche Omnipräsenz von legalen und illegalen Kleinfeuerwaffen in den Händen von Zivilist*innen in Israel kämpft. Die Graswurzelkoalition arbeitet daran, die Präsenz von Schusswaffen auf ein Minimum zu reduzieren und den Besitz von Kleinwaffen einer strengen Kontrolle zu unterwerfen. Entgegen der vorherrschenden Wahrnehmung der Öffentlichkeit in Israel, Schusswaffen seien „nur für unsere Verteidigung da“, entwickeln und fördern sie ein Bewusstsein für den immensen Schaden, der mit der großen Verbreitung von Schusswaffen einhergeht. Der Kampf gegen die Normalisierung der Präsenz „zugelassener“ Schusswaffen im zivilen Raum erfordert Aktionen auf verschiedenen Ebenen: Dazu zählen das Sammeln, Aufzeichnen und Verbreiten von Informationen über Schusswaffenopfer, die Sensibilisierung für die Gefahren der weiten Verbreitung von Schusswaffen sowie parlamentarische Lobbyarbeit für Gesetzänderungen, die ihre Zahl reduzieren könnten. Der Arbeit der Koalition liegt



Russische Immigrant*innen werden in Empfang genommen, Ben-Gurion-Flughafen, 2000. Foto: GPO



Demonstration für die Opfer von Gewalt und gegen organisierte Kriminalität in der palästinensischen Gesellschaft, Nazareth, 2019. Foto: Activestills



Hunderte rot angemalte Schuhe als Protestaktion gegen sexualisierte Gewalt gegen Frauen, Tel Aviv, 2018. Foto: Activestills

eine feministische Analyse der Effekte der Militarisierung für die individuelle als auch die kollektive Sicherheit, insbesondere für Frauen und Familienstrukturen, zugrunde.

Webseite: <http://isha2isha.com/aboutgunfreekitchentables/>.

Verband Äthiopischer Juden

Der 1993 gegründete Verband Äthiopischer Juden (AEJ) ist Israels erste Organisation, die von Menschen gegründet und geleitet wird, die selbst oder deren Familien aus Äthiopien in das Land eingewandert sind. Er tritt für sozialen Wandel ein und geht mit verschiedenen öffentlichen Kampagnen gegen Rassismus und Diskriminierung vor, unter denen Äthiopier*innen in Israel zu leiden haben. Der Verband arbeitet auf verschiedenen Ebenen: Forschung und Publikationen, Förderung von gesellschaftlichem Engagement innerhalb der eigenen Community, Öffentlichkeitsarbeit sowie Kooperationen mit anderen marginalisierten Gemeinschaften und Bevölkerungsgruppen. AEJ ist die einzige äthiopisch-israelische Organisation, die auf staatliche Finanzierung verzichtet, um sich die Freiheit zu erhalten, die staatliche Politik offen kritisieren zu können.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und AEJ arbeiten zum Thema Polizeigewalt und Rassismus – gegenüber Angehörigen der äthiopischen Community, aber auch als gesamtgesellschaftliche Phänomene – zusammen. Recherchen des AEJ zeigen, dass die Polizei alarmierend häufig gegen junge äthiopische Männer ermittelt und diese schikaniert. Der Verband versucht, gegen Polizeigewalt und Rassismus vorzugehen, indem es zum Beispiel über den Einsatz von „Racial Profiling“ informiert und dessen Abschaffung fordert. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist die politische Bildung für äthiopisch-stämmige Jugendliche, den eigentlichen Leidtragenden der aktuellen Diskriminierung.

Webseite: <https://www.iaej.co.il/language/en/association-of-ethiopian-jews/>.



Protest und Wut auf den Straßen Israels wegen dem Tod Solomon Teka, einem jungen äthiopischen Juden, der von einem Polizisten ermordet wurde, Tel Aviv, 2019. Foto: Activestills



Proteste gegen die Ermordung von Solomon Teka, Tel Aviv, 2019. Foto: Activestills



„Wir haben nicht Alija gemacht, um ermordet zu werden“, Solomon Tekas Eltern, Haifa, 2019. Foto: Activestills

Glossar

A-, B-, C-Zonen

Bezeichnung von Zonen der Westbank (ohne das von Israel annektierte Gebiet von Ost-Jerusalem und Umgebung) im Rahmen des Oslo-Abkommens (Oslo II, Taba 1995), das als Übergangsregelung bis zu einem endgültigen Friedensabkommen gelten sollte. Die Übergangsregelung ist noch heute in Kraft. Definition der Zonen:

- **Zone A:** (ca. 18 Prozent der Fläche der Westbank, ohne das von Israel annektierte Gebiet von Ost-Jerusalem und Umgebung; vor allem die Kernbereiche von palästinensischen Städten und Dörfern) steht (weitgehend) unter palästinensischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung. Nach israelischem Recht dürfen israelische Staatsbürger*innen diese nicht betreten.
- **Zone B:** (ca. 22 Prozent) steht (weitgehend) unter palästinensischer Zivilverwaltung und gemeinsamer israelisch-palästinensischer Sicherheitsverwaltung.
- **Zone C:** (ca. 60 Prozent; vor allem freie Flächen und große Teile der landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie alle jüdischen Siedlungen) steht unter israelischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung. Die völlige israelische Kontrolle der C-Gebiete führt dazu, dass die Gebiete unter palästinensischer Verwaltung geografisch nicht zusammenhängen, sondern aus dicht gedrängten Enklaven (Zonen A und B) bestehen, sodass eine nachhaltige Entwicklung nicht möglich ist.

Arabisch-palästinensische Minderheit in Israel

Die nach dem Krieg von 1948 auf dem Territorium des neu gegründeten Staates Israel verbliebenen Palästinenser*innen (ca. 150.000 Menschen) erhielten die israelische Staatsbürgerschaft. Sie wurden jedoch von 1948 bis 1966 einer Militärregierung unterstellt, wodurch ihre Menschen- und Bürgerrechte stark eingeschränkt wurden. Auch nach der formellen Aufhebung der Militärregierung blieben Diskriminierung und fehlende staatsbürgerliche Gleichheit ein zentrales Problem dieser Minderheit, der gegenwärtig fast 1,7 Millionen Menschen angehören und die damit etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht.

Aschkenasim

Aschkenasim oder aschkenasische Juden ist im israelischen Kontext die Bezeichnung für aus Europa stammende jüdische Menschen.

Ben-Gurion, David

1886–1973

Der in Polen geborene Ben-Gurion gilt gemeinhin als der Gründungsvater Israels. Er war Mitglied der zionistischen Bewegung und einer der Gründer und Vorsitzender der Histadrut (1920–1935) und der Mapai/Arbeiterpartei (gegründet 1930). 1935 wurde er Vorsitzender der Jewish Agency sowie in 1946 amtierender Präsident der Zionistischen Weltorganisation und somit de facto Oberhaupt des Jischuw (die jüdische Bevölkerung in Palästina vor der israelischen Staatsgründung). Er rief im Mai 1948 den Staat Israel aus und wurde dessen erster Premierminister. Mit einer Unterbrechung (1954–1956) blieb er bis 1963 im Amt.

B'Tselem

hebräisch für: nach dem Ebenbild (Gottes)

eine 1989 gegründete israelische Nichtregierungsorganisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Menschenrechtsverletzungen in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten zu dokumentieren und die Öffentlichkeit über diese zu informieren (siehe: www.btselem.org/).

Chadasch/Al-Dschabha

Die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit (Chadasch ist das Akronym des hebräischen Namens, außerdem das hebräische Wort für neu; al-Dschabha bedeutet auf Arabisch die Front) wurde 1977 von der Kommunistischen Partei Israels (KPI), die in ihr nach wie vor eine zentrale Rolle spielt, als Bündnis linksgerichteter Kräfte gegründet. Als solche beteiligt sie sich an Wahlen. Ihr Slogan ist „Frieden und Gleichheit“. Sie steht für einen Rückzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Gebieten und für eine Zweistaatenlösung, für die Gleichstellung der Palästinenser*innen in Israel und deren Anerkennung als nationale Minderheit sowie für die Rechte der arbeitenden Bevölkerung. Chadasch/al-Dschabha wird mehrheitlich von palästinensischen Israelis gewählt, doch sie legt großen Wert darauf, ein jüdisch-palästinensisches Bündnis zu sein. Sie ist die politische Heimat von Tausenden jüdischen Wähler*innen, vor allem radikalen, anti- und nichtzionistischen Linken. Sie war in der Regel mit drei bis fünf Sitzen (von insgesamt 120) in der Knesset vertreten. Zurzeit hat sie sich mit anderen Parteien zur Gemeinsamen Liste zusammengeschlossen.

Gazastreifen

Mit rund 360 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von fast 1,9 Millionen Palästinenser*innen ist der Gazastreifen eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt. Er befindet sich an der Mittelmeerküste und grenzt im Süden an

Ägypten und im Norden sowie Osten an Israel. Der Gazastreifen und die Westbank sind die Gebiete des historischen Palästinas, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neu gegründeten Staates Israel wurden. Nach 1948 befand sich der Gazastreifen, in den sich viele palästinensische Flüchtlinge gerettet hatten, unter ägyptischer Kontrolle. Während des Krieges von 1956 eroberte die israelische Armee den Gazastreifen (und die Sinai-Halbinsel), musste allerdings aufgrund des internationalen Drucks wieder abziehen. Im Krieg von 1967 eroberte Israel den Gazastreifen erneut. Im Zuge der Oslo-Abkommen wurde die Verwaltung des Gazastreifens (mit Ausnahme der bis zu deren Aufgabe in 2005 bestehenden israelischen Siedlungen und Armeelager) 1994 der palästinensischen Autonomiebehörde übergeben. Doch Israel kontrolliert bis heute den Luftraum und die Küstengewässer sowie die Grenzübergänge zu Israel. Nach der Machtübernahme durch die Hamas 2007 verschärfte Israel (in Zusammenarbeit mit Ägypten) eine Reihe von auferlegten Sanktionen und begann eine bis heute andauernde Abriegelung des Gazastreifens, die den Zu- und Ausgang von Waren und Personen stark beschränkt und zu großer Not unter der Bevölkerung geführt hat. Seit der vollständigen Abriegelung kam es zu mehreren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der israelischen Armee und Bewohner*innen des Gazastreifens mit Tausenden von Toten, zum großen Teil palästinensische Zivilist*innen, und enormen Zerstörungen im Gazastreifen.

Gemeinsame Liste

Name der gemeinsamen Wahlliste von Chadasch/al-Dschabha, Balad/al-Tadschamu', der Vereinigten Arabischen Liste (angeführt vom moderaten südlichen Flügel der Islamischen Bewegung) und Ta'al, die erstmals zu den Knesset-Wahlen 2015 antrat. Die Gemeinsame Liste gewann damals 13 Mandate und wurde damit drittgrößte Fraktion in der Knesset. Sie repräsentiert die absolute Mehrheit der palästinensischen Minderheit in Israel, ist zugleich Heimat linker, anti- und nichtzionistischer Jüdinnen und Juden, die vor allem an Chadasch/al-Dschabha angebunden sind. Gleichzeitig ist ihr Programm auf das gesamte israelische Gemeinwesen ausgerichtet, wobei die Forderung nach Beendigung der Besatzung aller seit 1967 besetzten Gebiete sowie der Kampf um soziale Gerechtigkeit und Arbeiterrechte die Hauptpfeiler sind.

Die Grüne Linie

Die in den Waffenstillstandsabkommen am Ende des Krieges von 1948 (1947–1949) vereinbarten Demarkationslinien wurden zu Israels international anerkannten Grenzen. Infolge des Krieges von 1967 besetzte Israel Gebiete über diese Grenzen hinaus. Die Grüne Linie bezeichnet jene international anerkannte Grenze, die Israel selbst und die besetzten Gebiete voneinander trennt.

Aufgrund der Regierungspolitik, die die Grüne Linie aus Landkarten und Schulbüchern löschen lässt, und wegen des Zuzugs von immer mehr jüdischen Siedler*innen in die besetzten Gebiete verschwindet die Grüne Linie zunehmend aus dem israelischen kollektiven Bewusstsein.

Gusch Emunim

(Hebräisch für: Der Block der Gläubigen) 1974 gegründet, wandte sich als religiös-zionistische Erneuerungsbewegung, die die Gründung Israels als Teil eines messianischen Erlösungsprozesses sah, zu dem auch die Inbesitznahme von ganz Eretz Israel gehörte. Die vielleicht einflussreichste außerparlamentarische Bewegung seit Gründung des Staates forderte und förderte die Errichtung jüdischer Siedlungen in den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten. Aus seinen Reihen ging eine Terrorgruppe („Jüdischer Untergrund“) hervor, deren Aktivitäten (1979–1984) primär aus Versuchen, den Felsendom zu sprengen, und aus Terrorangriffen auf Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten bestanden. Gusch Emunim löste sich Ende der 1980er Jahre auf, als sich prominente Mitglieder zunehmend in etablierten rechten Parteien und staatlichen Institutionen sowie in den Jescha-Rat integrierten. Die 1976 errichtete Unterabteilung Amana (deutsch: Pakt), die sich um den praktischen Teil des Siedlungsbaus kümmert, verselbstständigte sich und fördert heute Bauprojekte in den besetzten Gebieten und in Israel selbst (in Gebieten mit mehrheitlich palästinensischer Bevölkerung).

HaBajit HaJehudi

Hebräisch für: das Jüdische Haus

2008 gegründet, ist die Partei in gewisser Weise die Nachfolgerin der orthodox-religiösen, bürgerlich-zentristischen Nationalreligiösen Partei (Mafdal), die bis 1977 Teil der von der Arbeitspartei geführten Regierungskoalitionen war. Später beteiligte sich Mafdal wiederholt an verschiedenen, nun Likud-geführten Regierungskoalitionen, allerdings verstand sie sich zunehmend als religiös-zionistische Erneuerungsbewegung, die die Gründung Israels als Teil eines messianischen Erlösungsprozesses sieht, zu dem auch die Inbesitznahme von ganz Eretz Israel gehört. HaBajit HaJehudi trat in den letzten Jahren zusammen mit anderen radikal rechten Parteien in einer gemeinsamen Wahlliste an, zuletzt unter dem Namen Nach rechts (Jamina).

Hamas

Hamas ist ein Akronym des arabischen Namens der palästinensischen islamischen Widerstandsbewegung, die, inspiriert von den ägyptischen Muslimbrüdern, 1987 gegründet und aufgrund ihrer Opposition zur PLO zunächst von israelischer staatlicher

Seite gefördert wurde. Die einst quietistische Hamas, die sich vor allem der Islamisierung der palästinensischen Gesellschaft widmete, verwandelte sich zunehmend in einen Gegenspieler Israels und der PLO, unter anderem dadurch, dass sie sich dafür aussprach, die besetzten Palästinensergebiete, falls erforderlich, auch mit Gewalt zu befreien. Die Hamas erkennt den Staat Israel nicht an, ist aber zu einem Waffenstillstand bereit, falls sich Israel aus den 1967 besetzten Gebieten zurückzieht. 2006 beteiligte sich die Hamas an den Wahlen der palästinensischen Autonomiebehörde und gewann mit 44 Prozent der Stimmen die Mehrheit der Sitze, was ihr die Regierungsbildung erlaubte. Aufgrund des von den USA und der EU ausgeübten Drucks ging die Hamas eine Große Koalition mit der Fatah ein. Diese Regierung wurde aber von den USA und von der EU finanziell nicht unterstützt, was zusammen mit Spannungen hinsichtlich der Kontrolle der Sicherheitsbehörden zu offenen Kampfhandlungen zwischen den Koalitionspartnern führte. Seitdem sind die Palästinensergebiete zweigeteilt: Die Hamas regiert den Gazastreifen, die Fatah die Enklaven in der Westbank, anstehende Wahlen finden nicht statt. Weder die EU noch die USA unterhalten diplomatischen Kontakt zur Hamas, da sie als Terrororganisation eingestuft wird.

„hebräische Arbeit“

Hebräisch: awoda ivrit

Damit ist die seit Anfang des 20. Jahrhunderts innerhalb der zionistischen Arbeiterbewegung in Palästina erhobene Forderung gemeint, nur jüdische Arbeiter*innen (und keine arabischen) anzustellen.

Hebron

Arabisch: al-chalil

Stadt in der Westbank, in der heute mehr als 200.000 Palästinenser*innen und um die 1.000 israelische Siedler*innen leben. Hebron ist für Jüdinnen und Juden eine heilige Stadt, die jüdischen Gemeinden vor Ort haben eine lange Geschichte. Steigende Spannungen zwischen der indigenen arabischen Bevölkerung und der zionistischen Bewegung mündeten 1929 in ein Massaker an den jüdischen Bewohner*innen von Hebron, die dann 1936 von der britischen Mandatsregierung gezwungen wurden, die Stadt zu verlassen. Nach der Eroberung im Krieg von 1967 ließen sich radikale jüdische Siedler*innen im Stadtzentrum sowie in der 1970/71 gegründeten Siedlung Kirjat Arba am Stadtrand nieder. Hebron wurde zum Zentrum gewaltbereiter Siedler*innen. 1994 verübte ein in Kirjat Arba lebender Siedler ein Massaker an palästinensischen Betenden in der Ibrahim-Moschee. Trotz des Oslo-II-Abkommens (1995) weigerte sich Israel, die Stadt zu räumen. Stattdessen wurde die Stadt aufgrund des Hebron-Abkommens (1997) in zwei Zonen aufgeteilt: in H1 (ca. 80 Prozent des Stadtgebiets) und H2 (ca. 20

Prozent), wobei nur H1 geräumt wurde. Die palästinensische Bevölkerung in H2 ist seitdem in ihrer Bewegungsfreiheit extrem eingeschränkt (so ist Palästinenser*innen etwa das Betreten der zentralen Schuhada-Straße verboten), Hunderte Geschäfte mussten schließen. Folglich schrumpft die palästinensische Bevölkerung in H2 beträchtlich.

Histadrut

Hebräisch für: Organisation

Der Dachverband, in dem die meisten Gewerkschaften Israels organisiert sind, wurde 1920 gegründet und war ein Hauptpfeiler der zionistisch-sozialistischen Bewegung und der auf Staatsgründung ausgerichteten Strukturen vor 1948. Die Histadrut wurde zu einer der mächtigsten Organisationen in Israel, die nicht nur gewerkschaftliche Aufgaben wahrnahm (mehr als 80 Prozent der Arbeitnehmer*innen wurden von ihr vertreten), sondern auch einige der größten Konzerne, die größte Bank, die meisten Pensionsfonds und die größte Organisation im Gesundheitswesen („Krankenkasse“) besaß. Im Zuge der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die seit den 1980er Jahren von der Regierung verfolgt wird, wurde die Histadrut auf ihre gewerkschaftliche Tätigkeit beschränkt. Auch in dem Bereich ging ihr Einfluss stark zurück, insbesondere aufgrund des rapide gesunkenen gewerkschaftlichen Organisationsgrads. Seit 1995 heißt der Dachverband offiziell Neue Histadrut.

Intifada

Erste

Intifada (arabisch für abschütteln) bezeichnet den Aufstand der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) und im Gazastreifen gegen die israelische Besatzung. Die Erste Intifada begann im Dezember 1987 und dauerte in unterschiedlicher Intensität bis zur Unterzeichnung der Oslo-Verträge 1993. Sie war ein spontaner Volksaufstand, der nicht durch die im Exil befindliche PLO orchestriert wurde. Die Mittel des Aufstands reichten von zivilem Ungehorsam (Streiks, Graffiti) über Steinewerfen (daher die Bezeichnung Intifada der Steine), vor allem durch Kinder und Jugendliche, bis zum Einsatz von Molotowcocktails. Bei dem Versuch, die Intifada mit Gewalt zu beenden, verletzte die israelische Armee Zehntausende Kinder und Jugendliche und tötete über 1.000 Palästinenser*innen. Die israelische Seite beklagte zirka 100 tote Zivilist*innen sowie 60 Armeeinghörige.

Intifada

Zweite

Die Zweite Intifada, auch Al-Aqsa-Intifada genannt, wurde im September 2000 durch den provokativen Besuch Ariel Scharons auf dem Tempelberg/al-Haram al-Scharif

und durch die gewaltsame Unterdrückung palästinensischer Proteste dagegen aufgelöst. Anders als bei der Ersten Intifada wurde der Aufstand zunehmend von den palästinensischen Parteien orchestriert und mithilfe von Selbstmordattentäter*innen und Waffen geführt, auch innerhalb Israels. Israel setzte im Gegenzug Panzer und die Luftwaffe ein. Die Gewaltbereitschaft beider Seiten führte zu zahlreichen Opfern, nach Schätzungen etwa 3.000 Palästinenser*innen und 1.000 Israelis. Die Zweite Intifada wurde 2005 offiziell durch das in Scharm el-Scheikh geschlossene Abkommen zwischen dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas und dem israelischen Premierminister Ariel Scharon beendet.

„Judaisierung“

Im israelischen hebräischen öffentlichen Diskurs verwendeter Begriff für die gezielte bzw. geförderte Vergrößerung des jüdischen Bevölkerungsanteils in den Teilen des Landes, in denen mehrheitlich oder relativ viele nicht-jüdische Menschen leben. So wird zum Beispiel die Gründung von über 20 neuen jüdischen Ortschaften in Galiläa in den Jahren 1979 bis 1980 mitunter als die „Judaisierung von Galiläa“ bezeichnet.

Jüdischer Nationalfonds

Eine 1901 auf dem 5. Zionistischen Kongress gegründete Organisation mit der Zielsetzung, Land für jüdische Besiedlung in Palästina zu erwerben und dieses zu entwickeln. In den ersten Jahren nach der Staatsgründung 1948 übertrug der israelische Staat mehr als die Hälfte des enteigneten Landes, das zuvor Palästinenser*innen gehört hatte, die nun als „Abwesende“ galten, an den jüdischen Nationalfonds. Das hatte zur Folge, dass dieses Land nur an jüdische Pächter*innen vergeben werden konnte. 1953 wurde die Organisation aufgelöst und als israelische Organisation neu gegründet. 1960 wurde das Land der Organisation in die Verwaltung der neu errichteten Israel Land Administration (ILA) überführt, wofür die Organisation ein Mitspracherecht in der Behörde erhielt und so sicherstellen konnte, dass die Nutzungsbeschränkungen (die Vergabe an ausschließlich jüdische Pächter*innen) beibehalten wurden. Neben Entwicklungsprojekten (etwa Aufforstung) fördert die Organisation seit Mitte der 1960er Jahre jüdische Siedlungsprojekte im Negev (die oft ein Teil der Politik der Verdrängung der dortigen beduinischen, palästinensischen Bevölkerung sind) und seit 1967 auch in den besetzten Gebieten.

Kahanismus

Eine rechtsradikale jüdische Ideologie, beruhend auf den Lehren des Rabbiners Meir Kahane (1932–1990). In den 1960er Jahren gründete er in den USA die Jewish Defence League (Jüdische

Verteidigungsliga), die vor allem durch ihre gewalttätigen Aktionen auf sich aufmerksam machte, und 1971 in Israel die Partei Kach (deutsch: So [mit der Faust]), die bei den Wahlen von 1984 einen Sitz in der Knesset errang. Sie wurde aufgrund ihres rassistischen Programms von den Wahlen 1988 ausgeschlossen. Nach Kahanes Ermordung 1990 in den USA spaltete sich die Partei in Kach und Kahane Chai („Kahane lebt“). Beide wurden von den Wahlen 1992 ausgeschlossen und 1994 ganz verboten.

Knesset

Hebräisch für: Versammlung

Die Knesset ist das Parlament des Staates Israel, mit Sitz in Jerusalem. Ihr gehören 120 Abgeordnete an, welche nach Verhältniswahlrecht mit einer Sperrklausel von 3,25 Prozent gewählt werden. Es können sich sowohl einzelne Parteien als auch Listen zur Wahl stellen. Eine Legislaturperiode dauert vier Jahre.

Krieg von 1948

Die offizielle israelische Bezeichnung für diesen Krieg ist meist Unabhängigkeitskrieg oder Befreiungskrieg, von Palästinenser*innen wird er als Nakba (arabisch für Katastrophe) bezeichnet. Der Krieg begann 1947 zwischen jüdischen und palästinensischen Milizen infolge des UNO-Teilungsplans. Nach der Gründung des israelischen Staates im Mai 1948 beteiligten sich auch reguläre Militäreinheiten aus Ägypten, Syrien, dem Libanon, Jordanien und dem Irak. Der Krieg endete 1949 mit einem Waffenstillstand. Die Waffenstillstandslinien wurden zu Israels international anerkannten Grenzen, die im Zusammenhang mit den 1967 besetzten Gebieten auch als Grüne Linie bezeichnet werden.

Krieg von 1967

Die offizielle israelische Bezeichnung für den vom 5. bis 10. Juni 1967 andauernden Krieg ist meist Sechstagekrieg, von arabischer Seite wird er mitunter als Naksa (arabisch für Rückschlag) bezeichnet. Er fand zwischen Israel auf der einen und Ägypten, Jordanien und Syrien auf der anderen Seite statt, wobei Israel die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen, den Gazastreifen und die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) eroberte. Nach der Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensabkommens 1979 räumte Israel den Sinai. Die Besatzung der anderen Gebiete besteht fort.

Likud

Hebräisch für: Vereinigung

Entstand 1973 als gemeinsame Wahlliste der von Menachem Begin geführten Cherut-Partei und einer Reihe von rechten und liberalen Bewegungen und Parteien in Reaktion auf die gemeinsame Wahlliste von Arbeitspartei und Mapam. Der Likud

gewann die Wahlen 1977, womit die Mapai-Vorherrschaft zu Ende ging. 1988 lösten sich die an der Wahlliste beteiligten Parteien auf und der Likud wurde als Partei neu konstituiert. Ihr derzeitiger Vorsitzender ist Benjamin Netanjahu.

Mapai

Akronym des hebräischen Namens: Arbeiterpartei in dem Land Israel (Palästina). 1930 unter der Führung von David Ben-Gurion gegründete Partei. Sie beherrschte die 1920 entstandene Gewerkschaftsdachorganisation Histadrut und die jüdische paramilitärische Organisation Hagana (Verteidigung). Nach der Staatsgründung 1948 war sie fast 30 Jahre lang die größte Fraktion in der Knesset, was ihr ermöglichte, die Regierungskoalitionen (die immer auch religiöse Parteien einschlossen) zu bilden und die Regierungspolitik weitgehend zu bestimmen. Mapai wurde 1968 aufgelöst, als die Arbeitspartei (HaAwoda) gegründet wurde. Die Mapai nahm keine nicht-jüdischen arabischen Menschen als Mitglieder auf.

Meretz

Hebräisch für: Kraft bzw. Energie

Wahlliste, zu der sich 1992 die Bürgerrechtspartei Ratz, die linkszionistische Mapam und die liberale Schinui zusammenschlossen. Als solche hatten sie bei den Knesset-Wahlen 1992 ihren größten Erfolg (damals errangen sie 12 von 120 Mandaten). Bei der Bildung der von Jitzchak Rabin geführten Regierungskoalition spielte sie eine Schlüsselrolle und ermöglichte somit später die Oslo-Abkommen. 1997 lösten sich die beteiligten Parteien auf und Meretz konstituierte sich als eigenständige Partei. Meretz gilt als Hort des aus Europa stammenden jüdischen Bildungsbürgertums und war linksliberal bis sozialistisch geprägt. Meretz war in den letzten beiden Jahrzehnten mit drei bis sechs Sitzen (von 120) in der Knesset vertreten, mitunter in einer Wahlliste mit anderen Parteien.

Militärregierung

Nach der Staatsgründung 1948 erhielt die innerhalb Israels verbliebene palästinensische Bevölkerung die israelische Staatsbürgerschaft, wurde aber einer Militärregierung unterstellt. In diesem Zusammenhang wurden „Sperrzonen“ errichtet: in Ortschaften und Stadtvierteln, in denen Palästinenser*innen wohnten, sowie in relativ dünnbesiedelten Gebieten, insbesondere im Negev. Palästinenser*innen, die außerhalb dieser „Sperrzonen“ lebten, wurden in diese umgesiedelt. Die „Sperrzonen“ unterstanden der israelischen Armee und wurden von der Militärregierung mittels Kriegsrecht, das zumeist auf den von der britischen Mandatsregierung 1945 erlassenen Verteidigungs- bzw. Notstandsverordnungen beruhte, verwaltet. Palästinensische Staatsbürger*innen durften die

ihnen zugeteilte „Sperrzone“ nur mit Sondergenehmigung verlassen und auch andere zentrale Grundrechte, etwa das Recht auf richterliche Anhörung und ein Gerichtsverfahren bei Inhaftierung, waren für sie aufgehoben. Die Militärregierung endete formal 1966.

Mizrachim

Hebräisch für: orientalisch

Mizrachim ist die Bezeichnung für aus Asien und Afrika stammende jüdische Israelis, wobei die meisten von ihnen aus arabischen und muslimischen Ländern eingewandert sind. Die Bezeichnung Mizrachim wird in Abgrenzung zu den aus Europa stammenden Aschkenasim verwendet.

Oslo-Abkommen

Zwei aufeinanderfolgende Abkommen zwischen der israelischen Regierung und der PLO: Oslo I wurde 1993 in Washington unterzeichnet, Oslo II 1995 in Taba. Im Rahmen der Abkommen erkannte Israel die PLO als Verhandlungspartner an und Teile der besetzten Palästinensergebiete wurden einer begrenzten Selbstverwaltung, der zu diesem Zweck geschaffenen Palästinensischen Autonomiebehörde, unterstellt. Zentrale Fragen sollten in späteren Verhandlungen geklärt werden, darunter der Grenzverlauf zwischen Israel und dem palästinensischen Gemeinwesen (dessen Status noch zu definieren ist), die Zukunft der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, die Zukunft von Jerusalem, das Ausmaß der Kontrolle und Präsenz der israelischen Armee in den palästinensischen Autonomiegebieten sowie das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge.

Ost-Jerusalem

Am Ende des Krieges von 1948 (1947–1949) teilte die Waffenstillstandslinie die Stadt: West-Jerusalem wurde Teil von Israel und Ost-Jerusalem (einschließlich der Altstadt) Teil der von Jordanien beherrschten Westbank. Während des Krieges von 1967 eroberte Israel die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem), Ende Juni 1967 erweiterte Israel das Stadtgebiet (West-)Jerusalems über Ost-Jerusalem und die umliegenden Ortschaften hinaus, wodurch dieses Territorium (nach israelischem Recht) Teil des israelischen Staatsgebiets wurde – was international nicht anerkannt ist. Die palästinensischen Bewohner*innen erhielten „permanente Aufenthaltsgenehmigungen“. Mit Ausnahme des jüdischen Viertels in der Altstadt konzentrierte sich der israelische Siedlungsbau zunächst auf einen äußeren Gürtel, der Ost-Jerusalem von der übrigen Westbank trennt. Seitdem dieser fast geschlossen ist, wird nun intensiver im Innern, einschließlich der palästinensischen Viertel, gebaut. 1980 verabschiedete die Knesset das Jeru-

salem-Gesetz, wonach Jerusalem „auf ewig die vereinte und unteilbare Hauptstadt Israels“ ist. Die UN-Sicherheitsratsresolution 478 erklärte das Gesetz nach internationalem Recht für nichtig. Die Oslo-Abkommen verschärfte die Notlage der palästinensischen Bevölkerung Ost-Jerusalems. Während der Druck durch den israelischen Siedlungsbau immer größer wurde, erhalten Palästinenser*innen bis heute so gut wie keine Baugenehmigungen, leiden unter den extrem schlechten Infrastruktur- und Bildungseinrichtungen, der mangelhaften Gesundheitsversorgung sowie anderen Formen der Diskriminierung. Mit den Oslo-Abkommen wurde der Personen- und Warenverkehr zwischen Ost-Jerusalem und den übrigen Teilen der Westbank noch weiter eingeschränkt. Die Oslo-Abkommen regeln den Status Ost-Jerusalems nicht. Von palästinensischer Seite wird gefordert, dass Ost-Jerusalem die Hauptstadt des zu errichtenden palästinensischen Staates wird.

Schas

Akronym des hebräischen Namens für: sephardische Tora-Wächter

Eine 1984 gegründete ultraorthodoxe Partei, die sich von der von Aschkenasim dominierten ultraorthodoxen Partei abgespalten hatte. Ihre Wähler*innen sind vor allem Mizrachim. Ihr geistiger Führer war der Rabbiner Ovadja Josef (1920–2013). Sie erreichte bei den Wahlen 1999 ihren größten Erfolg mit 17 Sitzen in der Knesset, anschließend waren es zwischen sieben und zwölf Sitze. Die ursprünglich mehr auf soziale Fragen ausgerichtete Partei beteiligte sich sowohl an von der Arbeitspartei als auch vom Likud bzw. Kadima geführten Koalitionsregierungen und bewegte sich im Laufe der Zeit immer weiter nach rechts.

Siedlungen

Der Begriff bezeichnet die für jüdische Israelis errichteten Ortschaften oder Stadtviertel in den 1967 von der israelischen Armee eroberten und seitdem besetzten Gebieten. 2017 lebten über etwa 410.000 Siedler*innen in 126 von der israelischen Regierung genehmigten und exklusiv für Israelis gebauten Siedlungen und in etwa 110 nicht genehmigten, aber mit staatlicher Hilfe gebauten sogenannten Outposts in der Westbank. Hinzu kommen über 200.000 Siedler*innen im besetzten Ost-Jerusalem sowie einige Tausende auf den von Israel annektierten Golanhöhen. Die Siedlungen gelten als der Hauptgrund für das Scheitern von Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinenser*innen.

Westbank

Die Westbank, auf Deutsch auch Westjordanland genannt, ist ein fast 5.900

Quadratkilometer großes Gebiet, in dem heute um die 2,8 Millionen Palästinenser*innen sowie über 600.000 israelische Siedler*innen leben. Im Norden, Westen und Süden grenzt die Westbank (zu der auch Ost-Jerusalem gehört) an Israel und im Osten entlang des Jordan-Flusses an Jordanien. Die Westbank und der Gazastreifen sind die Gebiete von Palästina, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neu gegründeten Staates Israel wurden. Nach dem Krieg von 1948 stand die Westbank unter jordanischer Kontrolle und wurde 1950 von Jordanien annektiert (was allerdings international kaum anerkannt wurde). Im Krieg von 1967 eroberte Israel unter anderem auch die Westbank, deren Besatzung bis heute fortbesteht.

Zeev Jabotinsky

1880–1940

In Odessa geboren, Sohn einer bürgerlichen Familie; schloss sich der zionistischen Bewegung an; gründete 1903 die Jüdische Selbstverteidigungsorganisation (in Russland); während des Ersten Weltkriegs (bis 1919) diente er in der britischen Armee (und kam auch in Palästina zum Einsatz), wo er sich an den Bemühungen um die Errichtung einer Jüdischen Legion beteiligte; danach beschäftigte er sich u. a. mit der Ausbildung einer jüdischen paramilitärischen Organisation in Palästina. 1925 kam es zur Spaltung in der Zionistischen Bewegung und Jabotinsky gründete die zionistisch-revisionistische Partei HaTsoha. Diese erhob Anspruch auf das gesamte ursprüngliche Mandatsgebiet, das heißt auch auf das Territorium des heutigen Jordaniens, forderte eine aggressivere Haltung gegenüber der britischen Mandatsregierung und vertrat bürgerliche (nicht sozialistische) Positionen. 1930 ließen die britischen Behörden Jabotinsky nach einem Auslandsaufenthalt nicht nach Palästina zurückkehren. Vom Ausland aus trieb er auf den Aufbau der paramilitärischen Organisation Etzel/Irgunvoran, die im Jahr 1931 gegründet wurde.

Verfasserin: **Ursula Wokoeck Wollin**

Impressum

Herausgeber	Tsafrir Cohen (V.i.S.d.P.) Tali Konas Einat Podjarny
Mitarbeit	Tamar Almog Hana Amoury Yossi Bartal Markus Bickel Natascha Holstein Yifat Mehl Ursula Wokoeck Wollin Stephan Wolf-Schönburg
Gestaltung	Daniel Ziethen/Schroeter & Berger
Lektorat	text-arbeit, Berlin
Druck	Hinkelsteindruck
ISBN	978-3-948250-18-8

© 2020, Rosa Luxemburg Stiftung
Alle Rechte vorbehalten.
RLS Büro Israel (CC)
11 Rotschild Blvd.
6688114 Tel Aviv
Israel
www.rosalux.org.il
Tel.: ++972 3 6228290
telaviv.office@rosalux.org

Cover-Abbildung Protest und Wut auf den Straßen Israels wegen des Tods von Solomon Teka, einem jungen äthiopischen Juden, der von einem Polizisten ermordet wurde, Tel Aviv, 2019. Foto: Activestills.

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

ISRAEL OFFICE
קרן רוזא לוקסמבורג
مؤسسة روزا لوكسمبورغ